30 Jahre Mauerfall: Ost-West-Perspektiven auf die Deutsche Einheit

4,00 €
November

11|19

# Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Isabel Schayani
Patricia Schlesinger
Martin Stadelmaier
Natan Sznaider
Ngũgĩ wa Thiong'o
und viele andere

**Ost-West-Perspektiven**
Innerdeutsche Grenze im Kopf: Wie ist es um die Deutsche Einheit 30 Jahre nach dem Mauerfall bestellt?
Seiten 1, 2, 14 bis 16

**Jugend 2019**
Laut und stark: Jugendliche nehmen laut der 18. Shell-Jugendstudie Politik nun selbst in die Hand
Seite 3

**Kulturfinanzierung**
Bares für die Kunst: Kulturfonds, Stiftungen, Fördervereine – wer unterstützt den Kulturbereich heute?
Seite 4 bis 7

**Kolonialismus-Debatte**
Sprache als Herrschaftsinstrument? Es bedarf auch der Dekolonialisierung des Denkens und Sprechens
Seite 10 und 11

## Vergeigt

Ja, wir haben die Wiedervereinigung vergeigt. Und zwar wir alle, der normale Ossi, der normale Wessi, die Politiker und auch die Medien. Weil, sind wir ehrlich, eine solche Sache kann man nicht ordentlich händeln, dafür war sie zu ungewöhnlich.

Fast niemand hatte daran geglaubt, zu seinen Lebzeiten noch vor eine solche Herausforderung, dem Zusammenfügen zweier gänzlich verschiedener Gesellschaften, beruflich oder persönlich gestellt zu werden. Auch nicht die mutigen Menschen in Leipzig, die vor 30 Jahren auf die Straße gegangen sind und unter Einsatz ihres Lebens für eine andere DDR gekämpft hatten. Erst später wurde aus »Wir sind das Volk«, »Wir sind ein Volk«.

Und der Westen? Die meisten hatten die DDR längst abgeschrieben. Die DDR erschien mir, bei den wenigen Reisen, die ich in den »real existierenden Sozialismus« machen konnte, ein exotisches, fast unwirkliches Land. Zwei Jahre vor dem Fall der Mauer hatte ich meinen allerersten Artikel für eine Zeitung geschrieben: »Leipzig, eine Berührung«. Die knatternden bonbonfarbigen Autos faszinierten mich damals, fast wie ein unbekanntes Naturphänomen.

Nein, die Wiedervereinigung war ein Betriebsunfall, eine Verkettung glücklicher Umstände, die gegen jede Erwartung zu einem neuen Deutschland geführt haben. Doch wer wollte denn schon ein neues Deutschland? Die Ossis wollten reisen, shoppen und keine bonbonfarbenen Autos mehr, aber der Rest war doch für viele okay. Und wir Wessis fühlten uns wohl als Sieger der Geschichte und der Rest sollte bitte bleiben, wie er war.

Damals, direkt nach der Wende, bin ich in einem Anflug von fast grenzenloser Begeisterung in die Noch-DDR gefahren, um zu schauen, ob ich meine Galerie von Köln nach Leipzig verlegen könnte. Aber dann hat die ökonomische Vernunft doch über meinen Entdeckergeist gesiegt.

Ökonomische Vernunft war auch das Ziel in der großen Politik. Was nicht rentabel war in der Post-DDR, und das war vieles, wurde zerschlagen. Der Westen übernahm die Führung. »Blühende Landschaften« waren versprochen. Da, wo es Sieger gibt, gibt es aber auch immer Besiegte.

Die Besiegten sind nicht in Armut gestoßen worden, aber sie haben oft ihre persönliche Geschichte verloren. Das Schicksal ist oftmals ungnädig, am falschen Ort, zur falschen Zeit und aus! Aber die Geschichte gibt dann den weiten Blick, mit größerem zeitlichem Abstand. Und dann wird im Rückblick die Verschmelzung von Ost und West zum neuen Deutschland doch ein Erfolg gewesen sein, obwohl wir es vollständig vergeigt hatten.

**Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur**

## Integration on Air

**Wie integrativ sind die deutschen Medien?**
**Seiten 19 bis 29**

FOTO: ADOBE STOCK PHOTO / RAZIGUSIN

# Glasnost und Perestroika

**Gorbatschow schaffte einst den politischen Klimawechsel**

REGINE MÖBIUS

Innerhalb der SED, der ostdeutschen Einheitspartei, bewegte sich auch Mitte der 1980er Jahre nach wie vor nichts, obwohl es in der Zwei-Millionen-Partei immer wieder stillen Widerspruch und Unzufriedenheit gab. Jährlich stellten etwa 1.000 SED-Mitglieder einen Ausreiseantrag, einigen Hundert soll die Ausreise gelungen sein. In dieser Zeit begann die sowjetische Führung, sich ernsthaft um die Stabilität und Wehrbereitschaft der DDR zu sorgen. Unter diesem Druck war es der SED-Führung besonders wichtig, innenpolitische Stabilität vorzuweisen. Seit 1983 hoffte sie, durch die Gewährung von Tausenden Ausreiseanträgen die politische Opposition zu schwächen bzw. auszuschalten.

Einige westdeutsche Politiker besuchten in den 1980er Jahren die Führungsspitze der SED, unter ihnen Oskar Lafontaine, Franz Josef Strauß, der jahrelang Hauptfeind der SED-Propaganda war, und der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt. Um der Entspannungspolitik willen wurden die innenpolitischen Konflikte in der DDR durch sie übersehen und verdrängt.

**DDR-Politiker versuchten aus Gründen der eigenen Machterhaltung, einen Gegenkurs zu dem Gorbatschows zu steuern**

In seiner Rede auf der 1. Berliner Begegnung 1981 mit westdeutschen Schriftstellerinnen und Schriftstellern hatte Franz Fühmann – und damit sprach er für viele – die Friedensbewegung der 1980er Jahre als »Ansatz zu dem, was man Weltinnenpolitik von unten nennen könnte«, bezeichnet: »das Aufsprengen eines Teufelskreises, darin Misstrauen und vermehrte Rüstung vermehrtes Misstrauen zeugen.«

Durch die Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU im März 1985 kam ein unerwarteter Prozess von oben in Gang, der auf die gleichen Forderungen hinauslief: Aufsprengung des Teufelskreises, Abbau von Misstrauen und Rüstung, also versuchte Weltinnenpolitik.

Sicher war es vermessen, die Berliner Begegnung, auf der zum ersten Mal in der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik ostdeutsche Künstler und Wissenschaftler offen und öffentlich Kritik an ihrem Staat und ihrer Staatspartei übten, als ein bewusstseinsbildendes Vorspiel zur Gorbatschows Initiativen zu sehen. War die Duldung der Kritik Kalkül oder Hochmut der Polit-Spitze der DDR?

Erich Honecker, der sich von der westdeutschen Politik aufgewertet glaubte, ignorierte vermutlich aus diesem Grund auf dem XI. Parteitag der SED wesentliche Punkte der sich anbahnenden Veränderungen unter Michail Gorbatschow, der seit einem Jahr im Amt war. Obwohl Gorbatschow auf dem XI. Parteitag der SED im April 1986 anwesend war, ging Honecker auf die Entwicklung in der UdSSR nicht ein.

Völlig anders sahen das große Teile der ostdeutschen Bevölkerung. Keiner wurde in der DDR so sehr als Hoffnungsträger begrüßt von weiten Kreisen der Künstler, ja der Intelligenz allgemein wie Gorbatschow. Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung) waren seit 1985 die Zauberworte der Zeit, von denen sich die Menschen mehr versprachen als von Parteiprogrammen und Versprechungen. Auffällig war, dass dieser sowjetische Politiker in der Presse der DDR weniger emphatisch gepriesen wurde als in anderen Ländern. Das hing offensichtlich damit zusammen, dass die Parteiführung der DDR aus Gründen der eigenen Machterhaltung versuchte, einen Gegenkurs zu dem Gorbatschows zu steuern. Die Sympathie der Bevölkerung allerdings für Glasnost und Perestroika war ungebrochen. Gorbatschow propagierte ein »neues Denken« und damit die »Praxis der sozialen Emanzipation«. Fast konnte man von einer zweiten Russischen Revolution sprechen, die tatsächlich nicht nur in diesem großen europäisch-asiatischen Land zu einem Klimawechsel führte. In einem US-Magazin berichtete man vom Gorbi-Fieber. Meinungsumfragen in Westeuropa bescheinigten ihm auch dort eine beeindruckende Popularität. Zu seinen ersten, aufsehenerregenden politischen Schritten gehörten seine dramatischen Abrüstungsappelle, etwa der vertraglich vereinbarte Teststopp mit Kernwaffen vom 6. August 1985 und das Angebot an den Westen, die gegenseitigen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Seine Denkansätze richtete er gegen »den Teufelskreis des Schürens von Spannungen« und gegen »die alten Vorstellungen vom Krieg als Mittel zum Erreichen politischer Ziele. (…) Ein neues Denken, das die Welt

**Mit den neuen Schlagworten Glasnost und Perestroika hatten sich in der UdSSR spürbare innerpolitische Veränderungen angekündigt**

von heute braucht, ist mit der Vorstellung unvereinbar, dass die Welt irgendjemandes Eigentum ist. Es ist unvereinbar mit Versuchen, sich als Wohltäter aufzuspielen und andere zu bevormunden, unvereinbar mit Belehrungen, wie sich jemand zu verhalten und welchen Weg er zu wählen hat – den sozialistischen, den kapitalistischen oder einen anderen.«

Das war die Steilvorlage für eine breite Demokratiediskussion innerhalb der DDR-Opposition. Dabei waren die Differenzen etwa zwischen den Basis-Demokraten und den Menschenrechtlern nicht nur Varianten unterschiedlicher Orientierungen, sondern auch Konzepte verschiedener politisch-strategischer Vorgehensweisen für die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses bzw. den Anschluss an die Reformbewegung in der UdSSR. Dabei sollte weniger das sowjetische System kopiert, sondern vielmehr

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 11/2019
ISSN 1619-4217
B 58 662

**Editorial: Vergeigt**
Olaf Zimmermann 01

**Leitartikel: Glasnost und Perestroika**
Regine Möbius 01

**Kulturmensch Saša Stanišić** 02

## AKTUELLES

**Jugend 2019: Wir sind hier, wir sind laut**
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

## INLAND

**Fonds für die Kultur** 4-5
Deutscher Literaturfonds, Deutscher Übersetzerfonds, Fonds Darstellende Künste, Fonds Soziokultur, Musikfonds, Stiftung Kunstfonds

**Fonds Soziokultur: Geburtshelfer für Projektförderung**
Norbert Sievers im Gespräch 06

**Gemeinwohl: Glück für viele**
Martin Stadelmaier 07

**Fonds Darstellende Künste: Laborfunktion für die gesamte Theaterlandschaft**
Wolfgang Schneider 07

**Kulturfördervereine gestalten Gesellschaft**
Frank Druffner im Gespräch 08

**Mentoring-Programm des Deutschen Kulturrates** 09
Aufwind für Frauen in Kultur und Medien – Cornelie Kunkat 09
Vertrauen, Zutrauen, Selbstvertrauen – Annelie Mattheis 09
»Da will ich dabei sein« – Kerstin Schilling 09

**Kolonialismus: »Sprachen der Macht müssen auf den Friedhof«**
Anthony Audi und Ngũgĩ wa Thiong'o im Gespräch 10

**Die Sprachen Angolas**
José Luis Mendonça 11

**Samsami fragt: Erinnerung und Fragment**
Cana Bilir-Meier im Gespräch 12

**Internationale Jugendbibliothek: Mit Kinderbüchern Brücken bauen**
Christiane Raabe 13

**Grevens Einwurf: Der Feind sitzt in den Vorstandsetagen**
Ludwig Greven 13

**Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung: Sprachliches Fundament**
Ernst Osterkamp 14

## OST-WEST-PERSPEKTIVEN

**Medien: Ein schwieriger Weg**
Wolfgang Hübner 14

**Der »dreifache« Jahn: »Die Ostdeutschen gibt es nicht«**
Roland Jahn im Gespräch 15

**1989 und 2019: Was uns eint und was nicht**
Ulrike Liedtke 16

## KULTURELLES LEBEN

**Ein Dach überm Kopf**
Johann Hinrich Claussen 16

**Holger Beeck im Porträt: Wie Vielfalt stark macht**
Andreas Kolb 17

**Für einen kulturellen Wandel im Klimadiskurs**
Susanne Keuchel 17

**Personen & Rezensionen** 18

## INTEGRATION & MEDIEN

**Zusammenhalt oder Spaltung?**
Olaf Zimmermann 19

**Ethnische Minderheiten: Identität und Teilhabe**
Joachim Trebbe 20

**Von der Mediengesellschaft zur Netzwerköffentlichkeit**
Jan-Hinrik Schmidt 21

**Initiative kulturelle Integration: Wächter der Demokratie**
Monika Grütters 22

**rbb: Koordinationsnetz**
Patricia Schlesinger 23

**Diversität und Interkulturalität: Das Gebot der Stunde**
Annette Widmann-Mauz 23

**Journalismus: »Wir müssen zeigen, was ist«**
Isabel Schayani im Gespräch 24

**WDRforyou: Hauptanlaufstelle für Neuankömmlinge**
Burhan Akid 25

**Journalismus: Diversität und Demokratie**
Behrang Samsami 25

**ZDF: Garant für diverse Inhalte**
Thomas Bellut 26

**Amal, Berlin!: Vom Küchentisch aus in die Medienszene**
Julia Gerlach im Gespräch 26

**Handbook Germany: Aus den Communities für die Communities**
Mosjkan Ehrari im Gespräch 27

**Neue deutsche Medienmacher*innen: Umkämpfte Diskurshoheit**
Sheila Mysorekar 27

**Wissenschaftliche Expertise in der Migrationsdebatte** 28
Mehmet Ata

**MiGAZIN: Frische Meinungen**
Ekrem Şenol im Gespräch 28

**Guide for refugees: Willkommenspaket**
Thomas Laufersweiler im Gespräch 28

**Von halben und ganzen »Katoffln«**
Frank Joung im Gespräch 29

## MEDIEN

**Soziale Netzwerke: Von einem Extrem ins nächste surfen**
Helmut Hartung 30

## EUROPA

**Frankreich: Ein Recht auf Kultur**
Barbara Honrath 31

## INTERNATIONALES

**Türkei: Alternative Taktiken**
Constanze Letsch 32

**Möller meint: Münchner Gegengewicht**
Johann Michael Möller 32

**Israel nach der Wahl: Entschieden nicht entschieden**
Natan Sznaider 33

**Villa Aurora und Thomas Mann House: Berlin am Pazifik**
Heike Catharina Mertens im Gespräch 34

**Dokumentation: Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates** 35

**Impressum** 35

Fortsetzung von Seite 1

die politische Erstarrung in der DDR überwunden werden.

Um ein solches Zugeständnis zu vermeiden, ignorierte die DDR-Führung in voller Absicht die Leitbegriffe der sowjetischen Reformpolitik. Doch besonders Künstler und Intellektuelle forderten gesellschaftliche Transparenz. Damit verbunden eine allgemeine Öffentlichkeit, die frei diskutiert, dass ein veränderbares, offenes Gesellschaftssystem oberstes Ziel sein muss. Anders gesagt, eine »Übergangsgesellschaft« nach Volker Braun, in der das Wissen der wenigen und das Verschweigen für die vielen zu Ende geht. Doch die Frage stand im Raum: Übergang wohin? Der Dramatiker Volker Braun schrieb in einer Anmerkung zu seinem Stück »Transit Europa«, das im Frühjahr 1988 im Deutschen Theater Berlin uraufgeführt wurde: »das exil kann nur modell sein für die heutige befindlichkeit, für unser aller leben im übergang: die wir den alten kontinent unserer gefährlichen gewohnheit und anmaßenden wünsche verlassen müssen, ohne doch das neue ufer zu erkennen zwischen uns«.

Mit den neuen Schlagworten Glasnost und Perestroika hatten sich in der UdSSR spürbare innerpolitische Veränderungen angekündigt. Die Zustimmung der SED-Führung dazu war jedoch geteilt: Während die Abrüstungsappelle Gorbatschows propagandistisch aufgenommen wurden, ignorierte man die ideologischen und innergesellschaftlichen Beziehungen. Klassenkampf als Mittel zur Erhaltung des Friedens blieb in der DDR weiterhin die prägende Parole.

Für Künstlerinnen und Künstler, Schriftstellerinnen und Schriftsteller in der DDR war am Umbau der sowjetischen Gesellschaft und ihrem neuen

FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

**Regine Möbius**

Denken am interessantesten, wie sich das Konzept »Glasnost« entwickeln würde, in der Hoffnung, die angekündigte Transparenz der gesellschaftlichen Vorgänge würde auch in dem eingemauerten Land Auswirkungen auf die Autonomie der Kunst haben. Die offizielle Kulturpolitik reagierte allerdings mit Vorsicht und Zurückhaltung. Der Slogan »Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen« trat deutlich in den Hintergrund. Auch war nicht mehr die Rede davon, dass die Kulturpolitik der Sowjetunion Vorbild und Mentor sei und man verkleinerte Gorbatschows »neues Denken« zu einer innersowjetischen Angelegenheit. Diese Interpretation war nicht aufrechtzuerhalten. Eine spürbare Folge sowjetischer Glasnost für alle Kulturinteressierten war, dass plötzlich kritische Bücher, Stücke und Filme, die sich mit den Widersprüchen in der Sowjetunion und ebenso mit denen im eigenen Land beschäftigten dem Publikum zugängig wurden. Auch wenn in der DDR seit 1985 keine lineare Entwicklung in Richtung auf mehr Transparenz stattgefunden hatte, waren Anzeichen da, die ermutigten. So wies Christa Wolf im Mai 1987 bei einem Schriftstellergespräch in Berlin darauf hin, dass z. B. 66 Zeilen, die 1983 aus ihren »Kassandra«-Vorlesungen wegzensiert worden waren, inzwischen zu Aussagen und Forderungen der großen Politik erhoben wurden und in den Zeitungen standen. Die Romane von Günter de Bruyn, Volker Braun oder Christoph Hein erreichten leichter die DDR-Öffentlichkeit. Ein deutsch-deutsches Kulturabkommen kam zustande; infolge wechselseitige Theatergastspiele, eine Kooperation der beiden deutschen Nationalbibliotheken Leipzig und Frankfurt am Main, Christa Wolf bekam den Nationalpreis der DDR, 1. Klasse, Günter Grass konnte gedruckt und Samuel Beckett gespielt werden.

Doch die gewünschte »weit geöffnete Tür« blieb angelehnt, wie folgende Geschichte beweist, die Gregor Gysi zu erzählen wusste: Gorbatschow, der sich anlässlich der Feiern zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 mit der SED-Führung traf, habe lange über Reformen gesprochen. Die Genossen im Kreis des Politbüros, im Anschluss nach ihrer Meinung dazu gefragt, hätten alle geschwiegen. So hätte Honecker das Wort wieder ergriffen und von einer Reise nach Magnitogorsk berichtet. Dort wären einige der ihn begleitenden Genossen in ein »Magasin«, ein Lebensmittelgeschäft, gegangen. In diesem Geschäft hätte es keinen Zucker gegeben. Das war Honeckers Erwiderung auf Gorbatschows Reformvorschläge. Und im Raum stand wortlos die vernichtende Kritik: Wenn du nicht mal Zucker besorgen kannst, schreibe mir nicht vor, zu welchen Reformen ich mich entschließen muss.

Trotzdem wurde paradoxerweise gestattet, dass die ausgesuchten FDJler des Fackelzuges Unter den Linden in Berlin an diesem 40. DDR-Jahrestag hinauf auf die Tribüne, auf der Erich Honecker mit Michail Gorbatschow und anderen Parteichefs stand, »Gorbi, Gorbi« rufen durften.

Dann der Sturz der totalitären kommunistischen Herrschaft in der DDR. Dass er sich gewaltlos ereignete, wird entscheidend auch Gorbatschow zugeschrieben. Die punktuell aufkommende Trauer im Osten Deutschlands um das untergegangene System war wohl nach 1990 die Trauer um das Ende einer Zeit der Bewährung und der Selbstbehauptung, die im Herbst 1989 ihren Höhepunkt hatte.

Was in den kommenden Wochen und Monaten geschah, ist umfänglich dokumentiert worden.

Der berühmte Satz von Michail Gorbatschow »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben« galt dem SED-Regime, dessen Zeit zu Ende gegangen war.

In seinem Buch »Das neue Russland. Der Umbruch und das System Putin« schreibt der gescheiterte Michail Gorbatschow über sein Schicksalsjahr 1991: »Es war bitter, dass die Perestroika auf der Hälfte ihres Weges gestoppt wurde, ja eigentlich sogar am Anfang ihres Weges. Und schon damals hatte ich das Gefühl, dass das Erbe des Totalitarismus in den Traditionen, Köpfen und Sitten äußerst tief verankert war, dass es wohl in allen Poren unseres gesellschaftlichen Organismus sitzt. Daher kam auch die alarmierte Stimmung, die mich damals in all diesen Tagen nicht verlassen hat und die bis heute, 20 Jahre später, nicht verschwunden ist.«

**Regine Möbius ist Schriftstellerin und Vorsitzende des Arbeitskreises gesellschaftlicher Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte**

## DER AUSBLICK

12|19
01|20

**Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Dezember 2019.**
Im Fokus steht das Thema »Kultur der Dunkelheit«.

# Kulturmensch Saša Stanišić

»Saša Stanišić ist ein so guter Erzähler, dass er sogar dem Erzählen misstraut. Unter jedem Satz dieses Romans wartet die unverfügbare Herkunft, die gleichzeitig der Antrieb des Erzählens ist«, heißt es in der Begründung der Jury des Deutschen Buchpreises 2019, den Stanišić für seinen Roman »Herkunft« erhielt. Wir gratulieren herzlich zu dieser wichtigen Auszeichnung!
Saša Stanišić wurde 1978 in Višegrad in Jugoslawien geboren und lebt seit 1992 in Deutschland. Im mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichneten Werk setzt er sich literarisch mit seiner Herkunft auseinander – wie der Titel bereits impliziert: Er erzählt die Geschichte seiner Familie, seiner bosnischen Mutter und seines serbischen Vaters, die 1992 mit ihrem 14 Jahre alten Sohn vor dem Krieg in Jugoslawien aus Višegrad nach Heidelberg geflohen sind. Der mit 25.000 Euro dotierte Deutsche Buchpreis wurde Stanišić, der an der Universität Heidelberg Deutsch als Fremdsprache und Slawistik studierte, zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels verliehen.
Auch mit seinen vorherigen Romanen konnte Saša Stanišić bereits Erfolge feiern: Der Debütroman des Wahl-Hamburgers »Wie der Soldat das Grammofon repariert« wurde in 31 Sprachen übersetzt. Für seinen Roman »Vor dem Fest« wurde Stanišić mit dem renommierten Preis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet, für den Erzählungsband »Fallensteller« erhielt er den Rheingau Literatur Preis sowie den Schubart-Literaturpreis.

FOTO: KATJA SAMANN

# Jugend 2019: Wir sind hier, wir sind laut

## Die 12- bis 25-Jährigen nehmen Politik selbst in die Hand

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

FOTO: PICTURE ALLIANCE / SUEDDEUTSCHE ZEITUNG PHOTO

**Tausende Schüler aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich der Schülerinitiative »Fridays for Future« angeschlossen. Sie fordern einen besseren Klimaschutz für Deutschland ein**

Im Oktober dieses Jahres wurde die 18. Shell-Jugendstudie vorgestellt. Das Unternehmen Shell gibt seit 1953 die Shell-Jugendstudien heraus. Dank dieses langfristigen Engagements ist nicht nur die Shell-Jugendstudie ein Begriff, es ist zugleich eine sozialwissenschaftliche Langzeitbeobachtung der Jugend in Deutschland. In der Shell-Jugendstudie wird die Altersgruppe der 12- bis 25-Jährigen in den Blick genommen.

In der im Oktober 2019 erschienenen Studie mit dem Titel »Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort« werden die Daten der von Januar bis März 2019 durchgeführten Befragung vorgestellt. Für den quantitativen Teil waren 2.572 Jugendliche aus Ost und West, männliche und weibliche, mit und ohne Migrationshintergrund, mit unterschiedlichem Bildungshintergrund befragt worden. Die Stichprobe ist repräsentativ für die Wohnbevölkerung der 12 bis 25-Jährigen in der Bundesrepublik. Zusätzlich wurden mit 20 Jugendlichen vertiefende, qualitative Interviews geführt.

Ein wesentlicher Befund ist, dass sich im Jahr 2019 eine neue Generation formiert. In den Shell-Jugendstudien 2002, 2006, 2010 und 2015 wurden die Jugendlichen zusammenfassend als »Die Pragmatischen« beschrieben. Die befragten Jugendlichen hatten Sorge, keinen Arbeitsplatz zu finden oder waren von Arbeitslosigkeit betroffen. Zentral für sie war, für sich persönlich einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden, und nicht so sehr die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern.

Das zentrale Anliegen der jetzt Befragten ist der Umwelt- und Klimaschutz. Bemerkenswert ist, dass die Sorge vor Umweltzerstörung von Jugendlichen aller sozialen Schichten artikuliert wird, auch wenn sie bei den höheren sozialen Schichten etwas stärker ausgeprägt ist.

### Unterschiede

30 Jahre nach dem Fall der Mauer und 29 Jahre nach der Wiedervereinigung nähern sich Jugendliche in Ost und West in ihren Wertvorstellungen immer stärker an. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass die Jahrgänge 1993 bis 2006 befragt wurden, die ausschließlich ein vereintes Deutschland kennen. Nach wie vor ist zwar die Zufriedenheit mit der Demokratie im Westen etwas höher als im Osten, eine Annäherung der Werte ist aber unverkennbar.

Immer noch ist der Sozialstatus der Eltern von großer Bedeutung für die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, für bürgerschaftliches Engagement – und auch für die Anfälligkeit für Populismus. Speziell Jungen aus Ostdeutschland mit geringer formaler Bildung sind populismusanfällig. Ein Befund, der aussieht wie ein Klischee, dennoch keinen Anlass für beruhigtes Zurücklehnen bietet – im Gegenteil.

Keine Hinweise finden die Shell-Jugendforscher hinsichtlich von Parallelgesellschaften von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund bzw. zwischen Jugendlichen muslimischen und christlichen Glaubens. Die große Mehrheit der Jugendlichen, die selbst oder deren Familien aus der Türkei oder dem arabischen Raum stammen, äußern keine Vorbehalte gegenüber Menschen jüdischen Glaubens oder gegenüber Homosexuellen. Jugendliche aus Zuwandererfamilien sind besonders leistungsbereit und wollen sozial und ökonomisch aufsteigen. Vielen Jugendlichen aus Familien mit Migrationsgeschichte ist ein Bildungsaufstieg gelungen. Wenn Unterschiede bestehen, dann vor allem mit Blick auf Religiosität. Für Jugendliche ohne Migrationshintergrund spielt Religion gar keine oder eine untergeordnete Rolle. Demgegenüber ist für jeden zweiten Jugendlichen mit Migrationsgeschichte aus der Türkei oder dem arabischen Raum der Glaube an Gott und das Praktizieren des Glaubens wichtig. Angesichts schwindender religiöser Bindung von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund werden sich, so die Shell-Jugendforscher, hier die Unterschiede in den nächsten Jahren voraussichtlich noch vergrößern.

### Junge Frauen

Egal, ob Greta Thunberg, Luisa Neubauer oder Franziska Wessel, junge Frauen stehen in erster Reihe, wenn es um das Thema Nr. 1 der Jugendlichen, Umweltzerstörung oder auch Klimawandel, geht. Sie treiben die Diskussionen voran, sie sind die Gesichter der Bewegung. Die drei genannten jungen Frauen gehören der in der aktuellen Shell-Jugendstudie befragten Kohorte an. Sie repräsentieren das starke Engagement junger Frauen dieser Kohorte für den Umweltschutz und für das wachsende politische Interesse. Gleichfalls stehen sie für hohe formale Bildung junger Frauen.

Seit den 1990er Jahren erzielen junge Frauen höhere Bildungsabschlüsse als junge Männer. Dies zeigt sich auch in der Aufnahme eines Hochschulstudiums, hier kann in einigen Studienfächern von einer Feminisierung gesprochen werden. Inwieweit den Frauen dann auch der berufliche Aufstieg in Führungspositionen gelingen wird, wird sich noch erweisen müssen.

### Kultur ist weiblich

In der Shell-Jugendstudie werden mit Blick auf das Freizeitverhalten vier Gruppen unterschieden, und zwar:

- die Medienfokussierten: Hier gehören Streaming und Gaming zu den bevorzugten Freizeitbeschäftigungen, in dieser Gruppe sind Jüngere und Männer mit 70 Prozent besonders stark vertreten,
- die Familienorientierten: Diese Gruppe unternimmt Freizeitaktivitäten mit der Familie oder konsumiert klassische Medien (Fernsehen, Zeitschriften, Bücher), hier sind mit 63 Prozent besonders viele Frauen anzutreffen,
- die Geselligen: Dieser Gruppe gehören besonders über 18-Jährige an, die abends viel ausgehen,
- die kreativ-engagiert Aktiven: Hierzu zählen die Jugendlichen, die künstlerisch-kreativ aktiv sind und sich in einem Verein oder einem Projekt engagieren, in dieser Gruppe sind mit 62 Prozent mehrheitlich junge Frauen anzutreffen, weiter gehören dieser Gruppe überdurchschnittlich viele Gutgebildete an.

Hieraus lässt sich schließen, dass kulturelle Bildung vor allem Mädchen und insbesondere Mädchen, die einen höheren Schulabschluss anstreben bzw. das Gymnasium besuchen, erreicht. Projekte wie »Kultur macht stark«, die sich gezielt an Kinder und Jugendliche mit geringerer formaler Bildung richten, scheinen noch keinen nachhaltigen statistischen Effekt zu entfalten.

Es ist anzunehmen, dass die stärkere Präsenz von jungen Frauen unter den kreativ-engagiert Aktiven sich auf das Studienverhalten auswirken werden und der Frauenanteil in den Studiengängen, die für eine Tätigkeit im Kultur- und Medienbereich qualifizieren, weiter steigen wird. Bereits heute sind in einigen Studiengängen und auch Ausbildungen im Rahmen des Dualen Ausbildungssystems Frauen deutlich stärker vertreten als Männer.

### Mediennutzung

Die Nutzung eines Smartphones ist für Jugendliche selbstverständlich. Sie nutzen es vornehmlich zur Kommunikation, aber auch zur Unterhaltung und zur Recherche nach Informationen. Auffallend ist, dass zu den Funktionsnutzern (24 %) vor allem junge Frauen gehören, die weniger Zeit im Internet verbringen als andere Gruppen und aus den oberen sozialen Herkunftsschichten stammen. Sie sind internetkritisch und vorsichtig, was die Nutzung betrifft. Demgegenüber nutzen die Uploader (12 %) das Internet intensiv und sind weniger kritisch gegenüber Geschäftsmodellen bzw. sehen es nicht als Problem an, Teil eines Geschäftsmodells zu sein. Diese Gruppe postet eigene Fotos, Musik oder schreibt in Blogs. Hier sind überdurchschnittlich viele Jugendliche aus unteren sozialen Herkunftsschichten und Jugendliche mit Migrationshintergrund vertreten.

Obwohl das Internet eine hervorgehobene Bedeutung in der Mediennutzung von Jugendlichen hat, wird dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk das größte Vertrauen entgegengebracht. Die Informationen von ARD und ZDF hält die große Mehrheit für vertrauenswürdig. Insbesondere politisch interessierte Jugendliche beziehen ihre Informationen eher von ARD und ZDF und nicht vorrangig in den Kanälen der sozialen Medien. Daraus folgt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach wie vor von großer Relevanz für die Informationsgewinnung ist, allerdings andere Verbreitungswege an Bedeutung gewinnen. Umso wichtiger wird es sein, dass ARD und ZDF die non-linearen Verbreitungswege offensiv nutzen können.

### Aufbruchsjugend

»Wir sind hier, wir sind laut« – das ist auf den »Friday for Future«-Demos zu hören und das scheint das Lebensgefühl einer größer gewordenen Gruppe an Jugendlichen widerzuspiegeln. Die in der 18. Shell-Jugendstudie untersuchte Gruppe an Jugendlichen will etwas bewegen. Anders als die vorherigen Untersuchungskohorten von 2002, 2006, 2010 und 2015 wollen sie sich nicht nur pragmatisch anpassen und auf den Nahbereich, d. h. Familie und Freunde, fokussieren, sondern erwarten gesellschaftliche Änderungen. Das Megathema »Umweltzerstörung, Klima« ist nicht nur die größte Zukunftssorge der Jugendlichen, sondern auch das Thema, wofür sie sich engagieren wollen und Lösungen erwarten. Zu Recht drängen die Jugendliche auf schnelle Antworten und wollen sich nicht mit faulen Kompromissen abspeisen lassen. In den künftigen politischen Debatten werden sie an Bedeutung und Gewicht gewinnen. Die 12- bis 25- Jährigen nehmen Politik selbst in die Hand. Dies ist das sehr ermutigende Resümee der neuen Shell-Jugendstudie.

**Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates**

# Fonds für die Kultur

**Die Kulturförderfonds stellen ihre Arbeit vor**

FOTO: WEND KÄSSENS

**Wend Kässens**

## Deutscher Literaturfonds

**WEND KÄSSENS**

Im Juni 1980 setzten sieben literarische Organisationen der Bundesrepublik Deutschland – das Kulturwerk des VS, das PEN-Zentrum Deutschland, die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der Freie Deutsche Autorenverband, der Deutsche Bibliotheksverband und die VG Wort – ihre Unterschrift unter das Gründungsprotokoll. So entstand am 7. Oktober 1980 der Deutsche Literaturfonds, als gemeinnützige »Einrichtung zur Förderung der zeitgenössischen deutschen Literatur«. Er wurde von Beginn an vom Bund unterstützt, seit einer erheblichen Erhöhung 2018 mit 2 Millionen Euro im Jahr.

Mit diesen Mitteln fördert der Literaturfonds Autorinnen und Autoren mit Stipendien und Preisen, bundesweit wirksame literarische Initiativen und Modellvorhaben, die Sicherung wichtiger literarischer Traditionen, aber auch qualifizierte Übersetzungen literarisch herausragender Werke der internationalen Gegenwartsliteratur ins Deutsche. Es werden Literaturzeitschriften gefördert und solche, die zeitgenössische literarische Entwicklungen abbilden und begleiten. Unterstützung bekommen auch Initiativen, die das Interesse an Literatur bei Jugendlichen und Erwachsenen zu wecken vermögen. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Jugendliteratur wird seit zehn Jahren kontinuierlich die Jugendliteratur gefördert. Mit Projektzuschüssen und Kooperationen macht der Literaturfonds zudem die Realisierung herausragender künstlerischer und literarischer Projekte möglich. Ein jährliches New York- und ein London-Stipendium runden das Spektrum ab.

Der Deutsche Literaturfonds fördert die deutschsprachige Gegenwartsliteratur überregional, marktunabhängig und jenseits politischer Vorgaben. Für die rund 320 Anträge pro Jahr sind befristet engagierte Jurys und das Kuratorium, das zusammen mit Mitgliederversammlung, Vorstand und Geschäftsführer die Arbeit des Deutschen Literaturfonds bestimmt, zuständig. Bisher konnten gut 10 Prozent der Anträge positiv beschieden werden.

Die Aufstockung des Etats 2018 hat die Möglichkeiten der Arbeit des Fonds deutlich erweitert. Die Stipendien für längstens ein Jahr wurden den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst und auf 3.000 Euro im Monat angehoben. Der Kranichsteiner Literaturpreis als Hauptpreis ist fortan mit 30.000 Euro dotiert, der Paul-Celan-Preis für Übersetzung mit 20.000 Euro.

Die Aufstockung hat aber auch zur Erweiterung des literarischen Terrains geführt. So konnten wir über schon vorhandene Kooperationen – mit Schauspiel Graz und Drama Forum Graz für die Förderung von »DramatikerInnen« und mit dem Kinder- und Jugendtheaterzentrum der Bundesrepublik Deutschland in Frankfurt für das Projekt »Nah Dran!« – zwei weitere Kooperationen eingehen: Mit der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, der Stiftung Lyrik Kabinett, dem Haus für Poesie und dem Deutschen Bibliotheksverband für die jährlich erscheinenden »Lyrik-Empfehlungen« mit dem Ziel, die Stimmenvielfalt der zeitgenössischen Lyrik stärker ins Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Und jüngst mit dem in Berlin angesiedelten Projekt »Weiter Schreiben«, dem Portal für Literatur aus Kriegs- und Krisengebieten.

40 Jahre Deutscher Literaturfonds – man darf gespannt darauf sein, was er im Jubiläumsjahr 2020 zu bieten hat.

**Wend Kässens ist Geschäftsführender Vorstand des Deutschen Literaturfonds e.V.**

*Mehr Informationen unter: www.deutscher-literaturfonds.de*

FOTO: PRIVAT

**Jürgen Jakob Becker**

## Deutscher Übersetzerfonds

**JÜRGEN JAKOB BECKER**

Das Übersetzen ist das älteste Gewerbe der Welt. Denn am Anfang war zwar das Wort, aber es verstand kein Mensch. Ja, man versteht es bis zum heutigen Tage so unvollkommen, dass des Übersetzens und Deutens niemals je ein Ende ist.« Roger Willemsen hatte Recht: Übersetzerinnen und Übersetzer sind und bleiben unverzichtbar. Sie machen Sprachbarrieren überwindbar, sind Anwälte der Vielfalt der literarischen Kultur, ihre Arbeit lässt uns teilhaben am Wissen und Denken anderer Kulturen. In Deutschland leben wir in einer besonders ausgeprägten Übersetzungskultur, denn in wenige Sprachen wird so viel und aus so vielen sogenannten kleinen Sprachen übersetzt wie ins Deutsche. Diejenigen jedoch, die dem Prosa-, Lyrik- oder Theaterübersetzen professionell nachgehen, sind wie die anderen Künste auch auf öffentliche Förderung angewiesen – vom Markt allein können nur die wenigsten leben.

Die Entwicklung hin zu einer substanziellen Übersetzerförderung in Deutschland ist eine Errungenschaft der Bundeskulturpolitik. Der Deutsche Übersetzerfonds (DÜF) nimmt diesen Auftrag seit 1998 wahr: durch ein differenziertes Stipendienangebot, seine »Akademie der Übersetzungskunst« und durch Initiativen und Projekte, die das literarische Übersetzen reflektieren, an die Öffentlichkeit bringen, es für die kulturelle Bildungsarbeit fruchtbar machen. Der im Haushalt Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vorgesehene DÜF-Etat wurde ab 2019 auf 1,15 Millionen Euro nach oben angepasst – ein kulturpolitisches Signal, das Wirkung entfaltet. Die Stipendienvergabe konnte zunächst auf 147 Stipendien in der Gesamthöhe von 702.400 Euro erweitert werden – zwei Drittel gingen dabei, der Branchenrealität gemäß, an weibliche Bewerberinnen. Mit der Akademie der Übersetzungskunst bauen wir ein Forum aus, in dem die langen Wege vom Original ins Deutsche begleitet und diskutiert werden. Mit viel Schwung konnten wir die Projektförderung aufstocken: die landesweiten Veranstaltungen der Weltlesebühne etwa; ein deutsch-arabisches Onlinemagazin und seine Workshops für den Übersetzer-Nachwuchs oder junge Blogger bei der Gründung einer Plattform für übersetzte Literatur unterstützen. Gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung wurde, als internationales Standbein, das TOLEDO-Programm ins Leben gerufen.

Die Förderung der Übersetzerinnen und Übersetzer deutschsprachiger Literatur in aller Welt, aber auch die hierzulande in Fremdsprachen Übersetzenden stehen dabei im Mittelpunkt, als hoch produktiv erweisen sich überdies die neu geschaffenen Kreuzungspunkte mit den internationalen Szenen. Mit dem angekündigten Ausstieg der Robert Bosch Stiftung aus allen Förderungen ihres Bereichs Völkerverständigung fällt der größte private Akteur in der Übersetzerförderung weg – die Schließung dieser Lücke ist nur eine der Herausforderungen für die nächsten Jahre. Denn es gilt, das Wissen der Übersetzerinnen und Übersetzer in die Migrationsgesellschaften von heute einzubringen. Ihre Expertise auf dem Feld der kulturellen Verständigung wird dringender denn je gebraucht.

**Jürgen Jakob Becker ist Geschäftsführer des Deutschen Übersetzerfonds**

*Mehr Informationen unter: www.uebersetzerfonds.de*

FOTO: PRIVAT

**Holger Bergmann**

## Fonds Darstellende Künste

**HOLGER BERGMANN**

Der Fonds Darstellende Künste fördert die Kunst- und Kulturlandschaft der Bundesrepublik mit besonderem Schwerpunkt auf der Fortentwicklung der Freien Darstellenden Künste. Die Aktivitäten des Fonds stehen für eine fachgerechte und gezielte Entwicklung von künstlerischen Konzepten, Projekten sowie deren Förderung. Dafür bietet er jährlich vier Antragsfristen und drei Förderprogramme, die sich an Künstlerinnen und Künstler sowie Kollektive richten, die langjährig im Bereich der professionellen frei produzierenden Darstellenden Künste tätig sind.

Mit der Projektförderung werden Einzelprojekte und Produktionen unterstützt. Die Konzeptionsförderung hingegen bietet eine langfristige Förderung über einen Zeitraum von drei Jahren an und mit der Initialförderung werden den Künstlerinnen und Künstlern ergebnisoffene produktionsunabhängige Recherchephasen ermöglicht.

Mit Sonderprogrammen greift der Fonds gesellschaftliche Herausforderungen, wie Digitalität, Kunstproduktion im ländlichen Raum und die Qualifizierung der ästhetisch-künstlerischen Positionen und Formate, auf. Nach dem Sonderprogramm »KONFIGURATION«, das 2018 zu Figuren- und Objekttheater und Digitalität aufgesetzt wurde, startet 2019 das neue Sonderprogramm »AUTONOM«, das die künstliche Intelligenz in den Freien Darstellenden Künsten in den Blick nimmt. Zudem ist der Fonds Service- und Beratungspartner für frei produzierende Künstlerinnen und Künstler, Kollektive, Institutionen und aber auch für Fördereinrichtungen auf kommunaler oder Länderebene.

Mit Formaten wie einem jährlichen Kolloquium oder dem Bundesforum, das eine gemeinsame Initiative von Bundesverband Darstellende Künste und Fonds ist, hat der Fonds diskursive Plattformen etabliert, die sowohl den Austausch zwischen Kunst, Gesellschaft und Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szene wie auch zwischen Kulturpolitik, Kunstschaffenden und Vertreterinnen und Vertretern der bundesweiten Förderlandschaft ermöglichen, um unter anderem Fragen der Fortentwicklung der Freien Darstellenden Künste und deren strukturelle Rahmenbedingungen zu erörtern. Der Fonds versteht sich als Mitgestalter und Vermittler und stärkt unter anderem durch die Verleihung des hochdotierten Tabori Preises das Ansehen und Bewusstsein für frei produziertes Arbeiten in der deutschen Theaterlandschaft.

Seine Zuwendung erhält der Fonds Darstellende Künste seit 2015 aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Nachdem der Fonds die erste mehrjährige Konzeptionsförderung in den Freien Darstellenden Künsten auf den Weg gebracht hatte, realisierten neben Hamburg, Berlin, NRW, Baden Württemberg, Bremen, Niedersachsen auch viele Kommunen ähnliche Förderungen. Mittlerweile vergibt der Fonds jährlich rund 1 Millionen Euro Projektförderung, 0,5 Millionen für Konzeptförderungen und 0,3 Millionen für Initialvorhaben sowie zusätzlich in Sonderprogrammen rund 0,5 Millionen für Digitalität im Figuren- und Objekttheater, gezielte Förderung für den ländlichen Raum. 2019 stehen rund 1 Millionen Euro für das Sonderprogramm »AUTONOM« zur Verfügung. Aus den Förderungen gehen immer wieder bundesweit herausragende Produktionen und Positionen hervor. Jüngstes Beispiel ist die Förderung von »Mittelreich« in der Regie von Anta Helene Recke, die neben der Einladung zum Theatertreffen 2019, den Theaterpreis des ITI erhielt.

**Holger Bergmann ist Geschäftsführer des Fonds Darstellende Künste**

*Mehr Informationen unter: www.fonds-daku.de*

FOTO: ROLAND BRINKMANN

Norbert Sievers

# Fonds Soziokultur

NORBERT SIEVERS

Die Förderung von Kultureinrichtungen, -programmen, Künstlerinnen und Künstlern wird zunehmend ergänzt durch die zeitlich befristete Unterstützung von Projekten. Häufig wird eine solche Projektförderung als Wettbewerb auf der Basis von öffentlichen Ausschreibungen durchgeführt, um auf diese Weise innovative Projekte auf den Weg zu bringen. Auch der Fonds Soziokultur e.V. unterstützt nunmehr seit über 30 Jahren soziokulturelle Projekte mit Bundesmitteln und gehört damit zu den Pionieren solcher Kulturförderung. Er hat sich Mitte der 1980er Jahre aus den Mitgliedern des Rates für Soziokultur des Deutschen Kulturrates gebildet und ist mittlerweile als intermediäre Einrichtung der selbstverwalteten Kulturförderung in der Förderlandschaft fest etabliert.

Förderungspolitisch geht es ihm weniger um werk- oder personenbezogene Spitzenförderung, sondern – ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – um Hilfe zur Selbsthilfe für die Akteure in einem bestimmten kulturellen Praxisfeld. Ziel war und ist, die soziokulturelle Szene strukturell zu stabilisieren und zu entwickeln. So heißt es etwa in den »Grundsätzen der Förderung«, dass solche Projekte unterstützt werden sollen, »die für die demokratische Kulturentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt von Bedeutung sind und konkret die Qualifizierung der soziokulturellen Praxis bewirken. Die Vorhaben sollen in diesem Sinne Modellcharakter besitzen und beispielgebend sein für die weitere Entwicklung der Soziokultur.«

Was wurde bisher erreicht? Dazu ein paar statistische Daten: Von 1988 bis 2018 konnten 2.304 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 17,7 Millionen Euro aus Bundesmitteln gefördert werden. Weitere 45,8 Millionen Euro wurden damit aus anderen öffentlichen und privaten Quellen generiert, was einem Faktor von 2,6 entspricht. Im langjährigen Mittel liegt die Anzahl der eingehenden Anträge bei ca. 750; davon wurden im Zeitraum von 2013 bis 2018 bei einer geringen Streubreite im Schnitt 15,5 Prozent gefördert. Auch die Antragssummen bewegten sich im selben Zeitraum in einem engen Korridor zwischen 6,99 und 9,36 Millionen Euro. Im Durchschnitt konnte die in den eingegangenen Anträgen finanziell ausgewiesene Nachfrage zu 12,3 Prozent befriedigt werden. Diese Relationen haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten kaum verändert. Durch die Aufstockung der Mittel des Fonds Soziokultur auf mittlerweile zwei Millionen Euro pro Jahr wird sich diese Situation aber wohl deutlich verbessern.

Die Konstanz bei der Nachfrage nach den Fondsmitteln ist insofern bemerkenswert, als es mittlerweile viel mehr Möglichkeiten gibt, Projektmittel für soziokulturelle Vorhaben zu erhalten. Ein Rückgang bei der Nachfrage ist jedoch nicht eingetreten. Dies spricht dafür, dass der Fonds Soziokultur eine feste und verlässliche Adresse für Projektförderungen geworden ist, die Wettbewerber im Förderfeld nicht scheuen muss. Ganz im Gegenteil: Eine Förderung des Fonds Soziokultur wirkt vielmehr wie ein Gütesiegel, das für die Projektträger so manche Tür öffnen kann.

**Norbert Sievers ist ehrenamtlicher Geschäftsführer des Fonds Soziokultur und Sprecher der AG Bundeskulturfonds**

*Mehr Informationen unter: www.fonds-soziokultur.de*

FOTO: JUDITH AFFOLTER

Gregor Hotz

# Musikfonds

GREGOR HOTZ

Projekte der aktuellen Musik aller Sparten werden vom Musikfonds gefördert – bundesweit und in all ihrer großartigen Vielfalt und Komplexität. Egal, ob experimenteller Pop und Rock, avantgardistischer Jazz oder elektronische Musik, ob Echtzeitmusik, Neue Musik, zeitgenössische Formen des Musiktheaters oder Klangkunst: Die Hauptkriterien für die Auswahl sind künstlerische Qualität und Innovationskraft eines Projekts. Das Live-Format steht dabei im Fokus, wobei zukunftsrelevante Konzertformate, die den Rahmen des konventionellen Konzerts erweitern und sprengen, mit großem Interesse diskutiert werden.

Die Förderentscheidungen des geschlechterparitätisch besetzten Kuratoriums belegen eine eindrückliche Bandbreite: Solo- und Ensembleauftritte, Einzelkonzerte und Tourneen, Konzertreihen und Festivals, szenische Konzerte, aufwendige Studioproduktionen oder komplexe Kompositionsvorhaben – alle denkbaren musikalischen und interdisziplinären Formate sind förderfähig, wobei vor allem die professionelle freie Musikszene gefördert wird.

Der Musikfonds kann weder institutionelle Förderung leisten, noch Stipendien, Auslandstourneen oder reine Studioprojekte fördern. Auch Projekte in ausschließlich universitärem Rahmen sind in der Regel nicht förderfähig, genauso wie Projekte, bei denen es hauptsächlich um Vermittlung oder Laienmusik geht. Die stärkere Verankerung der aktuellen, gegenwartsbezogenen Musik in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist ein wichtiges Anliegen des Musikfonds. Entsprechende Maßnahmen sind als Bestandteil eines Projekts erwünscht.

Die egalitäre Verteilung der Fördermittel im Bundesgebiet ist eine primäre Aufgabe, entsprechend versuchen wir unsere Förderaktivitäten in den ländlichen Regionen Deutschlands zu intensivieren – damit die aktuelle Musik nicht nur in den Kulturmetropolen spielt! Aber auch eine gerechte Verteilung über die verschiedenen Sparten der aktuellen Musik ist uns wichtig – und wir freuen uns ausdrücklich über mehr Anträge aus den bislang eher schwach vertretenen Genres, z. B. elektronische Musik, experimenteller Pop und Rock oder Klangkunst.

Seit der ersten Förderrunde des Musikfonds im April 2017 sind über 1.800 Anträge eingegangen, mit einem Antragsvolumen von ca. 32 Millionen Euro. Weniger als 400 Anträge konnten davon bewilligt werden, mit einem Fördervolumen von ca. 4,5 Millionen Euro. Dies entspricht einer durchschnittlichen Förderquote von ca. 14 Prozent.

Trotz der dankenswerterweise vom Deutschen Bundestag beschlossenen Verdoppelung des Förderetats in 2018 und der damit verbundenen Verbesserung der Förderquote haben wir es weiterhin mit einem krassen Missverhältnis zwischen Antrags- und Fördervolumen zu tun.

Ein Missverhältnis, das vor allem bei den betroffenen Musikerinnen und Musikern verständlicherweise Frustrationen auslöst. Das ist leider viel zu häufig die Tonlage der Rückmeldung an die Geschäftsstelle des Musikfonds, in der das Team Antragstellende berät bzw. die bewilligten Projekte abwickelt.

Die Geschäftsstelle des Musikfonds sieht sich neben ihren operativen Aufgaben in der Pflicht, als Scharnier zwischen musikpolitischen Entscheidungen, administrativen Vorgaben und den Bedürfnissen und Realitäten der freien künstlerischen Produktion zu fungieren.

**Gregor Hotz ist Geschäftsführer des Musikfonds**

*Mehr Informationen unter www.musikfonds.de*

FOTO: PRIVAT

Karin Lingl

# Stiftung Kunstfonds

KARIN LINGL

Herausragende zeitgenössische bildende Kunst wird in Deutschland von der Stiftung Kunstfonds gefördert. Ihre satzungsgemäße Aufgabe ist es, national bedeutendes künstlerisches Schaffen zu unterstützen, in seiner Substanz langfristig zu sichern und das öffentliche Interesse wie das Verständnis für zeitgenössische bildende Kunst in all ihren Gattungen – Malerei, Grafik, Fotografie, Bildhauerei, Installation, Performance, Film, Klang- und Medienkunst – zu wecken und zu verstärken. Unterschiedliche Förderprogramme begleiten die künstlerische Produktion und stimulieren den Kunstbetrieb in Deutschland. So schaffen Stipendien die für Künstlerinnen und Künstler unerlässliche finanzielle Unabhängigkeit, um zu experimentieren und die eigene künstlerische Arbeit zu entwickeln, projektbezogene Förderungen setzen Akzente künstlerischer Innovation und ermöglichen die Kooperation mit professionellen institutionellen Partnern. Das Programm »Werkverzeichnung« hilft, künstlerische Lebenswerke vor dem drohenden Vergessen zu sichern.

Kunstvereine, Galerien, Institutionen, Kunsthallen und Museen können dank der Kunstfonds-Förderung künstlerisch wie gesellschaftlich relevante Positionen ausstellen, deren Qualität adäquat vermitteln und darüber publizieren.

Drei regelmäßig rotierende, unabhängige Fachjurys, mehrheitlich aus bildenden Künstlerinnen und Künstlern bestehend, treffen sämtliche Förderentscheidungen. Die Jurymitglieder, 53 Prozent davon Frauen, sind in der Kunstszene verankert und orientieren sich in ihrem Urteil ausschließlich an künstlerischen Qualitätskriterien, frei von kommerziellen Interessen oder den Moden der Eventkultur. Vor allem diese Förderpraxis begründete die erfolgreiche Einwerbung komplementärer Fördermittel, die das Fördervolumen des Kunstfonds aufstocken und darüber hinaus unter anderem den »HAP Grieshaber-Preis der VG Bild-Kunst« finanzieren. Die Aufgabenpalette des Kunstfonds wird vervollständigt durch das »Archiv für Künstlernachlässe«, ein Ort »zwischen Atelier und Museum«, ein Depot, das Kunstwerke sammelt, ordnet, inventarisiert, sie erforscht und nicht zuletzt nachfolgenden Generationen öffentlich zugänglich macht. Das Archiv ist Leihgeber für Ausstellungsinstitute und Partner für kunst- und restaurierungswissenschaftliche Forschungsarbeiten. Als Modellprojekt gestartet, hat sich das Künstlerarchiv zum Kompetenzzentrum für künstlerische Nachlässe und deren Handling entwickelt. Dank der Finanzierung von Bund, Land NRW und des Landschaftsverbandes Rheinland wird das Künstlerarchiv bald einen Erweiterungsbau erhalten und zum öffentlich zugänglichen Schaumagazin werden.

Die Stiftung Kunstfonds ist eine bundesweit agierende, autonome und unverzichtbare Fördereinrichtung, die getragen wird von Künstlerinnen, Künstlern und Organisationen des Kunstbetriebs. Sie wird von Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags mit jährlich zwei Millionen Euro gefördert. Weitere 395.000 Euro stammen aus der Stiftung Kulturwerk der VG Bild-Kunst, hinzu kommen 20.000 Euro an privaten Preisgeldern. Trotz dieses erhöhten Etats beträgt die Förderquote im Jahr 2019 nur 8,5 Prozent, die angesichts vieler hochqualifizierter, dringend zu fördernder Künstlerinnen und Künstler erhöht werden muss.

**Karin Lingl ist Geschäftsführerin der Stiftung Kunstfonds**

*Mehr Informationen unter: www.kunstfonds.de*

# Geburtshelfer für Projektförderung

## Die Entwicklung des Fonds Soziokultur

Norbert Sievers kennt den Fonds Soziokultur wie kein Zweiter, denn er hat ihn mit aufgebaut. Seit 1988 ist er dessen ehrenamtlicher Geschäftsführer. Gemeinsam mit Theresa Brüheim blickt er zurück auf Entstehung und Entwicklung der Soziokultur und projektbezogene Kulturförderung. Die beiden sprechen über »Projektitis«, internationale Kooperationen und staatsferne Fördermittelvergabe.

**Theresa Brüheim: Herr Sievers, wie kam es zur Gründung des Fonds?**
Norbert Sievers: Anfang der 1980er Jahre gab es bereits drei selbstverwaltete Fonds: den Kunstfonds, den Deutschen Literaturfonds und das Musikförderprogramm des Deutschen Musikrates, wobei nur die beiden Fonds sich 1980 neu als Vereine konstituierten, den Musikrat gab es schon. Darauf konnte sich der Fonds Soziokultur beziehen. Kulturpolitisch waren diese Fonds eine Folge des Bedeutungsgewinns der nicht institutionalisierten Kulturszenen und Soziokulturellen Zentren, die in den 1970er Jahren entstanden waren. Auch die sogenannte Neue Kulturpolitik spielte eine große Rolle, weil sie offen war gegenüber diesen Ansätzen. So hat etwa die Kulturpolitische Gesellschaft (KuPoGe) Anfang der 1980er Jahre gefordert, dass es einen Fonds für diese Bereiche – darstellende Kunst, Soziokultur und Kleinzirkusse – geben müsse. Wichtig war dabei das Stichwort der »Selbstverwaltung der Kunst«, das schon für die ersten Fonds begründungsleitend war. Der Staat sollte und wollte sich nicht in die unmittelbare Kulturförderung einmischen, sondern dies unabhängigen Organisationen überlassen.

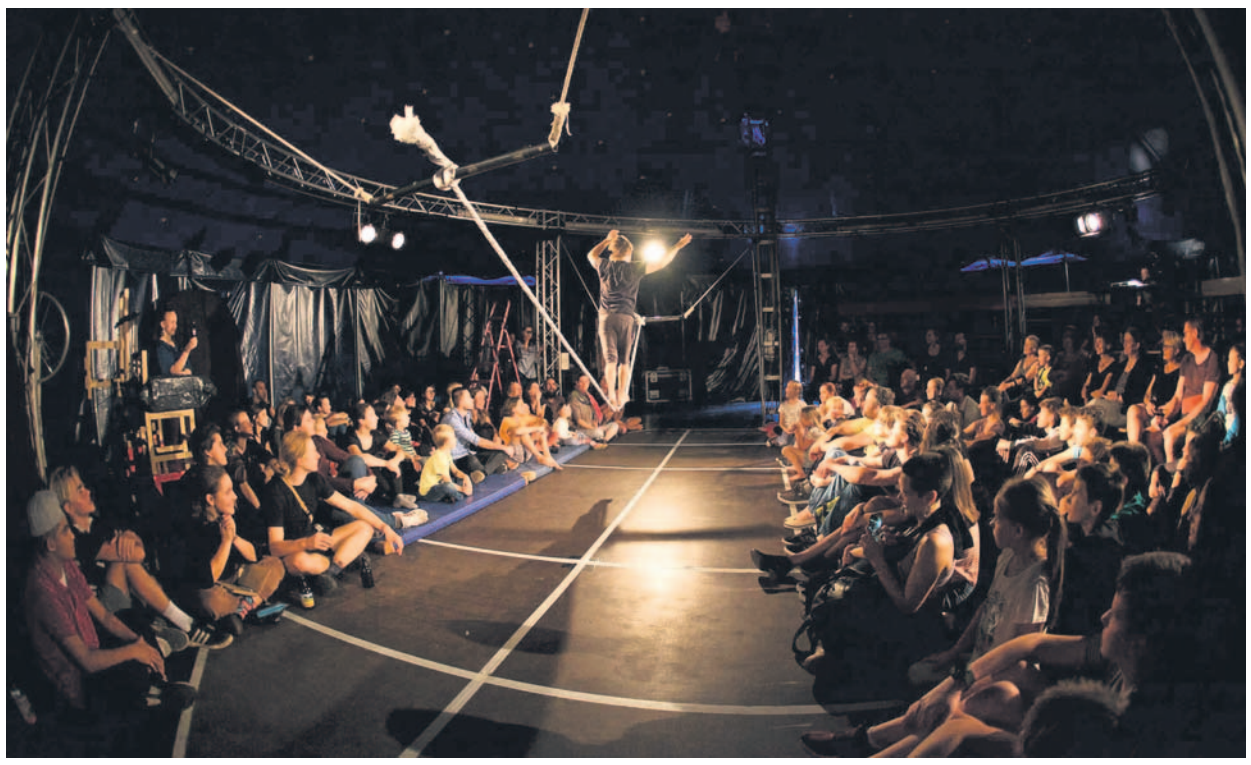


FOTO: TINA PEISSKER

**Der Fonds Soziokultur fördert das »Composé Festival« von MoMoLo in Jena**

In diesem Geist wurde in den 1980er Jahren der Fonds Soziokultur gegründet. Ein wichtiger Geburtshelfer war dabei der Rat für Soziokultur des Deutschen Kulturrates, der sich 1981/82 konstituiert hatte. Ein Rat mit »Soziokultur« im Titel – das war von Bedeutung. Seinerzeit waren Olaf Schwencke, der damalige Präsident der KuPoGe, und Bruno Tetzner, der Vorsitzende der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ), Sprecher dieses Rates. Sie haben in vielen Gesprächen mit Abgeordneten der Regierungs- und Oppositionsparteien im Bundestag die politische Vorarbeit geleistet. Etwa ab Mitte der 1980er Jahre gab es dann konkrete Signale, dass es was mit dem Fonds werden könnte. Dann begann die operative Arbeit, an der ich als junger Sekretär der KuPoGe im Kreis einiger weiterer KuPoGe- und Ratsmitglieder unmittelbar beteiligt war. Instrumente wie Vereinssatzung, Kuratoriumsstatute usw. wurden entwickelt. Im März 1987 wurde der Verein Fonds Soziokultur dann gegründet, ab 1988 gab es die erste Bundesförderung in Höhe von 200.000 DM.

**Heute werden Sie von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert, das Amt gab es damals aber noch nicht. Wie gestalteten sich die politischen Rahmenbedingungen?**
Nein, die Bundeskulturpolitik, wie wir sie heute kennen, gab es in der Tat nicht. Aber es gab einige Promotoren, auch auf der Regierungsseite, die diesen Ideen sehr positiv gegenüberstanden. Das war namentlich Gerhart Baum, der damalige Bundesinnenminister. Kultur ressortierte im Bundesministerium des Innern (BMI). Er war sehr offen gegenüber neuen Kulturszenen und Formen einer staatsfernen Kulturförderung. Auch der damalige Abteilungsleiter im BMI, Sieghardt von Köckritz, hat die Entwicklungen befördert. Es gab also sowohl auf Geber- als auch auf Nehmerseite Befürworter. Das hat den Prozess befördert. Im Bundestag war es vor allem die SPD-Fraktion, die der Idee der Soziokultur offen gegenüberstand, weil sie ihrer kulturpolitischen Programmatik am nächsten war.

**Welche Stellung kam dem Fonds Soziokultur nach der Gründung zu?**
In den 1980er Jahren hatte es die Soziokultur schwer – auch politisch. Es dauerte, bis der Begriff akzeptiert wurde. Für viele Kulturdezernentinnen und -dezernenten der Städte war das einfach nur eine Mischung aus Laienkultur und Szeneaktivitäten. Die hatten keine Vorstellung, was sich dahinter theoretisch und praktisch verbirgt.
Es gab aber auch sehr reformorientierte Kräfte. Langsam begann sich ein Verständnis durchzusetzen, dass Soziokultur zukunftsfähig sein könne. Und dabei spielte der Fonds eine wichtige Rolle, weil die Bundesförderung in diesem Feld eine Signalwirkung hatte. Der Fonds war ein Referenzprojekt, auf das sich Länder und Kommunen beziehen konnten. Auf der Bundesebene selbst gab es dann 1989/90 die »Große Anfrage« der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages zum Thema Soziokultur. Im Einleitungssatz der Antwort der Bundesregierung heißt es: »Die Soziokultur ist in den letzten Jahren zu einer festen Größe im kulturellen Leben der Bundesrepublik Deutschland geworden.« Ein Durchbruch mit Blick auf die kulturpolitische Akzeptanz dieses Begriffs und der damit verbundenen kulturellen Praxis! Und der Fonds Soziokultur hatte seinen Anteil daran.

**Wie hat sich die Arbeit des Fonds Soziokultur entwickelt?**
Die Arbeit des Fonds ist von Konstanz geprägt. 1988 gab es die erste Förderung und wir erhielten ca. 200 Anträge. Anfang der 1990er Jahre, als die neuen Bundesländer dazukamen, waren es über Tausend. Im Osten gab es einen unheimlichen Nachholbedarf an solchen Förderungen. Im Laufe der 1990er Jahre normalisierte sich dies. Jetzt sind wir seit Jahren konstant bei ca. 750 Anträgen. Es gibt keinen Ermüdungseffekt, obwohl über die Jahre mehr Fördertöpfe in diesem Feld hinzugekommen sind. Mittlerweile hat der Fonds zwei Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben eine aktuelle Bewilligungsquote von 15 Prozent. Schön wären 25 Prozent. Wir müssen immer zu viele Antragsteller enttäuschen, das ist förderpolitisch ein Problem.

**Wie verteilen sich Anträge und Förderquoten über die Bundesrepublik?**
Da gibt es starke und weniger starke Länder, wie man in unseren statistischen Aufbereitungen sehen kann. Jedes Jahr erstellen wir eine Förderstatistik, alle fünf Jahre gibt es Zwischenbilanzen. Das ist ein hilfreiches Instrument zur Selbstreflexion und nicht nur zur Legitimation gegenüber dem Fördermittelgeber. Daraus wird deutlich: Nordrhein-Westfalen und Berlin sind heute die starken Länder, früher nur NRW. Seit der Wiedervereinigung hat Berlin sehr, sehr schnell aufgeschlossen. Dann folgt Niedersachsen, das eine lange Tradition in der Förderung der Soziokultur hat. Auch Baden-Württemberg hat schon früh Soziokultur gefördert. Bayern hingegen ist weniger stark. Bundesländer mit großen Städten haben stärkere Szenen und sind dann auch bei den Anträgen präsenter. Schleswig-Holstein, das Saarland und die ostdeutschen Bundesländer sind schwächer vertreten. Im Kuratorium wird darauf geachtet, dass es bei der Bewilligung nicht ganz so große Ausreißer gibt, so dass immer alle Bundesländer repräsentiert sind.

**Welche Projekte fördern Sie heute, wie wählen Sie diese aus?**
Früher haben wir kleinere Projekte und Initiativen mit ein paar Tausend Euro gefördert. Sie waren sehr stark von ehrenamtlichen Grassroot-Aktivitäten geprägt. Auch heute gibt es noch sehr viel bürgerschaftliches Engagement, gerade bei Projekten im ländlichen Raum oder in Bereichen, die noch nicht durchprofessionalisiert sind. Aber es gibt heute eben auch eine Infrastruktur von professionellen Projektantragstellern, die das zu ihrem »Beruf« gemacht haben. Es gibt viele Einrichtungen – das ist anders als früher –, die davon leben, dass sie Projekte beantragen und durchführen. Das hat die Praxis und die Anträge verändert. Künstlerinnen und Künstler spielen z.B. eine größere Rolle in den Projekten. Heute verdienen viele Kunstschaffende mehr Geld über ihre Arbeit in Projekten als über die Erstellung von Kunstwerken. Projektförderung ist so gleichzeitig individuelle Künstlerförderung. Das war früher nicht so stark der Fall. Das hat aber dem Feld nicht geschadet. Im Gegenteil: Dieses künstlerische Know-how zeichnet heute viele soziokulturelle Projekte aus und bereichert sie. Es ist auch eine größere Durchmischung von sozial, wirtschaftlich und politisch motivierten Projekten mit künstlerischen Impulsen entstanden. Es hat eine qualitative Weiterentwicklung in der Projektlandschaft stattgefunden, neue Formate und Methoden wurden etabliert – zu Recht wird heute von der Soziokulturalisierung des Kulturbereichs gesprochen. Das zeigt auch eine Studie, die das Institut für Kulturpolitik der KuPoGe zu den neuen Methoden und Formaten soziokultureller Projektarbeit gerade durchgeführt hat.

**Im Fonds Soziokultur vergeben Sie Bundesmittel. Wie machen Sie das möglichst staatsfern?**
Von Anfang an haben wir auf Unabhängigkeit großen Wert gelegt. Das Kuratorium trifft die letzte Entscheidung. Dieses besteht aus Fachleuten, die von den sieben Mitgliedsverbänden des Fonds gewählt werden. Der Fördermittelgeber redet da inhaltlich nicht mit. Es gab noch nie eine Einmischung. Wichtig ist aber auch, dass der Fonds so konzipiert wurde, dass alle öffentlichen Träger im Boot sind: Bund, Länder, Gemeinden. Sie haben im Kuratorium zwar kein Stimmrecht, nehmen aber aktiv an den Debatten und Beratungen teil. Das war sehr hilfreich.

**Sie kooperieren mit dem niederländischen »Fonds voor Cultuurparticipatie«. Wie kam es dazu – und wieso ist es gerade ein Fonds aus den Niederlanden?**
Die Kooperation hat geht zurück auf eine Tagung, die wir im Rahmen der europäischen Veranstaltungsreihe »Shortcut Europe« zum Thema »Kulturelle Strategien und soziale Ausgrenzung« im Jahr 2010 in Dortmund durchgeführt haben. Auf dieser Tagung hat namentlich der Fonds-Vorsitzende Kurt Eichler den damaligen Direktor des niederländischen Fonds Jan Jaap Knoll kennengelernt und überlegt, ggf. etwas Gemeinsames zu machen. Der niederländische Fonds fördert ähnlich wie wir, ist aber viel größer. Die hatten seinerzeit knapp 30 Millionen Euro zur Verfügung, sind aber auch enger mit dem Staat verbunden. Jedenfalls gab es das gemeinsame Interesse an grenzüberschreitenden Projekten von niederländischen und deutschen Kulturakteuren, die es im soziokulturellen Bereich eher weniger gibt, da sie sehr aufwendig sind. Mit anderen Nachbarstaaten wäre es sicher nicht so einfach möglich gewesen wie mit den Niederlanden, weil die Kulturen dieser Länder doch schon sehr ähnlich sind und die sprachliche Verständigung einfach ist.

**Wie sieht die Zusammenarbeit genau aus, was umfasst sie?**
Dafür haben wir eine duale Struktur mit dem niederländischen Kooperationspartner aufgebaut. Beide Fonds unterstützen Kooperationsprojekte, bei denen sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden Projektaktivitäten stattfinden und fördern diese gemeinsam. Dafür stehen auf beiden Seiten insgesamt bis zu 100.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Wir machen gemeinsame Seminare, bei denen sich die Interessenten aus beiden Ländern mal in den Niederlanden, mal in Deutschland kennenlernen und gemeinsame Projektideen sowie Konzep-te entwickeln. Beide Fonds beraten und entscheiden dann gemeinsam über die Projektideen und -anträge. Dafür wurde eine eigene Jury eingesetzt.

**Begünstigen Kulturförderfonds durch ihre temporär beschränkte Förderung die sogenannte »Projektitis« der deutschen Kulturszene?**
Das muss man kritisch reflektieren. Es ist ein kulturpolitisches Problem, das in den letzten 30 Jahren zugenommen hat – einhergehend mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Überall gibt es zeitlich befristete Förderungen und Arbeitsverhältnisse. Aber der Kulturbereich und die Kreativwirtschaft waren in gewisser Weise Vorreiter. Positiv daran ist, dass man in Projekten eine gewisse Freiheit hat und experimentieren kann. Negativ ist, dass so eine prekäre Arbeitssituation entstehen kann, die auch Selbstausbeutung fördert. Alle, die Projektmittel vergeben, müssen sich die Fragen stellen: Sind die Honorare fair? Sind die Förderzeiten angemessen? Ist der Innovationsdruck zu hoch? Außerdem muss die Kulturpolitik mehr Förderungen verstetigen. Die institutionelle Förderung muss wieder stärker eine Rolle spielen. Denn viele Projektmittelempfänger finanzieren sich seit Jahrzehnten nur über Projektmittel. Diese quasi-institutionellen Förderungen sind aber eine Mogelpackung zulasten der Zuwendungsempfänger. Die projektbezogene Fördertätigkeit von Fonds bleibt natürlich wichtig. Aber wir brauchen auch institutionell abgesicherte Standbeine, damit die Spielbeine nachhaltig wirken können. Diese Korrespondenz ist nicht mehr gegeben.

**Was plant der Fonds Soziokultur?**
Wir werden das Förderportfolio ausbauen können. Dafür gibt die Aufstockung der Mittel ein wenig Spielraum. Auch die eigenen Strukturen können wir der neuen Fördersituation anpassen. Die Weichen sind dafür bereits gestellt. Aber das ist nicht mehr meine Aufgabe. Ich werde Ende des Jahres nach 31 Jahren die Geschäftsführung des Fonds an Mechthild Eickhoff abgeben. Natürlich gehe ich mit einem weinenden und einem lachenden Auge: Der Verlust dieser schönen Aufgabe betrübt mich. Aber dem steht die Genugtuung gegenüber, gemeinsam mit dem Vorstand eine finanziell und konzeptionell stabile Struktur in gute Hände übergeben zu dürfen.

**Vielen Dank.**

**Norbert Sievers ist Geschäftsführer des Fonds Soziokultur und Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur**

# Glück für viele

## Kulturelle Verantwortung für das Gemeinwohl

MARTIN STADELMAIER

Von Weitem kann man bereits die stattliche Windmühle Mustin in Mecklenburg-Vorpommern erkennen. Gelegen auf einer kleinen Anhöhe inmitten der mecklenburgischen Seenplatte, streckt sie sich seit 1888 stolz über die Ortschaft. Ihre Sanierung durch die Deutsche Stiftung Denkmalschutz wurde maßgeblich aus Mitteln der Glücksspirale ermöglicht.

Weil Glücksspiel kein Wirtschaftsgut wie jedes andere ist, sind die Sozialotterien in Deutschland und die 16 Landeslotteriegesellschaften mit ihren Hauptprodukten 6 aus 49, Eurojackpot und der Glücksspirale in besonderem Maße dem Gemeinwohl verpflichtet. Allein die Unternehmen des Deutschen Lotto und Totoblocks (DLTB) führten 2018 2,94 Milliarden Euro für soziale Projekte, den Sport, Umweltvorhaben und eben auch den – für das gedeihliche Zusammenleben so wichtigen – Kulturbereich ab. Das sind etwa 40 Prozent jedes eingesetzten Euro, die über Steuern und Abgaben dem Gemeinwohl zufließen.

**Mit Lotteriemitteln werden in Deutschland zahlreiche Initiativen und Projekte unterstützt**

Dabei wird der Abfluss und die Verteilung der Mittel in den Ländern unterschiedlich geregelt. Die ein oder andere Überschneidung mit anderen Förderbereichen z. B. aus dem Bereich der Wohlfahrt und des Sports berücksichtigend, kann man festhalten, dass Jahr für Jahr ungefähr 350 Millionen Euro dem kulturellen Schaffen in Deutschland zufließen.

Die Bandbreite der kulturellen Förderung ist ebenso groß wie vielfältig. Beeindruckend ist ihre Kontinuität. Allein die Glücksspirale hat seit 1991 die Stiftung Denkmalschutz mit knapp 500 Millionen Euro unterstützt. Und die Destinatäre sind frei in ihrer Entscheidung, welche Projekte sie beantragen oder fördern.

Ein Blick auf Baden-Württemberg zeigt exemplarisch, wie kulturell-gesellschaftliche Unterstützung konkret aussieht. So hat Lotto Baden-Württemberg den Lotto-Museumspreis 2018 an das Pfahlbaumuseum Unteruhldingen und an das jüdische Museum Gailingen vergeben. Weiterhin schreibt das Unternehmen den Musiktheaterpreis aus und unterstützt maßgeblich den Kleinkunstpreis Baden-Württemberg, den Landespreis für Heimatforschung und den Jazz-Ehrenpreis des Landes. Lotto Baden-Württemberg hat in 2018 die Kulturveranstaltungen auf Schloss Kapfenburg, das Stadtjubiläum Ludwigsburg, die Heimattage Waldkirch, das Musikfestival Lörrach, das Podium Festival Esslingen, 175 Jahre Staatsgalerie, das Schwarzwald Musikfestival, die Ludwigsburger Schlossfestspiele, die Oberschwäbischen Musikwochen, die Klosterkonzerte Maulbronn, die lange Nacht der Bodenseegärten, die Opernfestspiele Heidenheim, das Interkulturelle Fest Schwetzingen, das Sommerfestival der Kulturen Stuttgart, das Stimmenfestival Lörrach, das Zeltmusikfestival Freiburg, den Bräunlinger Straßenmusiksonntag, das Musikfest Stuttgart der Bachakademie, das Bachfest Tübingen, das Enjoy Jazz Festival sowie den Tag der Bibliotheken in Baden-Württemberg mit ermöglicht.

Die Beispiele ließen sich beliebig über Bremen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Bayern, Berlin, Brandenburg und allen anderen Ländern fortsetzen.

Die Bandbreite der Förderung lässt sich in jedem Land nachvollziehen. So reichte sie in Rheinland-Pfalz 2018 von der Unterstützung für einen Wettbewerb von Cover- und Tribute-Bands bis hin zur Ermöglichung der Sanierung der Vierungskuppel im Weltkulturerbe Speyerer Dom.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ROBERTHARDING

**Viele Institutionen profitieren vom gemeinwohlorientierten Glücksspiel, z. B. das Pfahlbaumuseum Unteruhldingen**

Mit Lotteriemitteln werden in Deutschland zahlreiche Initiativen und Projekte, kleine und große, im gesamten Spektrum des kulturellen Schaffens und Bewahrens unterstützt. Oft ermöglichen sie diese erst oder stellen einen wesentlichen Anteil ihrer Finanzierung dar. Das gehört zum zentralen Bestandteil des gemeinwohlorientierten Glücksspiels in Deutschland.

Dieses ist in letzter Zeit durchaus massiven Anfechtungen ausgesetzt. Illegale, sogenannte schwarze Wetten auf Lotterien, wie sie z. B. Lottoland oder Lottohelden aus Steuer- und Rechtsoasen heraus anbieten und massiv bewerben, fordern den Rechtsstaat und auch die Lotteriegesellschaften immer aufs Neue heraus. Sie schädigen das Gemeinwohl und haben ihm in 2018 mindestens 200 Millionen Euro entzogen. Bis Rechtssicherheit gegen solche Machenschaften hergestellt ist, dauert es oft Jahre.

Die Länder diskutieren gegenwärtig, wie sie den 2021 auslaufenden Glücksspielstaatsvertrag novellieren wollen. Es geht vor allem um die mögliche Zulassung von Online-Casino-Spielen. Die Vermeidung von negativen Auswirkungen auf das gemeinwohlorientierte Glücksspiel, rechtliche Stabilität und ein gestärkter Vollzug liegen im wohlverstandenen Eigeninteresse der Landeslotteriegesellschaften und ihrer Destinatäre.

Der Kulturbereich sollte ein hohes Interesse daran haben, dass das gemeinwohlorientierte Glücksspiel in Deutschland, dass Lotteriemonopole auch künftig eine sichere Zukunft haben.

**Martin Stadelmaier ist Leiter des Berliner Büros des Deutschen Lotto und Totoblocks**

# Laborfunktion für die gesamte Theaterlandschaft

## Der Fonds Darstellende Künste identifiziert theatrale Baustellen

WOLFGANG SCHNEIDER

Mit »Liebe Theaterfreundinnen und -freunde« begrüßte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien den gefüllten Theaterraum des HAU, dem Hebbel am Ufer in Berlin, zur diesjährigen Verleihung des Tabori-Preises. So wie es auch der Namensgeber des zu verleihenden Theaterpreises getan hätte.

Es war 2010, als der Fonds Darstellende Künste, damals noch unter der Obhut der Kulturstiftung des Bundes, sein 25-jähriges Jubiläum feierte und aus diesem Anlass den Tabori-Preis initiierte und diesen an jener Wirkungsstätte des 2007 gestorbenen Regisseurs, Autors und Dramaturgs, dem Berliner Ensemble, erstmals und seitdem jährlich verliehen wurde. Der Fonds, ein eingetragener Verein, setzt sich aus 16 Theaterverbänden zusammen, die allesamt im Rat für Darstellende Kunst und Tanz im Deutschen Kulturrat organisiert sind, von A wie ASSITEJ über I wie ITI bis U wie UNIMA.

2019 ging der Tabori-Preis an das Kollektiv Monster Truck. Mit der Tabori-Auszeichnung 2019 ehrt die Jury die Ben J. Riepe Kompanie »für ihre choreografischen Umstürze und Aufbrüche auf Bühnen, in Museen und Straßen, durch die sie sich eine herausragende Position im Tanz erarbeitet hat«. Ebenfalls erhält das 2010 aus der Universität Hildesheim hervorgegangene Kollektiv machina eX »für das Erfahrbarmachen der virtuellen Welten in der Realität der Bühnen-Performance« die Tabori-Auszeichnung 2019.

Der Tabori-Preis ist die bundesweit höchst dotierte Wertschätzung für die Freien Darstellenden Künste und ehrt frei produzierende Theaterkünstler und ihre kontinuierlich sichtbare Arbeit mit bundesweiter wie internationaler Ausstrahlung, die eine innovative Handschrift aufweist. Mit den Tabori-Auszeichnungen würdigt der Fonds Darstellende Künste zudem Gruppen, die durch kontinuierliche Entwicklung eines einzigartigen Formates überzeugt haben.

Die beeindruckende Bilanz der ersten zehn Jahre zeigt, hier spielt die Champions League der deutschen Theaterlandschaft: norton.commander.productions, Nico and the Navigators, Compagnie Toula Limnaios, Wilde & Vogel, NOVOFLOT, She She Pop, Antje Pfundtner in Gesellschaft, LIGNA und copy & waste. Förderpreise erhielten bisher: Gintersdorfer/Klaßen, aufBruch, HUNGER&SEIDE, half past selber schuld, Theater o.N., kainkollektiv, pulk fiktion, Markus&Markus und Turbo Pascal.

Die Basis des Preises ist die Vergabe von öffentlichen Mitteln für Initialförderung, Projektförderung und Konzeptionsförderung, die von einem 15-köpfigen Kuratorium mit großer Expertise viermal im Jahr vergeben werden. Wer da dabei ist, ist auch für den Preis nominiert. Neu ist, dass es jetzt nur noch Gewinner gibt, einen Preis dotiert mit 20.000 Euro sowie zwei Auszeichnungen mit je 10.000 Euro. Wiederum von einer Fachjury diskutiert und entschieden, auserwählt aus 300 vom Fonds geförderten Theaterarbeiten.

Neben Preisgeldern und Projektmitteln ermöglicht Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Sonderprogramme, wie derzeit zum Thema »Konfiguration«, das der Puppen-, Figuren- und Objekttheaterszene nutzen möge, und »Global Village Labs«, die gezielt die nichturbanen Räume erreichen sollen.

**Künstlerische und soziale Sicherung der Freien Darstellenden Künste stärken**

All das dient dazu, die künstlerische und soziale Sicherung der Freien Darstellenden Künste zu stärken, die ästhetische Weiterentwicklung zu begleiten und die Qualifizierung von Akteuren, Kooperationen und Netzwerken zu ermöglichen. Darüber hinaus sieht es der Fonds als seine Aufgabe an, Ländern und Kommunen Anreize zu Kofinanzierungen zu geben. Denn die Förderung des Fonds versteht sich als subsidiär und braucht die Regelförderung im föderalen Kontext.

Mehr und mehr Anträge erreichen den Fonds, 2018 waren es 660, nur 19 Prozent konnten gefördert werden: Es fehlt an Geld! Gut vertreten sind Projekte aus Berlin und Nordrhein-Westfalen, kaum welche kommen aus Rheinland-Pfalz und Thüringen: Es gilt, die weißen Flecken zu beackern! Immer mehr gibt es Anfragen zu Festivalaustausch, Residenzförderung oder Experimentierlaboratorien: Es fehlt an länder-übergreifenden Maßnahmen!

Der Fonds wird deshalb auch immer mehr zum kulturpolitischen Akteur, der die Baustellen in der Theaterlandschaft identifiziert. Drei Beispiele: Die Implementierung von kultureller Bildung: Als Theaterpädagogik in der künstlerischen Praxis, jenseits der Projekte! Die Positionierung von Vielfalt und Teilhabe in der Provinz durch Kooperationen von Freier Szene, Soziokultur und Amateurtheater! Die Archivierung Freier Darstellender Künste als kulturelles Gedächtnis der Gesellschaft; denn nach der Studie »Performing the Archive« von 2018 ist vor der Umsetzung!

**Wolfgang Schneider ist Professor für Kulturpolitik und Vorsitzender des Fonds Darstellende Künste**

# Kulturfördervereine gestalten Gesellschaft

## Der Dachverband der Kulturfördervereine macht Engagement für Kultur sichtbar und vernetzt mit Partnern

Der Dachverband der Kulturfördervereine in Deutschland, kurz DAKU, möchte Kulturfördervereine aller Sparten zusammenbringen. Theresa Brüheim spricht mit dem Vorstandsvorsitzenden Frank Druffner über junge Kulturfördervereine, Mäzene und Netzwerke.

**Theresa Brüheim: Herr Druffner, im Juli letzten Jahres wurde der DAKU, der Dachverband der Kulturfördervereine in Deutschland, gegründet. Was macht der DAKU?**
Frank Druffner: Der DAKU ist ein großes Netzwerk von Einrichtungen. Dazu zählen allen voran die großen Bundesverbände kulturfördernder Vereine: der Arbeitskreis Museumsmanagement, der Bundesverband der Fördervereine Deutscher Museen für bildende Kunst, der Bundesverband Popularmusik, die Bundesvereinigung deutscher Musik- und Theaterfördergesellschaften (MUTHEA) und auch die AG Freundeskreise der Stiftung Zukunft Berlin. Sie alle haben sich als Gründungsmitglieder beteiligt. Weitere Partner aus der Bundes-, Länder- und Kommunalpolitik sowie Einrichtungen aus dem Weiterbildungs- und Engagementbereich gehören ebenfalls zu unserem Netzwerk.
Die Idee zur Gründung des Dachverbands wurde vorangebracht von der AG Freundeskreise bei der Stiftung Zukunft Berlin mit ihrer Leiterin Ulrike Petzold. Zuvor wurde auf den Symposien der Kulturfördervereine wiederholt der Wunsch nach einer zentralen, spartenoffenen Anlaufstelle und Informationsplattform geäußert. Unsere Geschäftsstelle in Berlin will vernetzen, Kulturfördervereine und Partner aus der Politik und Wirtschaft miteinander ins Gespräch bringen und die Vereine bei ihrer Arbeit unterstützen – mit Informationen und Weiterbildungsangeboten, orientiert an den Bedarfen der Vereine.

**Wie viele Kulturfördervereine gibt es in Deutschland überhaupt?**
Diese Frage kann ich erst jetzt, nach der Gründung des DAKU beantworten. Das Erste, was wir getan haben, war ein Policy Paper in Angriff zu nehmen, das eine erste grobe Erhebung aufzeigen sollte. Dabei hat uns ZiviZ im Stifterverband unterstützt. Die Zahlen sind nämlich schwer zu erheben. Dazu müssen Sie sämtliche Vereinsregister in den einzelnen Bundesländern durchsehen. Das ist sehr aufwendig. Wir sind zu erstaunlichen Ergebnissen gekommen: Es gibt bundesweit mehr als 10.100 Kulturfördervereine – eine stattliche Zahl, wobei die Verteilung sehr ungleichmäßig ist. Fast ein Drittel ist in Großstädten ansässig, zwei Drittel verteilen sich in der Fläche, das heißt auf mittlere und kleinere Städte, auch auf ländliche Regionen. Die meisten Kulturfördervereine gibt es in Nordrhein-Westfalen. Es sind dort über 2.000, was angesichts der hohen Dichte an Kultureinrichtungen in NRW keine große Überraschung war. In Bezug auf die Einwohnerzahl ist die Anzahl der Kulturfördervereine in Baden-Württemberg mit 18 und Rheinland-Pfalz mit 17 Vereinen je 100.000 Einwohnern am höchsten. Gefolgt werden sie interessanterweise vom kleinen Saarland und von Sachsen-Anhalt. Insofern war das Policy Paper ein wichtiger Aufschlag für die bundesweite Wahrnehmung der Kulturfördervereine.

**Haben Sie auch erhoben, welchen Sparten diese Kulturfördervereine angehören?**
In der ersten Auswertung war das nicht möglich. Wir wüssten gern viel mehr, z. B. auch, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich in Kulturfördervereinen engagieren. Aber dafür sind Befragungen möglichst vieler Vereine notwendig, das ist eine finanzielle Herausforderung.

**Sind Ihnen beim Policy Paper Beispiele ins Auge gefallen, die besonderer Erwähnung bedürfen?**
Das Policy Paper weist einige beachtliche Ergebnisse auf. Interessant ist aber auch, was dabei noch nicht weiter ausgeführt werden konnte. Auffällig ist z. B., dass viele der größeren Kulturfördervereine eigene Initiativen oder gar Vereine für die jungen Mitglieder haben. Eines unserer Ziele ist natürlich die Mitgliederwerbung und -gewinnung. Dabei ist ein wichtiger Aspekt, auf die junge Generation einzugehen. Das funktioniert in verschiedenen Vereinen sehr gut. In Berlin gibt es z. B. die Jungen Kaiser beim Kaiser Friedrich Museumsverein, in Hannover die Jungen Freunde des Sprengel Museum. Auch am Staatsschauspiel Dresden, bei den Freunden von Bayreuth oder den Opernfreunden München gibt es Junge Freunde. Das zeigt, dass das Vereinsleben auch für junge Menschen attraktiv ist. Der Aspekt des Netzwerks ist hier besonders wichtig. Diese jungen Leute stehen anders im Berufsleben als die älteren Mitglieder der etablierten Vereine. Das führt dazu, dass es andere Gesprächspartner aus dem beruflichen Umfeld und der täglichen Praxis gibt. In Stuttgart beispielsweise veranstalteten die Jungen Freunde der Staatsgalerie Gesprächskreise mit der Wirtschaft. Das aktiviert Multiplikatoren, die sehr wichtig sind. Ihnen wollen wir zukünftig besondere Aufmerksamkeit widmen.

FOTO: STIFTUNG PREUSSISCHE SCHLÖSSER UND GÄRTEN, HANS BACH

**Auch die Freunde der Preußischen Schlösser und Gärten sind Mitglied im DAKU**

**Das heißt, das Image des älteren, wohlhabenden Mäzens ist überholt?**
Man muss unterscheiden: Der Mäzen ist eine wesentliche Erscheinung auf dem Gebiet der Kulturförderung. Das erlebe ich auch in der Kulturstiftung der Länder, wo wir immer nach Finanzierungspartnern suchen. Der Mäzen gibt uneigennützig Geld, um Kultur zu fördern, steuert einen Beitrag zu einer Erwerbung oder Inszenierung bei, während der Kulturförderverein als Gemeinschaft agiert und zwei Wege der Förderung kennt: die finanzielle und die ideelle. Der finanzielle Weg läuft über den Mitgliedsbeitrag und Zusatzspenden, aber das ideelle Engagement macht oft einen noch höheren Wert aus. Hier bringen die Menschen sich mit ihren Kompetenzen ein: Sie arbeiten für ihre Kulturinstitution, helfen bei Veranstaltungen mit und organisieren das Vereinsgeschäft. Durch das Policy Paper wissen wir: In 86 Prozent der Kulturfördervereine geschieht dies rein ehrenamtlich.

**Wer engagiert sich heute in Kulturfördervereinen? Gibt es ein allgemeines Profil oder ist das spartenabhängig?**
Es ist zum einen spartenabhängig. Im Bereich der darstellenden Künste ist es eine andere Klientel als bei Kunstmuseen. Zum anderen sind es meistens Personen, die in ihrem Lebens- und Berufsweg an einem Punkt angelangt sind, wo gewisse zeitliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Man ist nicht mehr so stark in Karrieren eingebunden – wobei da die Jungen Freundeskreise das Gegenbeispiel darstellen und zeigen, dass es auch mitten im Berufsleben möglich ist, sich zu engagieren. Eine wichtige Voraussetzung ist die Identifikation mit einer Einrichtung, mit der man z. B. groß geworden ist oder die zum städtischen Leben bzw. der Wahrnehmung einer Kommune gehört. Es bedarf auch eines gewissen finanziellen Polsters, um sich zu engagieren oder zeitliche Ressourcen einzubringen. Jede Form von Engagement legt ein besonderes Bewusstsein für den Wert offen, den Kultur für unsere Gesellschaft hat. Hier geht es um Teilhabe, kulturelle Vielfalt und um die Möglichkeit, die Gesellschaft mitzugestalten.

**Was sind aktuelle Bedarfe der Kulturfördervereine?**
Die Bedarfe sind relativ einfach. Sie müssen bedenken, dass Kulturfördervereine teilweise ganz kleine Gemeinschaften und Einheiten sind. Am meisten ist Unterstützung bei der Mitgliedergewinnung und -bindung gefragt. Oftmals sind es auch Fragen zu Organisation, Kommunikation und Marketing, wie z. B.: Wie baue ich einen Newsletter auf, der die Leute informiert und bindet? Wie schaffe ich es als Verein, zusätzliche Mittel zu akquirieren? Wie organisiere ich den Übergang aus dem Jungen Freundeskreis in den Stammverein? Wie funktioniert die Mitgliederverwaltung? Immer wieder kommen Fragen des Vereinsrechts, des Steuerrechts und, seit vergangenem Jahr, des Datenschutzes auf. Das ist so verwirrend gewesen, dass große Not herrschte. Da sehe ich ein großes Potenzial für unseren Dachverband, unterstützend tätig zu werden.

**Wie unterstützen Sie konkret die DAKU-Mitglieder in diesen Fragen?**
Zunächst einmal suchen wir im Umfeld der Vereine Möglichkeiten, um Synergien zu schaffen. Dazu initiieren wir im ganzen Bundesgebiet regionale Netzwerkveranstaltungen. Der zweite Punkt sind die Weiterbildungen. Das Rad will der DAKU hier nicht neu erfinden. Er will vor allem bündeln und sichtbar machen, was schon da ist – etwa Informationen wie Leitfäden verfügbar machen und auf Angebote von Weiterbildungspartnern hinweisen. Wir richten den Blick aufs Ganze. Wenn es in einem Bundesland eine Veranstaltung gibt, die für Kulturfördervereine interessant ist, dann weisen wir darauf hin. Wir setzen auch kleine Stipendien aus, damit Mitglieder kleinerer Vereine in ländlichen Räumen imstande sind, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Einige Seminare initiiert der DAKU selbst in Kooperation mit bundesweiten Weiterbildungspartnern und Partnern vor Ort. Diese Seminare werden speziell auf Kulturfördervereine zugeschnitten. Das macht vor allem in ländlichen Regionen Sinn, wo Angebote nicht in derselben Dichte vorhanden sind wie in großen Städten.
Aktuell entwickeln wir mit einer Vielzahl von Partnern einen digitalen Werkzeugkasten für Kulturfördervereine. Dabei arbeiten Vereine in ländlichen Regionen und Jugendliche als Digital Natives Hand in Hand. Gemeinsam erarbeiten sie digitale Anwendungen, die für die Vereine das sind, was sie brauchen. Das kann die Erstellung einer Webseite, eines Newsletters oder einer Datenbank für die Mitgliederverwaltung sein. Das sind Dinge, die längst nicht bei allen Vereinen vorhanden sind. Vor wenigen Wochen ging der Digitale Werkzeugkasten mit einem Piloten in Mecklenburg-Vorpommern an den Start. 16 Jugendliche haben sich gemeldet. Durchführender Partner vor Ort ist Power On, eine Initiative von Jugendlichen, die junge Menschen für das Leben in der Region begeistern will. Eine tolle Sache!

**Gegenüber der Politik, welche konkreten Ziele oder Forderungen vertreten Sie als DAKU?**
Wir brauchen eine größere Sichtbarkeit der Kulturfördervereine, dessen, was sie leisten und bewirken. Das hat auch eine gesellschaftspolitische Komponente: Kulturfördervereine sind immer auch Einrichtungen, die stark mit ihrer Region verwachsen sind und eine kulturelle Identität schaffen und wachhalten. Das ist ganz zentral, da das kulturelle Feld derzeit von unterschiedlichen politischen Richtungen beansprucht wird. Der Vereinnahmung der Kultur durch populistische Ideologien können ein Kulturförderverein und auch ein flankierender Dachverband entgegenwirken. Das geht aber nur mit der Unterstützung der Politik. Wir müssen die Kommunal- und Länderpolitik mit ins Boot holen. Das ist bislang noch zu wenig realisiert worden. Auch in den Engagement-Abteilungen der zuständigen Ministerien standen Kulturfördervereine bislang nicht im Fokus. Die Zahlen unserer Erhebung zeigen aber, dass es sich um eine durchaus lohnende Klientel handelt. Fast jedes Museum, jede Oper, jedes Theater, jede Bibliothek hat mittlerweile einen Freundeskreis. Das zeigt die hohe Bereitschaft der Menschen, sich für die Kultur zu engagieren und für kulturelle Vielfalt einzutreten. Es zeigt aber auch, dass der Bedarf an Mitteln und Unterstützung groß ist. Hier müssen wir aufpassen, dass die Fördervereine nicht als Lückenbüßer missverstanden werden. Es wäre wunderbar, wenn die Länderregierungen derart wichtige Einrichtungen, z. B. in Form eines Sockelbetrages, auskömmlich unterstützen würden.

**Wie ist die erste Bilanz nach Arbeitsbeginn des DAKU?**
Die Bilanz ist sehr gut. Jeden Monat melden sich Kulturfördervereine, die Mitglied werden möchten. Wir sind froh, dass wir bereits die genannten Initiativen starten konnten. Das war nur durch die enge Zusammenarbeit mit vielen Partnern möglich.

**In Zukunft will der DAKU eine ausführliche Studie zu Kulturfördervereinen erstellen. Was ist darüber hinaus geplant?**
Wir wollen die datenbasierten Publikationen stark in den Vordergrund stellen, um zu zeigen, was Kulturfördervereine leisten, und sie gezielt unterstützen zu können. Unsere angestoßenen Initiativen möchten wir weiter ausbauen und hier für Nachhaltigkeit sorgen. Dadurch erhoffen wir uns eine sich ständig verbessernde Ausstattung mit den Instrumenten, die ein Verein braucht, um gut funktionieren zu können. Die Vernetzung der Kulturfördervereine aller Sparten ist dabei zentral.
Wir wollen erreichen, dass das bürgerschaftliche Engagement für die Kultur insgesamt stärker wahrgenommen wird und mehr Anerkennung findet. Das große Ziel ist, noch mehr Menschen für dieses wichtige Engagement zu begeistern.

**Vielen Dank.**

**Frank Druffner ist Vorstandsvorsitzender des Dachverbands der Kulturfördervereine in Deutschland. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur**

# Aufwind für Frauen in Kultur und Medien

## Mentoring-Programm für weibliche Führungskräfte

CORNELIE KUNKAT

Anfang Oktober ging das erste bundesweite 1:1-Mentoring-Programm für Frauen in Führungspositionen in seine dritte und vorerst letzte Runde. Ziele des Programms sind strategische Karriereberatung, praxisbezogene Unterstützung, die Verortung der Mentees in der Kultur-Community sowie der Aufbau eines Alumni-Netzwerkes. Die Mentees sollen vom Erfahrungsschatz und Netzwerk profilierter Berufskolleginnen und-kollegen profitieren, damit langfristig mehr Frauen an den Schaltstellen von Kultur- und Medienwirtschaft bzw. -politik vertreten sind.

Die Mentees, die sich auf das Programm bewerben, müssen entweder mindestens zehn Jahre lang anspruchsvolle Berufsstationen im gemeinnützigen oder privatwirtschaftlichen Kultur- und Medienbereich absolviert haben oder entsprechende Ausstellungen, Projekte oder Auszeichnungen vorweisen können. Die profilierten ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren haben Führungspositionen in der Kulturverwaltung, in Museum, öffentlich-rechtlichen Medienhäusern, Bibliotheken oder in Theatern inne, sind erfolgreich freischaffend oder als Unternehmerinnen in der Kulturwirtschaft oder freien Szene tätig. Daneben zählt vor allem die Freude an der Weitergabe von Erfahrung sowie der professionelle Blick von außen. Der Deutsche Kulturrat verspricht sich von dieser Konstellation größtmögliche Hebelwirkung, da es im Kultur- und Medienbereich bisher kaum Förderprogramme für Frauen gibt, die explizit in Führungspositionen vorstoßen möchten. Die vorausgesetzte zehnjährige Berufserfahrung hat den Mentees bereits angedeutet, wo ihre Stärken und Schwächen liegen. Dies aber nochmals gespiegelt zu bekommen, ist wichtig, da in dieser Lebensphase der weitere Karriereweg strategisch angegangen werden muss.

Mit der Konzeption und Durchführung des Mentoring-Programms, die in der Hand des Projektbüros für Frauen in Kultur und Medien des Deutschen Kulturrates liegt, möchte dieser der Geschlechtergerechtigkeit weiteren Aufwind geben. Das Programm ist ein Modellprojekt, das im Juni 2020 ausläuft. Mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, die das Projektbüro finanziert, steht der Kulturrat in gutem Austausch. Vielleicht ist eine Verlängerung möglich.

Bereits in den ersten zwei Jahren konnte viel erreicht werden: Auf die drei Runden bewarben sich 540 Frauen, 67 Tandems konnten gebildet werden und für die Mentees der ersten beiden Runden zeichnen sich bereits erste konkrete Erfolge ab. Das Programm ist mittlerweile bundesweit bekannt, so dass viele Mentorinnen sich ihrerseits auf das Programm bewerben und ihre Mitwirkung anbieten.

Neben dem 1:1-Mentoring ist der Austausch aller Mentoren und Mentees Teil des Programms. Deshalb beginnt jede Runde mit einem Netzwerktreffen – diesen Oktober im Museum für Kommunikation Berlin. Der Ort war Programm, denn Mentoring ist Kommunikation: Mentees sollen durch Gespräche mit erfahrenen Berufskolleginnen und -kollegen die Herausforderungen ihrer je individuellen Berufswege ordnen können, Schwierigkeiten ansprechen, Ziele priorisieren oder auch verwerfen. Es geht nicht primär darum, als Mentor Vorbild zu sein, sondern die richtigen Fragen zu stellen und der Mentee einen realistischen Blick auf sich selbst und ihren Karriereweg zu ermöglichen, sowie ihr das eigene Netzwerk zur Verfügung zu stellen.

Der persönliche Austausch steht im Mittelpunkt. Wobei jedes Tandem immer dann am besten funktioniert, wenn auch die Mentorin oder der Mentor von ihrer Mentee fasziniert ist und sich für den Blick der nachkommenden Generation interessiert. Dass diese Idee aufgeht, demonstrieren die folgenden Impressionen einer Mentee und einer Mentorin aus der gerade abgeschlossenen zweiten Runde des Programms.

**Cornelie Kunkat ist Referentin für Frauen in Kultur und Medien beim Deutschen Kulturrat**

# Vertrauen, Zutrauen, Selbstvertrauen

## Für Annelie Mattheis ist das Mentoring-Programm Sinnbild für Solidarität

ANNELIE MATTHEIS

Das Mentoring-Programm kam für mich genau zum richtigen Zeitpunkt. Als ich mich bewarb, hatte ich gerade meine Stelle als Festival-Leiterin der Baden-Württembergischen Theatertage angetreten. Nach zehn Jahren als Schauspiel-Dramaturgin hinter den Kulissen lagen nun viele neue, spannende Aufgaben im Rampenlicht vor mir. Und damit auch vieles, was ich zum ersten Mal machte. Fragen zur Mitarbeiterführung, zur Budgetverwaltung oder zu privaten Facebook-Anfragen von Lokalpolitkern gab es da ebenso zu besprechen wie den Umgang mit Kooperationspartnern. Es waren meine ersten Schritte in eine Führungsposition und sie fühlten sich gut an. Begleitet wurde ich dabei von meiner Mentorin Marjorie Berthomier, der Generalsekretärin der Deutsch-Französischen Hochschule.

Das Mentoring-Programm zeigte Früchte, als ich drei Tage vor Drucklegung meines Festivalprogrammbuchs das komplette Design über den Haufen warf und zwölf Seiten kürzte. Das sorgte durchaus für Aufruhr in meinem Team. Aber ich hatte diese Entscheidung wohlüberlegt getroffen und habe sie verteidigt. Als mir meine Mentorin bestätigte, dass ihr das neue Design auch viel klarer vorkomme und besser gefalle, war ich mir endgültig sicher, das Richtige getan zu haben.

Neue Aufgaben und Herausforderungen im Job standen bei unseren Mentoring-Gesprächen in Berlin, Hamburg und Neustadt an der Weinstraße genauso auf dem Programm wie die perspektivische Karriereplanung. Wo sehe ich mich in fünf Jahren, welche Kompetenzen muss ich erwerben, um dorthin zu kommen. Meine Mentorin half mir z. B. auch, meinen Ärger nach einem Vorstellungsgespräch, in dem ich mich ungerecht behandelt fühlte, positiv zu nutzen. Sie half mir zu verstehen, was genau mich ärgerte und wie ich daraus lernen konnte. Denn was ich nicht wollte, war mir ziemlich klar. Daher war die Ableitung, was ich beruflich wirklich wollte, gar nicht so schwer. Ich hatte zum ersten Mal den Mut, Jobangebote abzulehnen und nehme mir aktuell die Zeit, zu prüfen, wo, mit wem und wie ich als Nächstes arbeiten möchte. Ich habe mich intensiv mit »agilem Management« beschäftigt. Und damit auch mit der Frage, wie der Kultursektor kooperativer und mitarbeiterfreundlicher werden kann. Dass ich mir die Zeit dafür nehme, wurde durch das Vertrauen möglich, das mir durch das Mentoring-Programm und durch meine Mentorin entgegengebracht wurden. Marjories Vertrauen in meine Person hat mir Mut gemacht. Und so wurde aus Vertrauen Zutrauen – und letztlich ganz selbstverständlich Selbstvertrauen.

Das Mentoring-Programm ist für mich ein ideales Beispiel dafür, wie Hierarchien überwunden werden können. Für eine Unterstützung, die kein Oben und kein Unten kennt. Ein gelungenes Beispiel für ein wahres Zusammen und Gemeinsam! Es ist für mich ein Sinnbild der Solidarität. Der Solidarität von Frauen mit Frauen. Der Solidarität mit einer neuen Generation.

Zum Schluss noch ein wertvoller Tipp von meiner Mentorin, den ich gern teilen möchte: Sie riet mir, jeden Tag etwas Unnützes zu tun, also etwas, das Spaß macht und bei dem man von Herzen lachen muss. Das sei der beste Trick gegen Burn-out. Ich habe es ausprobiert, es funktioniert gut.

**Annelie Mattheis ist Veranstaltungsmanagerin und Teilnehmerin des Mentoring-Programms des Deutschen Kulturrates**

*Diese Rede wurde im Rahmen des Netzwerktreffens des Mentoring-Programms »Frauen in Kultur und Medien« am 1. Oktober 2019 gehalten.*

FOTO: DEUTSCHER KULTURRAT

**Netzwerkerinnen: Treffen der Teilnehmenden des Mentoring-Programms am 1.10.2019 im Museum für Kommunikation Berlin**

# »Da will ich dabei sein«

## Kerstin Schilling über ihre Erfahrungen als Mentorin

KERSTIN SCHILLING

Als ich von der ersten Runde des Mentoring-Programmes der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und des Deutschen Kulturrates erfuhr, war ich total begeistert, meldete mich sofort bei Cornelie Kunkat und sagte: »Da will ich dabei sein.« Denn das Thema »Frauen im Beruf« begleitet mich schon mein Leben lang. Es begann, als ich als studentische Hilfskraft an der Bibliothek der Hochschule der Künste Berlin tätig war, deren Leiterin prinzipiell nur Frauen einstellte und das auch noch unverhohlen verkündete. Anfang der 1980er Jahre war das noch möglich. Aber was hat sich bis heute tatsächlich verändert? In der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg werden von acht Abteilungen nur zwei von Frauen geleitet. Und das ist sogar schon ein Fortschritt, denn bis vor drei Jahren war ich die einzige Abteilungsdirektorin.

Wenn ich in die vielen Projekte und Institutionen schaue, bei denen ich tätig war, so hatte ich von rund 15 Vorgesetzten nur zwei Frauen. Dies sagt nichts über die Qualität aus, stellt aber meine persönliche Statistik dar.

Ich wurde aber immer gut gefördert, von Männern und Frauen, und habe hier stark profitieren können. Doch das war meist eher fachlich. Als ich mehr Verantwortung übernahm, die Projekte komplexer wurden, Teambildung und Personalführung hinzukamen, da merkte ich, dass mir noch etwas fehlte. Aber Coaching, Mentoring, Supervision gab es zu dieser Zeit nicht, zumindest nicht in der Kultur, und deshalb ist dieses Programm ebenso logisch wie überfällig. Ich habe die Förderung dann über andere Wege erhalten, da ich sehr aufgeschlossene Arbeitgeber hatte und hieraus entstand auch der Wunsch, mein Wissen weiterzugeben.

Aufregend war es, als ich die Auswahl meiner Mentee treffen sollte, es fiel mit schwer, alle Vorschläge waren interessant. Ich habe mich dann für Kristina Leipold entschieden. Sie hatte sehr klar geschrieben und ihre Ziele gut benannt, außerdem fand ich, dass sie mit ihrer Erfahrung auch eine Herausforderung für mich sein könne. Und sie war in Martin-Gropius-Bau tätig, bei dem ich die Strukturen durch meine Arbeit bei den Berliner Festspielen gut kannte.

Beim persönlichen Kennenlernen erschien sie mir allerdings etwas verhalten. Ein paar Tage später klärte sich die Situation auf. Sie wechselte gerade die Stelle, zu einer privaten Stiftung, der Light Art Space gGmbH. Das erschien mir nun noch spannender, der Übergang von einer Position zur anderen. So drehten sich unsere Gespräche nicht wie geplant über bestehende Hierarchien und Strukturen sowie große Verwaltungen, sondern darum, wie man das Chaos des Beginns gestaltet, Strukturen schafft, einen Überblick über Personal und Budget bekommt und dies alles unter dem Zeitdruck einer nahenden Ausstellungseröffnung.

Mehrere Male haben wir uns persönlich getroffen und ich hoffe, ich konnte gut unterstützen. Ich jedenfalls ging aus unseren Treffen immer sehr inspiriert und wohlgemut heraus. Kritisch fragte ich mich, ob ich denn all das, was ich da riet und empfahl, im Alltag selbst beherzigen würde.

So kam ich an meinem Arbeitsplatz ebenfalls mit neuen Ideen und frischer Energie und Außenblick an. Deshalb wirkt das Programm in drei Richtungen: zu den Mentees, den Mentorinnen und Mentoren und natürlich in der Öffentlichkeit. Das Programm ist ebenfalls eine große Netzwerkbörse und aus all diesen Gründen muss es unbedingt weitergeführt werden.

Dieses jetzige Netzwerk sollte unbedingt bestehen bleiben. Warum nicht eine Webseite einführen, auf der sich alle Beteiligten finden und vernetzen können? Warum zukünftige Treffen nicht sich selbst organisieren lassen, nach Orten, Branchen, Themen? Ideen gibt es viele – ich hoffe, die Förderung läuft weiter und trägt der notwendigen Entwicklung Rechnung.

Der Bedarf für weitere Tandems ist vorhanden und es finden sich sicher genug Mentorinnen und Mentoren. Kristina Leipold und ich werden uns jedenfalls weiterhin treffen, auch über das offizielle Programmende hinaus.

**Kerstin Schilling ist Direktorin für Schlossmanagement bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg**

*Diese Rede wurde im Rahmen des Netzwerktreffens des Mentoringprogramms »Frauen in Kultur und Medien« am 1. Oktober 2019 gehalten.*

# »Sprachen der Macht müssen auf den Friedhof«

## Die Sprache muss dekolonialisiert werden

Als Ngũgĩ wa Thiong'o nach seinem ersten Semester an der Alliance High School nach Limiru zurückkehrte, waren das Haus seiner Mutter und das Dorf in Schutt und Asche gelegt. Die Briten hatten den Ausnahmezustand erklärt und die Bürgerrechte für alle Kenianer ausgesetzt. Die gesamte Bevölkerung wurde nach Kamīrīthū verlagert. Frauen und Kinder sollten dort ihr Leben wie gewohnt fortsetzen, während ein Großteil der Männer verschwunden war. Sie wurden entweder in Internierungslager geschickt oder versteckten sich in den Bergen und kämpften – wie der ältere Bruder von Ngũgĩ – mit der »Kenya Land and Freedom Army«, der »Mau Mau«. Das war im Jahr 1955.

1976 klopfte eine Frau an die Tür von Ngũgĩ. Sie wollte ihn – einen erfolgreichen Romanautor und Vorsitzenden des Fachbereichs Literatur an der Universität Nairobi – bitten, ein leer stehendes Jugendzentrum in Kamīrīthū neu zu beleben. Er akzeptierte und innerhalb eines Jahres wurde es grundlegend umgestaltet. Auf der Basis demokratischer Entscheidungsgrundlage veranstaltete das Zentrum unter anderem Literaturkurse für Erwachsene. Ngũgĩ hat als Vorsitzender seines Kulturausschusses ein Theaterstück mitgeschrieben, das von einer Gruppe von Bauern und Fabrikarbeitern bearbeitet und aufgeführt wurde. Tausende Menschen füllten das Freilichttheater, um über die Verurteilung einer korrupten nationalen Elite zu hören, die Kenia nach seiner Unabhängigkeit ausbeutete.

Am 16. November 1977 wurde die Lizenz für das Stück entzogen. Zwei Wochen später verhaftete die kenianische Polizei Ngũgĩ. Sie brachten ihn in das Kamītī Hochsicherheitsgefängnis, wo er über ein Jahr lang verharrte. Dort wurde ihm bewusst, dass er nicht wegen der Kritik an der postkolonialen Regierung inhaftiert worden war, sondern weil er das Stück an ein arbeiterfreundliches, Gĩkũyũ sprechendes Publikum gerichtet hatte. Ab diesem Zeitpunkt kannte er seinen Weg: Er würde – heimlich und auf im Gefängnis ausgegebenem Toilettenpapier – den ersten modernen Roman in Gĩkũyũ schreiben.

Als »Devil on the Cross« veröffentlicht wurde, erreichte es ein breites Publikum – sowohl Lesende als auch Analphabeten, die das Buch häufig vorgelesen bekamen: zu Hause, auf Werksgeländen, in Bussen, sogar in Bars. Alle kreativen Schriften von Ngũgĩ sind seitdem auf Gĩkũyũ erschienen.

Heute ist er Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der University of California, Irvine, wo er auch das International Center for Writing and Translation leitet. Anthony Audi spricht mit ihm im Büro von Ngũgĩ, umgeben von Büchern.

**Anthony Audi: Könnten Sie mir von Ihrer Erfahrung erzählen, wie Sie in Kenia aufgewachsen sind? Wie hat Sie das koloniale Bildungssystem von Ihrer Kultur entfremdet oder versucht zu entfremden?**
Ngũgĩ wa Thiong'o: In gewisser Weise ist es genau das, worüber ich in meinem Buch »Decolonizing the Mind« schreibe. Ich schreibe über die Politik der Sprache. Aber ich schreibe auch über meine eigenen Erfahrungen in Kenia, den Schulbesuchen und die Tatsache, dass die englische Sprache meine Muttersprache Gĩkũyũ als die dominante Sprache in meiner intellektuellen Bildung ersetzte. Was ich zunächst beunruhigend fand, weil ich dachte, dass es nur mit Afrika zu tun hat, war die körperliche Bestrafung von Kindern, die auf dem Schulgelände afrikanische Sprachen gesprochen haben. Das war sehr verbreitet. Das war sehr gewalttätig. Mit dem Sprechen afrikanischer Sprachen ist viel Gewalt verbunden. Und darüber habe ich in »Decolonizing the Mind« geschrieben. Seitdem habe ich festgestellt, dass dies für alle Situationen der »Dominanten« und der »Dominierten« gilt – in allen kolonialen Situationen. Es geschah in Schottland, es geschah in Wales: Wenn die Kinder dabei erwischt wurden, wie sie z. B. auf dem Schulgelände walisisch sprachen, dann wurden sie gedemütigt und dazu gebracht, kleine Schilder um den Hals zu tragen, auf denen stand: »Nicht walisisch«. Das Gleiche fand ich bei den amerikanischen Ureinwohnern. Und die Menschen im Pazifik – die Maori – wurden auf die gleiche Weise behandelt. Die Sprachen der Macht müssen auf dem Friedhof anderer Sprachen gepflanzt werden.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / HERITAGE IMAGES

**Bei der Eroberung Amerikas durch die Spanier wurden die Schriften der Maya weitestgehend vernichtet. Der Codex Troana Cortesianus ist dem jedoch entgangen**

**Das Löschen einer Sprache ist auch das Löschen dessen, was diese Sprache enthält.**
Ja, die Geschichte, die Wissenssysteme und viele andere Dinge. Sehen Sie sich die Sprache Popol Vuh der Maya an. Als die Spanier Amerika eroberten, schnappten sie sich die Schriften der Maya und verbrannten sie einfach! Wenn man darüber nachdenkt, ist es wirklich das unglaublichste Phänomen. All die Bücher in der Sprache der Maya wurden vernichtet – einfach so! Nicht einmal die Neugierde, zuerst zu wissen, was sie enthalten, hielt sie zurück. Einfach zerstören, zerstören, zerstören. Was sie zerstörten, war die Geschichte und das gesamte Wissenssystem, das in diesen Sprachen enthalten war.

**Viele Schriftsteller beschrieben die Logik hinter dieser Auslöschung. Sie zitieren z. B. Edmund Spenser.**
Spenser ist ein gutes Beispiel dafür, denn er veröffentlichte 1586 das Buch »A View of the Present State of Ireland«. Die beiden Gesprächspartner sind sehr explizit in Bezug darauf, wie sie Sprache als Mittel zur Eroberung sehen. Sie fragen sich, warum wir seit so vielen Jahren nicht begonnen haben, die Iren systematisch zu erobern? Und sie präsentieren Mittel zur Auslöschung des irischen Gedächtnisses, der Sprache und der Benennungssysteme. Sie sprechen sehr spöttisch und sagen: »Oh, werden Sie einfach die Macs und Oes los und sie werden bald vergessen, wer sie sind!« Es ist sehr faszinierend zu lesen.
Ein weiteres Beispiel ist, als Captain Pratt eine Schule für indigene amerikanische Kinder gründete. Sie wurden ihren Eltern und ihrer Gemeinschaft entrissen und in diese Schule gebracht, um neu programmiert zu werden. Das Erste, was sie nach der Ankunft erhielten, waren englische Namen. Das Zweite war natürlich die Löschung ihrer Sprachen und die Auferlegung des Englischen. Captain Pratt, das war 1893, argumentierte später, dass der Grund, warum er die Schule gründete, darin bestand, die »Indianer« auszuradieren, aber den Menschen in ihnen zu retten: »Kill the Indian, and save the man«.
Die Franzosen sprechen davon, eine psychologische Verbindung zwischen den Kolonisierten und Paris herzustellen, sodass sie, selbst wenn sie unabhängig werden sollten, durch diese Verbindung von Sprache und Kultur an Paris gebunden werden. Das ist sehr deutlich.

**Die Bemühungen der systematischen Gehirnwäsche können auf vielen Ebenen erfolgreich sein.**
Ja, oh mein Gott, sie sind erfolgreich! Sie sind sehr, sehr erfolgreich, denn über einen längeren Zeitraum hast du diese Dinge verinnerlicht und normalisiert. Du kommst zu der Annahme, ohne darüber nachzudenken, dass die Sprache der Macht von Natur aus verständlicher ist und von Natur aus mehr ist, als die anderen Sprachen. Oder du lässt andere glauben, dass die Sprache der Macht die einzige Sprache ist, durch die du komplexe Gedanken ausdrücken kannst, mit anderen Sprachen kannst du das nicht – du kannst Scherze machen und so weiter, aber ansonsten ist die wirkliche Sprache die dominante Sprache. Und es funktioniert! Es ist wie eine dauerhafte Verletzung des Gehirns. Es ist wie ein Krebs im Gehirn. Bildung hat eine Wirkung auf den Geist. Es bildet eine Kolonie des Geistes. Und die Kolonie des Geistes ist schwerer zu löschen. Die Kolonie der Wirtschaft – die kann man deutlicher sehen. Die Kolonie der politischen Macht kann ich sehen. Aber die Kolonie des Geistes ist unsichtbar. Es normalisiert die Art und Weise, wie man Dinge macht.

**Es war ein langer Prozess für Sie, mit dem Schreiben in Gĩkũyũ zu beginnen.**
Ich habe viele Jahre lang über das Sprachproblem nachgedacht – es hat mich immer irgendwie gestört. Aber in Wirklichkeit begann ich erst 1977/1978, als ich in ein Hochsicherheitsgefängnis gesteckt wurde, über das Thema Sprache nachzudenken und zu handeln. Ich schrieb zusammen mit anderen ein Stück mit dem Titel »I'll Marry When I Want«, auf Gĩkũyũ, meiner Muttersprache – das war 1976. Es wurde von den Dorfbewohnern aufgeführt, von dem normalen Volk, und wir dachten, wir machen eine sehr gute Sache damit. Aber die Regierung reagierte, indem sie das Stück stoppte und mich ins Gefängnis brachte. Die Tatsache, dass ich von einer afrikanischen Regierung ins Gefängnis gesteckt wurde, weil ich in einer afrikanischen Sprache geschrieben hatte – das war die Zerrissenheit, die mich im Gefängnis wirklich erschütterte. Und ich dachte, dass etwas nicht stimmt, wie konnte es so weit kommen? Das war für mich sehr wichtig – eine Art Schockbehandlung.

**In »Something Torn and New« betrachten Sie das Europa der Renaissance als Präzedenzfall dafür, wie sich Sprachen wiederbeleben können.**
Geh nicht weiter als nach Italien, mit Dante. Latein war die dominante Sprache und er begann in der toskanischen Sprache, dem Volksmund, zu schreiben. Und einer seiner Dichtergenossen kam zu Dante und sagte ihm: Wenn du weiter in der toskanischen Sprache schreibst, wirst du bald vergessen sein. Und Dante antwortet auf Latein – um zu zeigen, dass er sich genauso gut auf Latein ausdrücken kann wie jeder andere –, dass seine toskanische Sprache wie Ewe ist, das weibliche Schaf, dessen Euter voller Milch ist. Er sagt, lass mich zuerst diesen Euter melken, dann komme ich zu dir. Es wurden also die gleichen Argumente, die wir heute haben, gegen Dante verwendet!
Viele englische Schriftsteller kämpften um die Akzeptanz des Englischen durch die damalige Elite. Der Mann, der die Bibel übersetzte, arbeitete gegen die Flut der konventionellen Weisheit – über das Englische, das nicht in der Lage war, Heiligkeit, Intelligenz oder Wissenschaft angemessen zum Ausdruck zu bringen. All diese Autoren der Zeit mussten erklären, warum sie ihre »kleine« und vermeintlich unwichtige Sprache im Gegensatz zum Lateinischen verwendeten. Warum Descartes Philosophie auf Französisch schrieb, anstatt auf Latein. In der Einleitung zu einem seiner Bücher erklärt er, das ist, warum ich es tue – weil die allgemeine Weisheit damals war, dass Latein der einzige Weg war, auf dem man wissenschaftliche Erkenntnisse oder Philosophie ausdrücken konnte.

**Wenn Sie sich heute die Landschaft ansehen, haben Sie das Gefühl, dass die Infrastruktur zur Entwicklung afrikanischer Sprachen und Literatur aufgebaut wird?**
Nein! Das ist das Problem. Dagegen kämpfe ich, sogar heute noch. Ich tue alles, was ich kann. Weil es sehr einfach ist, Anomalien als Norm zu akzeptieren und darauf zu reagieren. Und dann erhalten die Richtlinien die Anomalie aufrecht.

**Vielen Dank.**

**Ngũgĩ wa Thiong'o ist Autor und Professor für Vergleichende Literaturwissenschaft an der University of California. Anthony Audi ist stellvertretender Direktor von Onassis Los Angeles**

*Das Gespräch wurde von Ludwig Nachtmann aus dem Englischen übersetzt.*

**i SPRACHE & KOLONIALISMUS**

Der Beiträge auf den Seiten 10 und 11 entstanden in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut.

# Die Sprachen Angolas

## Portugiesisch im kulturellen Austausch mit den Bantu-Sprachen

JOSÉ LUIS MENDONÇA

Die Beziehungen zwischen Kultur, Sprache, wirtschaftlichem Denken und Handeln in Angola sind ebenso komplex wie faszinierend. Der in der Überschrift verwendete Begriff »econo« soll den Grundgedanken der Ökonomie ausdrücken und dabei die Silbe »eco« umgehen, die sonst fälschlicherweise mit Ökologie verbunden würde.

Die portugiesische Sprache in Angola ist kein Diamant, der in fünf Jahrhunderten kolonialer linguistischer Transmigration gewaschen und geschliffen wurde. Sondern ein Kimberlit, geborgen aus den Tiefen der Geschichte, mineralisiert durch den Mund des Volkes. Die angolanische Gesellschaft ist ein lebendiger säkularer Körper, in dessen Genetik durch den Kolonialisierungsprozess soziolinguistisches Material der westlichen Kultur eingefügt wurde und der so neue Charakteristika hervorbrachte. Das in Angola gesprochene Portugiesisch durchsucht das grammatikalische System der Bantu-Sprachen nach seiner funktionalen Struktur. Es ist stark von schwarzafrikanischen Einflüssen geprägt, die Teil der Erfahrungen der Bantu sind und nur in den Nationalsprachen Angolas existieren. Sie sind Teil der Alltagskommunikation der Angolaner, die, wenn sie andere Nicht-Muttersprachen verwenden, mit ihnen interagieren, und zwar in einer Reihe von Möglichkeiten, die die Varianten bilden.

Transkulturalität nennt sich dieses Phänomen. Es ist gekennzeichnet durch einen intensiven kulturellen Austausch, der für das Leben der Menschen in Angola charakteristisch ist. Durch diesen Austausch entwickelte sich Angola zum typischen Beispiel eines Staates, in dem kulturelle Vielfalt ein Parameter des sozialen Zusammenhalts ist. Die portugiesische Sprache und die Bantu-Sprachen Angolas werden nach ihrer kommunikativen Verwendung innerhalb dieses econo-kulturellen Prismas analysiert. Die Angolaner haben zwei Erbschaften des Aufeinandertreffens der Zivilisationen im 15. Jahrhundert auf ihrem Territorium angetreten. Die erste ist die portugiesische Sprache, die heute die Kommunikation dominiert. Die zweite ist die vielseitige Karte eines Landes mit Völkern, die verschiedene Bantu-Sprachen sprechen.

### Angola und Luanda: Wirtschaftlicher Ursprung

Es gibt einen Begriff aus dieser Hinterlassenschaft, der für alle Angolaner von immenser emotionaler Bedeutung ist: »Angola«. Er wurzelt in dem Begriff »Ngola«, Titel eines der mächtigsten Ambundus, die es im Königreich Ndongo gab, als die Portugiesen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts an Einfluss gewannen. (Anm. der Red.: Die Ambundu sind eine Ethnie in Angola). Ngola A Kiluanje (1515 bis 1556) war der Anführer des berühmtesten Machthabers, bekannt als Ngola A Kiluanje Inene, Der große Ngola. Er gründete eine Dynastie, die später als Königreich Angola bekannt wurde. Zunächst war Ndongo ein Vasall des alten Königreichs Kongo, bis sich Ngola A Kiluange Inene für unabhängig erklärte. 1626 machten sich die Portugiesen das Königreich Ndongo untertan. Der Begriff »Ngola« wiederum ist verwurzelt mit »Ngolo«, was in der Sprache der Ambundu, dem Kimbundu, »Stärke« bedeutet. Der gleiche Begriff in Kikongo, der Sprache des Bakongo-Volkes, bedeutet »Strenge, Stärke, Standhaftigkeit oder Robustheit«. Die Portugiesen schlossen daraus, dass »Ngola« derjenige war, der die Kraft hatte, der mächtig war. Aus dieser etymologischen Analyse schließen wir, dass »Angola« aus einem Bantu-Wort entstand, das sich auf ein starkes Erz bezieht: das Eisen. Später stand es auch für Stärke und Macht, die Portugiesen bezeichneten schließlich das ganze Land als »Angola«.

Angolas Hauptstadt Luanda verdankt ihren Namen der Fischerei. Der Begriff »Uanda« bezeichnet sowohl in Kikongo als auch in Kimbundu ein Netz, wie es zum Fischen und zum Transport von Personen oder Gepäck verwendet wird. Der portugiesische Seefahrer Paulo Dias de Novais war ab 1560 fünf Jahre am Hof des legendären Königs von Ndongo, Ngola A Kiluanji Inene, inhaftiert. Er wurde gegen das Versprechen freigelassen, nach Portugal zurückzukehren und militärische Unterstützung gegen den Angriff von Kiloango-Kiacongo anzufordern, dem mächtigen Rivalen von Ngola A Kiluanji Inene. Paulo Dias de Novais verließ Lissabon am 23. Oktober 1574 und erreichte die Ilha das Cabras (Ilha de Luanda) am 20. Februar 1575. Bei seiner Ankunft fragte er einen Fischer nach dem Namen des Ortes. Doch der glaubte, Paulo Dias wolle wissen, was er in den Händen hielt. Und antwortete: »Uanda, ngana«, »Das ist ein Netz, Senhor«. Der Portugiese wiederum verstand »Uanda« als »Luanda« und verwendete das Wort als Bezeichnung für die Stadt.

### Das Portungolano als Ausdruck der Bantu-Lusophonie

Wo einst Königreiche existierten, die später von Portugal erobert wurden, brachte das Portugiesische den Angolanern eine gemeinsame Sprache sowohl untereinander als auch nach außen. In seiner Analyse dieses soziokulturellen Phänomens stellte der Journalist Sebastião Coelho fest: »Wie ein Zauber, der sich gegen den Magier wendet, hat die Sprache, wichtigste Waffe des Kolonisators, um seine Herrschaft aufzuzwingen, sich paradoxerweise zum bedeutendsten Instrument der Entkolonialisierung und zum grundlegenden Faktor der nationalen Einheit in Angola gewandelt. Somit hat ein Vierteljahrhundert der Unabhängigkeit mehr zur Verbreitung und Verankerung des Portugiesischen beigetragen, als fünf Jahrhunderte der Kolonialherrschaft dies vermochten.«

Dies ist dieselbe Sprache, in der ich zu Ihnen spreche und schreibe und in der D. Afonso II. von Portugal am 27. Juni 1214 sein Testament verfasste. Und auch wieder nicht. Archaisch bewahrt sie in sich die Sehnsucht der Seefahrer auf, die sie zusammen mit Skorbut und Rosenkränzen zu uns brachten. Heute ist sie zugleich die gleiche und eine andere Sprache, die ich als Portungolano – unsere Errungenschaft oder unser Erbe – bezeichnen möchte. Ein natürlicher bantu-lusophoner Ausdruck eines sprachlichen Wandlungsprozesses, der heute auch den Einfluss der Frankophonie in der Grenzregion Angolas und das Carioca von Rio de Janeiro in unseren transkulturellen Dialog einbezieht.

Sprache ist stetem Wandel ausgesetzt, besser gesagt, einer Entwicklung. In Angola und in einer Gemeinschaft, die auf vier Kontinente verteilt ist, mit Ländern, die historisch alle mit der portugiesischen Kolonisation in Verbindung stehen – kann eine Art Transfusion bzw. Osmose eines pluriethnischen, linguistischen Plasmas festgestellt werden. Dieses neue linguistische Modell durchzieht zwei Sprachräume der Bantu-Lusophonie: Angola (expansive Bantu-Lusophonie) und Portugal (gemäßigte oder eingeschränkte Bantu-Lusophonie).

Im Wörterbuch der portugiesischen Sprache finden sich einige Wörter, die Angolas historischen Beitrag zur Bereicherung des symbolischen und imaginären Universums der portugiesischen Sprache widerspiegeln. Viele davon beziehen sich auf den Handel oder die wirtschaftliche Tätigkeit im Allgemeinen.

Dazu gehören Wörter wie jindungo (längliche, sehr scharfe Chilischoten), minhoca (Regenwurm), múcua (Frucht des Affenbrotbaums), semba (Tanz), bué (viel), alembamento (Heiratsantrag mit Mitgift), sanzala (ländliches Dorf) oder jinguba (Erdnüsse). Diese kurze Auflistung veranschaulicht sprachliche Lösungen, die sich aus dem Nebeneinander, einer Diffusion der portugiesischen Sprache mit den anderen Sprachen auf dem Gebiet Angolas im Laufe der Jahrhunderte ergaben.

### Sprache und Markt

In seiner Analyse vermittelt Sebastião Coelhos uns einen wichtigen Sachverhalt: »Nachdem die portugiesische Sprache in der Unabhängigkeitserklärung vom 11. November 1975 zur ›Amtssprache‹ erklärt wurde, hat diese sich schnell schrittweise etabliert. Der Status als ›Sprache des Kolonialisierers‹ wurde in der Praxis zur ›Verkehrssprache‹ und bald darauf zur vorherrschenden Sprache, die sich auch als Instrument der Alphabetisierung durchgesetzt hat. Zu Beginn des 3. Jahrtausends eroberte sie für mehr als 20 Prozent der Angolaner den Status der ›Muttersprache‹ (heute können wir von 70 Prozent ausgehen). Zu dieser sprachlichen Dominanz hat der Handel mit importierten Gütern des täglichen Bedarfs beigetragen. Der Kauf und Verkauf dieser Produkte in der Sprache Camões, informell, vor der Haustür oder beim Händler in der Nachbarschaft, ist für die Verbreitung der portugiesischen Sprache verantwortlich und trägt maßgeblich dazu bei, das Gefühl der Angolanität zu bewahren.«

In Angola beobachten wir eine handelsbedingte Verjüngung oder Bantu-Erneuerung der Amtssprache, ein wechselseitiges Durchdringen der Nationalsprachen und des Portugiesischen. Die Kreativität des Volkes reagiert damit auf die Notwendigkeit, neue Berufe und Tätigkeiten zu benennen oder Waren des informellen Marktes. Dies ist etwa der Fall bei dem sehr populären Sandwich mit Hühnerfleisch, dem »magoga«. Als die ersten Mobiltelefone auf den angolanischen Markt kamen, damals noch mit Antenne, wurden sie »Motorolla« genannt. Denn aus der Brotkruste schaute antennengleich ein gebratener Hühnerschenkel hervor. In der Folge der brasilianischen Telenovela Roque Santeiro und der Eröffnung des gleichnamigen größten Handelsplatzes unter freiem Himmel im südlichen Afrika entstanden neue Wörter wie Zungueiro (fahrender Händler), Candonga (in Kikongo pfiffig oder schlau, aber auch Anfänger, Neuling, Schüler, Lehrling; in Kimbundu Schlauheit), Quínguila (Geldwechsler für Dollar auf der Straße). In Vierteln, in denen mündliche Kaufverträge üblich sind, entwickelten sich Begriffe wie Kupapata (Motorrad-Taxi), Kixikila (Geldausleihen unter Arbeitskollegen), Bumbar (arbeiten), Tunga Ngó (Bauen ohne Genehmigung). Die beiden letzteren stammen noch aus der Kolonialzeit und sterben aus.

### Transkulturalität im Migrations- und Grenzbereich

Transkulturalität zeigt sich auch im Austausch zwischen Volksgruppen. Hier ist das Wort »gasosa« interessant, das ursprünglich für eine Limonade stand. In Angola ist es in fast allen wirtschaftlich-finanziellen Lebensbereichen präsent. Es beschreibt die Praxis, Buß- und Verwaltungsgelder in reduzierter Form als Bestechungsgelder direkt beim Ansprechpartner in der öffentlichen Verwaltung zu entrichten. Die gasosa ist eng mit dem Phänomen des sogenannten »cabritismo« verbunden, der sich auf das Sprichwort: »Die Ziege frisst dort, wo sie angebunden ist« bezieht. Positiv formuliert stellt die gasosa eine informelle Umverteilung des Einkommens aller Sozialgefüge dar. Sie kurbelt die nationale Wirtschaft und den Geldkreislauf an. Es ist bemerkenswert, dass wir genau diesen Begriff auch bei der Polizei in Namibia, in der Demokratischen Republik Kongo und in der Republik Südafrika finden. Die gasosa wurde von den Nachbarländern nicht übersetzt und im angolanischen Portugiesisch übernommen.

Über den internen Einfluss auf die südliche Region hinaus zog mit der Globalisierung und der Durchlässigkeit der Grenzen auch eine weltweite gastronomische Öffnung ein. Auf dem informellen Markt tauchte ein Wort auf, das in der Immigration des französischsprachigen Afrikas seinen Ursprung hatte: »cabrité«, gebratene Ziegenfleischstücke. Heutzutage hört man in Luanda nicht selten: »Ich werde eine Fahita (Sandwich aus arabischem Fladenbrot, von den Libanesen eingeführt) mit Kebab und Hummus essen.«

**José Luís Medonça ist Journalist, Autor und Leiter der Zeitschrift »Cultura«**

*Der Beitrag wurde von Gabriele Stiller-Kern und Thomas Röbke aus dem Portugiesischen übersetzt.*

FOTO: BIG BLUE / ADAOBE STOCK PHOTO

**Luanda, die Hauptstadt Angolas, verdankt ihren Namen der Fischerei**

# Erinnerung und Fragment

## Cana Bilir-Meier über ihre künstlerische Auseinandersetzung mit unsichtbaren und widerständigen Geschichten

Migration und Erinnerung, Rassismus und seine Folgen, Geschichte(n) und Geschichtsschreibung: Die 1986 in München geborene Filmemacherin Cana Bilir-Meier setzt sich in ihren künstlerischen Arbeiten immer wieder mit diesen Themen auseinander. Ein Beispiel: In einem mit dem Namen ihrer Tante Semra Ertan betitelten, gut siebenminütigen Video von 2014 gedenkt sie ihrer anhand öffentlichen und privaten Archivmaterials. Mehrere Gedichte, Ausschnitte aus westdeutschen und türkischen TV-Sendungen und Interviews, Fotos der Tante und persönliche Dokumente werden meist in kurzen Sequenzen hart aneinandergeschnitten. Zum Hintergrund: Semra Ertan, 1956 in der Türkei zur Welt gekommen, zog 1972 zu ihren Eltern in die Bundesrepublik. Hier arbeitete sie als technische Bauzeichnerin und Dolmetscherin und schrieb über 350 Gedichte. 1982 verbrannte sie sich in Hamburg, um gegen Rassismus in Westdeutschland zu protestieren. Ihre Nichte bereitet derzeit eine mehrsprachige Buchausgabe der Gedichte vor.
Bilir-Meier studierte Künstlerisches Lehramt sowie Kunst und Digitale Medien an der Akademie der bildenden Künste Wien. Behrang Samsami spricht mit ihr über ihre Arbeiten zu migrantischen Lebenswelten, Rassismus im Kunstbetrieb und die Ausstellung »Tell me about yesterday tomorrow«, die Ende November 2019 im NS-Dokumentationszentrum München eröffnet wird.

**Behrang Samsami: Frau Bilir-Meier, sollte man kurz sagen, was Sie als Künstlerin leisten, fällt mir diese Formel ein: Geschichtsaufarbeitung und Erinnerungsarbeit in Form von Fragmenten.**
Cana Bilir-Meier: Das ist eine passende Zusammenfassung. Mein Ausgangspunkt sind oft private Archive. Hier liegen Geschichten, bei denen ich ansetze. Aus Material aus unserem Familienarchiv etwa ist der Film über meine Tante Semra Ertan entstanden. Dass wir familiär verbunden sind, ist darin jedoch kein Thema. Mir ist wichtig, dass die Geschichten, die ich erzähle, vom Privaten ins Öffentliche hinausgehen. Zugleich geht es um die Beziehungen zwischen Privatem und Öffentlichem und die zwischen Geschichten und Erinnerungen.
Das »Fragment« ist ein gutes Bild für meine künstlerische Arbeit, weil meine Filme nur ein Teilstück zeigen oder wie Mosaiken in der Geschichtserzählung oder Repräsentation sind. Dabei erzähle ich bewusst aus einer migrantischen Perspektive und das Fragment erlaubt es mir, diese Leerstelle zu füllen, aber auch zu betonen, dass es immer diese verschiedenen, vielfältigen Perspektiven braucht und ich nicht alle Leerstellen füllen kann. Die Schlagworte »migrantisch«, »Erinnerung« und »Geschichte« sind hier wichtige Begriffe, weil sie mein Tun stets hinterfragen und antreiben: Wer und wie wird in der Geschichte repräsentiert? Wer ist sichtbar in der Geschichtserzählung und wer nicht? Wem hören wir zu und wem nicht? Mich interessieren diese verborgenen Geschichten, die »Hidden Histories«, die nicht in offiziellen Geschichtsschreibungen zu finden sind. Es sind diese, die widerständig sind und diese Konstruktionen hinterfragen.

**Woraus speist sich Ihr Interesse für das bisher Nicht-Erzählte, Nicht-Gezeigte?**
Für mich haben die oben gestellten Fragen auch einen persönlichen Bezug, weil das Migrantische ein Teil meiner (Familien-)Geschichte ist. Ich habe diesen Zugang und dieses Wissen – und das ist auch, was mich interessiert. Meine Arbeiten stellen Geschichten und Biografien dar, die sich mit migrantischen Lebensweisen auseinandersetzen, die in der hiesigen Geschichtsschreibung nicht oder kaum sichtbar sind. In der Schule etwa habe ich nichts zur Geschichte der »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik gelernt. Ich habe das mir alles durch Interviews und Gespräche mit meiner Familie angeeignet. Daraus entstanden Fragen wie: Warum sind meine Großeltern in den 1960ern nach Westdeutschland gekommen? Parallelen sehe ich hier zur deutschen Kolonialgeschichte. In den vergangenen Jahren hat sich durch Aktivistinnen und Aktivisten sowie Künstlerinnen und Künstler viel bewegt. Inzwischen befassen sich auch die Medien stärker mit dem Kolonialismus. Nach wem heißen die Straßen in den Städten? Wer wird da genannt? Wer ist da sichtbar? Wer ist bisher nicht sichtbar?

**Wer ist Ihr Zielpublikum?**
Ich bin Künstlerin, Filmemacherin, aber auch Kunstpädagogin und arbeite auch in kuratorischen Kontexten. Ich habe etwa in München mit »Lothringer 13« einen Kunstraum für zeitgenössische Gegenwartskunst mit geleitet. Hier haben wir Workshops, Filmscreenings und Talks veranstaltet. Ich spreche zwar aus einer bestimmten Perspektive heraus. Aber natürlich ist es mein Wunsch, viele verschiedene Menschen in der Gesellschaft zu erreichen.
Ich arbeite auch mit Museen zusammen und werde eingeladen, für eine Ausstellung ein Begleit- oder ein pädagogisches Programm für Schülerinnen und Schüler zu entwickeln. Dann sind diese mein Zielpublikum.
Meine Arbeit beginnt jedoch nicht mit der Frage, wen ich erreichen möchte, sondern am Anfang steht der Inhalt. Ob das nun ein Workshop, ein Film, eine Fotografie oder etwas anderes ist.
Allerdings ist mir durch die Erfahrungen vor allem mit den staatlichen und institutionellen Museen in Deutschland klar geworden, dass sie nur ein bestimmtes Zielpublikum ansprechen. Ergo: Es werden sehr viele andere Menschen ausgeschlossen. Daher ist es mir in meiner Arbeit genauso wichtig, eine Beziehung zu verschiedenen, auch migrantischen Initiativen und Gruppen aufzubauen, damit auch sie einen Bezug zu dem in den Museen präsentierten Werken haben und diese Orte aufsuchen.

**Können Sie das konkretisieren?**
Es bedarf einfach viel Engagements. Da kann man sich nicht einfach hinstellen und sagen, dass die genannten Gruppen nicht ins Museum kommen, sondern man muss viel Energie investieren, damit eine Beziehung entstehen kann. Das ist eine Bereicherung. Ein Beispiel: Im Kunstverein Hamburg habe ich 2019 ein großes Rahmenprogramm gestaltet. Wir hatten verschiedene Kooperationspartner, etwa das St.-Pauli-Archiv, das Stadtteilzentrum Kölibri, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und viele antirassistische Initiativen. Wir hatten daher ein sehr diverses Publikum auch in der Ausstellung im Kunstverein. Dieses Vorgehen zwingt mich – zwingen hier in einem ganz positiven Sinne –, meine Arbeit selbst immer wieder zu hinterfragen: Wie tue ich diese Dinge? Was soll beim nächsten Mal anders sein?

**Das Stichwort Rassismus ist gefallen. Sie waren Ende 2018 an einer Diskussion in den Münchner Kammerspielen beteiligt und haben danach den Protestbrief »We are sick of it« mit initiiert.**
Der Auslöser war ein Gespräch zwischen dem Kurator Kasper König und mir. Das Thema war ausgerechnet der Rechtsruck in Deutschland. Es fielen

rassistische Äußerungen gegenüber migrantischen Menschen durch König. Auch mir gegenüber gab es eine Vorannahme oder Anklage, dass ich, vereinfacht ausgedrückt, Preise gewinne, weil ich einen exotischen Namen habe. Hinzu kam, dass die Art und Weise, wie ich arbeite, von außen nicht als Kunst bezeichnet, sondern abgetan wurde. Ich habe mich gewehrt und in den sozialen Medien davon berichtet, was mir passiert ist. Die Reaktion: Viel Solidarität, aber auch genauso viele Angriffe, warum ich mich denn wehren würde, und dass das, was ich wahrgenommen hätte, nicht rassistisch gewesen oder es doch nicht so schlimm gewesen wäre. Ich habe mich daraufhin mit migrantischen, schwarzen, indigenen, lesbischen, queeren und trans Kunstschaffenden zusammengetan. Wir beschlossen, ein Manifest zu schreiben, da wir merkten, dass der Vorfall personalisiert wurde. Nach dem Motto: Das Ganze sei nur ein persönliches und individuelles Problem zwischen zwei Personen und, da sich König bei mir entschuldigt hätte, doch nun vorbei. Wir als Kollektiv wollten mit dem Protestbrief deutlich machen, dass es sich um keinen Einzelfall, sondern um ein strukturelles Problem handelt und wir dieses Thema nicht mehr hinter verschlossen Türen verhandeln wollen. Dass uns Kunstschaffenden immer wieder unsere Herangehensweise abgesprochen wird, wie und was Kunst ist, wir von Kunst- und Kulturinstitutionen und Universitäten objektiviert werden und diese bestimmen, wie Kunst- und Wissensproduktion aussehen müssen, in welcher Sprache sie artikuliert werden dürfen, wer wie über wen spricht.
Um nur einige Punkte zu nennen.

**Wie sehen Ihre Forderungen aus?**
Wir müssen darüber sprechen, welche Formen als Kunst anerkannt und welchen das Kunst-Sein abgesprochen wird. Diskriminierung habe ich schon genauso erfahren wie die anderen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Protestbriefs. Im Brief ging es darum, Rassismus-Erfahrungen zu versprachlichen und auch die Abhängigkeitsverbindungen aufzuzeigen. Manche Kunstschaffende können etwas sagen, manche nicht. Es ist eine privilegierte Haltung, sich wehren zu können. Es war nicht einfach. Es gab aber viel Solidarität und ich bin auch nicht die Erste, die Kritik an den strukturellen Problemen im Kunstbetrieb ausgesprochen hat. Es gibt eine Geschichte des kollektiven Aktivismus, auf die wir zurückgreifen können, wie etwa das Bündnis kritischer Kulturpraktikerinnen und -praktiker, das ein Zusammenschluss kritischer Kulturschaffender und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist.

**Im November 2019 wird »Tell me about yesterday tomorrow«, eine Ausstellung unter der künstlerischen Leitung von Nicolaus Schafhausen, im NS-Dokumentationszentrum München eröffnet. Worum geht es dabei und mit welcher Arbeit beteiligen Sie sich daran?**
Das Projekt zeigt über 30 Arbeiten, die sich kritisch mit institutioneller Erinnerungsarbeit und deren Verantwortung auseinandersetzen. Zwischen November 2019 und August 2020 werden im NS-Dokumentationszentrum München sowie an öffentlichen Orten in der Stadt künstlerische Arbeiten präsentiert, die sich mit der Deutung von Vergangenheit und deren Anknüpfung an unsere Gegenwart beschäftigen. In der Ausstellung zeige ich meinen Super-8-Film »This makes me want to predict the past«, der eine Gruppe von Jugendlichen am Münchner Olympia-Einkaufszentrum porträtiert. Dort wurden während eines rassistischen Anschlags im Juli 2016 neun Jugendliche mit Migrationsgeschichte ermordet, fünf weitere angeschossen und viele Menschen schwer verletzt. Der im Titel der Arbeit angelegte Widerspruch, die Vergangenheit vorhersagen zu wollen, ist ein Verweis auf die kontinuierliche und intersektionale Erfahrung von Rassismus.

**Vielen Dank.**

FOTO: CANA BILIR-MEIER

**Erinnerungskultur in Kunst-Collagen: Cana Bilir-Meier arbeitet mit Fragmenten; hier: »Ses Alma Rehberi«, Fotocollage, 2016**

**Cana Bilir-Meier ist Filmemacherin, Künstlerin und Kunstpädagogin. Behrang Samsami ist freier Journalist**

# Mit Kinderbüchern Brücken bauen

## Die Internationale Jugendbibliothek in München

CHRISTIANE RAABE

Die Internationale Jugendbibliothek wurde 1949 von der jüdischen Emigrantin Jella Lepman im Geiste der Völkerverständigung gegründet. Mit Kinderbüchern sollten Brücken in die Welt gebaut und Kulturen miteinander ins Gespräch gebracht werden. Jella Lepman hoffte, dass in Frieden und Freiheit erzogene Kinder und Jugendliche eine bessere Weltordnung aufbauen würden. »Lassen Sie uns bei den Kindern anfangen, um diese gänzlich verwirrte Welt langsam wieder ins Lot zu bringen. Die Kinder werden den Erwachsenen den Weg zeigen.« Sie bat ausländische Verleger um Buchspenden und trug innerhalb weniger Monate 4.000 Kinderbücher zusammen, die 1946 in der ersten internationalen Ausstellung der Nachkriegszeit im Haus der Kunst gezeigt wurden.

Diese Bücher bildeten den Gründungsbestand der Internationalen Jugendbibliothek, die 1949 ihre Türen in einer Münchner Villa öffnete. Kinder und Jugendliche hatten freien Zugang zu Büchern aus aller Welt, konnten Autoren interviewen, in Buchclubs über Neuerscheinungen diskutieren, in einer Jugend-UN über Kinderrechte debattieren, Theater spielen oder im Garten an Staffeleien malen. Nicht die Bücher, die jungen Nutzer standen im Mittelpunkt. Konsequent wurde das Recht der Kinder auf Selbst- und Mitbestimmung gefördert.

Seitdem sind 70 Jahre vergangen, die Bibliothek hat mittlerweile ihren Sitz in Schloss Blutenburg und ist eine Stiftung. Was als Experiment begann, entwickelte sich zur weltweit größten Spezialbibliothek für internationale Kinder- und Jugendliteratur mit einem Bestand von 650.000 Büchern in etwa 240 Sprachen, mit Schriftsteller-Nachlässen, historischen Sammlungen und internationaler Forschungsliteratur. Jährlich kommen etwa 10.000 Neuerscheinungen hinzu, ausschließlich Schenkungen. Die Buchbestände und Nachlässe sind heute eine einzigartige Ressource für die Kinderbuchforschung.

BIBLIOTHEKEN

Ein wissenschaftlicher Lesesaal wird rege genutzt, bis zu 15 ausländische Forscher verbringen als Stipendiaten des Auswärtigen Amts mehrere Monate zum Arbeiten in der Bibliothek. In Kooperation mit Universitäten finden Tagungen statt, Dozenten halten Seminare ab. Daneben können Kinder in einer Ausleihbibliothek aktuelle Neuerscheinungen der internationalen Kinderliteratur in 30 Sprachen ausleihen.

Obwohl sich die Kinderbuchvilla von einst in ein Bücherschloss gewandelt hat, ist die Vision Jella Lepmans von einer Kinderbuchbrücke, die zum Zusammenhalt der Welt beitragen soll, für die Aktivitäten der Bibliothek nach wie vor verpflichtend. Mit einem Jahresprogramm von Ausstellungen und Veranstaltungen setzt sie sich für den interkulturellen Dialog und für kulturelle Bildung ein. Besonders sichtbar in der Öffentlichkeit ist das White Ravens Festival für internationale Kinder- und Jugendliteratur, das seit 2010 alle zwei Jahre stattfindet und mit 90 Veranstaltungen an 50 Orten in München und Bayern 10.000 junge Besucher erreicht. Es ist eines der größten Kinderbuchfestivals in Deutschland und zeichnet sich dadurch aus, dass auch unbekannte Autoren, etwa aus Lateinamerika oder Asien, eingeladen werden.

Das Festival ist das wichtigste literaturvermittelnde Projekt der Internationalen Jugendbibliothek. Darüber hinaus bietet sie aber auch Ausstellungsworkshops, Schreibwerkstätten und Ferienkurse an. In Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Dachau hat sie beispielsweise eine Schreibwerkstatt entwickelt, in der Jugendliche über ihre Emotionen, die der Besuch der Gedenkstätte in ihnen ausgelöst hat, in einem »Brief aus Dachau« schreiben. Diese Schreibwerkstatt macht den Weltbezug von Literatur deutlich und leistet einen Beitrag gegen Antisemitismus und Vergessen.

In ihren Ausstellungen nimmt die Bibliothek Bezug auf aktuelle gesellschaftliche Themen oder zeigt einen kinderliterarischen Reichtum, den es hierzulande noch zu entdecken gibt. Gerade wurde eine Ausstellung mit Originalarbeiten von Bilderbuchkünstlern aus der arabischen Welt eröffnet. Die meisten Werke waren bisher noch nie in Europa zu sehen. Besonders erfolgreiche Ausstellungen wie »Guten Tag, lieber Feind! Bilderbücher für Frieden und Toleranz« oder »Alles Familie! Familiendarstellungen in aktuellen Bilderbüchern« gehen auf Wanderschaft und erreichen im In- und Ausland weite Verbreitung. Weiterhin werden Literaturpreise vergeben, Vorträge und Podien veranstaltet und Publikationen herausgegeben wie der sehr beliebte »Kinder Kalender. Mit 53 Gedichten um die Welt!« oder ein internationaler Buchempfehlungskatalog, der jährlich auf der Frankfurter Buchmesse präsentiert wird.

FOTO: STIFTUNG INTERNATIONALE JUGENDBIBLIOTHEK

**Das Schloss Blutenburg ist Sitz der Internationalen Jugendbibliothek**

Die Stiftung Internationale Jugendbibliothek wird institutionell vom Bundesfamilienministerium, vom Freistaat Bayern und von der Landeshauptstadt München gefördert. Vor wenigen Wochen feierte sie ihren 70. Geburtstag mit einem Fest der Kinderkulturen, das sie mit zwölf auswärtigen Kulturinstituten organisierte. Es war eine internationale Kooperation, initiiert aus der festen Überzeugung, dass kulturelle Vielfalt die Welt reicher, lebendiger und friedlicher macht.

**Christiane Raabe ist Direktorin der Internationalen Jugendbibliothek**

# Der Feind sitzt in den Vorstandsetagen

## Der Kampf gegen den Klimawandel und die soziale Frage gehören zusammen

LUDWIG GREVEN

Klimamäßig mache ich ziemlich alles richtig: Ich fliege schon länger nicht mehr und fahre nur selten Auto. Fleisch esse ich höchstens zweimal pro Woche. Gemüse und Obst kaufe ich regional auf dem Markt oder beim türkischen Gemüsehändler. Plastik meide ich, wo immer ich kann. Mein Häuschen wird von einem kleinen Blockheizkraftwerk um die Ecke erwärmt, Strom beziehe ich von einem Ökoanbieter. Alles, was geht, recycle ich. Auf Urlaub habe ich dieses Jahr komplett verzichtet.

Bin ich deswegen ein besserer Mensch? Mitnichten. Das meiste davon tue ich nicht allein, weil mir Umweltschutz schon immer am Herzen lag, anders als materieller Besitz. Sondern auch, weil mir mein letzter Arbeitgeber nach 13 Jahren guter Arbeit meine Stelle genommen hat, zweieinhalb Jahre vor Rentenbeginn. Ein großer Hamburger Verlag, der eine große Wochenzeitung herausbringt, mit stabiler Auflage und guten Gewinnen. Ihr Wirtschaftsteil prangert gerne Unternehmen an, die ältere Mitarbeiter auf die Straße setzen und junge nur mit Zeitverträgen anstellen. Dabei tut der Verlag beides selbst.

Mit geringem Einkommen oder wie in meinem Fall nun Arbeitslosengeld plus Zuverdienst als freier Autor für heute meist nur noch spärliche Honorare kann man keine großen Sprünge machen. Auch nicht für den Klimaschutz. Teure Biowaren aus dem Ökoladen kann ich mir wie viele nicht leisten. Schon gar kein Elektro-Auto oder eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach. Obwohl ich 35 Jahre lang recht gut verdient habe. Von der Belletage in ein prekäres Leben ist es nicht weit. Krankheit, Jobverlust, eine ungünstige Scheidung und/oder niedrige Rente reichen. Oft habe ich darüber geschrieben. Nun erlebe ich es bei mir selbst.

Es geht mir aber nicht um Doppel- und Dreifachmoral von Bessergestellten, die anderen Klimaaskese und »Flüchtlinge willkommen« predigen und dabei selbst edle Tropfen schlürfen. In diese von Populisten aufgestellte Falle tappe ich nicht. Ja, eine sozial blinde Klimaschutzpolitik kann nach der Flüchtlingskrise zu neuen gesellschaftlichen Verwerfungen führen. Die AfD rüstet bereits dafür. Ein aus Angst davor und vor den Reaktionen der Wirtschaft viel zu zögerliches Umsteuern, wie es gerade die sieche schwarz-rote Regierung vorführt, geht jedoch am elementaren Ziel vorbei, die Lebensgrundlagen für alle zu erhalten.

Schutz der Umwelt und von Arbeitsplätzen, Bewahrung der Natur und des sozialen Friedens müssen keine Gegensätze sein – wenn beides richtig gemacht wird. Und die Klimabewegten erkennen, dass diejenigen, die um ihre bescheidenen Besitzstände fürchten, nicht ihre Feinde sind, sondern ihre Verbündeten sein müssen. Denn ihr Gegner ist letztlich immer derselbe: ein auf ständig ungebremstes, möglichst von der Politik nicht kontrolliertes Wachstum fixierter, entfesselter Kapitalismus und seine Vollstrecker. Ausbeutung des Menschen und der natürlichen Ressourcen gehen Hand in Hand. In den teuren Smartphones, die auch die FFF-Demonstranten alle in den Händen halten, stecken seltene Erden wie Coltan, die von Kindern im Kongo in Sklavenarbeit aus dem Boden gekratzt und in staats-ultrakapitalistischen Fabriken in China, die sich die Vorkommen imperialistisch gesichert haben, für die Milliarden verdienenden Hersteller und Anbieter verarbeitet werden. Genauso wie in den hochgiftigen Akkus für Elektro-Autos. Die sollen – unter dem Deckmantel der CO2-Minderung – Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor verdrängen, obwohl das CO2 dabei nur aus den Kraftwerkschloten kommt, statt aus dem Auspuff. Zum Nutzen der schein-kommunistischen Diktatoren in Peking und zum Profit ihrer Konzerne, die im globalen Raubtier-Wettbewerb mit denen der USA und Europas stehen. Zum Schaden der hiesigen Beschäftigten der Autoindustrie, von denen viele ihre Jobs verlieren werden.

Die scheinselbständigen Paketboten der Onlinehändler, die zu Hungerlöhnen Waren in umweltverpestender Weise ausfahren, dienen dagegen den Megaprofiten ihrer US-Herren. Und befördern ungewollt den Konsumwahn: heute bestellt, morgen schon da, bezahlt wird später. Zum Schaden des Klimas, des lokalen Handels und wiederum hiesiger Jobs.

Die viel zu lange verzögerte Energie- und Mobilitätswende von fossilen zu regenerativen Energien gefährdet hierzulande Hunderttausende Arbeitsplätze. Genauso wie die Entwicklung künstlicher Intelligenz und immer automatisierterer Verfahren. Ist das die Schuld der Klimaschützer? Nein, der

Kapitaleigner und ihrer Manager und Ingenieure, die die Produktion nicht früh genug auf die veränderte Nachfrage umgestellt, technische Entwicklungen in anderen Ländern verpennt und stattdessen bei der Abgassoftware betrogen haben. Und der Politik, die tatenlos zugesehen hat.

Die Folgen tragen alle anderen: Arbeitnehmer wie Umweltengagierte, die Demokratie und der soziale Zusammenhalt. Klimaschützer fürchten um ihre und die Zukunft des Planeten. Kohlekumpel, Mitarbeiter der Kraftwerke und Autobauer um ihre eigene. Dabei möchten auch sie, dass ihre Kinder ohne Angst vor einer gigantischen Umweltkatastrophe groß werden. Die jungen »Fridays for Future« -Demonstranten wiederum möchten später ebenfalls einen möglichst sicheren Arbeitsplatz und von ihren Einkommen leben können. Weshalb also sich gegeneinander ausspielen lassen? Der in der Politik und von manchen Medien aufgebaute Gegensatz zwischen ihnen und den Beschäftigten (noch) energieintensiver, klimabelastender Industrien ist in Wahrheit ein Scheinwiderspruch. Umweltschutz und der Schutz abhängig Beschäftigter gehören zwingend zusammen.

Deshalb muss bei allem, was nun diskutiert und beschlossen wird, darauf geachtet werden, dass es keine unbilligen Härten gibt. Wo sie nicht zu vermeiden sind, müssen sie sozial abgefedert werden, wie beim Strukturwandel im Ruhrgebiet. Die Dringlichkeit, den Ausstoß der Klimagase rasch drastisch zu senken, erlaubt nicht, auf den Ausgleich von Interessen zu verzichten. Oder gar die Demokratie auszuhebeln, wie es einige Klimaextremisten etwa von »Extinction Rebellion« verlangen. Die Herausforderung ist gewaltig, die Zeit drängt. Aber Demokratie funktioniert nun mal nicht so schnell. Klimaskeptiker und solche, die sich berechtigt um ihr Auskommen sorgen, müssen eingebunden werden. Sonst wächst nur der Widerstand wie der der Gelbwesten in Frankreich. Das wäre ein unverzeihlicher Fehler.

Ob das alles in einem kapitalistischen System funktionieren wird, ist eine andere Frage. Ein besseres wurde bislang nicht gefunden. Deshalb müssen wir es im jetzigen versuchen.

**Ludwig Greven ist freier Publizist**

# Sprachliches Fundament

## Die Arbeit der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung

ERNST OSTERKAMP

Einer breiteren Öffentlichkeit ist die 1949 gegründete Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung vornehmlich durch den von ihr vergebenen Georg-Büchner-Preis, den angesehensten deutschen Literaturpreis, bekannt; sie nimmt die Akademie deshalb vor allem als eine Institution des literarischen Lebens wahr. Dabei zeigt schon ihr Name, dass die Beschäftigung mit dem sprachlichen Fundament der Gesellschaft zu den vordringlichen Aufgaben der Akademie gehört. Die Arbeit der Akademie wird geleitet von der Überzeugung, dass Reichtum und Lebendigkeit der Sprache eine wesentliche Voraussetzung für Reichtum und Lebendigkeit des gesellschaftlichen Zusammenlebens bilden. Die Akademie hält die herausragende Bedeutung der Sprachkultur im Bewusstsein und verschafft der Literatur als einem maßgeblichen Ort der Erneuerung und Reflexion der Sprache ein Forum.

Seit ihrer Gründung beobachtet die Akademie als kritische Instanz die Entwicklung der deutschen Sprache und begleitet sie durch ihre fachlichen Stellungnahmen. Es geht ihr dabei nicht vorrangig um eine ästhetisch argumentierende Stilkritik, sondern sie versteht ihre Spracharbeit vor allem im Sinne einer Teilhabe an den aktuellen politisch-gesellschaftlichen Prozessen. Sie beobachtet und analysiert grundsätzliche Entwicklungen, die für den allgemeinen Sprachgebrauch von Wichtigkeit sind: auf den Ebenen der Schriftsprache und der Umgangssprache, der politischen Sprache und der Sprache in den sozialen Medien, der Wissenschaftssprache und der Sprache der Literatur. Ziel der Spracharbeit ist es, begründete Orientierungen für das jeweils eigene Sprachbewusstsein und die eigenen stilistischen Entscheidungen zu bieten. Dies geschieht mit dem Ziel der Aufklärung über sprachliche Zusammenhänge, also ohne jeden normativen Anspruch; repräsentativ hierfür ist die in Frageform formulierte Erklärung des Präsidiums der Akademie zur gendergerechten Sprache, die jüngst auf der Homepage der Akademie veröffentlicht wurde.

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Bedeutung der Sprachkommission der Akademie unter der Leitung von Peter Eisenberg und Wolfgang Klein stetig gewachsen; seitdem sie eine konstruktive Rolle in der Diskussion über die Rechtschreibreform gespielt hat, nimmt die öffentliche Resonanz ihrer Arbeit deutlich zu.

Um die operative Basis für ihre Spracharbeit so vergrößern zu können, dass ihre Memoranden zur Situation der deutschen Sprache auf einer tragfähigen wissenschaftlichen Basis stehen, hat die Akademie die Zusammenarbeit mit der Union der deutschen Wissenschaftsakademien gesucht und über Mitgliedschaften das Institut für deutsche Sprache und das Max Planck-Institut für Psycholinguistik einbezogen.

Als Ergebnis dieser Zusammenarbeit liegen bisher zwei Berichte zur Lage der deutschen Sprache vor; der erste untersucht »Reichtum und Armut der deutschen Sprache« (2013) unter anderem anhand des Wortschatzes, der Anglizismen und der Entwicklung der Flexion, der zweite von 2017 widmet sich »Vielfalt und Einheit der deutschen Sprache« und analysiert das Verhältnis des Standarddeutschen unter anderem zu den Regionalsprachen, der Jugendsprache, dem Deutsch von Migranten und der Kommunikation im Internet.

Die außerordentlich intensive öffentliche Resonanz beider Sprachberichte bestärkt die Akademie darin, auf diesem Wege fortzufahren, also die Entwicklung der deutschen Sprache in weiteren wissenschaftlich fundierten Sprachberichten zu beschreiben und damit den notwendigen und notwendigerweise kontroversen öffentlichen Sprachdebatten eine verlässliche Grundlage zu geben. In Arbeit befindet sich derzeit ein dritter Bericht, der sich der Lage des Deutschunterrichts in den Schulen widmet: einem Thema von brennender Aktualität auch angesichts der ständig steigenden Zahlen von Schülern mit Migrationshintergrund und mit vielfältiger kultureller Prägung.

Die Spracharbeit der Akademie profitiert erheblich davon, dass ihr Autoren und Gelehrte aus allen Weltteilen angehören, die der deutschsprachigen Kultur als Übersetzer, Kulturvermittler, Germanisten oder Historiker auf besondere Weise verbunden sind; so können vielfältige Erfahrungen mit den sprachlichen Entwicklungen in anderen Ländern und Kulturen für die wissenschaftliche und literarische Auseinandersetzung mit der eigenen Sprache fruchtbar gemacht werden. Es gehört im Übrigen zum Anspruch der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, dass sie einen Beitrag zur Auswärtigen Kulturpolitik und zum produktiven Kulturdialog zwischen den deutschsprachigen Ländern und anderen Nationen, insbesondere Europas, leisten will. Die in 20 Ländern – von den USA bis nach Japan und Australien – lebenden Mitglieder der Akademie tragen als Repräsentanten und Vermittler der deutschen Sprache und Literatur erfolgreich zur kulturellen Außendarstellung Deutschlands bei. Der kulturpolitische Auftrag der Akademie dokumentiert sich auch darin, dass sie alljährlich bei ihren häufig im europäischen Ausland stattfindenden Frühjahrstagungen den Friedrich-Gundolf-Preis für die Vermittlung deutscher Kultur im Ausland und den Johann-Heinrich-Voß-Preis für Übersetzung verleiht.

**Ernst Osterkamp war von 1992 bis 2016 Professor für Neuere deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist seit 2017 Präsident der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung**

**SPRACH-GESCHICHTEN**

In dieser Beitragsreihe wird aus verschiedenen Perspektiven die deutsche Sprache als Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben betrachtet.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMAGEBROKER

**Auf der Ostseite des Brandenburger Tores versammelt sich eine Menschenmenge**

# Ein schwieriger Weg

## Die Integration des »Neuen Deutschland« in den Medienmarkt der alten Bundesrepublik

WOLFGANG HÜBNER

Wie integriert man 17 Millionen Menschen? Die zwar die gleiche Sprache sprechen, aber aus einem anderen Land, aus einem anderen System – aus einer anderen Welt kommen? Deren Lebensumstände sich in kurzer Zeit komplett wandelten, die eine neue politische Ordnung, eine neue Währung, einen neuen Arbeitsmarkt bekamen, andere Preise und Mietverhältnisse, neue Chefs, neue Versicherungen, eine neue Konsumwelt und vieles mehr? Aber auch ungeahnte Reiseperspektiven, Möglichkeiten der Mitsprache, Eigenverantwortung.

Es sollte schnell gehen; es musste schnell gehen mit der deutschen Vereinigung, sagen die beteiligten Politiker noch immer und berufen sich auf den Druck der Straße im Osten. Worüber sie weniger gern reden: Damals sah die im Westen regierende Union ein sich unverhofft öffnendes Fenster der Gelegenheiten, die Verhältnisse eines vereinten Deutschlands in ihrem Sinne zu regeln. Entstanden ist eine Einheit, der der Osten fast bedingungslos zustimmte und die für die Ostdeutschen so gut wie alles veränderte, für die Westdeutschen indessen wenig bis nichts. Der Osten bekam – auch weil viele danach riefen – das System, das der Westen längst hatte. Ein Beitritt; nicht wenige nennen es Anschluss.

Was das an Anpassungsdruck, an materiellen und mentalen Verwerfungen nach sich zog, sollte sich erst später zeigen. Wenn 17 Millionen Menschen einem System und einem Staat beitreten, müssen sie integriert werden. Das geschah mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, mit Fördermitteln. Es gab integre Aufbauhelfer, die in den Osten kamen, und Glücksritter, die den schnellen Gewinn suchten. Vieles an der Vereinigungspolitik war kurzsichtig politisch motiviert, von Partei- und Wirtschaftsinteressen geleitet, war nicht nachhaltig genug, wie wir heute wissen – und der Dimension der Aufgabe nicht angemessen. Eine Dimension, die erst aus der späten Draufsicht nach und nach erkennbar wird.

In diesem neuen Deutschland musste sich das »Neue Deutschland«, die linke Zeitung aus dem Osten, einen Platz suchen und erkämpfen. Die Zeitung war keinesfalls willkommen; wäre es nach dem Willen der DDR-Nachlassverwalter gegangen, das Blatt wäre schnell von der Bildfläche verschwunden.

Auch das ist Integration: sich unter radikal anderen Bedingungen zurechtzufinden und zu behaupten; mit den Lesern im kritischen, aber nicht defätistischen Gespräch zu bleiben über Probleme der Vergangenheit und Defizite der Gegenwart; Teil eines kontroversen, aber nicht destruktiven Diskurses über demokratische Möglichkeiten und Herausforderungen zu werden.

Wir schreiben selbstverständlich auch über die Integration von Migranten, von Menschen mit Handicap, über die Inklusion im Bildungswesen, über Fragen der Gendergerechtigkeit. Aber die größte Integrationsleistung des »Neuen Deutschland« ist eine andere: seine Leser auf dem langen, schwierigen Weg in eine neue Gesellschaft zu begleiten, heute eine Plattform für kritische, linke Sichtweisen zu bieten und damit eine Lücke auf dem Medienmarkt der alten Bundesrepublik zu füllen.

**Wolfgang Hübner ist Chefredakteur der in Berlin erscheinenden linken Tageszeitung »Neues Deutschland«**

# »Die Ostdeutschen gibt es nicht«

## Der »dreifache« Roland Jahn im Gespräch

Geboren 1953 in Jena, SED-Gegner, Journalist, Bürgerrechtler, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) – das und mehr trifft auf Roland Jahn zu. Hans Jessen spricht mit ihm über seinen Werdegang und seine Erfahrungen in DDR und BRD.

**Hans Jessen: Herr Jahn, Sie sind seit acht Jahren Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, zuvor haben Sie fast 30 als Journalist in West-Berlin gearbeitet, mit besonderen Verbindungen in die frühere DDR, aus der Sie 1983 rausgeschmissen worden waren, weil das System einen Oppositionellen loswerden wollte. Gibt es so etwas wie einen gemeinsamen Nenner in diesem »dreifachen Jahn«?**
Roland Jahn: Den gemeinsamen Nenner gibt es: neugierig sein auf das Leben und anderen weitererzählen, was ich erfahren habe. So war ich schon als Jugendlicher, der die DDR von innen kennengelernt hat. Ich wollte immer weitererzählen, wenn mir Dinge aufgestoßen sind. Habe dann auch angefangen, Nachrichten in den Westen zu geben, z. B. über Verhaftungen, damit diese über Westfernsehen und -radio wieder in die DDR hineingesendet werden.
Einer unserer Freunde aus der Jenaer Szene, der Schriftsteller Lutz Rathenow, studierte in Ost-Berlin und kannte viele West-Journalisten. Ich habe immer versucht, Kurierwege zu finden, für freie Information zu sorgen. Das ist im Prinzip, was diese sozusagen dreigeteilte Person verbindet: immer wieder sich ein Stück Freiheit nehmen – in dem Fall: Freiheit der Information.

**1981 kam Ihr Freund Matthias Domaschk in der Stasi-Haft ums Leben. Das war ein Einschnitt.**
Das hat nicht nur mich, sondern die gesamte Jugendszene in Jena sehr getroffen. Uns allen war klar: Es geht nicht um ein »Spiel« mit der Staatssicherheit, sondern um Leben und Tod. Wir haben uns nicht als große politische Akteure verstanden, sondern als Jugendliche, die ein selbstbestimmtes Leben führen wollten. Plötzlich traf es einen von uns. Er kam mit 23 Jahren in der Stasi-Haft zu Tode. Damit stellte sich die Frage: Bleiben oder gehen? Mit Ausreiseantrag die DDR verlassen oder vielleicht sogar unter Lebensgefahr den Gang über die grüne Grenze riskieren? Ich wollte bleiben, war verbunden mit Freunden, Familie und Heimat. Auch wollte ich diese Heimat nicht den SED-Bonzen überlassen. Der Tod des Freundes war aber Anlass zu sagen, wir müssen mehr tun, damit unser Traum einer gerechten Gesellschaft in Erfüllung geht.

**Ein Jahr nach dem Tod Ihres Freundes haben Sie mit einer subversiven Aktion eine Öffentlichkeit über dessen Tod im Stasi-Gefängnis hergestellt.**
Die Herausforderung war: radikal und klar Position beziehen, aber andererseits nicht mit dem Kopf gegen die Wand rennen und weggefangen werden, selbst im Knast landen. Ich habe – vielleicht naiv – nach Aktionsformen gesucht, die mit den Strafgesetzen der DDR möglichst nicht erfasst werden konnten. Es wäre strafbar gewesen, Flugblätter über den Tod im Stasi-Knast zu drucken. Aber es gab die Bezirkszeitung der SED. Dort habe ich eine Todesanzeige aufgegeben, dass mein Freund im 24. Jahr aus dem Leben gerissen wurde. Das war natürlich eine politische Botschaft. Ich habe mir dann einige Dutzend Zeitungen besorgt, diese Todesanzeigen ausgeschnitten und nachts heimlich angeklebt. Parallel dazu die Information an Freunde in West-Berlin gegeben, sodass das dann auch im RIAS, der in Jena zu hören war, gesendet wurde. Menschen haben sowohl die Nachricht im Radio gehört als auch die Zeitungsanzeigen gesehen. Das war schon ein deutlicher Protest gegen das, was geschehen war. Und die Parteizeitung hat es gedruckt.

**Im selben Jahr, 1982, wurden sie selbst nach weiteren Protestaktionen zu einer Haftstrafe verurteilt. Nach Ihrer Entlassung wurden Sie in einen Eisenbahnwaggon Richtung Westen verfrachtet. Zwangsweiser Rausschmiss im Sinne des Wortes, mit angelegten Handfesseln. Den West-Pass wollten Sie zunächst nicht annehmen.**
**Sie haben dann Ihre Kontakte in die DDR genutzt, um West-Medien mit Ost-Informationen zu versorgen und technisches Gerät in die DDR zu schmuggeln.**
Alle Informationen, die über die DDR in den West-Medien zu sehen waren, haben natürlich die Menschen politisiert. Das ging mir selbst so, als ich noch in der DDR lebte. Es war wichtig, dass die Menschen erfahren von Umweltzerstörung, Altstadtzerfall, Menschenrechtsverletzungen. Und dass sie sehen, es gibt Proteste dagegen. Ich habe in West-Berlin Technik besorgt und an meine Freunde im Osten geschickt, angefangen von Fotoapparaten über Tonbandgeräten bis Videokameras. Die Freunde haben dann dafür gesorgt, dass bespielte Videokassetten wieder in den Westen kamen, z. B. auch von Demonstrationen. Ich konnte meine Arbeit beim Sender Freies Berlin und anderen Medien dafür nutzen, diese Informationen in die Wohnzimmer der DDR zu bringen.

**Im Herbst 1989 sahen DDR-Bürger im Westfernsehen Bilder der Massendemonstrationen in Leipzig. Die Aufnahmen hatten Ihre Freunde heimlich gemacht.**
Bis dahin gab es eine Entwicklung. Erst waren es Dokumente des geschehenen Unrechts, die wir gesendet haben. Mutige Freunde haben unter hohem Risiko Dinge gefilmt, z. B. die Uranhalden im Süden der DDR. Menschenrechtsverletzungen wurden benannt. Die Wahlfälschungen. Höhepunkt dieser Filmaufnahmen waren die Bilder der großen Demonstration in Leipzig vom 9. Oktober. Meine Freunde haben dort in Leipzig von einem Kirchturm aus die 70.000 mit ihren Freiheitsparolen gefilmt und dabei auch dokumentiert, dass der Staat es nicht gewagt hat einzugreifen. Als diese Bilder dann in ARD und ZDF gesendet wurden, haben Menschen in der ganzen DDR gesehen, wie mutig Menschen in Leipzig auf die Straße gegangen sind, und haben dadurch eine Ermutigung für sich selbst erfahren. Vor allen Dingen die Grundbotschaft dieser Demonstration: keine Gewalt. Und: Wir sind das Volk. Die Aufnahmen haben dazu beigetragen, dass diese Revolution friedlich sein konnte.

**Pegida- oder AfD-Demonstrationen laufen heute mit demselben Sprechchor wie die Leipziger Demonstranten 1989: »Wir sind das Volk«. Teilweise sind es dieselben Personen. Das ist eine Misstrauenserklärung gegen staatliche Institutionen, damals wie heute. Die westdeutsche Sicht kann das kaum verstehen. Wirkt hier eine Art innerer Distanz zu einem als ungerecht und willkürlich erlebten Staats- und Gesellschaftssystem als Zerrüttungserfahrung von Menschen mit Ost-Sozialisation heute besonders stark fort?**
Ich lehne Verallgemeinerungen ab. Für mich gibt es nicht »die Ostdeutschen«. Diejenigen, die jetzt den Parolen der AfD hinterherrennen, sehe ich nur als eine Gruppe an. Eine Gruppe, die, aus welchen Gründen auch immer, unzufrieden ist. Diese Gruppe wird instrumentalisiert. Die Gleichsetzung von Willkür in der DDR mit staatlichem Handeln heute geht gar nicht, das ist eine Verhöhnung der Opfer der SED-Diktatur. Das ist auch ein Missbrauch der Ansprüche, die in der friedlichen Revolution formuliert wurden. Für solche Töne, die hier bei vielen Demonstrationen angeschlagen werden, wäre man in der DDR sofort in den Knast gegangen. Allein das macht klar, dass Gleichsetzung sich verbietet.

**Hatten wir vor 30 Jahren vielleicht den Beginn einer Revolution, die dann doch keine werden wollte, sollte oder durfte? Werden wir im nächsten Jahr mit 30 Jahren deutscher Einheit etwas feiern, das vielleicht mehr aus äußerer Hülle als aus innerer Substanz besteht?**
Nein, ich denke, dass eine friedliche Revolution stattfand, die die Verhältnisse grundlegend verändert hat. Es gibt einen prinzipiellen Unterschied zwischen der SED-Diktatur und unserer Demokratie. Wir sollten dankbar sein, dass mutige Menschen diese friedliche Revolution gewagt haben. Selbst die, die damals das System getragen haben, die Verantwortung für das geschehene Unrecht hatten, die sich gegen diese friedliche Revolution gewehrt hatten, können heute dankbar sein, dass sie in einer Demokratie leben und alle Grundrechte nutzen können. Über das Weitere kann man streiten.

**Das »dritte Leben« des Roland Jahn begann 2011, Sie wurden Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, der dritte nach Joachim Gauck und Marianne Birthler. Beim Amtsantritt nannten Sie es »unerträglich«, dass in dieser Behörde damals knapp 50 ehemalige Stasi-Leute arbeiteten. Jeder von denen sei »ein Schlag ins Gesicht der Stasi-Opfer«. Das war eine viel härtere Position als die Ihrer Amtsvorgänger. Warum?**
Es war für die Menschen, die im Stasi-Gefängnis saßen, eine Zumutung, von ehemaligen Stasi-Offizieren nach dem Ausweis gefragt zu werden, wenn sie in diese Behörde kommen. Das hat sie verletzt. Dieser Konflikt musste bereinigt werden. Wir sind einen Weg gegangen, der menschlich respektvoll und rechtsstaatlich korrekt ist. Wir haben die ehemaligen Stasi-Offiziere in andere Bundesverwaltungen versetzt. Das ist etwas, was gerade den Opfern der SED-Diktatur den Glauben an den Rechtsstaat wiedergegeben hat.

**Sie waren einer der Allerersten, der seine Stasi-Akte einsehen konnte, schon im Februar 1990. Der Journalist Jahn begleitete ein Bürgerkomitee, das ein Stasi-Archiv sicherte. An Ihrem eigenen Beispiel wurde demonstriert, wie man überhaupt eine Akte findet. Was war das für ein Erlebnis?**

FOTO: PICTURE ALLIANCE / IMAGEBROKER

**Die Mauer ist offen**

Dieser erste Blick in die Akte machte mir deutlich, wie wichtig es ist, dass die Menschen Einblick nehmen können in die Informationen, die die Stasi über sie gesammelt hat. In diesen Akten steckt ein Stück gestohlenes Leben. Man sieht, wo einem die Selbstbestimmung geraubt worden ist. Man sieht, wie die Stasi in dieser Diktatur bis tief in den Alltag eingegriffen hat. Es ist ganz wichtig, dass den Menschen diese Aufklärung durch Akteneinsicht dauerhaft möglich ist.

**Vor dem Hintergrund dieser Eigenerfahrung und der Bedeutung, dass die Menschen dauerhaft Einblick in die Dokumente nehmen können, verstehen es viele nicht, dass Sie dem jetzt gefassten Bundestagsbeschluss zustimmen, die Stasi-Unterlagen-Behörde ins Bundesarchiv einzufügen.**
Gerade, weil ich erlebt habe, wie die Stasi in mein Leben eingegriffen hat; gerade, weil ich als Bürger mit dabei war, als die Akten gesichert und gerettet wurden; gerade, weil ich als Journalist diese Akten immer wieder zur Aufklärung über die SED-Diktatur genutzt habe, fühle ich mich als Bundesbeauftragter verpflichtet, Entscheidungen des Bundestages auf den Weg zu bringen, die die Akten unbegrenzt für die Zukunft sichern. Wir bündeln Kompetenz und Ressourcen gemeinsam mit dem Bundesarchiv. Es geht um Investitionen für die Konservierung der Dokumente, die Digitalisierung und die bessere Nutzung der Unterlagen. Das Stasi-Unterlagen-Archiv wird Teil des Gedächtnisses der Nation.

**Aber wird man zukunftsfähig, indem die Behörde, die sich bislang darum gekümmert hat, abgeschafft, abgewickelt wird, wie Ihre Kritiker sagen?**
Der Beschluss ist das Ergebnis eines langen Abstimmungsprozesses, insbesondere mit den Opferverbänden. Im Kern steht, dass die Akten für die Zukunft gesichert sind und der Blick nicht nur auf die Stasi gerichtet ist, sondern auf die SED-Diktatur insgesamt. In der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg soll ein Archivzentrum zur SED-Diktatur errichtet werden, wo die Akten der Staatssicherheit, aber auch die Akten anderer DDR-Ministerien, dazu gehören z. B. die Akten des Strafvollzugs, die jetzt schon im Bundesarchiv sind, sowie die Akten der SED, der Massenorganisationen, in einem Kontext betrachtet werden können. Wir erweitern den Horizont. Und zusätzlich soll aus dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ein Bundesbeauftragter für die Opfer der SED-Diktatur werden.

**Pro Jahr werden immer noch über 40.000 Anträge auf Akteneinsicht gestellt. Was ändert sich für die Bürger durch die Zusammenlegung der Institutionen?**
Das, was sich bewährt hat, bleibt erhalten. Das war die Voraussetzung dafür, dass wir diesen Weg in die Zukunft gehen. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz, in dem geregelt ist, wie die Bürger Einsicht bekommen, wie die öffentlichen Stellen diese Akten nutzen, wie Journalisten und Wissenschaftler darin forschen und aufklären können über SED-Diktatur, ist weiter die Basis für unsere Arbeit. Die Bürger werden weiterhin in ihre Akten schauen können, auch mit Außenstellen in den ostdeutschen Ländern, an den historischen Orten, wo die Akten erobert worden sind. Dieses Stasi-Unterlagen-Archiv wird sichtbar eigenständig als Symbol dieser friedlichen Revolution wahrgenommen werden können.

**Gleichwohl gibt es einen Protest vieler Menschen, zu denen auch Ihre Amtsvorgängerin Marianne Birthler gehört, die es als Fehler bezeichnen, die eigenständige Behörde nun zu überführen oder einer Institution anzugliedern, die politischen Weisungen unterworfen werden könnte.**
Das ist aus der Luft gegriffen. Das Bundesarchiv, eine Behörde, ist keinen politischen Weisungen ausgesetzt. Es gab seit der Existenz des Bundesarchivs keinen Versuch, eine Herausgabe oder eine Nutzung von Akten zu verhindern oder zu beschränken. Das heißt, hier zählt Recht und Gesetz, konkret: das Stasi-Unterlagen-Gesetz, nach dem wir auch jetzt arbeiten. An dieses Stasi-Unterlagen-Gesetz muss sich der Präsident des Bundesarchivs genauso halten wie der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen.

**Vielen Dank.**

**Roland Jahn ist Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Hans Jessen ist freier Journalist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent**

# Was uns eint und was nicht

## 1989 und 2019: Versuch einer Betrachtung

ULRIKE LIEDTKE

Gerade erscheinen die Bücher zu Ost und West, die DDR-Geschichte nicht einfach nur weglachen. Warum jetzt? 30 Jahre später. Weil der Osten reflektiert, wo Leben geblieben ist? Weil viele aus West noch nie in Ost waren? Weil die Brücke in Frankfurt (Oder) weiter führt – nach Polen, Russland, in die Ukraine?

Am 3. Oktober wurde der 29. Tag der Deutschen Einheit gefeiert, nicht nur beim zentralen Fest in Kiel, sondern in vielen Städten und Dörfern. Mit Veranstaltungen, Kundgebungen und Gottesdiensten erinnern wir an den Fall der Mauer am 9. November vor 30 Jahren. Damals waren wir uns in vielen Punkten uneinig: demokratischer Sozialismus und dritter Weg oder soziale Marktwirtschaft? Ein schneller Anschluss an die Bundesrepublik oder gemeinsame Arbeit an einer neuen gesamtdeutschen Verfassung? Man tritt daneben oder drauf, aber doch nicht »bei«. Das Ziel war klar: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte. Ganz große Erwartungen an blühende Landschaften und 16 Millionen individuelle Träume. Dazu konnten bundesrepublikanische Regularien nicht auf Anhieb passen, nicht die Treuhandentscheidungen, nicht ein Rückgabe-vor-Entschädigungsgesetz, nicht die selbstverständliche Markterweiterung westlicher Unternehmen. Mein aktueller Facebook Account spiegelt in Kommentaren Unterschiedliches wider: West – wie konnte Brandenburg so viel AfD wählen? Ost – Wir haben etwas falsch gemacht, sonst wäre die Protestpartei nicht so stark geworden.

Die Menschen im Osten haben seit der Wiedervereinigung einen beispiellosen gesellschaftlichen Wandel gemeistert. Sie haben neue Berufe erlernt, Unternehmen gegründet, ein demokratisches Gemeinwesen aufgebaut. Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur wurden ausgebaut. Neu waren Postleitzahlen, Krankenkasse, Geld, grüner Punkt, Kaufangebote, Reisen, Satellitenfernsehen, Farbkopierer, Visafreiheit, Mietpreise, Schulorganisation, Parteienvielfalt, freie Wahlen …

Die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands ist von 43 Prozent im Jahr 1990 auf 75 Prozent des westdeutschen Niveaus 2018 gestiegen. Viele Städte und Dörfer sehen heute frisch geputzt aus. Mehr Menschen ziehen von West nach Ost als umgekehrt. Der Osten – und ganz besonders Brandenburg – bietet attraktive Standorte für junge und innovative Unternehmen. Mehr als zwei Drittel der Menschen im Osten sagen, dass sich ihre persönliche Lage seit 1990 verbessert hat, und meinen, dass es auch anderen Menschen im Osten heute besser geht als vor 1989.

Aber gleiche Lebensverhältnisse zwischen Ost und West gibt es noch nicht. Die Ost-Einkommen liegen erst bei 85 Prozent der westlichen Länder. Macht und Reichtum sind immer noch ungleich verteilt. An den Brandenburger Hochschulen und Universitäten verfügen nur 205 von 899 Professoren über eine Ostsozialisation, das meint, sie haben Kindheit und Jugend in Ost-Deutschland verbracht und dort auch den Schulabschluss erhalten. In den Vorständen großer Unternehmen sind Expertinnen und Experten aus dem Osten kaum vertreten. Die Minderrepräsentanz ostsozialisierter Führungskräfte ist unverständlich. Wenn sich niemand aus dem Osten um eine Rektorenstelle beworben hat, stimmten offensichtlich die Kriterien der Ausschreibung nicht – erst die Jüngeren werden umfangreiche internationale Erfahrungen aufweisen können. Kein einziges DAX-Unternehmen hat seinen Sitz in Ostdeutschland. Und nahezu kein internationales Großunternehmen betreibt seine Zentrale in Ostdeutschland. Viele ostdeutsche Unternehmen gehören zu westdeutschen oder ausländischen Konzernen, selbst die meisten Supermärkte, Autohändler, Schulverlage und was man so im Alltag braucht.

Zu viele Menschen im Osten sind unzufrieden mit der aktuellen Politik. Laut einer Umfrage im Auftrag der Bundesregierung fühlt sich mehr als die Hälfte der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse. Nur 38 Prozent halten die Wiedervereinigung für gelungen. 30 Jahre nach der friedlichen Revolution ist fast die Hälfte der Ostdeutschen unzufrieden mit der Demokratie. Mehr

**Die Menschen im Osten haben seit der Wiedervereinigung einen beispiellosen gesellschaftlichen Wandel gemeistert**

als 1,2 Millionen Menschen haben nach der Maueröffnung den Osten verlassen. Wenn wir wollen, dass nicht nur zusammenwächst, was zusammengehört, sondern dass Ost und West gemeinsam eine enkelfreundliche Zukunft gestalten, dann müssen wir in Ost und West die Debatte zur Deutung der Friedlichen Revolution und ihrer Aneignung führen. Aus dieser Debatte – differenziert, wahrhaftig, respektvoll und mit möglichst vielen Beteiligten geführt – gewinnen wir ein klares Bild von gemeinsamen Zielen heute.

Ein heikler Punkt: Demokratie braucht ein System der Parteien. Wer Demokratie will, muss Parteien wählen. Wer gestalten will, muss auch eintreten. Das ist aber nicht so einfach für ostsozialisierte Menschen, es konnte ja auch nicht über eine Jugendorganisation oder familiäre Parteibindung laufen. Meine Geschichte macht vielleicht doch Mut: Ich fand an der S-Bahn-Station Hohenschönhausen einen Zettel mit Telefonnummer und die Nachricht, dass sich eine SDP, eine »SozialDemokratische Partei«, gründen wolle. Ich rief an und erfuhr, dass ich selbst was machen müsse. Also trafen wir uns in meiner Wohnung. Wir tranken Tee, aßen Plätzchen und dachten über die SDP nach. Das war Anfang November 1989. Gleich nach Öffnung der Mauer war ich die Erste im SPD-Büro in der Berliner Müllerstrasse, beäugt wie ein Ufo, und Dietmar Staffelt, damals SPD-Landesvorstandsmitglied, fragte, ob wir einen Kopierer hätten, so was würde man brauchen, um Werbung für die SDP zu verteilen. Hatten wir nicht. Und ein Büro wäre nötig – wieso, wir trafen uns doch in unserer Wohnung! Und Angestellte, Mitarbeiter, Öffentlichkeitsarbeiter? Nee. Hatten wir nicht. Dann fanden wir uns, all die anderen, die in ihren Wohnungen mit Gleichgesinnten Tee getrunken hatten. Ganz klar: »Partei« ging gar nicht. Zu viele Emporkömmlinge hatte ich erlebt, die über ihre Partei Karriere gemacht hatten. Das wollte ich nicht. SDP-Mitglied aus der Umbruch-Zeit heraus war okay, aber SPD-Mitglied? Schon allein dieses Wort »Genosse« kam gar nicht in Frage. Aber wir hatten ja keinen Kopierer, keinen Mitarbeiter, keine Öffentlichkeitsarbeit … Schlecht war mir nach meinem SPD-Eintritt, kotzübel. Niemals wollte ich so sein wie die Politiker, die ich in DDR-Zeiten erlebt und erfolgreich ignoriert hatte. Niemals. Dann kam die erste Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung, ich fuhr das beste Stimmenergebnis in Hohenschönhausen ein. Plötzlich war ich in der Pflicht.

Der erste und beste Eindruck: In der Fraktion saß ich zusammen mit Menschen unterschiedlichster Berufe. Ich kam doch von der hehren Kunst! Ich kannte doch nur solche, die auch von der hehren Kunst kamen! Begeistert stellte ich fest, wie schlau die alle waren, ganz ohne Noten lesen zu können – die Pfarrersfrau Renate Hofmeister, der polnische Bauingenieur Jacek Gredka, die Finanzerin Dorette Suhr, der Umweltschützer Matthias Stawinoga. Renate räumte mit dem Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen auf, Jacek las meine Gedichte und wollte immer neue, Dorette beäugte alles aus kühl monetärer Sicht, Matthias suchte Verbündete für den grünen Gürtel um Berlin. Ihm verdanken wir heute, dass nördlich von Berlin nicht gebaut werden durfte. Neue Schulen wurden gebraucht, Galerien nahmen ihre Arbeit auf, das alte Handelshaus wurde durch das Lindencenter ersetzt, ein Kino entstand und die Wohnungssanierung ließ Neubaublöcke bunt und schick erscheinen. Lebenswert, individuell, modern, mit guter Sicht aus dem 12. Stock auf Berlin.

Eine besondere Erinnerung gibt es von der wöchentlichen Sprechstunde im Rathaus. Es kamen Bauarbeiter, sehr viele. Sie hatten die neuen Overalls an, Babystrampelanzüge haben wir damals gesagt. Und sie haben geschimpft. Auf alles und ganz laut und auf uns, die neuen Politiker. Und dann fiel der eine Satz, der mich seither verfolgt: »Ihr seid jetzt an der Macht. Nun macht was draus.« Also: ich, Renate, Jacek, Dorette … Wir waren jeden Abend im Rathaus, es gab einfach zu viel Arbeit. Aber über Macht hatten wir nicht nachgedacht. Noch im Herbst 1989 schrieben Wolfgang Thierse, Iris Schälicke und ich ein Gesamtberliner Kulturkonzept – die Institutionen müssten erhalten bleiben, weil es ja genau so viele Menschen im vereinten Berlin geben werde wie zuvor in seinen Teilen, weil man Singakademien und Orchester nicht einfach fusionieren könne, weil das große Berlin alle Museen bräuchte. Die Akademie der Künste müsste wieder ordentlich Kunst fördern und Freiheit wäre jetzt das wichtigste Gut für Künstler, ganz ohne Angst.

Meine Geschichte ist nur ein Beispiel für viele Geschichten, so vielfältig wie die Menschen, die sich entschieden hatten, Parteien neu zu gründen wie Bündnis 90/Die Grünen und SPD oder sich neu erfanden wie FDP und CDU im Osten. In Sachsen und Brandenburg haben wir gerade erhebliche Stimmenverluste dieser Parteien erlebt und müssen uns fragen, woran das liegt und wie verlorenes Demokratiegedächtnis zurückzugewinnen ist.

Noch immer begreife ich die friedliche Revolution als Chance zur Freiheit, als Chance zu gestalten. Manchmal klappt es, manchmal muss man angehen gegen Verkrustungen, die es nach 30 Jahren immer noch oder wieder neu gibt. Mich ärgert es, wenn ich am Marktstand Stellung beziehen muss zum Waffenhandel Deutschlands, zum ungleichen Ost-West-Rentensystem, zur Armut in einem reichen Land. Aber eigentlich wollen sich die Fragesteller einbringen und wissen nicht, wie. Politische Aufklärung, Bildung – es gibt viel zu tun!

Was macht denn nun die Unterschiede aus, die andere Identität Ost? Die Antworten sind vielseitig, vielfältig wie die Lebensgeschichten selbst und ich kann es nur spontan – unwissenschaftlich – versuchen. Sofort mischen sich die kleinen Dinge mit den großen Weltsichten: Mut und Protesterfahrung, andere Lieder und Lieblingsbücher als Wissens- und Erfahrungsreservoire, bei den Alten noch die andere Schulbildung, Botschaften in der Kunst als Haltung, eine Portion russische Seele von Puschkin-Gedichten und Tschaikowski (am Ende mit »i« wie im Russischen), die generelle Distanz zur Partei, 1968 ist das Jahr der Erschütterung über den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag, Verehrung von Solidarność und Freudentränen über die ungarische Grenzöffnung am 10. September 1989. Dann die enttäuschten Helden im Hungerstreik der Kalikumpel von Bischofferode 1993 und im gleichen Jahr der Hit von den Prinzen »Alles nur geklaut«. Alle kennen »Kleine weiße Friedenstaube« – 2016 wurde die Autorin, die Kindergärtnerin Erika Schirmer aus Nordhausen, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Ein Friedensministerium wäre gut, nicht Verteidigung.

Unterschiede wachsen sich aus. Ja, wenn wir voneinander lernen und mit der Angleichung von Ost und West weiterkommen.

**Ulrike Liedtke, MdL ist Präsidentin des Landtages Brandenburg und Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates**

### OST-WEST-PERSPEKTIVEN

In der Beitragsreihe »Ost-West-Perspektiven« werden anlässlich des 30. Jahrestages des Mauerfalls in diesem Jahr bis zum ebenfalls 30-jährigen Jubiläum der Wiedervereinigung im kommenden Kalenderjahr Beiträge publiziert, die historische Ereignisse aus DDR und BRD thematisieren, den innerdeutschen Gemütszustand nach der Wende erkunden, persönliche Perspektiven aus Ost und West schildern sowie vieles mehr.

# Ein Dach überm Kopf

## Wohnung und Heimat

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Leider bin ich etwas langsam. Deshalb fällt mir oft erst hinterher ein, was ich hätte sagen oder schreiben sollen. Am Tag danach und manchmal Wochen später kommt mir das entscheidende Argument in den Sinn. Doch dann ist es eben zu spät. Wie gut, dass ich mich an dieser Stelle regelmäßig verbreiten darf. So will ich die Gelegenheit zu einem Nachtrag in Sachen »Heimat«-Begriff nutzen. Dies war der Schwerpunkt der Januar/Februar und März-Ausgaben von Politik & Kultur. Wie viele andere Autoren auch habe ich mich um dieses so besonders schöne und bedenkliche, tiefe und abgründige Wort bemüht – man will ja nicht, dass es in falsche Hände gerät. Doch ganz geheuer war mir die Wiederentdeckung der »Heimat« durch wohlmeinende Kulturmenschen schon damals nicht. Es kommt halt oft nur ein harmloses Beschwören dabei heraus. Wie scharf das Thema aber eigentlich ist, machte mir kürzlich ein ehemaliger Kollege deutlich, der jetzt für eine Stiftung arbeitet, die Obdachlosen zu Wohnungen verhilft. Denn er drehte die Fragestellung um: Das Erste und Wichtigste für einen Menschen ist nicht seine Heimat, sondern seine

Wohnung. Denn eine Wohnung zu haben, schenkt das Elementarste, das ein Mensch zum Überleben braucht: Schutz. Sie schützt vor Kälte, Hitze, Nässe, Lärm, Gestank, Wind, Feinden. Sie schützt aber auch vor den Zumutungen der Gesellschaft und Öffentlichkeit.

Nur wer eine eigene Wohnung hat, kann die Tür hinter sich zumachen. Deshalb, so mein Kollege, heißt es folgerichtig in Artikel 13 des Grundgesetzes: »Die Wohnung ist unverletzlich«. Das erinnert nicht von ungefähr an den ersten Artikel, wo von der Unantastbarkeit der Menschenwürde die Rede ist. Wer keine Wohnung hat, ist schutzlos, sein Leben und seine Würde sind dann in Gefahr.

Belesen, wie er ist, wies mich mein Kollege dann auf einen Satz von Vilém Flusser hin, der mir seither nicht aus dem Sinn geht: »Man hält die Heimat für den relativ permanenten, die Wohnung für den auswechselbaren, übersiedelbaren Standort. Das Gegenteil ist richtig: Man kann die Heimat auswechseln oder keine haben, aber man muss immer, gleichgültig wo, wohnen. Die Pariser Clochards wohnen unter Brücken, die Zigeuner in Karawanen, die brasilianischen Landarbeiter in Hütten und so entsetzlich es klingen mag, man wohnte in Auschwitz. Denn ohne Wohnung kommt man buchstäblich um. Dieses Umkommen lässt sich auf verschiedene Weisen formulieren, aber die am wenigsten emotional geladene ist diese: ohne Wohnung, ohne Schutz von Gewöhnlichem und Gewohntem ist alles, was ankommt, Geräusch, nichts ist Information, und in einer informationslosen Welt, im Chaos, kann man weder fühlen noch denken noch handeln.«

Wie belanglos-behaglich nimmt sich im Vergleich dazu doch die neudeutsche Heimattümelei von rechts oder links aus. Nicht, dass unsere kulturellen Wurzeln, unsere christlichen und humanen Traditionen, all die Orte, Stimmungen, Gerüche, Erinnerungen, Beziehungen, Gebräuche, aus denen unsere Beheimatung gewebt sind, unwichtig wären. Aber man kann nur über sie nachdenken und diskutieren, wenn man selbst ein Dach über dem Kopf hat.

**Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland**

# Wie Vielfalt stark macht

## Der Vorstandsvorsitzende von McDonald's Deutschland Holger Beeck im Porträt

ANDREAS KOLB

Als Assistent Manager startete Holger Beeck 1984 seine Karriere bei McDonald's in Deutschland und übernahm nach nur drei Jahren die Leitung eines Mönchengladbacher Restaurants. Die folgenden Jahre führten Holger Beeck durch die verschiedensten leitenden Bereiche des Unternehmens. Seit dem 1. Dezember 2013 fungiert Holger Beeck als Vorstandsvorsitzender der McDonald's Deutschland. Sie fragen sich vielleicht beim Lesen dieser Zeilen bereits, warum Politik & Kultur einen McDonald's-Vorstand porträtiert? Die Antworten finden Sie im folgenden Text.

»Mit einem klaren Statement gegen Fremdenhass und für Willkommenskultur«, so die Homepage des Konzerns, »will McDonald's einen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen in Deutschland leisten.« McDonald's hat nach eigenen Angaben allein im Jahr 2017 mehr als 1.300 Flüchtlinge eingestellt und Sprachkurse unter dem Dach von »Wir zusammen – Integrations-Initiative der deutschen Wirtschaft« gesponsert. Über 230 Unternehmen haben sich seit 2016 mit ihren Projekten der Initiative angeschlossen und mit der Unterstützung von mehr als 24.000 aktiven Mitarbeitern über 33.000 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert. McDonald's ist zudem Mitglied der Charta der Vielfalt, eine Arbeitgeberinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen. Sie wurde im Dezember 2006 von vier Unternehmen ins Leben gerufen und wird von Der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, unterstützt.

Menschen aus mehr als 120 Nationen arbeiten bei McDonald's Deutschland. Im »Unternehmenssprech« heißt das dann mitreißend: »Wir wollen besser werden – für noch mehr Vielfalt! Wir glauben, dass uns Vielfalt stark macht. Bei uns ist jeder willkommen, vor und hinter dem Tresen. Wir glauben an das Miteinander von Menschen. Egal, wo sie herkommen, was sie lieben und wen sie lieben. Dafür stehen wir – und dafür stehen wir auch ein. Auch auf Facebook, Twitter und Instagram. Als Arbeitgeber setzen wir immer wieder Zeichen für Integration statt Ausgrenzung.«

Seit sechs Jahren ist Holger Beeck als Vorstandsvorsitzender in Verantwortung. Ein Blick auf seine Karriere ist nicht nur per se interessant, sondern illustriert idealtypisch, welche Karrieren bei der deutschen Tochter der amerikanischen Fastfood-Kette mit dem Goldenen M möglich sind. Holger Beeck wurde in Halle an der Saale geboren. Er bezeichnet sich selbst als »Kind einer typischen DDR-Arbeiterfamilie – einer Familie, da können sie die Parteimitglieder nicht an einer Hand abzählen.« Er war die Ausnahme und befragt, wie man denn zum schwarzen Schaf der Familie werde, meint er: »Es ist nicht mein Verdienst. Es war einfach so. Ich habe als Kind, als Jugendlicher beobachtet. Habe festgestellt, das ist es nicht für mich. Habe diese Beobachtungen nicht für mich behalten können. Das war ein Fehler, da wird man schnell zum Außenseiter. Man wird aber auch von anderen jungen Menschen als jemand anerkannt, der eine Gruppe führen kann. Das war schlecht in der DDR, wenn sie die falsche Gruppe führen.«

FOTO: MCDONALD'S DEUTSCHLAND LLC

**Seit Dezember 2013 ist Holger Beeck Vorstandsvorsitzender von McDonald's Deutschland**

Er ging ins Internat und lernte dort sehr jung seine künftige Frau kennen, mit der er inzwischen 40 Jahre verheiratet ist. Beide waren sich einig, dass sie das Leben in der DDR so nicht führen wollten und begannen Ausreiseanträge zu stellen. Beeck zählt 13 Anträge. Den Wehrdienst verweigerte er zwei Mal. Das erste Mal mit 18, das zweite Mal mit 25 Jahren. Am 12. April 1984 war es dann so weit: Mit seiner Frau, die im 9. Monat schwanger war, und seinem fünf Jahre alten Sohn löste er in Magdeburg gegen Vorlage einer Ausreisebescheinigung eine Fahrkarte ohne Rückfahrschein nach Köln. Ohne Pass, quasi staatenlos, fuhren sie in den Westen und gerieten in Auffanglagern in Hessen und Nordrhein-Westfalen in eine Welle von Aussiedlern aus Russland. Beeck wollte so schnell wie möglich von dort weg. Warum nicht? Er war qualifiziert, hatte in der DDR die Polytechnische Oberschule besucht und eine Ausbildung als Matrose der Binnenschifffahrt absolviert. Er bewarb sich auf das erstbeste Angebot als Matrose bei einer Duisburger Öltransportfirma. Doch seine Frau erinnerte ihn: »Wir sind doch hierhergekommen, damit du was anderes machen kannst und nicht, dass du durch die Welt fährst und ich mit zwei Kindern zu Hause sitze.«

Nächster Versuch: Beeck fuhr nach Stuttgart, schlug im Hauptpostamt das Telefonbuch auf und bewarb sich bei der Gebäudereinigungsfirma Wagner in Asperg nahe der Festung Hohenasperg: »Ich bin Holger Beeck, komme aus der DDR und suche Arbeit.« »Wenn se schaffe wolle, komme se vorbei«, war die Antwort in breitem Schwäbisch und so kam Beeck zu seiner ersten Arbeitsstelle und verdiente gutes Geld. Doch eigentlich suchte Beeck was anderes. In der Rheinischen Post las er, dass McDonald's Restaurantleiter suche und dafür auch Managementausbildungen anbiete. »Der Auslöser für mich war, dass das ein amerikanisches Unternehmen war. Amerikaner fragen dich nicht, wo du herkommst, sondern wo du hin willst. Die fragen nicht, wer du bist, sondern was du bereit bist zu tun. Was hast du gelernt, was hast du studiert. Irrelevante Sachen. Das macht mich noch nicht zum guten Mitarbeiter. Das war derart meinem Naturell entsprechend, dass ich einfach gar nicht anders konnte.« Im Rückblick sagt Beeck: »Alles was ich bin, alles was ich gelernt habe, habe ich hier bei McDonald's gelernt.« Beeck ist das personifizierte Beispiel dafür, dass man in der Systemgastronomie eben nicht nur sogenannte »McJobs« ausüben muss. Laut Wikipedia ist ein McJob »ein niedrig dotierter Job im Dienstleistungsbereich mit wenig Würde, wenig Nutzen und ohne Zukunft. Oftmals als befriedigende Karriere bezeichnet von Leuten, die niemals eine gemacht haben.« McDonald's forderte im März 2007 erfolglos das Oxford English Dictionary auf, den Eintrag »McJob« zu ändern, sodass er »einen Job reflektiert, der stimulierend ist und sich auszahlt, der wirkliche Karriereaussichten ebenso bietet wie die Aneignung von Fähigkeiten, die ein Leben lang nützlich sind.«

Holger Beeck legt großen Wert darauf, dass McDonald's bis zum heutigen Tag ein Chancengeber ist, zugegebenermaßen insbesondere für Personal aus dem unteren Lohnsegment. Egal ob Studenten, die Nebenjobs suchen, Schüler, Hausfrauen und Mütter in Teilzeit, oder Rentner, die ihr Salär aufbessern müssen oder wollen. McDonald's biete flexible Lösungen für all die, die »schaffe wollen«.

Er erinnert sich an die vielen internen und externen Schulungen auf seinem Weg ins Topmanagement. Beeck wurde Restaurantleiter, dann Leiter von 5, 20, zuletzt 50 Restaurants. Dann ging die Grenze auf und man dachte, der »Ossi« im Haus könnte Personaler in den neuen Bundesländern machen. »Da war ich noch nicht reif dazu«, erinnert sich Beeck, »ich war zunächst erschrocken: In den paar Monaten des ersten Anschiebens in Ostdeutschland sind mir so viele Menschen begegnet, die genau diejenigen waren, die ich verlassen hatte. Deshalb machte ich den Job nur eine kurze Zeit. Habe die historische Dimension nicht gleich begriffen und auch nicht die ökonomische. Die Wiedervereinigung war ein Booster für ganz Deutschland. Heute weiß ich, dass es das Wunderbarste war, was Deutschland passieren konnte.« Nach 30 Jahren Wiedervereinigung arbeiten im Westen wie im Osten bei McDonald's 120 Nationen weitestgehend friedlich zusammen. »Wir sind der Schmelztiegel der Multikultigesellschaft«, sagt Beeck und führt das auf drei Faktoren zurück: 1. Respekt, 2. Regeln und 3. Spaß bei der Arbeit.

Fragt man Beeck, was wichtiger sei für ein Unternehmen wie McDonald's: Die Tradition mit der Kernmarke »Bulette im Brötchen« oder die Innovation »neue Produkte«, dann betont er: »Bei uns im Zentrum steht der Gast. Der Gast ist der Einzige, der Geld bringt. Wenn Sie vegan wollen, kriegen sie vegan. Wenn sie Beef wollen, kriegen sie Beef. Die Nachfrage muss mir recht geben.«

Nur wie die Nachfrage befriedigt wird, so Beeck, das unterliege einem ständigen Wandel bei McDonald's und schwärmt vom digitalen Restaurant der Zukunft. Einer Zukunft, die längst begonnen hat.

**Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur**

# Für einen kulturellen Wandel im Klimadiskurs

## Politischer Tatenlosigkeit darf kein blinder Aktionismus folgen

SUSANNE KEUCHEL

Schon lange setzen sich Umweltorganisationen für den Klimaschutz ein. Dass dieser nun salonfähig geworden ist, ist der Radikalität einer Jugendbewegung zu verdanken: »Fridays for Future«. Ein erster politischer Aktivismus ist die Folge. Schnelles Handeln ist notwendig, dennoch sollte der langen politischen Tatenlosigkeit nicht blinder Aktionismus folgen.

Denn bei der Analyse erster einzelner geplanter wie geforderter Maßnahmen wird schnell deutlich, dass diese a) die Umwelt in einzelnen Aspekten entlasten, an anderer Stelle aber wieder belasten. So gilt beispielsweise die E-Motorik als umweltfreundliche Alternative zu anderen Kraftstoffen. Weniger umweltfreundlich ist jedoch die Herstellung und Entsorgung der Batterien aus Lithium und Cobalt. Nicht nur das Recyceln der Lithium-Ionen-Batterien ist bisher noch schwierig, auch die Gewinnung belastet die Umwelt. Beim Abbau von Lithium wird viel Wasser verbraucht, was negative Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel hat. Zudem wird Cobalt zurzeit unter teils menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, vor allem aus Bergwerken der Demokratischen Republik Kongo, gewonnen. Letzteres macht b) deutlich, dass Maßnahmen zum Klimaschutz nicht nur aus der Umweltschutzperspektive, sondern aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive heraus betrachtet werden sollten. Denn auch Fragen der Diplomatie, der Humanität, Demokratie, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und kulturellen Austauschs berühren Fragen des Umweltschutzes.

Wie sieht es beispielsweise mit der Kunstfreiheit und geforderten Umweltschutzmaßnahmen aus? Ist der Künstler noch frei in der Auswahl seiner Materialien? Wie kann internationaler Künstleraustausch, können beispielsweise auch internationale Jugendbegegnungen sichergestellt werden? Diese Fragen können auf andere Handlungsfelder, beispielsweise der Politik oder der Wissenschaft, übertragen werden. Müssen für mehr Klimaschutz bestehende Freiheitsrechte von Bürgern eingeschränkt werden?

Das Zeitalter des Anthropozän, das den Menschen zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren biologischer, geologischer und atmosphärischer Prozesse auf Erden macht, wirft zugleich eine weitere berechtigte Frage auf: Können wir mit Reduzierung überhaupt bisherige negative Umwelteingriffe auffangen? Oder müssen wir nicht das Zeitalter des Anthropozän in anderer Hinsicht ernst nehmen und Technologien entwickeln, die bisherige Umweltschäden reparieren? Beispielsweise weiter an Technologien forschen, die CO2 recyceln oder neue umweltfreundliche Energiequellen ermöglichen? Das bedeutet nicht den Verzicht auf Reduktion, sondern im besten Fall Mehrgleisigkeit, um strategisch nachhaltige Entscheidungen treffen zu können: Ist beispielsweise der Fleischverzicht, In-vitro-Fleisch aus dem Reagenzglas und/oder maßvolle Tierzucht, um auch das natürliche Abgrasen der Wiese zu ermöglichen, sinnvoll?

Letztlich geht es hier um einen Appell für eine ganzheitliche Betrachtung auf drei Ebenen: Erstens eine interdisziplinäre Betrachtung des Klimaschutzes, zweitens diese unter einer gesamtgesellschaftlichen Zukunftsperspektive. Wir brauchen Umweltschützer und Klimaexperten ebenso wie den Menschenrechtler, den Juristen, den Technik- und den Kulturexperten an einem Tisch. Und wir brauchen drittens nicht nur politische Regularien, sondern einen kulturellen Wandel für den Klimaschutz, der nicht nur Top-down, sondern auch Bottom-up gestaltet wird. Hierfür bedarf es gestalterische Perspektiven: Wie wollen wir in Zukunft leben? Und was müssen wir für diese Zukunft tun? Die Künste und die kulturelle Bildung können helfen, das Unmögliche denkbar zu machen und so neue Wege zu eröffnen, für eine nachhaltige Zukunftsperspektive.

**Susanne Keuchel ist Präsidentin des Deutschen Kulturrates**

## ZUR PERSON ...

**Carola Lentz zur neuen Präsidentin des Goethe-Instituts gewählt**
Das Präsidium des Goethe-Instituts hat in seiner Sitzung am 27. September einstimmig entschieden, dass die international renommierte Ethnologin Carola Lentz ab dem 19. November 2020 das Amt der Präsidentin übernimmt. Die Professorin für Ethnologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und Vizepräsidentin der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften folgt auf den derzeitigen Präsidenten Klaus-Dieter Lehmann, der seit 2008 die Präsidentschaft des Goethe-Instituts innehat. Lentz Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Ethnizität, Nationalismus, Kolonialismus, Erinnerungspolitik, Mittelklassen im globalen Süden und Arbeitsmigration.

**Birgit Mandel leitet das Institut für Kulturpolitik an der Universität Hildesheim**
Am 1. Oktober hat Birgit Mandel die Leitung des Instituts für Kulturpolitik an der Universität Hildesheim in der Nachfolge von Wolfgang Schneider übernommen. Die Vize-Präsidentin der Kulturpolitischen Gesellschaft leitet seit vielen Jahren den Bereich Kulturmanagement und Kulturvermittlung sowie den Masterstudiengang Kulturvermittlung und den Bachelorstudiengang Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis. Das Institut für Kulturpolitik wurde 1998 gegründet und basiert in Forschung und Lehre auf den inhaltlich eng verbundenen drei Säulen Kulturpolitik, Kulturmanagement und Kulturvermittlung bzw. kulturelle Bildung.

**Ehrenpreis für Regisseur Andreas Dresen im Rahmen von »Berlin & Beyond«**
Andreas Dresen ist in San Francisco mit einem Ehrenpreis für seine Filmkarriere ausgezeichnet worden. Die Trophäe nahm der Regisseur im Rahmen von »Berlin & Beyond«, dem größten deutschsprachigen Filmfestival in den USA, entgegen. Zuvor hatte Dresens Film »Gundermann« anlässlich des Mauerfall-Jubiläums das »German Currents Film Festival« in Los Angeles eröffnet, auch »Berlin & Beyond« zeigte seinen Film. Nach der Filmvorführung sagte der Regisseur: »Ich würde eurem Präsidenten sagen, dass das Leben ohne Mauer viel besser ist, als eine zu bauen.« Mit seinem Porträt über den DDR-Liedermacher, Baggerfahrer im Tagebau und Stasi-Spitzel Gerhard Gundermann wurde Dresen im Mai beim Deutschen Filmpreis bereits mit sechs Lolas ausgezeichnet, unter anderem für den besten Spielfilm.

**Marjorie Berthomier ist neue Generalsekretärin der Deutsch-Französischen Hochschule**
Am 1. Juli 2019 trat Marjorie Berthomier ihr neues Amt als Generalsekretärin der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) an. Die in Bègles in Frankreich geborene Berthomier promovierte in Allgemeiner und Vergleichender Literaturwissenschaft. Im Februar kam sie an die DFH, wo sie nicht nur die Stelle der stellvertretenden Generalsekretärin antrat, sondern auch die Leitung des Referats für Finanzen, Personal und interne Dienste übernahm. Berthomier war zudem Mentorin im Programm »Frauen in Kultur und Medien« des Deutschen Kulturrates. Die Deutsch-Französische Hochschule, die 1997 gegründet wurde, ist eine binationale Einrichtung. Ihre Aufgabe besteht hauptsächlich darin, deutsch-französische Studiengänge zu initiieren, zu evaluieren und finanziell zu fördern.

# Atemlos

### Ein Leben als Galerist und Künstler

Es gehört schon einiges an Chuzpe dazu, mit noch nicht einmal 40 seine Autobiografie vorzulegen. Johann König hat zusammen mit Daniel Schreiber diese Chuzpe und es ist ein atemloses, sehr lesenswertes Buch entstanden. König, der durch einen Unfall mit Platzpatronen als Zwölfjähriger erblindete, beschreibt in dem Buch, wie es ihm gelungen ist, trotz oder auch vielleicht wegen seiner Behinderung ein erfolgreicher Galerist zu werden. Gleich zu Beginn zieht er den Leser in den Bann, wenn er ihn teilhaben lässt an den Fährnissen des Alleinreisens als Blinder in einer Welt, die durch Zeichen und Schrift geprägt ist. Er beschreibt seine Arbeit als Galerist, bei der es weniger auf das Sehen als vielmehr auf die dahinter stehenden Konzepte ankommt.

Dabei geizt er nicht damit, seine Erfolge vorzustellen, lässt aber auch tief in die Mühsal blicken, sich als Galerist einen Namen machen zu müssen und manchmal mehr zu behaupten, als tatsächlich vorhanden ist. Sein Wagemut und seine Unerschrockenheit verzeiht manche Übertreibung. König bietet einen Einblick in das Geschäft eines Galeristen, macht Rechnungen auf, wie viel vom Erlös des verkauften Kunstwerkes letztlich bei ihm bleibt. Und immer wieder beschreibt er das Verhältnis zwischen Galerist und Künstler, das einerseits eine Geschäftsbeziehung ist, aber auch mehr sein muss. Geschickt

webt König die Geschichte seiner Familie, insbesondere das Verhältnis zu seinem Vater Kasper König, seiner Mutter Edda Köchl-König und seinem Onkel Walther König, ein, ohne von seinem eigenen Erwachsenenleben zu viel preiszugeben. Wie stark Kunst sein Aufwachsen geprägt hat und wie selbstverständlich Kunst zu seinem Leben gehört, wird en passant deutlich.

Genauso selbstverständlich beschreibt König, was es heißt, blind zu sein, sowie seinen Kampf dank immer neuer Operationen und Behandlungen einen kleinen Teil an Sehkraft zu erlangen. Ein Buch, das in den Bann zieht und nicht loslässt.
*Gabriele Schulz*

*Johann König mit Daniel Schreiber: Blinder Galerist. Berlin 2019*

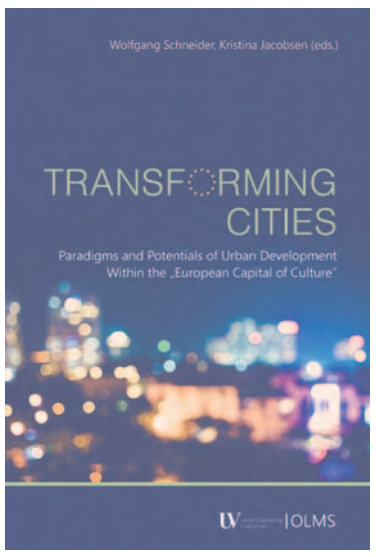
# Kulturhauptstädte

### Was bleibt von der europäischen Initiative?

Europäische Kulturhauptstadt ist ein Titel mit Tradition. Seit 1985 – damals noch unter dem Namen Kulturstadt Europas – nahm die Erfolgsgeschichte dieses Instruments der europäischen Kulturförderung seinen Lauf: Jedes Jahr vergibt die Europäische Union diesen Titel an mindestens zwei Städte, der als Antriebskraft der kulturellen und städtischen Entwicklung fungiert. Ursprünglich durch einen Festivalcharakter geprägt, hat sich die Initiative im Laufe der Jahre weiterentwickelt und ist mittlerweile auf kulturelle Nachhaltigkeit ausgerichtet.

Die Herausgeber des neu erschienenen englischsprachigen Fachbuchs, Wolfgang Schneider und Kristina Jacobsen, befassen sich am ECoC LAB, dem »European Capital of Culture Laboratory«, am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim intensiv mit der Bedeutung von Kunst und Kultur für lokale und regionale Transformationsprozesse in den Europäischen Kulturhauptstädten. Ihr Buch »Transforming Cities« stellt im ersten Teil des rund 300 Seiten langen Werkes ausgewählte Forschungsprojekte vor, durch deren wissenschaftliche Begleitung sich der Europäischen-Kulturhauptstadt-Initiative angenähert wurde. Allgemeine Einschätzungen von Expertinnen und Experten aus dem Forschungsfeld folgen im zweiten Kapitel. Folgend werden das Bewerbungsverfahren und die jeweiligen Besonderheiten der Kandidatenstädte erläutert. Im vierten Teil liegt der Fokus auf den Vorbereitungen, die die kommenden Europäischen Kulturhauptstädte treffen. Während das fünfte Kapitel Kurzporträts der Europäischen Kulturhauptstädte der letzten fünf Jahre für die Lesenden bereithält, widmet sich das letzte Kapitel dem Erbe der europäischen Kulturförderungsinitiative. Interessante Lektüre für alle AKBP- und Europa-Interessierten– nicht zuletzt vor dem Hintergrund der anstehenden Europäischen Kulturhauptstadt 2025 in Deutschland!
*Theresa Brüheim*

*Wolfgang Schneider und Kristina Jacobsen (Hg.). Transforming Cities: Paradigms and Potentials of Urban Development Within the »European Capital of Culture«. Hildesheim 2019*




# Rückblick und Ausblick

### Die ostdeutsche Transformationsgesellschaft

Dreißig Jahre Fall der Mauer in diesem Jahr und 30 Jahre Wiedervereinigung im kommenden Jahr verlocken zu Rück- und Ausblicken. So sind bereits eine Reihe von Publikationen zu dem Thema erschienen und weitere werden sicherlich folgen. Der Soziologe Steffen Mau verbindet in seinem Buch »Lütten Klein. Leben in der Transformationsgesellschaft« den Rückblick mit der Beschreibung der Transformationsgesellschaft und einem Ausblick.

Er verlässt dabei zeitweise die Rolle des analysierenden Soziologen und berichtet aus seinem eigenen Leben und Erleben der DDR sowie der Transformation. Der erste Teil des Buches befasst sich mit dem Leben in der DDR. Am Beispiel der Neubausiedlung Lütten Klein am Rande von Rostock beschreibt Mau die Bedeutung von Neubaugebieten, dass sie eben keinesfalls diskreditierte Plattenbauten waren, sondern vielmehr der heiß ersehnte Fortschritt.

Er geht auf soziale Nivellierung in der DDR ein, die Brechung des Bildungsprivilegs und zu welchen Absurditäten dies führte. Mau beschreibt, dass zum Ende der DDR eine ganze Generation keine Chancen auf Aufstieg hatte, da wichtige Positionen für Jahre besetzt waren. Weiter befasst sich Mau mit der Abschottung der DDR und geht dabei auch auf die Lage der sogenannten Vertragsarbeiter ein.

Im zweiten Teil des Buches schildert Mau die Auswirkungen der Transformation in Ostdeutschland. Dies geschieht vor dem Hintergrund der

Schilderungen des ersten Teils. Wichtige Themen im zweiten Teil sind die Vermarktlichung, der demografische Umbruch, mentale Lagerungen und Bruchzonen.

Mau schließt sein Buch mit der Darstellung und Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Frakturen. Das Buch von Steffen Mau ist ein Gewinn für die Diskussion um die Unterschiede von Ost und West sowie die Herausforderungen des Zusammenwachsens in Deutschland. Es ist anschaulich geschrieben und sehr lesenswert.
*Gabriele Schulz*

*Steffen Mau: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin 2019*

# »Woher kommst du wirklich?«

### Konfrontation mit Alltagsrassismus

Verhalte ich mich rassistisch? Sich dieser unbequemen Frage zu stellen, kann wohl kaum ein »weißer Mensch« bei der Lektüre von Alice Hasters Buch »Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen« entgehen. Doch warum ist es eigentlich so schwer, über Rassismus zu sprechen? Dieser Frage geht die Berliner Journalistin nach und versucht, an einem ganz konkreten Beispiel – und zwar an sich selbst – zu erklären, dass der Rassismus im Kleinen, im Alltag, mit dem Rassismus im Großen zusammenhängt. Denn Alltagsrassismus ist oft nicht sofort für jeden erkennbar und muss nicht ausschließlich mit böser Absicht erfolgen. Hasters berichtet von sehr persönlichen Situationen aus ihrem Leben, in denen sie Rassismus begegnet ist und verknüpft diese mit historischen Hintergründen. Ob Blackfacing beim Karneval, Diskriminierung bei Dating-Apps, »positiver Rassismus« durch rassistische Komplimente oder Fragen wie »Wo kommst du her?« – Hasters Ausführungen sind oft schockierend und Augen öffnend. Als Elefanten im Raum sieht sie u. a. die – hauptsächlich von weißen Menschen gemachten – Medien. Dort bedarf es mehr Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben, Herkünften, Geschlechtern, sexuellen Orientierungen.

Rassistisches Verhalten kann man nur durch bewusste Konfrontation ändern, sagt Hasters, und liefert mit ihrem Buch einen wichtigen Beitrag, der zur dringend nötigen Diskussion anregt. Denn, und da ist der Autorin absolut zuzustimmen, »wer wirklich etwas gegen Diskriminierung tun möchte, sollte bei sich selbst anfangen.«
*Maike Karnebogen*

*Alice Hasters. Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten. München 2019*

## PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur

FOTO: PICTURE ALLIANCE / SUEDDEUTSCHE ZEITUNG PHOTO

**Pressevertreter bei der Demonstration der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) auf dem Münchner Marienplatz**

THEMA

# Zusammenhalt oder Spaltung?

## Integration durch Medien

OLAF ZIMMERMANN

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist privilegiert. Er wird durch Beiträge finanziert und steht nicht in einer ökonomischen, sondern ausschließlich in einer Aufmerksamkeitskonkurrenz zum privaten Rundfunk und anderen Medienangeboten. Die privilegierte Position wird »erkauft« durch einen gesetzlich festgelegten Auftrag und die Kontrolle durch gesellschaftliche Gruppen in den Rundfunkräten.

In § 11 des Rundfunkstaatsvertrags der Länder wird als Auftrag formuliert: »Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie sollen hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern fördern. Ihre Angebote haben der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung zu dienen. Sie haben Beiträge insbesondere zur Kultur anzubieten. Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen.« In den Landesrundfunkgesetzen werden die Vorgaben für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch weiter präzisiert.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist also mit einem Pflichtenheft verbunden. Diese Pflichten sollen sicherstellen, dass die öffentlich-rechtlichen Angebote nicht zu Hass und Hetze missbraucht werden, sondern im Gegenteil zur Meinungsbildung und zum demokratischen Diskurs beitragen. Hier wirkt der Gedanke der Demokratiebildung durch Medien nach, den die Alliierten in Westdeutschland implementieren wollten, als sie mit dem Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR), dem Vorläufer des NDR und des WDR, im September 1945 die erste öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt gründeten. Vorbild war die britische BBC. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, finanziert durch Beiträge und kontrolliert durch gesellschaftliche Gruppen, ist das bewusste Gegenmodell zum Staatsrundfunk.

Doch kommt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Pflichten nach und fördert er den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Zumindest bei den großen Talkshows (Anne Will, Maischberger, Hart aber fair, Maybrit Illner) habe ich meine Zweifel. Der Erkenntnisgewinn durch diese Sendungen ist meines Erachtens gering, der Unterhaltungswert dafür umso größer, die Wiederholung der immer gleichen Meinungen von den immer gleichen Menschen mit den Händen zu greifen. Insbesondere 2015 und 2016 haben diese Talkshows eher einen Beitrag zur gesellschaftlichen Spaltung geleistet, als dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefördert haben. Ich habe daher im Sommer 2018 eine einjährige Denkpause für diese Talkshows gefordert, damit sie ihre Konzeptionen überarbeiten können, wohlwissend, dass dieser Vorschlag wahrscheinlich auf taube Ohren stoßen würde.

Es wäre jedoch ungerecht, die Integrationsleistung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks allein auf diese Talkshows zu begrenzen. In verschiedenen Sendungen und Formaten sowohl im Hörfunk als auch im Fernsehen wird meist verantwortungsvoll mit dem Thema Integration umgegangen, und zwar sowohl in journalistischen als auch in fiktionalen Formaten. Ein Beispiel soll dieses belegen: Der WDR hatte im Jahr 1961 ein Hörfunkprogramm gestartet, das sich an sogenannte Gastarbeiter richtete und das in verschiedenen Sprachen sendete. Hieraus ging im Jahr 1998 Funkhaus Europa hervor, das weiterhin einstündige Magazinsendungen in verschiedenen Sprachen für Zuwanderer sendete. Seit 2009 war Funkhaus Europa auch im Programm von Radio Bremen und dem rbb zu hören. 2017 löste COSMO Funkhaus Europa ab. Weiterhin sendet COSMO in den Abendstunden halbstündige Magazinsendungen in verschiedenen Sprachen. Die Redaktion von COSMO ist so multiethnisch wie unsere Gesellschaft. Die Entwicklung von COSMO zeigt, wie aus einem »Gastarbeiterradio« ein Radioprogramm für eine multiethnische Gesellschaft wird, das sich an alle richtet, und es unterstreicht die Verantwortung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für Integration und demokratische Meinungsbildung. Denn Teilhabe an der Demokratie betrifft nicht nur die Menschen, die in Deutschland geboren sind. Auch jene, die nach Deutschland kommen, brauchen Medien, um sich hier zu orientieren, um sich eine Meinung zu bilden und mitsprechen zu können.

Diese Meinungsbildung und Ermöglichung der Mitsprache ist allerdings nicht allein Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch die privatwirtschaftlich orientierten elektronischen Medien wie der private Hörfunk und das Fernsehen sowie Zeitungen und Zeitschriften stehen in der Verantwortung, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten. Sie tragen ebenfalls zur Meinungsbildung bei und damit zum demokratischen Diskurs.

Alle Medien stehen derzeit unter Druck. Die privaten unter einem immensen ökonomischen. Den Zeitungen brechen die Anzeigenkunden weg, Leser verabschieden sich von den gedruckten Ausgaben und nach wie vor mangelt es an attraktiven digitalen Angeboten. Gemeinsam setzen sich öffentlich-rechtliche und private Sendeunternehmen für gleiche Wettbewerbsbedingungen im digitalen Umfeld ein und werben dafür, die Medienplattformen und Video-Sharing-Dienste stärker in die Pflicht zu nehmen und ihnen Verantwortung für die dargebotenen Inhalte zu zuweisen. Allzu lange schon drücken sich Facebook, Google und Co. vor der Verantwortung mit dem Verweis, nur Transporteur und nicht Anbieter von Inhalten zu sein. Eine solche Haltung negiert, dass Medien mehr sind als eine Ware. Sie transportieren zugleich Inhalte und Werte. Gerade am Beispiel der Integration zeigt sich, dass Medien einen Beitrag zur Integration und zur Debatte zum Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft leisten können. Oder aber auch dazu beitragen, dass Hass und Hetze gegenüber Zuwanderern verbreitet werden.

Streit gehört zu einer demokratischen Gesellschaft. Medien können einen Beitrag zur Streitkultur leisten, indem sie objektiv berichten und damit Hintergrundwissen für den notwendigen Streit zur Verfügung stellen. Meinungen sind ein fester Bestandteil der Medien, sie müssen als solche deutlich kenntlich gemacht werden. Das ist gerade bei einem Thema wie Integration, das die Gesellschaft stark polarisiert, dringend erforderlich. Und selbstverständlich gehört zu diesem Diskurs, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu Wort kommen zu lassen. Immer noch sind zu wenig Menschen mit Migrationsgeschichte vor und hinter den Kameras und Mikrofonen zu sehen oder zu hören bzw. in den Zeitungen zu lesen. Dieses Potenzial zu heben, stärkt nicht nur den demokratischen Diskurs, sondern trägt zur Vielfalt in den Medien bei.

Ob Integration in unserem Land gelingt, liegt zu einem beträchtlichen Teil in der Verantwortung der Medien. Die Medien sind oftmals der gesellschaftliche Katalysator, der Zusammenhalt fördert oder Spaltung begünstigt. Viele Medienschaffende stellen sich ihrer Verantwortung, aber leider längst nicht alle. Hier gibt es noch viel zu tun.

**Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur**

FOTO: PICTURE ALLIANCE / KAYNIETFELD / DPA

**Journalisten warten vor dem Bundesinnenministerium auf den Einlass zur Pressekonferenz zum »Masterplan Migration« am 10.7.2018**

# Identität und Teilhabe

## Die Repräsentation ethnischer Minderheiten in den Medien

JOACHIM TREBBE

Wie werden ethnische Minderheiten in den Medien dargestellt? Schon an der Formulierung der Frage kann man stellvertretend für die gesamte Debatte um Migration und soziale Integration eine der vorherrschenden Perspektiven des gesellschaftlichen Diskurses ablesen. Die Frage wird meist im Passiv gestellt.

Die Perspektive impliziert erstens, dass etwas mit den genannten Minderheiten geschieht, sie sind in der Rolle derjenigen, mit denen etwas angestellt wird. Dieser Blickwinkel wird häufig auch ganz generell in der öffentlichen Debatte um den gesellschaftlichen Integrationsprozess eingenommen. Sozialwissenschaftliche Ansätze nehmen dagegen weniger statische Zuschreibungen der aktiven und der passiven Rollen in diesem Prozess vor. Die Perspektive impliziert zweitens, dass dies mehr oder weniger undifferenziert in »den Medien« stattfindet bzw. von den Medien als gesellschaftlicher Institution erledigt wird. Dabei hat sich insbesondere unsere Medienumwelt in den letzten zehn Jahren massiv gewandelt. Mediennutzung geht heute weit über die Rezeption journalistischer oder fiktionaler Inhalte hinaus und ragt als interaktive interpersonale und Netzwerkkommunikation weit in die private Lebenswelt hinein.

Dazu kommt natürlich noch die Frage, um wen es hier überhaupt geht. Es existiert eine vergleichsweise lange Tradition der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Repräsentation ethnischer Minderheiten in den Massenmedien. Besonders in den großen, traditionell als Einwanderungsländer geltenden Nationen wie USA und Australien und den europäischen Ländern mit kolonialer Herrschaftsgeschichte – z. B. Großbritannien, Spanien, Frankreich – kam mit der Entwicklung der modernen Massenmedien auch die Frage nach der Behandlung, dem Vorkommen, der Repräsentation und Partizipation gesellschaftlicher Gruppen auf, die sprachlich, religiös und kulturell aus anderen Kontexten stammten als diejenigen, die schon seit mehr als ein oder zwei Generationen in diesen Ländern gesellschaftlich verankert waren. Besonders intensiv war und ist diese Forschung im anglo-amerikanischen Raum, in dem bis vor wenigen Jahren auch das – im deutschen Sprachraum aus nachvollziehbaren Gründen schwer zu übersetzende – Konzept der »racial origin« ein wesentliches Element der ethnischen Zuschreibung zu gesellschaftlichen Gruppen war. Noch heute wird in den Einwanderungsstatistiken der USA zwischen »Hispanics, Asians, Whites and Blacks« unterschieden, wenn es um die Herkunft der Immigranten und ihre Anteile an der amerikanischen Bevölkerung geht.

Häufig ist die Frage nach der medialen Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen normativ aufgeladen. Als Minderheiten in einer demokratischen Mehrheitsgesellschaft »sollen« sie in angemessener Weise thematisiert werden, zu Wort kommen und am öffentlichen Diskurs teilhaben. Diese normative Perspektive schlägt sich buchstäblich etwa im Rundfunkstaatsvertrag und in den Landesmediengesetzen vieler Bundesländer nieder, wenn es um die Vorschriften zur inhaltlichen Vielfalt in öffentlich-rechtlichen und privaten Medieninhalten geht. Aus einer sozialwissenschaftlich-analytischen Perspektive stellt sich hier die Frage, warum diese Art der medialen Repräsentation gesellschaftlich relevant ist und auf welche gesellschaftlichen Gruppen sie sich bezieht.

Dabei spielen einerseits die Idee der sozialen Identität und andererseits die Idee der gesellschaftlichen Partizipation eine grundlegende Rolle. Die Idee einer demokratischen Öffentlichkeit impliziert, dass – jedenfalls soweit gesellschaftliche Diskurse medial ausgetragen werden – das Vorkommen in der Berichterstattung und den Narrativen der Medien identitätsstiftend ist. Die Wahrnehmung einer gesellschaftlichen Gruppe und das individuelle Zugehörigkeitsgefühl zu dieser Gruppe konstituieren sich durch die medial vermittelte Eigen- und Fremdwahrnehmung als Gemeinschaft in Verbindung mit und in Abgrenzung zu anderen. Mit anderen Worten – und frei nach Descartes: Ich existiere in den Medien, also bin ich. Mediale Repräsentation bedeutet folglich in seiner passiven Form die Zuschreibung von Zugehörigkeit. Sie ist darüber hinaus Vorbedingung für die aktive Partizipation an der gesellschaftlichen Kommunikation, wenn es um die Klärung gesellschaftlicher Normen, aktueller Streitfragen und die Mitwirkung an politischen Entscheidungen geht.

Strittig ist dabei durchaus, was in diesem Zusammenhang als »angemessen« verstanden werden kann. Sollen etwa gesellschaftliche Gruppen und damit auch ethnische Minderheiten proportional zu ihrer statistischen Verteilung in der Bevölkerung, ihrem Anteil an den Wahlberechtigten oder ihrem Beitrag zum Bruttosozialprodukt medial etc. repräsentiert sein? Oder haben Medien die ebenfalls normativ im gesellschaftlichen Diskurs zu stellende Aufgabe, die Bedeutsamkeit einer gesellschaftlichen Gruppe herzustellen bzw. medial zu konstruieren? Diese Fragen sind nicht leicht zu beantworten und sind aus einer empirisch-analytischen Perspektive heraus auch nicht in erster Linie wissenschaftsimmanent, sondern gesellschaftlich-politisch zu behandeln.

Wenn es um die Frage der medialen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund und/oder ethnischen Minderheiten geht, ist es leichter darüber zu sprechen, was Medien in diesem Zusammenhang nicht leisten (sollen). In diese Richtung deuten auch die meisten kommunikationswissenschaftlichen Befunde, wenn es um die empirische Untersuchung der medialen Repräsentation gesellschaftlicher Minderheiten mit ethnischen Merkmalen geht. Drei Syndrome gelten in diesem Zusammenhang als Stand der Forschung:

Ethnische Minderheiten werden marginalisiert, d. h. sie kommen nicht in angemessenem Umfang vor oder gar selbst zu Wort. Ethnische Minderheiten werden stereotyp und häufig anhand von Vorurteilen dargestellt, d. h. Angehörigen dieser Minderheiten werden Charaktereigenschaften, Verhaltensweisen und soziale Rollen zugeschrieben, die auf gruppenbezogenen Verallgemeinerungen basieren. Und schließlich: Angehörige ethnischer Minderheiten werden kriminalisiert oder mindestens überproportional häufig mit gesellschaftlich abweichendem Verhalten und individueller Vorteilsnahme auf Kosten der Allgemeinheit in Verbindung gebracht, unabhängig von ihrem individuellen Verhalten. Die Folgen dieser Syndrome der medialen Repräsentation sind Stigmatisierung, Ausgrenzung und soziale Desintegration – sowohl aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft als auch aus der Perspektive der ethnischen Minderheit.

Hinzu kommen noch die eingangs genannten Bezugspunkte, die zum Teil als Ursache und zum Teil als Folge dieser Befunde betrachtet werden können. Sie bedeuten nämlich erstens, dass in der massenmedialen Berichterstattung vor allen über und nicht mit oder gar von Angehörigen ethnischer Minderheiten kommuniziert wird – was die Frage nach Repräsentation und Diversität in der institutionalisierten Inhalteproduktion, also am Redaktionstisch und hinter der Kamera aufwirft. Und sie werden zweitens in Zusammenhang mit der Nutzung und Verbreitung gemeinschaftlicher, z. B. fremdsprachiger Medien aus dem Herkunftskontext ethnischer Minderheiten, gebracht, in denen soziale Repräsentation und Gruppenidentitäten geboten werden – wenn auch häufig aus einer auf die jeweilige Gemeinschaft bezogenen Binnenperspektive. Lokale Ethnomedien, Auslandsausgaben großer Tageszeitungen, Expat-News sind Beispiele, die in diesem Zusammenhang häufig genannt werden.

Mit Blick auf den digitalen Medienwandel und die vollkommen veränderten globalen Migrationsbewegungen muss man allerdings einige Einschränkungen machen. Diese Befunde stammen, insbesondere soweit sie sich auf Deutschland beziehen, vor allem aus dem ersten Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende, also aus einer Zeit, in der mobile Kommunikation und soziale Netzwerke noch buchstäblich in den Kinderschuhen steckten. Heute stehen für die Selbstdarstellung, ethnische Identitätsbildung und soziale Repräsentation von Minderheiten ganz andere, nicht im klassischen Sinn massenmediale Plattformen und Kanäle zu Verfügung. Darüber hinaus hat sich der Blick auf ethnische Minderheiten in Deutschland fundamental gewandelt. Neben der Verlagerung von der Herkunfts- und Migrationsperspektive auf die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft als ethnisches Merkmal, die auch international als »shift to religion« identifiziert wird, hat vor allem das Thema Flucht und Asyl die politische Migrationsdebatte, die mediale Berichterstattung und die soziale Struktur der migrantischen Gruppen in Deutschland fundamental verändert.

Methodologisch stellt sich für die wissenschaftliche Untersuchung solcher Phänomene ein weiteres schwerwiegendes Problem: Wie kann man die Personen mit Migrationserfahrung oder -familiengeschichte, Religionszugehörigkeit oder anderer soziokultureller Herkunftsmerkmale in Medieninhalten zuverlässig identifizieren? Ist das überhaupt außerhalb der expliziten Diskurse des Migrations-, Religions- oder Minderheitenthemas möglich – ohne damit weiter das »Sprechen über« als vorherrschende Perspektive einzunehmen? Und kann man Akteure und Angehörige ethnischer Minderheiten in der alltäglichen, thematisch universellen Berichterstattung, in Shows, in Filmen und Serien identifizieren, ohne die oben genannten Stereotypen, die sich auf Aussehen, Kleidung, Berufsrollen etc. beziehen, zu reproduzieren? Dafür gibt es bisher keine befriedigenden, wissenschaftlichen Qualitätskriterien standhaltende Lösung.

**Joachim Trebbe ist Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin**

## ÜBERBLICK SCHWERPUNKT

Inwieweit fördern oder behindern Medien heute Integration? Welche Rolle spielen sie in der Demokratie? Der Schwerpunkt »Integration & Medien« nimmt sich diese Fragen als Ausgangspunkt der folgenden elf Seiten rund um das Thema.

Den Anfang macht auf S. 20 der Kommunikationswissenschaftler Joachim Trebbe, der sich in seiner Forschung unter anderem auf die Repräsentation ethnischer Minderheiten in den Medien spezialisiert hat. Auf S. 21 erläutert Jan-Hinrik Schmidt vom Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, wie digitale Technologien das massenmediale Paradigma verändern und welche Konsequenzen dies für den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit sich bringt. Staatsministerin Monika Grütters Rede, die sie anlässlich der Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration zum Verhältnis von Medien, Integration und Demokratie gehalten hat, kann auf S. 22 nachgelesen werden. Patricia Schlesinger vom rbb schildert auf S. 23 den Umgang des Senders mit seinem integrativen Auftrag. Ebenfalls auf dieser Seite sieht Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Annette Widmann-Mauz Nachholdbedarf bei der Diversität in Redaktionen. Die Journalistin Isabel Schayani gibt im Gespräch auf S. 24 Einblick in die Aufgaben des Journalismus in der Integrationsgesellschaft. Auf S. 25 stellt Burhan Akid das Webprogramm WDRforyou vor und Behrang Samsami spricht sich im Kommentar für Journalismus mit Vielfalt aus. Thomas Bellut zeigt auf S. 26, weshalb das ZDF »Garant für diverse Inhalte« ist. Amal, Berlin!, eine Internetplattform mit Nachrichten aus Berlin in Arabisch und Farsi/Dari, präsentiert sich auch auf S. 26 im Kurzinterview. Auf S. 27 kommen die Neuen deutschen Medienmacher*innen und ihre Projekt Handbook Germany zu Wort. Mediendienst Integration, MiGAZIN und Guide for refugees erörtern auf S. 28 ihre jeweiligen Konzepte und Arbeitsweisen. Helmut Hartung berichtet auf S. 29, dass soziale Netzwerke und Instant Messenger für die Meinungsbildung immer relevanter werden. Zum Abschluss erläutert der Journalist Frank Joung Idee und Format seines Podcast »Halbe Katoffl«.

# Von der Mediengesellschaft zur Netzwerköffentlichkeit

## Digitale Technologien verändern das massenmediale Paradigma

JAN-HINRIK SCHMIDT

Die Frage nach Bedingungen und Gefährdungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist nicht neu. Sie liegt der Etablierung der Soziologie als wissenschaftliche Disziplin zugrunde, die seit dem Übergang zum 20. Jahrhundert in ihren Gesellschaftsdiagnosen immer auch das Wechselspiel von Integration und Desintegration thematisiert hat. Gegenwärtig stellen wir die Frage unter Bedingungen einer umfassenden Globalisierung, die die immensen Unterschiede im Reichtum und die kulturelle Vielfalt zwischen Weltregionen, aber auch innerhalb einzelner Staaten sichtbar macht. Im Politischen beobachten wir eine tiefgreifende Krise der Sozialdemokratie, die als politisches Projekt seit jeher für Solidarität und den gesellschaftlichen Ausgleich über Klassengrenzen hinweg kämpfte; gleichzeitig erstarken rechtspopulistische Bewegungen, die ökonomische Konflikte mit Fragen der kulturellen Identität verrühren und in so simple wie spaltende Dichotomien von »Wir« und »Die anderen« übersetzen. Und als wären das nicht schon genug Herausforderungen, sieht sich die gesamte Menschheit der existenziellen Bedrohung eines Klimawandels gegenüber, der selbst im günstigen Falle nur mit drastischen Veränderungen unserer Lebensweise bewältigt werden kann.

Diese Herausforderungen wiederum sind nicht zu trennen von der Weltgesellschaft als »Mediengesellschaft« – ohne Medien können wir die Welt außerhalb unseres alltäglichen lokalen Nahraums nicht wahrnehmen, ohne Medien können wir uns nicht über die Ziele und Wege gesellschaftlichen Wandels verständigen. Welche Rolle aber spielen Medien für Zusammenhalt oder auch sein Gegenteil? Die wesentliche Aufgabe und Leistung von Medien ist in dieser Hinsicht, dass sie Öffentlichkeit herstellen, also eine kollektiv wahrnehmbare Sphäre des Austauschs von Informationen und der wechselseitigen Bezugnahme. Eine funktionierende Medienöffentlichkeit schafft Räume des Zusammenhalt(en)s, die auf zwei verschiedenen Modi beruhen.

Erstens stellt Medienöffentlichkeit geteilte Weltsichten her. Man mag hier zuerst an den Nachrichtenjournalismus denken, über den wir erfahren, welche Themen von kollektiver Relevanz gerade auf der »gesellschaftlichen Tagesordnung« stehen, welche Fakten bestimmten Entwicklungen zugrunde liegen und welche Vorstellungen verschiedene gesellschaftliche Gruppen zu anstehenden Entscheidungen und Fragen haben. Doch die Leistung der Medien geht darüber hinaus – fiktionale Inhalte oder kulturelle Angebote wirken ebenfalls gesellschaftlich integrierend und synchronisierend, indem sie geteilte Werte, Normen und Rollenvorbilder kommunizieren und das kollektive Erinnern ermöglichen. Zugleich vermitteln Medien uns aber auch einen Eindruck von der großen Vielfalt an Interessen, Zielen und handlungsleitenden Werten, die in ausdifferenzierten Gesellschaften existiert. Daher ist zweitens ein weiterer Modus des Zusammenhaltens gefragt: Gesellschaft hält zusammen, wenn sie Konflikte zähmt, also geregelt und produktiv austrägt, statt der reinen Macht der Stärkeren zu überlassen und keine Interessenausgleiche vorzusehen. Auch in dieser Hinsicht spielen Medien eine wichtige Rolle: Medienöffentlichkeit ist eben nicht nur »Synchronisator«, sondern auch Arena des Wettstreits um Unterstützung für kollektive Ziele und bindende Entscheidungen über die Wege ihrer Erreichung. Ein Ideal, an dem sich dieser Modus und die Leistung von Medienöffentlichkeit messen lassen kann, ist der herrschaftsfreie Diskurs, den Jürgen Habermas beschrieb: Es darf keine Zugangsbeschränkungen geben, der Austausch muss verständigungsorientiert sein und der Kraft des durch faktengestützten besseren Arguments folgen, statt sich von verdeckten strategischen Interessen leiten zu lassen.

Mehrere Jahrzehnte lang waren beide Modi eng an die publizistische Öffentlichkeit der Massenmedien, also der Print- und Rundfunkmedien gebunden. Doch mittlerweile haben digitale Technologien wesentliche Elemente des massenmedialen Paradigmas verändert. Insbesondere die sozialen Medien, also Netzwerk- und Videoplattformen, Weblogs und Microbloggingdienste, Messaging-Apps und Wikis senken deutlich die Hürden für das Erstellen, Verbreiten und Bearbeiten von Informationen aller Art. Zudem obliegt die Auswahl von Informationen und ihre Bündelung nicht mehr allein der Institution des professionell-redaktionell betriebenen Journalismus. Zum einen übernehmen die Nutzer selbst entsprechende Leistungen durch ihre individuellen Entscheidungen, bestimmten Quellen zu folgen oder Informationen an ihr eigenes Kontaktnetzwerk zu empfehlen. Zum anderen liegen den meisten sozialen Medien algorithmische Filter- und Empfehlungssysteme zugrunde, die auf Grundlage umfassender Datenbestände versprechen, ständig aktualisierte und persönlich relevante Informationspakete zu schnüren.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ABACA

**Geflüchtete in ihrer neuen Unterkunft geben ein Interview**

Die sozialen Medien verdrängen die publizistischen Massenmedien nicht, verändern aber das Umfeld, in dem diese operieren. Medienöffentlichkeit wandelt sich zu einer »integrierten Netzwerköffentlichkeit«, mit Konsequenzen für die oben skizzierten Modi des gesellschaftlichen Zusammenhalt(en)s. In Hinblick auf den Zusammenhalt durch geteilte Weltsichten ist zunächst zu konstatieren, dass die gesunkenen Hürden für das (Mit-)Teilen von Informationen aller Art auch die Menge und Vielfalt potenziell verfügbarer Informationen erhöht. Das wiederum macht es unwahrscheinlich, dass sich in den sozialen Medien ähnlich durchgreifend gesamtgesellschaftlich Themen setzen und Agenden synchronisieren lassen, wie wir es von den Massenmedien kennen. Deutlich größer sind aber die Chancen für themen-, interessen- oder lebensführungsspezifische Subgruppen, sich im Netz zu finden und auszutauschen.

**Die sozialen Medien verdrängen die publizistischen Massenmedien nicht, verändern aber das Umfeld, in dem diese operieren. Medienöffentlichkeit wandelt sich zu einer »integrierten Netzwerköffentlichkeit«, mit Konsequenzen für die Modi des gesellschaftlichen Zusammenhalt(en)s**

Solange sich solche Gemeinschaften die Offenheit für Informationen und Ansichten jenseits des eigenen partikularen Interesses bewahren und solange es daneben publizistische Medien gibt, die Informationen nach breiter gesellschaftlicher Relevanz auswählen und möglichst objektiv aufbereiten, wäre der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht bedroht, sondern wohl eher gestärkt. Problematisch hingegen wird es, wenn sich größere Anteile der Bevölkerung nur noch auf das teils individuell, teils algorithmisch zusammengestellte personalisierte Informationsbouquet verlassen, das sie in den sozialen Medien vorfinden können – sei es, weil sie keinerlei Interesse an gesellschaftlich relevanten Themen haben, sei es, weil sie journalistischen Medienangeboten nicht vertrauen und sich stattdessen vorrangig aus »Alternativmedien« unterschiedlicher Couleur informieren.

Von dort wiederum ist der Schritt nicht weit in die Echokammern von extremen politischen Ideologen, von Leugnern des menschengemachten Klimawandels, von Anhängern obskurer Verschwörungstheorien und anderer wissenschaftsfeindlicher Esoterik. Sie alle finden in den sozialen Medien ihre Nischen, in denen andere Ansichten und Argumente in aller Regel keinen Platz haben. Stattdessen bestärken sich dort Gleichgesinnte fortwährend in ihrer eigenen Meinung oder radikalisieren sich gar, was wiederum in Form von Hate Speech, also verunglimpfender, verhetzender, sexistischer oder rassistischer Äußerungen, in andere Bereiche überschwappt.

Diese Beispiele illustrieren somit auch, inwieweit soziale Medien den zweiten Modus des gesellschaftlichen Zusammenhalt(en)s, den zivilisiert ausgetragenen Konflikt, unterminieren können. Die Medienlogik der meisten Plattformen belohnt das Kurze, das Zugespitzte und das Polarisierende mit Likes, Retweets und algorithmisch generierten Empfehlungen. Das verhindert nicht zwingend den verständigungsorientierten Austausch von Argumenten, denn gute Debatten leben ja ebenfalls von pointierten Beiträgen, die den eigenen Standpunkt deutlich markieren. Doch zur Verständigung gehört auch das Nachfragen, das Abwägen, das aufeinander Zugehen – alles kommunikative Akte, die unter Bedingungen schriftlicher Mündlichkeit schwer umzusetzen scheinen.

Aus diesen Überlegungen lassen sich medienpolitische Forderungen ableiten: Die Einhegung, oder nüchterner: die Regulierung sozialer Medien ist auch deshalb wichtig, um gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden. So gilt es, die Betreiber sozialer Medien stärker in die Pflicht zu nehmen, die (delikate) Abwägung zwischen freier Meinungsäußerung und grenzüberschreitender Hassrede transparent und nachvollziehbar vorzunehmen. Zudem dürfen softwaretechnische Systeme nicht allein daraufhin optimiert sein, möglichst personalisierte Empfehlungen zu geben. Abgesehen vom oben angesprochenen Risiko, Menschen gewollt oder ungewollt in abgeschottete Informationsblasen zu führen, setzen Personalisierungssysteme auch ein möglichst umfassendes Verdaten aller Aktivitäten voraus. Dies wiederum erhöht die Gefahr, dass diese Datenprofile in Zukunft auch zu anderen Zwecken, etwa politisch motivierter Überwachung und Kontrolle genutzt werden.

**Jan-Hinrik Schmidt ist Senior Researcher für digitale interaktive Medien und politische Kommunikation am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut in Hamburg**

FOTO: DPA

**Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht am 7.10.2015 mit Moderatorin Anne Will über die Flüchtlingskrise**

# Wächter der Demokratie

## Rede zur Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration

MONIKA GRÜTTERS

In einem sehr lesenswerten Essay mit dem Titel »Vertraute Fremde« lädt der Soziologe Armin Nassehi dazu ein, sich doch einmal vorzustellen, wie es wäre, wenn es das Fremde nicht gäbe. Was wäre, wenn wir Menschen uns untereinander nicht fremd, sondern transparent wären? Stellen Sie sich also einmal vor, ich könnte sehen, was Sie denken, während ich hier rede. Was wäre also, wenn uns der andere gänzlich bekannt und zugänglich wäre? Wäre es, wenn es das Fremde und Verborgene nicht gäbe, der Idealzustand, das Ende aller Konflikte, der Beginn einer versöhnten, authentischen Gemeinschaft?

Nassehi kommt zu dem Schluss: »Nein, es wäre die Hölle«. Er schreibt: »Es wäre die völlige Gleichschaltung der Menschen. Es wäre dies auch das Ende aller Innovation und Überraschung. Es wäre auch das Ende allen Denkens, denn damit eine solche Gesellschaft funktionieren könnte, müsste sie das, was in unseren Köpfen vorgeht, genauso einschränken wie das, was wir sagen«.

Doch so sehr wir auf das Fremde und Unbekannte angewiesen sind, so sehr es zu unserem Leben – auch unter Deutschen – gehört und ein soziales Miteinander schlechthin erst ermöglicht: Die Begegnung mit dem nicht Berechenbaren, nicht Kategorisierbaren, die Konfrontation mit anderen als den eigenen Lebensweisen und Weltanschauungen löst auch Ängste aus – und ein Bedürfnis nach Selbstvergewisserung und klaren Regeln. Gerade deshalb erfordert das Fremde, erfordert Unbekanntes und Unterschiedliches – und zwar nicht nur im Kontext von Migration – Kommunikation. Gerade deshalb braucht jegliche Form von Vielfalt Verständigung. Nicht, um das Fremde aufzuheben, sondern, um es zu benennen, um uns darüber auszutauschen, wie wir trotz und gerade mit dem Fremden gut miteinander leben können. Wie das gelingen kann, haben die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration vorbildlich gezeigt. Ich danke Ihnen und dem Deutschen Kulturrat ganz herzlich dafür. Es freut mich, dass ich die Arbeit unterstützen und die Initiative aus meinem Kulturetat finanzieren kann.

Im Verbund aus so unterschiedlichen Partnern wie Staat, Religionsgemeinschaften, Medien, Sozialpartnern und Migrantenverbänden ist es der Initiative kulturelle Integration gelungen, eine Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens neu auszuhandeln – sie dann auch mit Leben zu füllen und stetig mit neuen Impulsen, wie beispielsweise der heutigen Diskussion, zu bereichern. Mit ihren 15 Thesen hat die Initiative Kulturelle Integration ein Bekenntnis zur Weltoffenheit und Vielfalt formuliert und exemplarisch gezeigt, was in der These 6 festgehalten ist. Dort heißt es: »Eine demokratische Debatten- und Streitkultur trägt zur Entwicklung individueller und gesellschaftlicher Positionen bei. Kontroversen, die durch Zuhören und konstruktive Auseinandersetzung geprägt sind, leisten einen wichtigen Beitrag für das Zusammenleben.«

**Das Fremde erfordert Kommunikation. Jegliche Form von Vielfalt erfordert Verständigung**

Auch die wichtige Rolle der Medien in diesem demokratischen Aushandlungsprozess wird in These 6 festgehalten. Medien können Fakten erklären, komplexe Zusammenhänge aufzeigen, zwischen verschiedenen Positionen vermitteln und Verständnis für unterschiedliche Ansichten schaffen. Sie können erheblich dazu beitragen, wie wir Fremdes und Unbekanntes einordnen und bewerten. Sie sind mit dafür verantwortlich, ob wir kulturelle Vielfalt in Deutschland als Bereicherung oder als Bedrohung, als einladend oder als spaltend wahrnehmen.

Es freut mich deshalb sehr, dass unter den 28 Mitgliedern der Initiative kulturelle Integration auch Vertreterinnen und Vertreter der Medien sind, die ein sichtbares Zeichen dafür setzen, dass sie ihre Verantwortung in diesem Verständigungsprozess ernst nehmen. Ich freue mich vor allem aber auch, dass mit der diesjährigen Tagung die Rolle der Medien überhaupt in den Blick genommen wird. Medien können den Finger in die Wunde legen, neue Perspektiven aufzeigen, zum Nachdenken, zur Auseinandersetzung anregen und ja, auch zum politischen Handeln zwingen. Kritischer Journalismus ist ein »Wächter« der Demokratie und ein Mittler zwischen Positionen und Kulturen.

Doch wo sich die traditionellen Medien an der rasanten Taktung der Live-Ticker ausrichten müssen, wo sie sich im Aufbranden von Erregungswellen Aufmerksamkeit verschaffen müssen, wo sie angesichts neuer Wisch- und Klickgewohnheiten um Zeit und Konzentration ihrer Nutzer buhlen müssen, da werden Redakteure immer häufiger an der Schlagzahl ihrer Nachrichten, an Auflagen, Reichweiten und Quoten gemessen. Da wächst die Versuchung, zuweilen auf unangemessene Weise zuzuspitzen, zu verkürzen und populäre Themen und Ansichten zu wiederholen.

Doch gerade auf dem komplexen Themenfeld Zuwanderung, Migration und Zusammenhalt braucht es eine ausgewogene, differenzierte Berichterstattung. Gerade in einer digitalen Gesellschaft, in der in sozialen Medien gehetzt, gepöbelt und Hass gesät wird, sind Glaubwürdigkeit und Vertrauen in traditionelle Medien unverzichtbar. Gerade wo Algorithmen Filterblasen technisch verstärken, wo Bots und Trolle das Aufkommen von Echokammern und Abschottungstendenzen unterstützen, gerade da ist der Zugang zu einem medialen Themen- und Meinungsspektrum das beste Bollwerk gegen Populismus.

Das Netz bietet durch seine zahlreichen und verschiedenen Verbreitungswege ungeheure Chancen – »Chancen für Kommunikation und Sichtbarkeit von Vielfalt«, so ist es in These 6 formuliert. Es stellt aber auch den Journalismus und uns alle vor Herausforderungen, die nicht alleine mit gut gemeinten Appellen, die nicht nur mit dem Nachjustieren einiger weniger Stellschrauben gelöst werden können. Es stellt uns vor Herausforderungen, die gesamtgesellschaftliche Antworten verlangen.

**Das Bedienen von Ressentiments ist eine weitverbreitete Strategie geworden, um sich Aufmerksamkeit zu beschaffen**

Die Fragen, mit denen das Netz uns konfrontiert, erfordern zuallererst ein geschärftes Bewusstsein – insbesondere auch der Medienschaffenden selbst – für die Möglichkeiten und Fallstricke, für die Strategien und Dynamiken der digitalen Technologie.

Die Fragen, mit denen das Netz uns konfrontiert, erfordern dann auch ein gestärktes Verantwortungsbewusstsein, Problembewusstsein, gesundes Misstrauen – kurz: Sie erfordern mehr Medienkompetenz und Reflexionsvermögen der Nutzer, die ja nicht nur Empfänger, sondern auch Sender sind, die nicht nur Nachrichten konsumieren, sondern sie auch selbst im Netz produzieren und viral verbreiten. Auch sie gestalten den medialen Kommunikationsprozess, die Verständigung darüber, wie wir mit dem Fremden umgehen wollen. Und wie es der Philosoph und Architekt Georg Franck so treffend beobachtet hat, ist »das Bedienen von Ressentiments eine weit verbreitete Strategie geworden, um sich Aufmerksamkeit zu beschaffen«. Die Fragen, die das Netz uns stellt, erfordern technologische und ökonomische Lösungen. Vor allem aber erfordern sie auch politische Antworten. Dazu gehört die Gestaltung fairer Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen, um Qualitätsjournalismus erhalten und finanzieren zu können. Dazu gehört aber auch eine Anpassung des Urheberrechts an das digitale Zeitalter. Und ich bin froh, dass nach zähem Ringen um diese nötigen Anpassungen die Verabschiedung der Urheberrechtslinie gelungen ist – ein in der EU hart umkämpfter und wichtiger Erfolg, der die kulturelle und journalistische Vielfalt und eine lebendige Kultur- und Kreativwirtschaft in Europa stärkt.

Nicht zuletzt erfordern die Fragen, mit denen das Netz uns konfrontiert, öffentliche und breit geführte Debatten aller Akteure – Debatten, auf deren Grundlage gesamtgesellschaftliche – auch ethische – Antworten gefunden werden können. Debatten, wie sie bei der diesjährigen Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration geführt werden. Debatten, die um Antworten ringen, wie wir unsere Verständigungsprozesse und Kommunikationswege so gestalten können, dass das Leben mit dem noch Fremden, dass Zusammenhalt in Vielfalt gelingen kann.

Gelingende Kommunikation ist ebenso wie das Fremde eine Herausforderung. Aber, um noch einmal an Nassehis These vom Anfang anzuknüpfen: »Fremdheit ist (auch) der Mechanismus, der uns zum Denken bringt.« Das Gleiche gilt auch für die Kommunikation.

**Monika Grütters MdB ist Staatsministerin für Kultur und Medien bei der Bundeskanzlerin**

*Der Beitrag basiert auf der Eröffnungsrede der Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration zu »Integration, Demokratie und Medien« am 3. September 2019 in Berlin.*

# Koordinationsnetz

## Wie geht der rbb mit seinem integrativen Auftrag um?

PATRICIA SCHLESINGER

Es ist ein Satz, der in poliertem Marmor über den Eingängen zu unseren Studios prangen könnte: »Durch seine Angebote trägt der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) zur Zusammengehörigkeit im vereinten Deutschland und zur Förderung der gesamtgesellschaftlichen nationalen und europäischen Integration in Frieden und Freiheit und zu einer Verständigung unter den Völkern, insbesondere zum polnischen Nachbarland, bei.« So steht es im Staatsvertrag des rbb unter »Auftrag«, und ich denke ohne jede Ironie: Wie dankbar können wir für diese so sinnstiftende, gesellschaftlich wertvolle Maßgabe sein!

Die Anstrengungen, die wir im rbb unternehmen, um diesem weitreichenden Auftrag gerecht zu werden, sind vielfältig. Sie reichen einerseits von »Kowalski & Schmidt«, dem deutsch-polnischen Magazin im rbb Fernsehen, bis zu unserem internen »rbb Team Diversity«, das das Thema Vielfalt im rbb auf allen Ebenen und in allen Bereichen des Senders mit Vorschlägen und Maßnahmen stärker verankern soll. Sie umfassen beispielsweise auch unser neues Format »Wir müssen reden«, bei dem kontroverse Themen aus der Region direkt bei den Betroffenen und im direkten Gespräch mit ihnen diskutiert werden, unsere Veranstaltungsreihe »Den rbb grillen«, bei der wir unser Programm zum Thema machen und den Dialog mit unserem Publikum suchen oder auch die »Ohrenbär«-Kinderfeste für die Jüngsten in unserem Haus des Rundfunks, gerade erst wieder rund ums Thema »Obst und Gemüse«.

Natürlich wären auch die zahlreichen Informations-, Kultur-, Investigativ- oder Bildungsformate in unseren Radioprogrammen oder im Fernsehen zu nennen, die groß angelegten Datenrecherchen unserer Kolleginnen und Kollegen bei rbb|24, das ehrgeizige Unterfangen, die Tage des Mauerfalls auf Instagram einer Generation zu vermitteln, die lange nach dem historischen Ereignis geboren ist.

Wir könnten Seiten füllen mit Beispielen, wie wir unserem Integrationsauftrag immer wieder neu und – ein wenig Eigenlob sei mir gestattet – auch immer wieder erfolgreich nachkommen. So weit, so gut. Es wäre schlimm, wenn dem nicht so wäre und wir wissen natürlich auch, dass wir noch besser werden können, beispielsweise wenn es darum geht, die Buntheit der Region in unseren Programmen noch stärker abzubilden.

Wenn ich in den vergangenen Wochen und Monaten aber auf die Reaktionen eines Teils unseres Publikums auf einige unserer programmlichen Angebote schaue, könnte ich Zweifel an der integrativen Kraft unserer Sendungen bekommen. Ein Beispiel aus jüngster Zeit: Dieter Nuhr beschäftigte sich Ende September in seiner Satire- und Kabarett-Sendung »Nuhr im Ersten«, die der rbb in Berlin produziert, mit Greta Thunberg. Und ja, er machte sie und ihre Anliegen zum Gegenstand seines Spotts. Ob ich seinen Humor teile oder nicht, spielt für den weiteren Fortgang keine Rolle. Mich bewegte die Erbitterung, die aus vielen Reaktionen auf diese Sequenz in der Sendung sprach. Nuhr, so ein mehr oder weniger unterschwelliger Vorwurf, spalte mit seinen Bemerkungen die Gesellschaft – weil er der »falschen« Seite Lacher erlaube, weil er ein gutes Anliegen ins Lächerliche ziehe. Findet da also plötzlich das Gegenteil von Integration statt – in einem Kernangebot des rbb?

Vereinfacht gesagt, liegt in meinen Augen eine wesentliche integrierende Funktion der Medien darin, der gesamten Gesellschaft ein Netz aus Koordinaten zur Verfügung zu stellen, das den Bürgerinnen und Bürgern die Verortung und Überprüfung eigener Positionen, Wahrnehmungen und Interessen erlaubt. Im besten Fall ist dieses Netz so groß, wie die Gesellschaft vielfältig ist, und so engmaschig, wie die Gesellschaft selbst Differenzierung zulässt.

Wie gehen Medien aber mit ihrem integrativen Auftrag um, wenn es in Teilen des Publikums gar kein Interesse an anderen Positionen, Interessen, Wahrnehmungen gibt? Wenn direkt hinter der eigenen Überzeugung das Niemandsland, wenn nicht sogar schon das Feindesland beginnt?

Wir dürfen schlechterdings nicht sagen, dass uns das nicht interessiert, denn unser öffentlich-rechtlicher Auftrag zielt ausdrücklich auf unser Gemeinwesen insgesamt. Eine Alternative könnte darin liegen, zu kontroverse oder konfrontative Formate zu vermeiden, den Erregungswellen gerade im Netz nach Möglichkeit keine inhaltlichen Dämme entgegenzusetzen. Das sähe dann eventuell sogar wie Integration aus, weil augenscheinlich breiter gesellschaftlicher Konsens über unsere Angebote besteht. Aber es ist eben ausdrücklich nicht unsere Aufgabe als Medien, einen Konsens herzustellen, im Gegenteil. Wer, wenn nicht wir – und da schließe ich alle journalistisch arbeitenden Medien mit ein –, hätte die Möglichkeit und die Pflicht, Spannungen im Gesellschaftsnetz sichtbar zu machen,

**Ein großes, weit gefasstes Koordinatensystem mit vielfältigen Positionen ist mir immer lieber als ein zu enges**

auf mögliche Risse hinzuweisen, Verschiebungen im Koordinatensystem zu erkennen und zu benennen?

Wenn wir dies tun, sei es bei »Kontraste« oder bei Dieter Nuhr, nehmen wir eine unserer zentralen Aufgaben ernst. Wie die Bürgerinnen und Bürger mit den Kontroversen umgehen, wie Mehrheits- und Minderheitsmeinungen zu den einzelnen Themen entstehen, wo gesellschaftlicher Konsens wächst oder aufweicht – das sind Fragen des demokratischen Willensbildungsprozesses, den wir anstoßen, unterstützen, begleiten, aber sicher nicht steuern oder beeinflussen sollten. In diesem Sinne müssen mir auch böse Reaktionen auf unsere Sendungen recht sein – ein großes, weit gefasstes Koordinatensystem mit vielfältigen Positionen ist mir immer lieber als ein zu enges.

Unser Integrationsauftrag wird auch noch aus einer anderen Richtung auf die Probe gestellt: Der rbb-Staatsvertrag atmet in jeder Zeile den Geist des Umbruchs und Neuanfangs des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Er ist optimistisch mit Blick auf das erstarkende Europa, auf die demokratischen, völkerverbindenden Kräfte. Er zielt auf einen Grundkonsens: Die, die hier zusammenkommen, sehen in der pluralistischen Gesellschaft ihr gemeinsames, ihr demokratisches Ziel.

Heute stoßen wir allerdings wieder auf politische Kräfte, die dieses Ziel offensichtlich nicht teilen, deren Vorstellungen von Willensbildung, Konsens, Interessenausgleich weit entfernt sind von dem Geist, den unser Auftrag atmet. Gleichzeitig nehmen diese Kräfte aber ganz selbstverständlich unseren Integrationsauftrag mit Blick auf sich selbst in Anspruch: Wir sind da, integriert uns, macht uns zum Teil des Koordinatensystems, stellt den Anschluss an die Gesellschaft, an die demokratische Gemeinschaft für uns mit uns her.

Aus meiner Sicht müssen wir uns solchen Forderungen verweigern, denn sie weisen uns, den Medien, eine falsche Rolle zu. Wir bilden ab, wir machen Koordinaten sichtbar, wir zeigen die Beziehungen zwischen den einzelnen Koordinaten auf. Dazu gehört Abstand, dazu gehört vor allem, sich nicht vereinnahmen zu lassen.

Ein Beitrag zur gesellschaftlichen Integration kann auch darin liegen, Differenzen aufzuzeigen, Unstimmigkeiten offenzulegen. Daran sollten wir uns auch selbst immer wieder erinnern. Wer ein Feind der Demokratie ist, kann – Integration hin oder her – kein Freund des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein.

**Patricia Schlesinger ist Intendantin des rbb**

# Das Gebot der Stunde

## Viele Redaktionen haben Nachholbedarf bei Diversität und Interkulturalität

ANNETTE WIDMANN-MAUZ

Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Medien«. Das schrieb 1996 der Soziologe Niklas Luhmann über die Rolle der Massenmedien und das trifft auch heute auf unser Bild der deutschen Einwanderungsgesellschaft zu: Medien prägen die Vorstellungen über die Realitäten und unterschiedlichen Gruppen unserer Gesellschaft und sie sind Plattform für Dialog und Kontroverse in einem pluralen Land.

Die integrative Aufgabe der Medien ist es, einen Austausch über die Perspektivenvielfalt und gemeinsame Ziele und Wege für unser Zusammenleben zu entwickeln. Das setzt voraus, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte häufiger und selbstverständlich als Akteure und Protagonisten in den Medien vorkommen – und zwar nicht nur, wenn es um Migration oder Integration geht. Mediale Integration zielt somit auf eine differenzierende Darstellung von Vielfalt als Normalität in unserer Einwanderungsgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund wird den Medien in der aktuellen Diskussion über die gesellschaftliche Polarisierung eine besondere Rolle und Verantwortung zugeschrieben. Wer 2019 im demokratischen Streit zu gesellschaftlich akzeptierten Lösungen kommen möchte, der muss auf einen sachlichen und differenzierten öffentlichen Diskurs zählen können. Eine verantwortungsvolle Aufgabe – auch für die Medien, besonders in den Themenfeldern Migration und Integration, besonders dort, wo der Diskurs Verzerrungen und Einseitigkeiten unterliegt und die Perspektivenvielfalt eingeschränkt ist. Schnell stehen sich – wie etwa bei Debatten über Schweinefleisch in Kindertagesstätten oder »unerwünschte« Indianerkostüme – polarisierende Positionen gegenüber oder werden einzelne Vorgänge für politische Stimmungsmache missbraucht. Differenzierende Positionen, die die unterschiedlichen Aspekte und Meinungen berücksichtigen und sich oft auch erst als Ergebnis eines Dialoges und Aushandlungsprozesses entwickeln, tun sich in der öffentlichen Debatte schwer.

Um die mediale Integration zu stärken, hat die Beauftragte 2019 beim Nationalen Aktionsplan Integration der Bundesregierung ein eigenes Themenforum dafür eingerichtet. Dort geht es um Migration und Integration in der Berichterstattung, um die Chancen und Herausforderungen sozialer Medien, um Interkulturalität in Film und Fernsehen und um die Vielfalt in der Medienproduktion. Hier ist noch einiges zu tun.

Ein wichtiges Anliegen des Nationalen Aktionsplans – Stichwort Perspektivenvielfalt – ist, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt stärker in der Zusammensetzung der Redaktionen widerspiegelt. Der geschätzte Anteil von Journalistinnen und Journalisten mit Einwanderungsgeschichte liegt bei unter 5 Prozent, während es in der Bevölkerung 25,5 Prozent sind. Hier hat es in den letzten Jahren zwar erhebliche Fortschritte gegeben: Das deutsche Farbfernsehen und andere Medien sind bunter geworden und sie unterstützen Nachwuchsprogramme für mehr Vielfalt, z. B. die Neuen deutschen Medienmacher. Dennoch gibt es in vielen Redaktionen weiterhin Nachholbedarf. Gefragt sind Diversity Management, die Förderung interkultureller Kompetenzen und eben auch mehr Vielfalt bei den Beschäftigten in Medienunternehmen. Das ist nicht nur eine Frage gleichberechtigter Teilhabe, sondern auch im Interesse der Medien und ein hartes wirtschaftliches Kriterium: Die Zuschauer-, Hörer- oder Leserschaft mit Einwanderungsgeschichte stellt schon heute einen beträchtlichen Teil des deutschsprachigen Publikums. Mediale Integration ist deshalb ein Gebot der Stunde!

**Annette Widmann-Mauz MdB ist Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration bei der Bundeskanzlerin**

FOTO: PICTURE ALLIANCE

**Pressevertreter dokumentieren die Ankunft von Geflüchteten in Kroatien am 18.9.2015**

THEMA

# »Wir müssen zeigen, was ist«

## Die Aufgabe des Journalismus in der Integrationsgesellschaft

Deutschland verändert sich, Deutschland wird vielfältiger. Was bedeutet das für die Gesellschaft und auch für den Journalismus? André Boße spricht mit der TV-Moderatorin und WDRforyou-Verantwortlichen Isabel Schayani über die Aufgabe von Journalismus, die Rolle von Sport für Integration und mehr.

**André Boße: Frau Schayani, Sie leiten das Online-Angebot WDRforyou für Geflüchtete. Dort gibt es eine Rubrik, in der Menschen, die neu in der Bundesrepublik sind, berichten, was sie an diesem Land erstaunt. Wann haben Sie zuletzt über die Deutschen gestaunt?**
Isabel Schayani: Ich habe über ein Projekt gestaunt, bei dem sich Menschen aus einer katholischen Kirchengemeinde aus dem Erzbistum Köln zusammentun und Flüchtlinge aus dem Ausland hierherholen. Die Gruppe übernimmt die Verantwortung, zahlt die Kaltmiete und begleitet diese Personen. In Ländern wie Kanada und Australien gibt es solche Projekte schon, in Deutschland handelt es sich meines Wissens um das erste dieser Art.

**Und was erstaunt Sie so sehr daran?**
Dass ein Teil der deutschen Zivilgesellschaft so weit ist, dass er sich selbst organisiert und verbindlich dafür sorgt, dass ein Mensch auf sicherem und vor allem legalem Weg mit dem UNHCR, dem Flüchtlingswerk der UN, in dieses Land kommen kann. Nicht mithilfe von Schleppern und auch nicht über die Balkanroute. Und ich staune auch, dass der Staat diese Migration zulässt – an einer Stelle, wo er ja staatliche Hoheitsrechte ausübt.

**Kritiker sprechen vom Kontrollverlust des Staates.**
An manchen Orten war das auch so, aber gleichzeitig ist die Zivilgesellschaft erwacht: Viele Menschen in Deutschland haben 2015 Herzen und Hände wieder ausgegraben.

**Wie beurteilen Sie aktuell den Diskurs über das Thema Flüchtlinge und Integration in Deutschland?**
Schauen wir noch einmal kritisch zurück: 2015 waren wir zunächst alle, wie Pro-Asyl- oder Amnesty-TV, total positiv und euphorisch und überwältigt von unserer eigenen Reaktion. Dann kam die Silvesternacht in Köln – und die Stimmung schlug um. Seitdem hat ein Prozess begonnen, in dem die öffentliche Meinung um Ausgewogenheit ringt. Trotzdem kann das Pendel unangenehm weit ausschlagen, wie wir bei dem Vorfall am Frankfurter Hauptbahnhof Ende Juli gesehen haben, als viele Panik zeigten, weil der in der Schweiz lebende Täter ursprünglich aus Eritrea kam. Generell ist es aber okay und sogar wichtig, wenn das Thema Integration nicht nur als schön wahrgenommen wird. Was mich jedoch stört, ist erstens die in großen Teilen pessimistische Grundhaltung und zweitens beinahe eine Ignoranz gegenüber dem, was die deutsche Zivilgesellschaft seit 2015 geleistet hat.

**Sie haben einmal gesagt, Journalismus sei eine Form von Demokratievermittlung. Wie demokratiewirksam sind unabhängige Medien?**
Gesagt habe ich das im Zusammenhang mit dem, was wir hier bei WDRforyou machen. Das ist ein Medienangebot für Geflüchtete in vier Sprachen, mit dem wir zum Beispiel erklären, was ist eine Wahl, was ist eine Koalition? Denn die Frage liegt ja auf der Hand: Warum gewinnt eine Partei eine Wahl, muss sich aber die Macht mit anderen Parteien teilen? Wir erklären die Presse- und Meinungsfreiheit, zeigen auf, dass man Politiker kritisieren kann, ohne dafür ins Gefängnis zu kommen. Wir vermitteln also das, was unsere Demokratie auszeichnet – und zwar für ein Publikum, das aus ganz anderen politischen Systemen in unser Land gekommen ist.

**Sprich: Sie machen Bildung. Wäre das nicht eher die Aufgabe von Bildungseinrichtungen?**
Als öffentlich-rechtliches Medium vermitteln wir ein Verständnis für Demokratie, wenn wir in der Tagesschau über die Entwicklungen in Großbritannien, Italien oder den USA berichten – also darüber, wie sich Demokratie in der Wirklichkeit darstellt und wie sie sich wandelt. Wenn wir wollen, dass die Menschen, die sich bei uns integrieren, bei der Gestaltung unserer Demokratie halbwegs auf Augenhöhe mitreden und mitmachen, dann müssen wir ihnen die wesentlichen Informationen liefern. Ohne dieses Wissen um die Struktur unserer Demokratie ist es kaum möglich, Zeitungsberichte oder die Nachrichten zu verstehen. Nennen wir es: Demokratievermittlung.

**Ist die Gesellschaft beim Thema Integration zu ungeduldig?**
Ich glaube, viele Deutsche machen sich tatsächlich ein zu einfaches Bild von dem, was Integration bedeutet. Gerade in Deutschland ist die Vorstellung verbreitet, dass Integration mittels eines sechsgliedrigen Pamphlets gelingt, das man als Flüchtling beim Amt bekommt: Durchlesen – und du bist integriert. Aber klar, so läuft es nicht. Integration ist ein Prozess, der über einen langen Zeitraum verläuft. Vielleicht gelingt es auch, den Otto-Normal-Deutschen die Komplexität der Integration zu zeigen. Mit dem Ziel, dass dadurch Fehler vermieden werden, die in früheren Generationen gemacht wurden, als Menschen ins Land kamen und die Deutschen als Signal aussendeten: »Ist ja schön, dass du jetzt bei uns bist – aber wann gehst du denn wieder?«

**Gelingt es denn, Flüchtlinge durch Medieninformationen so sehr für die Demokratie zu begeistern, dass sie mitgestalten wollen?**
Wir haben über ein paar unserer Neuen berichtet, die mittlerweile in Parteien eingetreten sind oder sich in ihrer Kommune engagieren. Es wäre aber vermessen, zu sagen, das liege allein an unserer Berichterstattung.

**Nutzen Sie den Begriff Willkommenskultur noch?**
Nein. Das Wort »Willkommen« hat seine Unschuld verloren.

**Ist es in der öffentlichen Diskussion kaputt gegangen?**
Vielleicht, ja, wobei man sagen muss, dass »Willkommenskultur« eine gewisse Art von Naivität inhärent war. Nehme ich »Willkommen« ernst, hört sich das für mich so an, als dürfe jeder, der kommen will, auch bleiben. Aber so ist es natürlich nicht. Insofern gaukelt der Begriff etwas vor, das sich zwar im ersten Moment schön anhört, beim zweiten Hinschauen aber bar jeder Wirklichkeit ist und sich mit der rechtlichen Situation nicht vereinbaren lässt. Materiell schafft die deutsche Gesellschaft das, aber mental nicht. Erkennbar ist das unter anderem daran, wie sehr sich die deutsche Gesellschaft derzeit spaltet.

**Was lässt sich gegen die zunehmende gesellschaftliche Spaltung tun?**
Ich denke, es ist wichtig, das, was 2015 passiert ist, als abgeschlossenes Ausnahme-Ereignis zu betrachten. Damit bringt man ein wenig Ruhe in die Debatte. Wobei das Recht auf Asyl natürlich weiterhin gelten muss. Sagen wir es so: Dass, was auf 2015 folgte, fand ich in Teilen großartig. Aber noch einmal bräuchte dieses Land eine solche Situation nicht.

**Wie sollten die unabhängigen Medien mit denjenigen umgehen, die diese Spaltung vorantreiben?**
Ich denke, Sie sprechen den Umgang mit der AfD an. Das ist eine Partei, die so tut, als stehe sie für die bürgerliche Mehrheit. Was nicht stimmt, sie ist einfach nur sehr laut. Leider gibt es noch kein Patentrezept für den Umgang mit diesen Populisten. Diese klare Strategie fehlt aber nicht nur bei uns in Deutschland, sondern in allen europäischen Gesellschaften. Wir sind mit WDRforyou Teil der Tagesschau-Redaktion, ich moderiere den Weltspiegel und kommentiere ab und an in den Tagesthemen – und ich erfahre überall, wie wir Redakteure um diesen richtigen Umgang ringen. Mal gelingt er, mal nicht. Die entscheidende Frage lautet: Wie finden wir einen sachlich-korrekten Umgang, der nicht vor Ideologie überschäumt? Das ist nicht einfach.

**Wie sieht das bei Berichten über Migrationsthemen aus?**
Ich bemühe mich, ein Bild der Wirklichkeit darzustellen, in dem sich sowohl die Menschen wiederfinden, die seit Generationen in dieser Republik leben, als auch diejenigen, die noch neu in diesem Land sind. Und ich versuche dabei einen Ton zu finden, der Spannungen nicht unter den Tisch kehrt, aber auch Dinge benennt, die gut sind und wo wir vorankommen.

**Müssen die Medien als Arbeitgeber offener sein für Menschen mit Integrationsgeschichte?**
Das wird sich langfristig sowieso ergeben, weil die deutsche Gesellschaft diverser wird und sich das irgendwann auf alle Bereiche auswirkt. Gut, vielleicht könnte es hier und da mit der Vielfalt etwas schneller vorangehen. Der WDR ist da seit fast 20 Jahren ziemlich aktiv. Was ich natürlich gut finde.

**Wo erkennen Sie heute schon eine größere Vielfalt, vielleicht sogar eine Vorbildfunktion?**
Kultur und Sport. (überlegt) Und bestimmte Teile der digitalen Wirtschaft leben eine ganz normale Vielfalt. Ich weiß von Firmen, in denen 80 Prozent der Mitarbeiter Besitzer einer Blue Card sind und aus dem Iran, Serbien und Indien kommen. Da sind nur noch die Alten deutsch. Was die Integration über die Arbeit betrifft, läuft es dort gut.

**Bei WDRforyou gibt es vergleichsweise wenige Sport-Inhalte; warum?**
Als wir anfingen, haben wir Spiele aus der Europa League live auf unserer Online-Seite mit arabischem Kommentar gestreamt, dazu gab es ein paar Sportgeschichten auf Persisch. Leider hat das kaum jemand geschaut. Trotzdem gebe ich Ihnen recht: Da könnten wir mehr machen.

**Glauben Sie, dass die Identifikation mit einem Sportverein beim Integrationsprozess hilft?**
Andersherum: Wir motivieren unser Publikum, als Aktive oder Aktiver zu einem Verein zu gehen. Die Frage, die uns am häufigsten gestellt wird, lautet: Wie finde ich Freunde? Das ist ein ganz großes Thema für Menschen, die hier angekommen sind und sich fragen, wie sie Anschluss an diese Gesellschaft finden. In diesem Zusammenhang bieten Sportvereine, wie es sie in Deutschland gibt, sehr gute Chancen.

**Gibt es im arabischen Raum eine ansatzweise vergleichbare Vereinskultur?**
Nein. Ich kenne es eigentlich nur aus Ägypten, und da sind Vereine nur etwas für die Upper class. Die deutschen Vereine hingegen sind echte Integrationsmaschinen.

**Wird ihr Potenzial als Integrationsmaschine genügend genutzt?**
Ein Kollege, der viel mit Flüchtlingen arbeitet, hat mir etwas erklärt, was mir überhaupt nicht bewusst war: Viele Erwachsene, die neu in Deutschland sind, trauen sich zunächst nicht in die Sportvereine. Aus Angst, angesprochen zu werden und nicht zu wissen, was man von ihnen will und wie sie reagieren sollen. Kinder und Jugendliche haben damit weniger Probleme, aber Erwachsenen fehlt häufig der Mut. Ins Fitnessstudio zu gehen, das funktioniere, aber bei einem organisierten Verein, in dem es auch auf das Interagieren ankommt, bestehe eine Hemmschwelle. Darum ist die Arbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer so wichtig, sie geben Sicherheit und nehmen die Rolle eines Bindeglieds wahr. In diesem Fall zwischen Flüchtling und Sportverein.

**Ihr Vater kam in den 1950er-Jahren aus dem Iran nach Deutschland, Sie sind in Essen geboren, Ihre Mutter ist Deutsche. Fühlen Sie sich immer und überall gleich deutsch?**
Nein. Als ich zum Beispiel in Chemnitz war, bei der Demo und den folgenden Ausschreitungen, da habe ich mich überhaupt nicht mehr als Deutsche gefühlt. Da hat mir einer gesagt, ich solle zurück in den Iran gehen. Das war aber schon als Kind so: Wie deutsch ich mich fühle, hängt immer von der jeweiligen Situation ab, das verläuft komplementär zum Ort, an dem ich mich gerade aufhalte.

**Sie haben Kontakt zu einem Pegida-Demonstranten, dem Sie damals in Chemnitz begegnet sind. Wie rege ist dieser Austausch?**
Manchmal rufe ich ihn an und erkundige mich danach, wie er diese oder jene Entwicklung sieht.

**Was bringt Ihnen dieser Kontakt?**
Durch ihn erfahre ich etwas aus einer anderen sozialen Blase, mit der ich in meinem sonstigen Leben nichts zu tun habe. Ich finde es interessant, diese andere Sicht auf die Welt und die Ereignisse zu hören.

**Fühlten Sie Unbehagen, als Sie ihm erstmals in Chemnitz begegnet sind, bei den Ereignissen Ende August 2018?**
Da hatte ich am Anfang auch Angst. Wir sind damals dorthin gefahren, weil uns unsere Nutzer geschrieben haben, sie würden sich nicht mehr aus dem Haus trauen, sich auch nicht mehr trauen, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Verständlich, denn woher sollten sie das Vertrauen haben, dass solche Ereignisse lokal begrenzt bleiben? Also mussten wir nach Chemnitz, um zu berichten, was da los ist. Und wir haben erlebt, dass diese Angst definitiv gerechtfertigt war. Sicher waren nicht nur Nazis auf der Straße, aber eben auch, zum Beispiel aus der Chemnitzer Fußballszene.

**Darüber dann zu berichten und das zu zeigen: Erhöht man dadurch nicht die Angst?**
Diese Frage haben wir uns auch gestellt, was aber wäre die Alternative gewesen? Es nicht zu zeigen?

**Eine ähnliche Frage stellt sich auch in der Sportberichterstattung, wenn in einem Stadion homophobe, ausländerfeindliche oder antisemitische Parolen gebrüllt werden.**
Wir erfüllen als Medium an dieser Stelle keinen pädagogischen Auftrag. Wir zeigen, erklären und ordnen ein, was Teil unseres Programmauftrags ist. Auch hier ist die Sicht der Leute interessant, die neu in diesem Land sind: Ich hatte bei dem berüchtigten Trauermarsch einen jungen Kollegen aus Syrien dabei, der in Chemnitz studiert. Wir standen ein paar Minuten lang in der kritischen Zone, links von uns die Wasserwerfer der Polizei, rechts der Trauerzug mit Höcke und Co. an der Spitze. Die Situation war extrem angespannt, und ich hatte ein schlechtes Gewissen gegenüber dem neuen Kollegen. Also fragte ich ihn: »Wie geht es dir, was denkst du?« Und er sagte: »Ich bin neidisch.« Ich fragte verwundert: »Warum denn das?« Und er antwortete: »Schau mal, es gibt hier so viele Polizisten, die so viel Geld kosten – und das alles, um die freie Meinungsäußerung zu sichern.« Da war er wieder, der komplett andere Blickwinkel von Menschen, die ein neuer Teil dieser Gesellschaft sind.

**Vielen Dank.**

**Isabel Schayani ist Journalistin und verantwortlich für WDRforyou. André Boße ist Journalist**

### INTERVIEWREIHE

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) nimmt das 30-jährige Bestehen des Bundesprogramms »Integration durch Sport« zum Anlass, um Interviews mit Personen aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen zu führen – über Fragen zu Migration, Integration und Identität. Mal persönlich, mal wissenschaftlich, mal eher entlang abstrakter Fragen. Dieses Interview ist der dritte Teil der vom Journalisten und Medienberater Marcus Meyer konzipierten Gesprächsserie; es wird erstmalig in Politik & Kultur veröffentlicht. Den Auftakt markierten der Punkrocksänger Sammy Amara und der Schriftsteller Ilija Trojanow. Beide Interviews sind unter www.integration-durch-sport.de zu finden.

# Hauptanlaufstelle für Neuankömmlinge

## Das Webprogramm WDRforyou produziert Inhalte in drei Sprachen

BURHAN AKID

Nach der Zeit im Sommer 2015, in der mehr als eine Million Menschen nach Deutschland gekommen waren, wurde im Januar 2016 das Webangebot WDRforyou des Westdeutschen Rundfunks ins Leben gerufen.

Die Idee ist: Programm für Menschen zu machen, die in Deutschland neu sind und eine Orientierung für ihr neues Leben brauchen. Es soll Neuankömmlingen beim Ankommen helfen, ihnen Deutschland erklären und auch ein passendes Unterhaltungsprogramm anbieten. Natürlich will WDRforyou aber auch andere Zuschauerinnen und Zuschauer erreichen, die sich für diese Themen interessieren.

Aber wie können diese Menschen, zu denen auch ich damals gehörte, am besten erreicht werden? Dem Team von WDRforyou war schon damals klar, dass »die Neuen« oft keinen Fernseher und kein Radio besitzen, sondern ein Smartphone, denn für sie diente das Handy allein schon als unverzichtbares Hilfsmittel zur Planung von Fluchtrouten sowie zur Kommunikation mit den Menschen in der Heimat. Deswegen wurde das Format für Smartphones geplant, auch damit die Inhalte über soziale Medien schnell geteilt werden können.

Um das Angebot optimal zugänglich zu gestalten, werden die Inhalte auf Deutsch, Arabisch und Persisch produziert. So soll auch denjenigen Nutzern, die noch nicht so gut Deutsch sprechen, geholfen werden, am Leben in Deutschland teilzuhaben. Deutsch soll man immer im Ohr haben bei WDRforyou.

Anfangs waren die Inhalte des Angebots hauptsächlich direkt an den Lebenswelten der Neuankömmlinge orientiert. WDRforyou sah damals seine Aufgabe darin, den Zuschauern Deutschland zu erklären, Antworten auf ihre Alltagsfragen zu liefern und Infos zu Asylverfahren bereitzustellen.

Eine weitere Herausforderung bestand darin, das Vertrauen der Zielgruppe zu gewinnen. Weil es oft falsche Gerüchte gibt, vertrauen viele Geflüchtete eher Gleichgesinnten, die ihnen die Informationen liefern. Daher gehören zu WDRforyou auch Menschen, die selbst eine Migrationsgeschichte haben und die Muttersprachen der Geflüchteten beherrschen, wie Bamdad Esmaili und Falah Elias, die Frontgesichter sozusagen.

Außerdem arbeiten auch Menschen mit im Team, die selbst erst rund um 2015 nach Deutschland kamen. Einige beherrschen inzwischen die deutsche Sprache sehr gut und trauen sich sogar vor die Kamera. Andere arbeiten eher im Hintergrund, sie planen, übersetzen, tragen zur Weiterentwicklung bei und betreuen die Social-Media-Kanäle.

Doch haben sich mittlerweile die Themenschwerpunkte des Formats verändert, denn die Bedürfnisse der Menschen, die vor Jahren nach Deutschland kamen, sind nicht mehr die gleichen wie bei ihrer Ankunft. WDRforyou hat in der Anfangszeit bereits viele existenzielle Fragen beantworten können und ein umfangreiches Erste-Hilfe-Paket geliefert. Trotzdem ist der Informationsbedarf weiterhin enorm groß.

Den Neuankömmlingen Deutschland zu erklären und sie über aktuelle Asylgesetze auf dem Laufenden zu halten, ist längst nicht alles, was WDRforyou tun muss, um durch das Webangebot ein besseres Zusammenleben zu fördern, Brücken zwischen Menschen zu bauen, Perspektiven zueinander zu bringen und mit Klischees aufzuräumen.

Interessanterweise gibt es mittlerweile auch Kritik aus der Community. Ein Beitrag, in dem es um einen homosexuellen Geflüchteten geht, sorgte beispielsweise für Empörung. Denn Homosexualität gehört zu den Themen, mit denen viele Geflüchtete sich schwer tun. Ein Zuschauer schrieb: »WDRforyou wirbt für Unzucht!«

Denn vier Jahre nach dem Sommer 2015 hat sich die Stimmung im Land verändert. Das Wort »Flüchtling« klingt mittlerweile anders. Der rechte Rand ist stärker geworden. Im Deutschen Bundestag sitzt eine Partei, die gegen Geflüchtete hetzt. Deutschland hat immer mehr mit Hassrede zu kämpfen.

WDRforyou sieht seine Aufgabe also zum einen darin, den geflüchteten Menschen die Demokratie als Staatsform und demokratische Grundwerte näher zu erklären. Wer in Syrien oder dem Iran in einer zerstörten Gesellschaft aufgewachsen ist, dem muss oft nicht nur Demokratie nähergebracht werden, sondern auch so manche grundlegenden Werte wie Gleichberechtigung von Mann und Frau, Presse-, Religions- und Meinungsfreiheit. Und, dass der Wohlstand der Deutschen nicht selbstverständlich ist, sondern geschützt werden muss. Die Kunst dabei ist, aufzuklären, ohne oberlehrerhaft zu wirken. Zum anderen muss auch Deutschen vieles über häufige Persönlichkeitsmerkmale der Geflüchteten erklärt werden. Unter anderem deshalb hat WDRforyou eine offene und interkulturelle Diskussion zu den Erfordernissen der gesellschaftlichen Integration von Migranten veranstaltet.

WDRforyou hat gelernt, dass die Zuwanderer eine gewisse Anerkennung brauchen, damit die Fehler im Umgang mit den Gastarbeitern in den 1960er und 1970er Jahren sich nicht wiederholen. Wer einen Aufenthaltsstatus hat, wer legal hier ist, dessen Existenz muss man nicht ständig in Frage stellen. Migranten müssen als dauerhaft hier lebende Menschen gesellschaftlich eingegliedert werden. Deutschland braucht, so habe ich in den vergangenen vier Jahren verstanden, keine Menschen, die sich anfeinden, sondern Menschen, die zueinander finden. Viele Deutsche wissen nicht, mit welchen Schwierigkeiten die Geflüchteten im Alltag zu kämpfen haben und warum sie sich in der einen oder anderen Situation ungewohnt verhalten. Auch das spiegelt sich in der Wahl der Themen wider. So gibt es etwa Diskussionen und Berichterstattung über den Familiennachzug und die tragischen Folgen für Familien, die zum Teil auf unbestimmte Zeit getrennt leben müssen, oder Geflüchtete, die unter psychischen Erkrankungen leiden.

FOTO: DPA

Ramy Al-Asheq aus Syrien ist Chefredakteur der Flüchtlingszeitung »Abwab«

Knapp vier Jahre ist WDRforyou nun alt. Dass die Redaktion auf ihre Leistung sehr stolz ist, drückt nicht alles aus, was das Team fühlt und denkt.

Das Angebot von WDRforyou ist bis heute die Hauptanlaufstelle für Neuankömmlinge in Deutschland. Vor allem die Facebook-Seite erfreut sich mit mehr als einer halben Million Abonnentinnen und Abonnenten großer Beliebtheit. Weitere 115.000 zählen die YouTube- und Instagram-Kanäle.

WDRforyou wächst mit seiner Community zusammen. Es wurden tatsächlich Brücken zwischen Menschen gebaut, Menschen aus zig verschiedenen Kulturen zusammen an einen Esstisch gesetzt und geflüchtete Schülerinnen und Schüler mit dem Bundespräsidenten ins Gespräch gebracht. Denn Demokratie funktioniert in erster Linie, wenn sie praktiziert wird.

Das Feedback der Zuschauenden ist überwiegend positiv. Das Wort »Danke« hört und liest WDRforyou mehrmals am Tag. Den Reporterinnen und Reportern wird tagtäglich auf der Straße von Zuschauerinnen und Zuschauern Dank ausgesprochen, die sich sehr auf ein Selfie mit ihnen freuen.

Die Redaktion beschäftigt sich mittlerweile auch mit Menschen, die in anderen Teilen Europas in miserablen Zuständen leben. WDRforyou will deren Stimmen Gehör verleihen und Missstände in Europa aufzeigen.

Das Team ist momentan unterwegs auf Lesbos in Griechenland. Im Camp Moria, in dem 13.000 Menschen eng aufeinander leben, fragen Kinder Isabel Schayani: »Was bringt es uns, wenn wir mit euch sprechen?« – »Das Einzige, was wir machen können, ist, öffentlich zu machen, was hier passiert«, sagt Isabel, »und das machen wir.«

**Burhan Akid ist Redakteur bei WDRforyou. Im Oktober 2015 flüchtete er nach Europa**

# Diversität und Demokratie

## Kommentar: Für einen Journalismus mit Vielfalt

BEHRANG SAMSAMI

»Wir brauchen mehr Vielfalt in den hiesigen Redaktionen« oder »Die Gesellschaft, wie sie sich in der Bundesrepublik entwickelt hat, findet sich in den Medienhäusern (noch) nicht abgebildet« – es sind solche Sätze, die seit den vergangenen etwa zehn Jahren in der deutschen Öffentlichkeit immer öfter und immer lauter zu hören sind. Und man muss sagen: zu Recht. Dabei betrifft die geforderte Diversität im Journalismus nicht nur Frauen oder Menschen mit Migrationsgeschichte, sondern auch Menschen aus Ostdeutschland oder die eine Behinderung haben oder auch die, deren familiärer Hintergrund oft als »einkommensschwach« oder »bildungsfern« bezeichnet wird.
Redaktionsstuben sollten – im Idealfall – die gesellschaftliche Realität widerspiegeln, damit diese in der Berichterstattung auch ihren Ausdruck findet: So sollen nicht nur Sichtweise und Interesse einiger weniger und nicht selten finanzstarker Gruppen, sondern möglichst vieler verschiedener Bevölkerungskreise artikuliert werden. Es könnten so Themen und Probleme ans Licht kommen, die ansonsten unbehandelt blieben. Das heißt aber nicht, dass die im Journalismus bisher wenig oder überhaupt nicht vertretenen sozialen Gruppen nur eigene Bedürfnisse artikulieren sollen. Es gibt bereits viele Beispiele, dass jemand ein thematisch vielseitig aufgestellter Journalist sein kann. Hier müssen Redaktionen aber auch bereit sein, Zeit und Geld zu investieren, das heißt, die Bedingungen dafür zu schaffen und Menschen auch Chancen zu geben, sich auszuprobieren. Diversität und Multiperspektivität in der Medienwelt einer Einwanderungsgesellschaft, in die sich die Bundesrepublik nach 1949 Schritt für Schritt entwickelt hat, sollten selbstverständlich sein. Eigentlich. Doch Journalismus ist andererseits auch keine Sozialarbeit. Medienhäuser sind primär Wirtschaftsunternehmen, die Informationen als Ware und mit bestimmter Intention – Stichwort Blattlinie – anbieten. Dass die bisherigen Medienmacher, größtenteils männlich, weiß, akademisch und aus der Mittelschicht, hier ihre Positionen und Einflussmöglichkeiten nicht gern teilen möchten, ist gut nachvollziehbar. Andererseits hat sich in der Branche – auch dank des Engagements von Initiativen, Vereinen und Einzelpersonen – schon viel Positives getan. Vielfalt wird vielerorts inzwischen als Bereicherung empfunden. Dennoch gibt es noch viel Luft nach oben.
So steht der Hoffnung, dass der Journalismus hierzulande stärker die soziale Wirklichkeit abbildet, die zunehmende Akademisierung dieses Berufsfeldes entgegen. Ein Studium ist oft Voraussetzung dafür, dass man ein Volontariat absolvieren oder eine Journalistenschule besuchen kann. Zudem muss der Interessierte finanziell in der Lage sein, vorher zahlreiche, meist unbezahlte Praktika zu machen. Und abgesehen davon tummeln sich sowieso sehr viele in diesem Feld, weil »was mit Medien« zu machen in den vergangenen Jahrzehnten stark an Attraktivität gewonnen hat.
Insofern bietet die Diversifizierung und Durchmischung der Redaktionen die Chance, zu einer stärkeren Demokratisierung der Diskurse über das gesellschaftliche Klima und die »sozialen Systeme« zu führen, in denen wir uns bewegen.
Vielfalt kann zudem auch ökonomisch positiv gesehen werden. Sie kann dazu führen, neue Zielgruppen zu gewinnen. Im Fall der öffentlich-rechtlichen Anstalten handelt es sich auch um solche Menschen, etwa mit Migrationsgeschichte, die die Rundfunkgebühren zwar mit bezahlen, sich im Programmangebot aber wenig oder gar nicht wiederfinden, weil ein Bewusstsein der Mehrheit der bisher für die Inhalte Verantwortlichen für deren Interessen und Wünsche komplett fehlt oder diese schlicht ausgeblendet werden.
Dass Diversität und Multiperspektivität hierzulande im Journalismus aus einem weiteren Grund wichtig und nötig ist, macht auch der insbesondere durch den »Flüchtlingssommer« 2015 ins Bewusstsein getretene und verstärkte Rechtsruck in Deutschland deutlich. Nach vier Jahren etwa sitzt die »Alternative für Deutschland« im Bundestag, im Europaparlament und in allen deutschen Landtagen. Alexander Gauland und Jörg Meuthen sind gern gesehene Gäste in Talkshows und gefragte Interviewpartner. Es ist so auch ein Gebot der Stunde, deren Präsenz in der Öffentlichkeit und Einflussnahme auf die Meinungsbildung, aber auch der mit Klischees und Angst spielenden Berichterstattung bestimmter Medien, etwa in Sachen Migration und Integration, etwas anderes, etwas Positives entgegenzuhalten: Besonnene, sachliche und kritische Medienarbeit – und, ja, auch Aufklärung. Dazu gehört auch und vor allem eine Berichterstattung, die tradierte, oft negativ besetzte Bilder vom anderen, wer immer es auch sei, durchbricht. Und zwar dadurch, dass sie das Gemeinsame statt das Trennende betont und Vielfalt als Normalzustand behandelt, ohne die Probleme zu verschweigen, die es in einer globalisierten Gesellschaft zwangsläufig auch gibt.

**Behrang Samsami ist freier Journalist**

THEMA

# Garant für diverse Inhalte

## Das ZDF treibt Vielfalt im Programm selbstkritisch voran

THOMAS BELLUT

Die Medienlandschaft ist im Wandel begriffen. Internationale Konzerne geben bereits jetzt im Netz den Ton an. US-Akteure wie Apple, WarnerMedia und Walt Disney werden demnächst neue Streamingportale in Europa starten. Die Fragmentierung der Medienlandschaft erschwert es zunehmend, ganz unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gleichzeitig zu erreichen. Zeitgleich erleben wir aktuell eine Polarisierung und Spaltung der Gesellschaften in Amerika und Teilen Europas, vor allem durch rechtspopulistische Tendenzen und Parteien, in bislang unbekanntem Ausmaß. Hass, Respektlosigkeit, Misstrauen, Ablehnung und interessengeleitete Fehlinformation sind spürbar – im Netz noch stärker als im realen Leben. Eine aktuelle Studie des Leibniz-Instituts für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut, des Instituts mindline und des ZDF kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich rund ein Drittel der Bevölkerung mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zufrieden ist – mit abnehmender Tendenz.

Das ZDF stellt sich diesem Wandel und ist mit ähnlichen Herausforderungen wie andere Institutionen mit gesellschaftlicher Bindekraft konfrontiert, wie z. B. Volksparteien oder andere Qualitätsmedien. Gerade bei der Ansprache junger Menschen und von Bevölkerungsgruppen, die enttäuscht von Politik und Demokratie sind, braucht es neue Herangehensweisen. Wichtige Ansätze für das ZDF sind dabei beispielsweise die ZDF Mediathek, die Weiterentwicklung von heute.de oder funk. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist trotz der beschriebenen Tendenzen nach wie vor ein Ort, an dem die Menschen zusammenkommen und dem eine integrative Kraft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zugesprochen wird, auch von Jüngeren. ZDF und ARD erzielten mit ihren Fernsehsendern gemeinsam im ersten Halbjahr 2019 einen Marktanteil von knapp 50 Prozent (48,3%) bei allen Zuschauern im TV. Monatlich erreichen ZDF und ARD nach wie vor rund 92 Prozent der Bevölkerung mit ihren Sendungen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist neben den regionalen und überregionalen Qualitätszeitungen das Medium, dem die Menschen am meisten vertrauen. Mit einem hohen Informationsanteil, aber auch vielfältigen und anspruchsvollen fiktionalen Inhalten aus Deutschland und Europa unterscheidet sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk deutlich von der kommerziellen Konkurrenz im TV und im Netz.

Es ist der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen, jeden Einzelnen anzusprechen, allen eine Stimme zu geben und zu einem Verständnis aller gesellschaftlichen Gruppen beizutragen. Diesem Anspruch gerecht zu werden, ist heute deutlich schwieriger, aber auch noch bedeutender als früher.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat dabei drei wesentliche Funktionen zu erfüllen:

### Demokratiefunktion

Fake News und interessengeleiteten PR-Kampagnen kann nur mit objektiver und ausgewogener Berichterstattung begegnet werden. Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung trägt durch Fakten, Objektivität, Ausgewogenheit sowie die verständliche Darstellung von Hintergründen und Zusammenhängen zur Meinungs- und politischen Willensbildung bei.

### Integrationsfunktion

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann nach wie vor eine Vielzahl von unterschiedlichen Menschen in Verbindung und Austausch bringen und sie mit Inhalten konfrontieren, mit denen sie sonst nicht in Kontakt gekommen wären. Nutzer können sich mit Erfahrungen aus ihrer eigenen Lebenswelt auseinandersetzen und bekommen darüber hinaus auch Einblicke in andere Lebensentwürfe und Wertvorstellungen. Konflikte werden thematisiert, unterschiedliche Meinungen werden erlebbar. Nur ein inhaltlich vielfältiges Angebot, das verschiedenste Zugangswege nutzt und mit den einzelnen Angeboten ganz unterschiedliche Publika anspricht, kann in seiner Gesamtheit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Ein kluger Genre-Mix aus Information, Bildung und Unterhaltung sowie geschickt aufeinander abgestimmte lineare und nonlineare Ausspielwege sind mögliche Antworten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf Filterblasen, Polarisierung und Populismus.

### Kulturfunktion

Der öffentlich-rechtliche Kulturauftrag umfasst mehr als reine Kulturberichterstattung. Es geht ganz zentral auch darum, die kulturellen Werte Europas, wie z. B. Humanität, Freiheit, Gleichheit und Rechtstaatlichkeit, zu reflektieren. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein Garant für nationale und europäische Inhalte, die die Werte bzw. Grundlagen unserer Kultur und unseres Zusammenlebens z. B. in Kultur- und Wissenschaftssendungen, Politikmagazinen, Dokumentationen, aber auch Fernsehfilmen und Serien oder Satireformaten für unterschiedliche Publika aufgreifen.

Alle drei Funktionen sind essenziell für das Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft und für die Demokratie. Das ZDF verengt den Integrationsbegriff deshalb auch nicht auf einzelne spezifische Zielgruppen, sondern versteht Integration im Sinne des staatsvertraglich verankerten Vielfaltsgedankens. Vielfalt herzustellen ist für das ZDF eine Querschnittsaufgabe über alle Programmangebote. Unser Anspruch ist, ein umfassendes Bild der Wirklichkeit in Deutschland zu vermitteln, das Geschehen in den Ländern und die kulturelle Vielfalt Deutschlands sichtbar zu machen und dabei die Zusammengehörigkeit im vereinten Deutschland zu befördern. Dies findet im ZDF Ausdruck im Programm beispielsweise:

- durch crossmediale Programmschwerpunkte zu gesellschaftlich relevanten Themen: Z. B. anlässlich 30 Jahre Mauerfall thematisiert das ZDF in diesem Jahr in besonderem Maße das Zusammenleben in Ost und West;
- durch Transparenz und Dialog mit dem Publikum: Unter anderem mit »Moma vor Ort« geht das ZDF-Morgenmagazin in verschiedene Städte, greift vor Ort Besonderheiten, aber auch Probleme auf, die das ganze Land betreffen, und kommt mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt ins Gespräch.

Vielfalt im Programm kann allerdings nur durch Vielfalt im Unternehmen gelingen. Das ZDF war bereits 2007 einer der ersten Unterzeichner der Charta für Vielfalt, einer Arbeitgeberinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen. Diese soll aktuell durch eine Unternehmenscharta für Vielfalt, Inklusion und Chancengleichheit im ZDF ergänzt werden. Vielfalt ist für das ZDF ein zentrales Unternehmensziel, das Eingang in die Führungsinstrumentarien des ZDF gefunden hat. Ferner ist Diversity-Management ein integraler Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie des ZDF. Die konkrete Umsetzung erfolgt auf verschiedenen Ebenen im Unternehmen, z. B. durch die organisatorische Verankerung und gezielte Personalmaßnahmen – etwa Diversität als fester Bestandteil in der Führungskräftefortbildung, kulturelle Vielfalt als Auswahlkriterium vor und hinter der Kamera.

Trotz aller Bemühungen gibt es Menschen, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kritisch gegenüberstehen. Das ZDF nimmt Kritik zum Ansporn, den eingeschlagenen Weg im Unternehmen und im Programm selbstkritisch voranzutreiben. Maßgabe dafür ist unser Auftrag, der angesichts der gesellschaftlichen und medialen Veränderungen heute aktueller und wichtiger denn je erscheint.

**Thomas Bellut ist Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens**

FOTO: DPA

**Anas M. am 6.2.2017 vor dem Landgericht Würzburg: Der Geflüchtete aus Syrien beantragte eine einstweilige Verfügung gegen Facebook, weil sein Selfie mit Angela Merkel mehrfach neben Fahndungsfotos von Terroristen montiert wurde**

# Vom Küchentisch aus in die Medienszene

## Amal, Berlin! stellt sich vor

Die Schwestern Julia und Cornelia Gerlach hatten vor vier Jahren die Idee zu Amal, Berlin!, einer Internetplattform mit Nachrichten aus Berlin auf Arabisch und Farsi/Dari. Mittlerweile gibt es auch einen Ableger in Hamburg. Theresa Brüheim spricht mit Julia Gerlach über die Bedeutung lokaler Nachrichten in verschiedenen Sprachen und mehr.

**Theresa Brüheim: Was ist »Amal, Berlin!«? Wann wurde es ins Leben gerufen? Was beinhaltet es?**
Julia Gerlach: Die Idee ist 2015 entstanden. Nach acht Jahren als Korrespondentin in Kairo kam ich nach Berlin und mitten hinein in den Strom der Geflüchteten und die Willkommenskultur. Unter den Ankommenden waren viele Journalisten, für die es schwer ist, in deutschen Medien einen Job zu finden. Zugleich gab es unter der großen Masse der Geflüchteten einen Bedarf an zuverlässigen Informationen. Es waren damals sehr viele Gerüchte unterwegs. Buchstäblich am Küchentisch kamen meine Schwester und ich auf die Idee, diese beiden Bedürfnisse zu kombinieren. So entstand die Idee zu Amal, Berlin! Es ist eine Nachrichtenplattform, die auf Arabisch und Farsi/Dari über alles berichtet, was in Berlin passiert. Geflüchtete Journalisten finden eine berufliche Perspektive und die Neuangekommenen können sich informieren. Wir erklären und belehren nicht, sondern berichten journalistisch: Was ist im Roten Rathaus los? Warum fährt die U-Bahn nicht und was kann ich am Wochenende anschauen? Als Träger konnten wir schnell die Evangelische Journalistenschule in Berlin gewinnen. Dort haben wir unsere Redaktionsräume. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat uns die ersten zweieinhalb Jahre allein finanziert. Seit 2019 haben wir mit der Körber-Stiftung, der Schöpflin Stiftung, der Stiftung Mercator und einigen Landeskirchen noch weitere Partner gefunden. Im März 2019 haben wir Amal, Hamburg! gestartet. Unsere Redaktion dort sitzt im Newsroom des Hamburger Abendblattes.

**Wer beteiligt sich bei »Amal, Berlin!«? Wie ist die Redaktion zusammengesetzt? Was bedeutet Integration bei »Amal, Berlin!«?**
Angefangen haben wir mit zehn Journalistinnen und Journalisten aus Syrien, Iran, Afghanistan und Ägypten. Inzwischen haben wir 14 feste halbe Stellen und einige freie Mitarbeiter. Alle sind erst vor Kurzem nach Deutschland geflohen und haben vorher in ihren Heimatländern bereits als Journalisten gearbeitet. Manche haben Journalismus studiert, andere sind durch die Ereignisse in ihren Ländern zu Bürgerjournalisten geworden. Integration findet bei uns einerseits in der Redaktion statt: Die Kolleginnen und Kollegen berichten über das, was um sie herum passiert. Sie gehen zu Pressekonferenzen, besuchen Veranstaltungen, machen Interviews. Man kann sagen: Sie sind Teil der Berliner Journaille. Zugleich arbeiten bei Amal Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft zusammen: Viele haben uns vorhergesagt, dass ein Team mit Syrern, Iranern und Afghanen nicht lange hält. Amal zeigt aber, dass es doch geht. Auch die Berichterstattung dient der Integration – nach dem Motto: Nur wer weiß, was passiert, kann mit-machen. So hilft Amal den Lesern, sich in ihrer neuen Umgebung zu Hause zu fühlen.

**Inwieweit hat »Amal, Berlin!« den Anspruch, auch deutschsprachige Leserinnen und Leser einzubeziehen? In welche Richtung soll »Amal, Berlin!« in Zukunft entwickelt werden?**
Als Amal, Hamburg! startete, gab es unter den Lesern des Hamburger Abendblattes eine heftige Debatte: Warum berichtet ihr nicht auf Deutsch? Indem ihr auf Arabisch und Farsi/Dari berichtet, verhindert ihr, dass die Leute Deutsch lernen, so der Vorwurf. Wir sehen das anders: Es gibt ja viele Zeitungen und Web-Portale, die auf Deutsch berichten. Es gab aber bislang noch kein Nachrichtenangebot, wo sich Menschen informieren können, die noch nicht genug Deutsch lesen können, um diese Zeitungen zu verstehen. Das macht jetzt Amal. Wir finden, dass Leute auch schon wissen sollen, was passiert, bevor sie Deutsch gelernt haben. Natürlich ist unser Amal-Blickwinkel auf die Gesellschaft auch für deutsche Leser interessant. Deswegen arbeiten wir mit deutschen Medien zusammen, die unsere Texte in Übersetzung veröffentlichen. Diese Kooperationen möchten wir ausbauen. Geplant sind auch weitere Veranstaltungen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen und wir würden gerne helfen, auch in anderen Städten Amal-Redaktionen aufzubauen. Wir sind ja nicht das einzige Projekt in diesem Bereich. Gerade erst haben wir ein bundesweites Treffen mit anderen Exil-Medienprojekten veranstaltet. Dabei wurde ganz deutlich: Die deutsche Medienlandschaft ist in den vergangenen Jahren ein gutes Stück bunter geworden.

**Vielen Dank.**

**Julia Gerlach leitet gemeinsam mit ihrer Schwester Cornelia Gerlach das Projekt Amal, Berlin! und Amal, Hamburg!. Sie ist Journalistin und Autorin mehrerer politischer Sachbücher. 2008 bis 2015 berichtete sie als Korrespondentin für die Berliner Zeitung, Frankfurter Rundschau und Focus aus Kairo. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur**

# Aus den Communities für die Communities

## Drei Fragen an Handbook Germany

Handbook Germany, ein Projekt der Neuen deutschen Medienmacher*innen, ist ein mehrsprachiges Informationsportal das eng mit der eigenen Zielgruppe zusammenarbeitet, um dieser das Ankommen in Deutschland zu erleichtern. Theresa Brüheim fragt nach bei der Redaktionsleiterin Mosjkan Ehrari, wie das funktioniert.

**Theresa Brüheim: Was ist Handbook Germany? Was kann man sich unter einem Handbook zu Deutschland vorstellen?**
Mosjkan Ehrari: Wir sind digital und integrativ. Geflüchtete und alle, die neu in Deutschland sind, finden auf dem zentralen deutschlandweiten Webportal handbookgermany.de detailreiche Informations- und Unterstützungsangebote von Behörden, Organisationen und Initiativen werden gebündelt und von unserem mehrsprachigen Redaktionsteam aus Journalisten mit zumeist eigener Fluchtgeschichte in Arabisch, Dari/Farsi, Englisch Deutsch, Türkisch, Französisch und Paschto zielgruppengerecht und bedürfnisorientiert aufgearbeitet und so für die Orientierungssuchenden auffindbar gemacht. Dabei bietet Handbook Germany Informationen zu aufenthaltsrechtlichen und anderen Rechtsfragen, aber auch zu den Themenbereichen Arbeit, Bildung, Leben, Gesundheit und Familie sowie Wohnen an. Da unsere Zielgruppen vornehmlich mobil ins Internet gehen, ist handbookgermany.de für die Nutzung mit Smartphones ausgerichtet. Auch unsere aufsuchende Informationsarbeit in den sozialen Medien hat zum Ziel, unsere Zielgruppen dort zu erreichen, wo sie sich aufhalten, um mit ihnen über ihre Bedürfnisse zu kommunizieren.

**Handbook Germany ist ein Informationsportal aus den Communities für die Communities geflüchteter Menschen. Welcher Gedanke steht dahinter? Wieso ist das »Miteinander« hier besonders wichtig?**
Viele Menschen aus Drittstaaten, die jetzt in Deutschland leben, kommen aus Ländern, die eine wie in Deutschland bestehende Beratungs- und Unterstützungslandschaft nicht kennen. Etliche der hiesigen Angebote werden von ihnen kaum genutzt. Dabei spielen auch Fragen wie »Wem kann ich vertrauen?« und »Wer spricht meine Sprache?« eine bedeutende Rolle. Es wird lieber innerhalb der eigenen Community nach Antworten gesucht. Darum ist es uns auch so wichtig, dass die Journalisten, aber auch die Protagonisten in unseren Videos aus den Communities kommen. Sie sprechen die gleiche Sprache und kennen die vielen Hürden und Integrationsetappen. Sie haben die Phase des Ankommens, des Spracherwerbs und der Suche nach Alltagsnormalität oft selbst erlebt. Es findet eine Kommunikation auf Augenhöhe statt, die für die Vertrauenswürdigkeit bedeutend ist. Wir passen uns dem Nutzungsverhalten der Communities an, denn diese suchen online nach Antworten, z. B. in Facebook-, WhatsApp- und Telegram-Gruppen. Darum sind die Social-Media-Kanäle von Handbook Germany so bedeutend. Denn hier sind wir nicht anonym. Wir sind so was, wie ihre digitale Verwandtschaft. Handbook Germany steht im direkten Austausch mit den Communities.

**Inwieweit ist Handbook Germany ein Ausdruck von Demokratie und Integration? Was genau leistet es dafür – auch in Zukunft?**
Viele digitale Angebote sind neben der fehlenden Mehrsprachigkeit zumeist monothematisch ausgerichtet. Die Fragestellungen von Ratsuchenden sind jedoch oft sehr komplex. Ein Großteil der neu angekommenen Menschen hat Fragen zu einer ganzen Bandbreite von Themen, die sich zum Teil überschneiden. Dass z. B. die Arbeitserlaubnis mit dem Aufenthaltstitel zusammenhängt, eine Ausbildung die eigenen Zukunftschancen auf einen besseren Aufenthaltstitel erhöhen kann oder die Anmietung von Wohnraum von den eigenen Einkünften abhängt, muss erst einmal vermittelt werden. Durch unsere Informationen geben wir den Menschen die Möglichkeit, systemische Zusammenhänge zu verstehen, behördliches Zusammenspiel zu erkennen sowie eigenes Wissen zu erlangen und für sich eine informierte Entscheidung zu treffen. Wenn der Mensch Wahl- und Handlungsmöglichkeiten erfährt und ermächtigt wird, diese zu nutzen, ist er Bestandteil von demokratischen und integrativen Prozessen. Auf diesem Weg möchten wir auch in Zukunft Neuzugewanderte, sei es als Schutzsuchende oder als Fachkraft, aus einem Drittland in noch mehr Sprachen begleiten und ihnen mit bedürfnisgerechten, professionellen und verlässlichen Informationen die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben in Deutschland möglich machen.

**Vielen Dank.**

**Mosjkan Ehrari ist Projekt- und Redaktionsleitung von Handbook Germany. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur**

# Umkämpfte Diskurshoheit

## Die Neuen deutschen Medienmacher*innen setzen sich für Vielfalt in den Medien ein

SHEILA MYSOREKAR

Die Zeiten, wo man alle wichtigen Nachrichten in der Tagesschau um 20 Uhr erfuhr oder Politiker ihre Meinung durch die »Welt am Sonntag« in die deutschen Wohnzimmer trugen, sind vorbei. Vor allem ist die gemeinsame Erzählung vorbei – es gibt nicht mehr ein einziges klares Narrativ, das dieses Land vereint: z. B., dass Demokratie die beste Staatsform ist, die Deutschland je gehabt hat oder dass Menschenrechte für alle gelten oder dass öffentlich-rechtliche Medien den Auftrag haben, mit umfassender Berichterstattung die Meinungsvielfalt zu sichern.

Gerade die Medien sind zu einem umkämpften Feld geworden. Wir alle sehen dies, sobald wir die Zeitung aufschlagen, den Fernseher einschalten oder in die sozialen Medien gehen. Auf allen Kanälen versuchen rechtsradikale Gruppen, die Diskurshoheit an sich zu reißen, insbesondere wenn es um die Themen Flucht, Migration und Integration geht. Die Absicht dahinter ist, die Einwanderungsgesellschaft als solche in Frage zu stellen.

In weiten Teilen haben sie das bereits geschafft. Die öffentliche Meinung ist beispielsweise sehr negativ gegenüber Arbeitsmigranten aus Südosteuropa eingestellt. Auch afrikanische Geflüchtete – egal aus welchem Land sie kommen – werden in Bausch und Bogen verurteilt als Leute, die nur wegen der Sozialhilfe nach Deutschland wollen. Diese Anschuldigungen sind absurd; sie zeigen jedoch, wie weit eine rechte Denkweise in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Rechtsextreme Kampfbegriffe wie »Islamisierung« oder »Passdeutsche« werden inzwischen auch von seriösen Medien benutzt.

Wir müssen uns die Kontrolle über den Diskurs zurückholen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Rechtsradikale darüber bestimmen, wie über Sozialhilfeempfänger, Muslime oder Geflüchtete gedacht und geurteilt wird – oder dass eine Errungenschaft, nämlich das friedliche Zusammenleben in unserer vielfältigen und weltoffenen Gesellschaft, durch völkisches Gedankengut angegriffen wird. In diesem Kampf um Diskurshoheit spielen Medien eine entscheidende Rolle. Nicht die politische Haltung ist hier das Entscheidende, sondern das Bewusstsein, in einer vielfältigen Gesellschaft zu leben – und dass dies bewahrenswert ist. Daran muss man jedoch arbeiten; das passiert nicht von allein. Schon gar nicht in Redaktionen, die ausschließlich von weißen Deutschen besetzt sind, ohne ethnische oder religiöse Minderheiten.

Ein Verein, der sich für mehr Vielfalt in den Medien einsetzt, sind die Neuen deutschen Medienmacher*innen (NdM). Wir sind Journalistinnen und Journalisten mit und ohne Einwanderungsgeschichte. Unserer Ansicht nach ist Vielfalt in den Medien notwendig, sowohl beim Personal in den Redaktionen wie auch bei der Berichterstattung.

Als die NdM vor zehn Jahren gegründet wurden, war Diversität noch ein Fremdwort in der deutschen Medienlandschaft; über Repräsentation von Minderheiten wurde nicht gesprochen. Das hat sich geändert; auch aufgrund unserer Arbeit.

Ein Viertel aller Menschen in Deutschland kommt aus Familien mit Einwanderungsgeschichte. In vielen Berufen jedoch sind sie unterrepräsentiert, z. B. in der Politik und in der Verwaltung – und auch in den Medien. Das ist problematisch, da auf diese Weise in den Redaktionen ausschließlich die Perspektive der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft tonangebend ist.

Medien müssen jedoch über und für die gesamte Gesellschaft berichten. Leider herrscht in vielen Medienhäusern eine einseitige und stereotypisierende Berichterstattung über Migranten, Geflüchtete, Muslime oder schwarze Deutsche vor. Dies verstärkt die Diskriminierung gegenüber Minderheiten, was wiederum den sozialen Frieden im Land bedroht.

Redaktionen, deren Belegschaft aus diversen Gruppen kommen – Männer und Frauen, mit unterschiedlichen Religionen, aus verschiedenen ethnischen Communities – haben besseren Zugang zu der Gesamtheit der Gesellschaft und können deswegen besser und umfassender berichten. Redaktionen, die sich über Stereotype in Bild und Sprache bewusst sind, laufen weniger Gefahr, unbewusst Vorurteile zu schüren und so die Differenzen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen zu bestärken. Mit anderen Worten: Auf diese Weise können Medien in diesen politisch polarisierten Zeiten zum guten und friedlichen Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen.

In vielen Redaktionen jedoch sprechen und berichten weiße Deutsche über Migration, aus ihrer Perspektive, ohne die Perspektive derer zu hören oder zu berücksichtigen, die eigene Erfahrungen mitbringen: Erfahrung der Migration und Erfahrung der Diskriminierung.

Dies ist ein generelles Problem: Gespräche und Entscheidungen über ethnische oder religiöse Minderheiten finden oft statt, ohne dass die Betroffenen überhaupt anwesend sind, geschweige denn, dass sie ein Mitspracherecht haben. Obwohl es im Grundgesetz in aller Deutlichkeit steht, haben durchaus nicht alle Menschen gleichermaßen Zugang zu Bildung, zu Wohnungen, zu Mitsprache, zu Sicherheit und so weiter.

Der Grund dafür wird in der Öffentlichkeit jedoch selten angesprochen. Struktureller Rassismus und Diskriminierung ist kein vieldiskutiertes Thema in den Medien. Und auch bei verschiedenen Fachtagungen werden eher die Symptome angegangen – etwa schlechte Bildungskarrieren migrantisch markierter Schulkinder – als dass der zugrunde liegende strukturelle Rassismus angesprochen und bekämpft wird.

Ein Kind, das in der Schule ausgegrenzt wird, das miterlebt hat, wie die eigenen Eltern von den Lehrern diskriminiert werden – diesem Kind wird es schwerfallen, Selbstvertrauen zu finden und einen positiven Bezug zur Schule und den dort Lehrenden aufzubauen. Und die Lehrenden erkennen und entwickeln die Potenziale dieses Kindes nicht – Potenziale, die Deutschland braucht. Jeder Jugendliche, der die Schule abbricht, jedes Mädchen, das nach der hundertsten Bewerbung aufgibt, einen Job zu suchen, sind verlorene Talente, die diesem Land fehlen.

Es gibt zahlreiche Studien, die den Zusammenhang zwischen unterbrochenen Bildungskarrieren und struktureller Diskriminierung nachgewiesen haben. Die UNESCO hat darauf hingewiesen, dass Deutschland in dieser Hinsicht zu wenig unternimmt. Wo der Staat nicht handelt, muss die Zivilgesellschaft eingreifen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE

**Aufnahmebreit: Journalisten erwarten die Geflüchteten beim Grenzübertritt in Kroatien am 18.9.2015**

Dies gilt nicht nur für den Bildungsbereich. Das gilt für Bekämpfung der Armut, für Sozialarbeit, für Flüchtlingshilfe. Das Thema Migration, aber auch die Themen Rassismus und Diskriminierung sind Querschnittsthemen. Wenn dazu keine klare Haltung gefunden wird, dann fehlt ein entscheidendes Element. Und die Haltung dazu gibt das Grundgesetz vor.

Die Medien haben an diesem Punkt eine besondere Verantwortung, denn über sie läuft der öffentliche Diskurs. Aber es ist noch viel Aufklärungsarbeit notwendig, um die Medienschaffenden für diese Aufgabe zu stärken.

Die NdM machen genau dies. Wir gehen in Redaktionen, um zu beraten und den Kollegen zu helfen, mit den politisch heiklen Themen Flucht und Migration adäquat umzugehen. Wir geben Medientrainings über Extremismus im Netz und vernetzen junge Nachwuchsjournalisten mit Migrationsgeschichte mit erfahrenen Kollegen, die ihnen bei den ersten Schritten ins Berufsleben helfen. Wir bieten Tipps, wie man Hate Speech im Internet begegnen kann; wir haben ein Glossar mit Begriffen der Einwanderungsgesellschaft erstellt; wir bilden Fotografen fort, damit sie in ihren Fotos keine Stereotypen abbilden.

Viel hat sich bereits getan, vor allem bei Hörfunk und Fernsehen. Viele Redaktionen haben ein diverseres Personal als vor zehn Jahren, gerade unter den jungen Kollegen. Viele haben das Glossar der NdM auf dem Schreibtisch liegen. In Interviews werden öfter auch Experten mit Migrationshintergrund gehört – und zwar nicht zu Themen wie Islamismus. Das heißt, es hat sich viel zum Positiven gewandelt.

Doch der Druck auf die Medienhäuser hat sich erhöht. Sobald ein Artikel oder eine Sendung veröffentlicht wird, die Migration wünschenswert oder auch nur als normal darstellt, wird die Redaktion von Hasskommentaren überflutet. Dies geht auf das Konto einer kleinen, aber sehr lauten Minderheit. Wir alle müssen daran arbeiten, dass sie nicht zur Mehrheit wird.

**Sheila Mysorekar ist Journalistin und Vorsitzende der Neuen deutschen Medienmacher*innen**

THEMA

# Wissenschaftliche Expertise in der Migrationsdebatte

## Der Mediendienst Integration ist Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Journalismus

MEHMET ATA

Der Mediendienst Integration ist eine Servicestelle für Journalisten, die sich mit Fragen der Einwanderungsgesellschaft beschäftigen. Auf unserer Webseite mediendienst-integration.de bereiten wir Informationen zu den Themen Migration, Integration und Asyl, aber auch zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und militantem Islamismus übersichtlich auf. Dabei verlinken wir stets zu Originalquellen, damit Medienschaffende weiterrecherchieren können.

Wo nötig, ordnen wir Statistiken ein. Denn oft ist nicht sofort ersichtlich, was Zahlen genau aussagen. Ein Beispiel: Anfang 2018 gab es eine teils hitzige Diskussion darüber, dass Kindergeldzahlungen ins EU-Ausland zugenommen haben. Für Fachleute war die Entwicklung aber nicht überraschend und auch kein Grund zur Aufregung. Die Zahlungen seien deshalb gestiegen, weil viel mehr EU-Ausländer in Deutschland leben, arbeiten und Steuern zahlen als noch vor ein paar Jahren.

In anderen Fällen existieren mehrere Statistiken nebeneinander. So weiß niemand genau, wie viele Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland leben. Die amtlichen Zahlen für 2018 variieren zwischen 9,9 und 10,9 Millionen – je nach Erhebungsmethode. Wie es zu diesen unterschiedlichen Angaben kommt, erklären wir auf unserer Webseite.

Zudem schaffen wir mit eigenen Recherchen Überblick: Wie viele Polizeibeamte mit Migrationshintergrund gibt es? Wie viele Bundesländer bieten herkunftssprachlichen Unterricht an? Und wie hat sich die Zahl der Ärzte und Pflegekräfte aus dem Ausland entwickelt? Zu diesen Fragen haben wir Informationspapiere erstellt. In anderen Fällen verfassen Wissenschaftler ausführliche Expertisen für uns, unter anderem zu der Frage, ob sich Willkommensklassen bewährt haben, oder zu der Frage, wie groß die Gefahr durch rechten Terror ist.

Der Mediendienst vermittelt auch Fachleute für die Berichterstattung. Journalisten können sich bei uns melden und erhalten innerhalb kürzester Zeit Kontakt zu Experten aus Wissenschaft und Praxis.

Einen wichtigen Teil unserer Arbeit machen unsere Presseveranstaltungen aus. Dabei bringen wir Fachleute aus Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit Journalisten zusammen. Die Themenpalette ist sehr breit: Mal ging es um Deradikalisierung von militanten Islamisten im Gefängnis, mal um den UN-Flüchtlingspakt oder um das Einwanderungsgesetz. Die Veranstaltungen finden bundesweit statt; so erreichen wir nicht nur Hauptstadtjournalisten, sondern auch Lokal- und Regionalzeitungen.

Gegründet wurde der Mediendienst vor sieben Jahren. Der Projektträger ist der Rat für Migration, ein bundesweiter Zusammenschluss von Wissenschaftlern. Von Beginn an war es das Ziel des Mediendienstes, Zahlen und Fakten zu vermitteln sowie wissenschaftliche Expertise in die Debatten um Migrationsthemen einzubringen. Zudem weisen wir auf blinde Flecke der Berichterstattung hin. An diesen grundlegenden Zielen hat sich nichts geändert.

Seit der Gründung hat sich der Mediendienst stetig weiterentwickelt. Die Webseite umfasst deutlich mehr Dossiers als vor einigen Jahren. Zuletzt wurde sie um englischsprachige Inhalte erweitert. Gleichzeitig versucht der Mediendienst, seinen Service-Charakter weiter zu stärken. Etwa mit Texten zu der Frage, was man bei der Berichterstattung über Rechtsextremismus beachten kann oder wie ein guter Umgang mit Bildern von Terror aussehen könnte.

FOTO: DPA

**Der Journalist Constantin Schreiber bei der Produktion der arabischen Nachrichtensendung »Marhaba - Ankommen in Deutschland«**

Anfang 2017 hat der Mediendienst zusammen mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld eine Studie vorgestellt, wie oft Journalisten von »Hate Speech« betroffen waren. Es ist ein Thema, das Redaktionen seit geraumer Zeit beschäftigt. Zugleich gab es keine Zahlen darüber, wie viele Journalisten betroffen sind. Deshalb hat der Mediendienst die Studie initiiert. Demnach waren 42 Prozent der befragten Journalisten 2016 selbst von Angriffen betroffen, 26 Prozent sogar mehrmals oder regelmäßig. Zwei Drittel waren der Meinung, dass Hate Speech zugenommen habe. Jeder Zweite fühlte sich von den Angriffen belastet.

Die letzten Jahre haben gezeigt: Die Angebote des Mediendienstes werden rege nachgefragt. Der Bedarf nach einer Servicestelle, die an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Journalismus arbeitet und verlässlich Zahlen und Studien aufbereitet, ist ungebrochen.

**Mehmet Ata leitet den Mediendienst Integration**

# Frische Meinungen

## MiGAZIN bringt Stimmen und Meinungen aus ungewohnten Perspektiven

Das MiGAZIN ist ein Online-Fachmagazin, das sich schwerpunktmäßig mit den Themen Integration und Migration in Deutschland auseinandersetzt und dabei einen anderen Blick auf Politik, Gesellschaft, Recht und Kultur wirft. Maike Karnebogen spricht mit dem Gründer und Herausgeber Ekrem Şenol über die Entwicklung des Magazins und seine Bedeutung für Demokratie und Integration.

**Maike Karnebogen: Was ist MiGAZIN?**
Ekrem Şenol: Das MiGAZIN ist ein Debatten- und Nachrichtenmagazin zu Migrationsthemen. Es ist ein Fachmagazin, in dem auch Personen und Meinungen Platz finden, die in den etablierten Magazinen zu kurz oder gar nicht vorkommen. Es ist aber auch eine Bühne für Journalisten und Personen aus der Fachwelt, die ihre Themen in den anderen etablierten Medien nicht platzieren können, weil sie für das Zielpublikum, das in den Augen der meisten Redaktionen immer noch ausschließlich deutsch und ohne Migrationshintergrund ist, zu speziell oder vermeintlich uninteressant sind. Das MiGAZIN hingegen hat ein gemischtes und besonders themenaffines Publikum. Es kann deshalb mehr Hintergrund, mehr Detail bringen und hat auch Platz für sogenannte »exotische« Themen.

**Was hat sich seit der Gründung 2009 getan?**
In den Anfangsjahren hat MiGAZIN noch mehr über Integration geschrieben und berichtet – Spracherwerb, Einbürgerung, Aufenthaltstitel, Diskriminierung auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt. Es ging überwiegend um Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben. Seit den Fluchtbewegungen in den letzten Jahren steht Migration stärker im Fokus und es geht überwiegend um Menschen, die neu eingewandert sind. Auch hier spielen Integrationsthemen eine Rolle, allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Wir reden und debattieren über Integration wieder wie in den 1970ern und 1980ern. Wir wiederholen die Fehler von damals.

**Welche Fehler sind das?**
Wir verkennen erneut, dass Menschen schon binnen weniger Jahre – auch ohne Integrationsangebote – anfangen, Wurzeln zu schlagen. Viele werden wie die sog. »Gastarbeiter« auf Dauer in Deutschland bleiben. Unsere Politik hingegen ist auf ihre Rückkehr fokussiert, statt auf frühzeitige Integration – genau wie damals.

**Wie fördert MiGAZIN heute Demokratie in Deutschland?**
Demokratie lebt von Meinungsvielfalt und der Debatte. MiGAZIN bringt Stimmen und Meinungen, die oft aus einer ungewohnten Perspektive kommen. Insofern fördern wir den demokratischen Diskurs und zeigen, dass es in Deutschland mehr Meinungen gibt, als die, die in klassischen, großen Medien immer wieder abgebildet werden.

**Wie kann man sich bei der Redaktion von MiGAZIN beteiligen?**
Die Beteiligung ermöglicht MiGAZIN über das Programm MiGMACHEN. Es ist offen für jeden, der sich konstruktiv einbringen möchte. Die Anforderungen sind bewusst niedrig. Unerfahrene Autorinnen und Autoren werden unterstützt und beraten. In den großen Zeitungsredaktionen hat man kaum eine Chance, wenn der Text sprachliche Defizite aufweist. Beim MiGAZIN ist das anders, frische Meinungen und Ideen sind wichtiger als perfekte Sprachkenntnisse. Insofern ist es auch eine Art Ausbildung. Über das MiGMACHEN haben schon einige junge Leute den Sprung in die Redaktionen etablierter Medien geschafft.

**Was leistet MiGAZiN zur Integration?**
Integration ist bekanntlich keine Einbahnstraße, sondern muss in beide Richtungen funktionieren. In den Debatten geht es dennoch meist nur in eine Richtung: Was müssen Personen mit Einwanderungsgeschichte tun/leisten/können? Im MiGAZIN steuern wir dem entgegen: Was muss auch die Aufnahmegesellschaft tun/leisten/können, damit Integration gelingt? Deshalb ist MiGAZIN kein Magazin für »Einwanderer«, sondern primär ein Magazin für die Aufnahmegesellschaft.

**Was planen Sie in Zukunft?**
Wir werden das Angebot technisch wie inhaltlich peu à peu weiter ausbauen. Eine Bestsellerliste mit Büchern zu unseren Kernthemen ist bereits erfolgreich an den Start gegangen. Wir werden weitere Kolumnen starten und das Tagesgeschehen mit noch mehr Meinung begleiten. Demnächst steht zudem ein Redesign an, zur Steigerung der Benutzerfreundlichkeit. Wir sind schon sehr gespannt auf die Reaktionen.

**Vielen Dank.**

**Ekrem Şenol ist Gründer und Herausgeber von MiGAZIN. Maike Karnebogen ist Redakteurin von Politik & Kultur**

# Willkommenspaket

## Guide for refugees hilft Deutschland zu verstehen

Informationen aus Deutschland in Arabisch und Englisch, deutsche Gepflogenheiten in Farsi und Dari, Online-Deutschkurse und vieles mehr bietet der Guide for refugees der ARD. Maike Karnebogen spricht mit Thomas Laufersweiler über die Geschichte des Guides und seinen Beitrag zur Integration.

**Maike Karnebogen: Was ist der Guide for refugees? Was beinhaltet er?**
Thomas Laufersweiler: Die Seite Guide for refugees wurde von der Redaktion ARD.de ins Leben gerufen, um Wegweiser und Ratgeber für Geflüchtete unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland zu sein. Das Angebot wurde im Oktober 2015 gestartet und umfasst Beiträge aus der gesamten ARD sowie der Deutschen Welle. Kern ist ein Nachrichtenangebot in arabischer und englischer Sprache. Flankiert wird dies mit Links zu Social-Media-Kanälen aus der ARD, die sich speziell an Geflüchtete richten. Ratgebenden Charakter hat die Rubrik »First Steps«. Darin werden Neuankömmlingen in Englisch, Arabisch, Farsi und Dari behördliche Abläufe in Deutschland nähergebracht. Um landestypische Gepflogenheiten ihrer neuen Heimat geht es in der Rubrik »Get to know Germany«, ebenfalls in Englisch, Arabisch, Farsi und Dari. Der erste Spracherwerb wird mit einem Online-Deutschkurs und einem multimedialen Wörterbuch unterstützt. Darin werden – für ein besseres Verständnis durch leicht verständliche Grafiken unterstützt – deutsche Begriffe vorgestellt und vorgelesen. Die Seite wird durch einen Bereich abgerundet, der sich speziell an Kinder richtet, in Deutsch, Englisch, Arabisch, Kurdisch und Dari. Das multimediale Wörterbuch wurde von ARD.de konzipiert, mit Hilfe professioneller Sprecher umgesetzt und Schritt für Schritt erweitert. Teile der Seite wurden in arabischer Schrift gestaltet, um den Geflohenen einen besonders niedrigschwelligen Zugang zu ermöglichen. Dabei arbeitete die Redaktion ARD.de mit Muttersprachlern zusammen.

**Welchen Beitrag leistet der Guide zur Integration? Wie sind die Reaktionen von Geflüchteten?**
Welchen Beitrag der Guide for refugees bei der Integration von Geflüchteten in die deutsche Gesellschaft effektiv geleistet hat, ist nur sehr schwer empirisch zu messen. Nach dem Launch des Angebotes gab es jedoch positives Feedback, insbesondere von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Flüchtlingseinrichtungen und -angeboten. In einigen Einrichtungen wurde an Informationstafeln und schwarzen Brettern auf den Guide for refugees hingewiesen. Reaktionen von Geflüchteten wurden leider nicht archiviert oder ausgewertet.

**Ist der Guide temporär? Wie kann Integration durch Medien fortlaufend weiter gefördert werden?**
Der Guide ist online unter refugees.ARD.de erreichbar und verweist weiterhin auf Angebote in der ARD und von der Deutschen Welle. Grundsätzlich aber ist er ein temporäres Angebot. Von großer Bedeutung ist, dass die Integration wie bisher durch eine nachhaltige Behandlung in den Programmen der ARD gefördert wird und nicht nur die Geflüchteten, sondern alle Nutzerinnen und Nutzer auch in Zukunft hilfreiche und integrationsfördernde Informationen, z. B. in der ARD Mediathek und der ARD Audiothek, finden werden.

**Vielen Dank.**

**Thomas Laufersweiler ist Redaktionsleiter ARD.de. Maike Karnebogen ist Redakteurin von Politik & Kultur**

# Von halben und ganzen »Katoffln«

## Ein Podcast über das Leben zwischen den kulturellen Stühlen

Der Journalist Frank Joung wollte schon immer was mit seinem Migrationshintergrund machen. Mit dieser Idee im Hinterkopf setzte er 2016 den Podcast »Halbe Katoffl« in die Tat um. Joung spricht zweimal monatlich kurzweilig und unterhaltsam mit Menschen, die so sind wie er – »Halbe Katoffln« nämlich. Theresa Brüheim hat nachgefragt, wie Integration, Identität und Stereotype heute zeitgemäß in den Medien thematisiert werden sollten.

**Theresa Brüheim: Sie beginnen Ihren Podcast immer mit der Passkontrolle. Was hat es damit auf sich?**
Frank Joung: Das war eine Idee, die spontan in einem Gespräch entstand. Ich spreche nicht immer mit Menschen, die in der Öffentlichkeit stehen. Man hat also kein direktes Bild von ihnen. Außerdem hört man die Leute, aber sieht sie nicht. Durch die Passkontrolle bekommt man einerseits eine Vorstellung, wie jemand aussehen könnte. Andererseits ist es ein Gag: Ich checke so, ob die Person deutsch ist. Manche erleben das auch im Alltag: Sie werden am Bahnhof angehalten mit der Aufforderung »Bitte mal den Pass zeigen«.

**Wie sind die Reaktionen der Gesprächspartner darauf?**
Diejenigen, die den Podcast vorher nicht gehört haben, erkenne ich daran, dass sie überrascht sind. Bisher hat noch niemand den Pass nicht zeigen wollen.

**Der Podcast, von dem wir sprechen, heißt »Halbe Katoffl«. Ist das mehr als nur ein griffiger Name?**
Für die Benennung des Podcasts war mir wichtig, dass der deutsche Anteil herausgestellt wird. Denn das ist der gemeinsame Nenner, den ich mit all den Gesprächspartnern habe: unsere deutsche Identität – in welcher Weise auch immer. Das Wort »deutsch« sollte aber nicht im Titel stehen, da es in die falsche Richtung interpretiert werden kann. Also habe ich nach Synonymen gesucht und kam schnell auf die Kartoffel.

**2016 ging die Pilotfolge live. Ein paar Jahre, bevor der große Podcast-Hype Deutschland erfasst hat. Wie sind Sie zum Podcasten gekommen?**
Angefangen hat es mit amerikanischen Sport-Podcasts, insbesondere Basketball-Podcasts. Ich fand das Medium so toll und dann habe ich mir gedacht: »Das müsste man auch mal machen«. Das Thema kam später dazu. Ich wollte gern mit Menschen sprechen, die so sind wie ich.

**Wie kam die Idee zum Thema?**
Als Journalist gefiel es mir gar nicht, wie über Menschen mit Migrationshintergrund in den Massenmedien berichtet wird. Entweder war das die Rassismus-Story aus einer Opferhaltung heraus oder die Aufsteigergeschichte. Es gibt noch mehr als diese schablonenartigen Geschichten. Ich habe mich gefragt, weshalb nicht mit Menschen geredet wird, die so sind wie ich. Die »Halben Katoffln« können sich identifizieren und die »Ganzen Katoffln« können was aus dieser Welt mitnehmen.

**Laut Selbstbeschreibung will »Halbe Katoffl« lustig, unterhaltsam und kurzweilig über die Themen Integration, Identität und Stereotype sprechen. Wieso ist gerade das wichtig?**
Wenn öffentlich über Integration und Stereotype gesprochen wird, tun dies meistens weiße Menschen – oftmals im politischen Kontext. Jeder versucht, klug zu wirken und besonders viele Fremdwörter einzubringen. Sie sprechen über die anderen, wie man die integrieren kann oder warum die so sind. Das ist eine sehr einseitige Sicht, die auch einfach langweilig ist. Und es erreicht die »Halben Katoffln« gar nicht. Zumindest kommt es bei mir nicht an. Mein Gefühl ist, dass Geschichten und Anekdoten aus dem Leben, die manchmal traurig und manchmal lustig sind, viel mehr bringen und näher an den Menschen sind.

**An dieser Stelle muss ich sagen: großes Kompliment. Hört man »Halbe Katoffl«, hat man das Gefühl, mit am Tisch zu sitzen. Es ist sehr nahbar. Wie wählen Sie Ihre Gesprächspartner aus?**
Es fängt so an, dass ich jemanden kenne, mit dem ich rede, oder jemand kennt jemanden … über diese Schiene. Dann gibt es Leute, die ich gezielt aussuche. Manche bieten sich selbst an. Das ist für mich schwierig, weil ich, wenn sie nicht in der Öffentlichkeit stehen, nur bedingt einschätzen kann, ob sie sich für einen Podcast eignen. Auch wenn für mich jeder eine interessante Geschichte hat, kann nicht jeder sie gut rüberbringen.

**Jedes Gespräch, jede Podcastfolge ist sehr persönlich. Können Sie in den drei Jahren, die Sie »Halbe Katoffl« machen, dennoch ähnliche Erfahrungen oder Geschichten feststellen, die die Gesprächspartner miteinander teilen?**
Alle beschäftigt die Frage nach Identität. Unterschiede zeigen sich dann dabei, wie man sie angeht. Auch Alter und deutscher Wohn- bzw. Heimatort spielen eine Rolle. Jemand, der auf dem Dorf aufgewachsen ist, hat andere Erfahrungen gemacht als jemand, der in der Stadt groß geworden ist. Aber alle wurden mit ihrer Identität konfrontiert. Das ist eine Gemeinsamkeit. Und ich habe festgestellt, dass es sich interessanterweise bezüglich des Alters sehr ähnelt. 20-Jährige machen sich in der Regel weniger Gedanken darum als 40-Jährige. Mit 20, 25 hat man andere Themen, die einen vordergründig beschäftigen.

**Seit diesem Jahr gibt es zusätzlich »Halbe Katoffl Sport«. Das ist ein Kooperationsprojekt mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Für diese Podcastfolgen sprechen Sie mit Sportlerinnen und Sportlern. Inwiefern unterscheiden sich diese Folgen vom klassischen Podcast?**
An sich unterscheiden sie sich nicht. Aber was der Sport leisten kann – und das ist ein Klischee, das stimmt – ist, dass während Kindheit, Pubertät und Jugend Sport Selbstbewusstsein bringt. Ein Sportverein oder eine Sportdisziplin ist ein Mikrokosmos, in dem man als Sportler integriert ist und meistens anders gesehen wird. Da zählt Leistung, da zählt das gemeinsame Sporttreiben. Auch für mich war dieser geschützte Raum wichtig. Aus meinen Gesprächen weiß ich, dass das für viele sehr wohltuend ist.

**»Halbe Katoffl« wurde aufgrund eines Mangels in der massenmedialen Berichterstattung ins Leben gerufen. Wie ist das heute? Fehlt immer noch etwas? Wenn ja, was genau?**
Es hat sich auf jeden Fall was getan – allein schon in der Podcast-Szene. Als ich anfing, gab es keinen deutschsprachigen Podcast, der sich mit dem Thema beschäftigt hat. Jetzt haben wir 10 bis 20 Podcasts von People of Colour. Es gibt auch Videoformate wie Germania von funk, es gibt Datteltäter und andere. Aber es kann noch mehr geben und noch selbstverständlicher sein, dass People of Colour (PoC) Moderatoren, Journalisten, vor und hinter der Kamera sind.

**Was können Medien – über das Format des Podcast hinaus – in Zukunft tun, um Diversität präsenter zu machen?**
Erstens Leute mit Migrationshintergrund einstellen: Die Redaktion sollte Vielfalt aufweisen und verschiedene Perspektiven haben. Es muss ja nicht immer das Herkunftsland sein, auch Frauen oder Menschen mit anderem sozialen Background können einer Redaktion nur helfen. Intern sollte die Ausgewogenheit geprüft werden. Ich habe früher bei einer Zeitung gearbeitet. Da war das nicht der Fall. Zweitens sensibler schauen, was man berichtet – gerade bei den Themen Geflüchtete, Menschen mit Migrationshintergrund, andere Nationalität, auch in Bezug auf Kriminalität. Da wird heute noch sehr viel falsch gemacht. Das liegt nicht daran, dass alle rechts sind, sondern dass man sich damit entweder nicht beschäftigt oder nicht sensibel genug ist. Das könnte schon viel bewirken.

**Wenn wir bei der Zukunft sind, wie soll es mit »Halbe Katoffl« weitergehen?**
Natürlich soll es noch weiter wachsen – sowohl was die Hörerzahlen als auch die Episodenmenge anbelangt. Ich kann mir vorstellen, »Halbe Katoffl« auf andere Medien auszuweiten, z. B. ein Buch oder eine Ausstellung zu machen. Wir hatten gerade Gespräche für ein PoC-Podcast-Festival, was bestimmt kommen wird.

**Inwieweit besteht ein genereller Austausch mit Podcast-Kollegen?**
Wir sind sehr stark im Austausch und unterstützen uns vor allem über die sozialen Medien, vornehmlich Instagram. Ich freue mich immer, wenn es einen neuen Podcast gibt, der das Thema behandelt. Wir sind uns alle wohlgesinnt und denken, es kann noch mehr Formate von PoC geben. Egal ob die Sichtweise eine deutsch-vietnamesische, eine muslimische oder afro-deutsche ist: Wir wissen, dass wir alle zusammengehören. Das ist ein gutes Gefühl. Denn es ist wichtig, dass PoC sich trauen, was in ihrem Feld zu machen. Ich bin mit dem Gefühl aufgewachsen: »Hm, ich weiß nicht, ob ich das darf oder ich kenne da niemanden, der das macht.« Ich habe lange nicht daran geglaubt, dass ich Journalist werden kann. Ich habe damals nie einen asiatischen Menschen in deutschen Zeitungen oder als Lehrer gesehen. Dieses Gefühl sollte jemand, der hier aufwächst, nicht haben.

**Dieses Gefühl hat Ihnen die Gesellschaft aus Mangel an Vorbildern vermittelt?**
Es gab keine Vorbilder. Das heißt, man denkt gar nicht drüber nach. Ich weiß noch, dass mir jemand erzählt hatte: »Der und der hat sich bei der Journalistenschule beworben.« Und ich dachte: »Krass, Journalistenschule.« Zu dem Zeitpunkt hätte ich mich nicht getraut, mich zu bewerben. Das ist natürlich meine persönliche Erfahrung, aber es hätte mir geholfen, wenn man in verschiedenen Positionen unterschiedliche Menschen gesehen hätte, mit denen ich mich hätte identifizieren können. Ich habe mich umgeguckt und sah keine Polizisten, keine Richter, keine Lehrer, keine Ärzte, die asiatischer Herkunft oder dunkelhäutig sind. Hinzu kommt, dass ich aus einem nicht akademischen Haushalt komme. Ich habe nicht mal gedacht, dass ich studieren werde. Zu Beginn meines Studiums hatte ich ein Gespräch mit einem Kumpel marokkanischer Herkunft. Er hat Medizin studiert und dachte zu Beginn auch: Hoffentlich fällt es keinem auf, dass ich hier eigentlich nicht hingehöre. Ich glaube, das Gefühl haben die meisten heute nicht mehr, oder zumindest hoffe ich es.

**Vielen Dank.**

FOTO: PICTURE ALLIANCE / NURPHOTO

**Die Presse filmt Geflüchtete aus Afghanistan, Irak, Bangladesh und Syrien nach ihrer Ankunft über das Ägäische Meer im griechischen Lesbos am 9.9.2015**

**Frank Joung ist Chefredakteur bei Achilles-Running.de und Gründer des Podcasts »Halbe Katoffl«. 2018 war »Halbe Katoffl« für den Grimme Online Award nominiert. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur**

# Von einem Extrem ins nächste surfen

## Soziale Netzwerke und Instant Messenger werden für die Meinungsbildung immer relevanter

HELMUT HARTUNG

Die ›medialen‹ Ökosysteme prämieren Affekte, die vernunftgeleiteten Debatten abträglich sind: Aufregung, Emotionen, zuweilen auch Hass«, schrieb Adrian Lobe in der Süddeutschen Zeitung. Ein Verschwörungsvideo, das millionenfach geklickt werde, sei auch ein ökonomischer Erfolg.

Die Konzerne verdienen daran, dass unser demokratisches System durch soziale Netzwerke unterhöhlt wird. Die Soziologin Zeynep Tufekci hat in der New York Times die These aufgestellt, dass YouTube »eines der mächtigsten Radikalisierungswerkzeuge des 21. Jahrhunderts« sei. Selbst bei unpolitischen Inhalten beobachtete die Soziologin einen Radikalisierungseffekt. Clips über Vegetarier führten zu Clips über Veganer. Videos über Joggen zu Ultramarathons. Man surft so von einem Extrem ins nächste. Theoretisch könnte der Gesetzgeber Facebook und andere dazu zwingen, die Algorithmen so zu modifizieren, dass die Inhalte ausgewogener sind – und so die Hermetik der Filterblasen aufgebrochen wird. Praktisch wäre dies jedoch schwer umsetzbar: Soziale Netzwerke müssten einen möglichen Anzeigenverlust hinnehmen – und würden womöglich dagegen klagen.

Die Bilder des Terroranschlags in Halle vom 9. Oktober 2019 wirken wie Szenen aus einem Videospiel. Zwei Personen werden ermordet, weitere schwer verletzt. Was sich wie die Szene aus einem Videospiel ausnimmt, ist grausame Realität. Mit einer Kamera am Helm hält der Täter die unwirtlichen Szenen im Bewegtbild fest und streamt sie live auf die Video-Plattform Twitch. Laut Video-Plattform Twitch verfolgten fünf Menschen die Tat in Echtzeit – weitere 2.200 Nutzer sahen hier die Aufzeichnung, bevor sie gesperrt wurde. Auch auf der verschlüsselten Chat-Plattform Telegram und in verschiedenen anderen Kanälen fand sie Verbreitung.

Diese Selbstinszenierung rechten Terrors ist nicht ganz neu. Das Vorgehen des Täters von Halle erinnert an die Aktion des Attentäters im neuseeländischen Christchurch, der im März in zwei Moscheen 50 Personen ermordete und die Tat ebenfalls per Livestream im Netz übertrug. Für sein Video nutzte er gekonnt Schwachstellen der sozialen Netzwerke und verhinderte – auch mit Unterstützung von Helfern – dass die Social-Media-Firmen es mit einem Fingerabdruck (»Hash«) versehen und automatisch löschen konnten. In rechtsextremen Kreisen zirkulieren inzwischen Videospiele, in denen man in die Rolle des Christchurch-Rechtsextremisten schlüpfen kann.

Twitch ist ein weltweit verbreitetes Live-Streaming-Portal, das Amazon gehört und das vorrangig zur Übertragung von Videospielen genutzt wird. Besonderes Augenmerk legt Twitch auf die Interaktion der Nutzer mit dem Livestreamer, so kann man die Streams kommentieren oder auch den Akteuren unterschiedlichste Herausforderungen stellen. Twitch ist nicht nur ein »Abspielkanal«, sondern ein soziales Netzwerk.

Der Sozialwissenschaftler Daniel Köhler bezeichnet in der ARD-Reportage »Rechter Terror« Attentäter wie die von Christchurch oder Halle als einen »neuen Tätertypen«. Es handele sich dabei um junge Erwachsene, die mit den sozialen Medien, dem Internet aufgewachsen seien. Es ginge ihnen darum, etwas Besonderes zu teilen. Sie suchten das Licht der Kamera und wollten sich präsentieren wie Popstars oder Influencer für die rechte Szene weltweit.

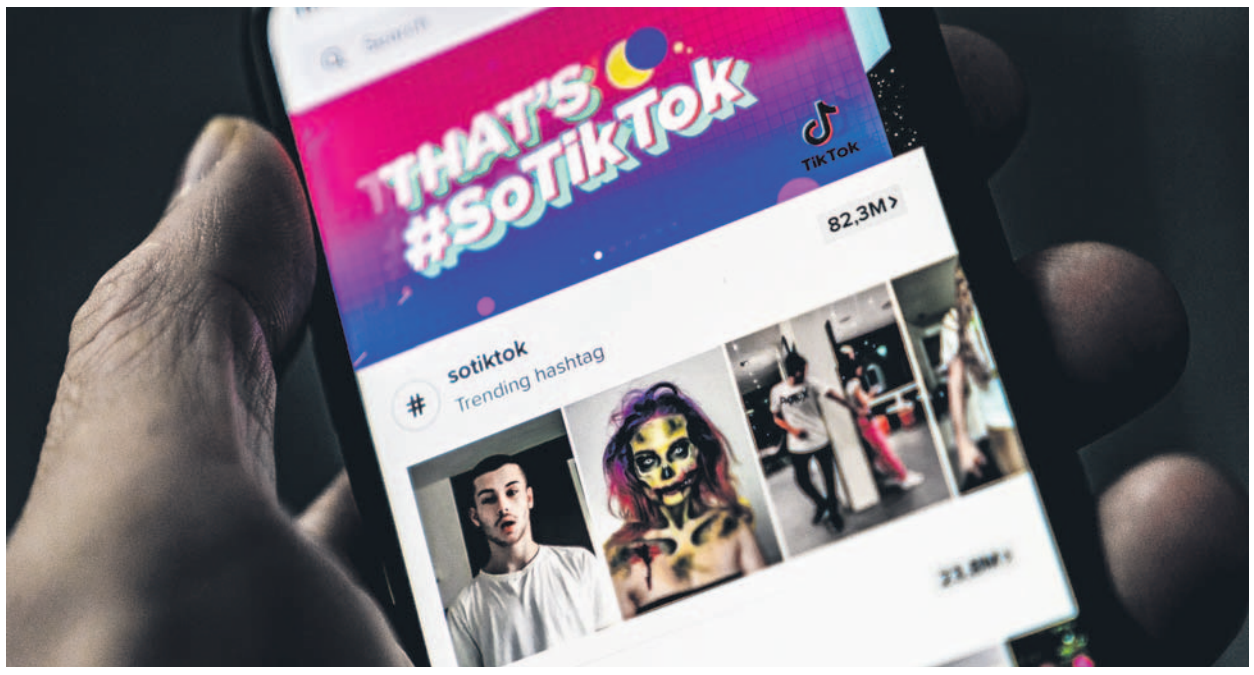



FOTO: PICTURE ALLIANCE/HOLLANDSE HOOGTE

**Die App TikTok ist der neue Star im Social Media Business**

### Influencer sind meinungsbildend

Influencer prägen die Meinung Jugendlicher bisher vor allem in sozialen Netzwerken wie YouTube oder Instagram. Seit dem Rezo-Video »Die Zerstörung der CDU« hat wohl auch der Letzte begriffen, dass Influencer über diese Kanäle nicht nur das Kauf- oder Nutzerverhalten bei Mode, Kosmetik, Musik oder Videospielen beeinflussen können, sondern auch die politische Meinung. Laut einer Befragung des Marktforschungsinstituts YouGov beziehen die 18- bis 24-Jährigen die Internet-Stars häufig in ihre Entscheidungsprozesse ein. 42 Prozent haben schon einmal ihre Meinung zu einem Thema oder Produkt durch einen Influencer geändert. Genauso viele geben sogar an, dass sie ein Produkt gekauft haben, weil es von einem Influencer benutzt oder beworben wurde. Die Social-Media-Stars werden aber auch kritisch gesehen. Demnach finden 60 Prozent, dass Influencer einen zu großen Einfluss haben. Mit steigendem Alter sinkt der Einfluss der Beeinflusser. Influencer erreichen auf YouTube allein in Deutschland bis zu sechs Millionen Abonnenten und pro Video durchaus bis zu drei Millionen Klicks. Das Rezo-Video jedoch, wurde innerhalb weniger Tage fast 15 Millionen Mal angeschaut.

Nach den beliebtesten Internet-Angeboten gefragt, gaben die meisten Jugendlichen, laut dem Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest, zu 63 Prozent YouTube an. Die Plattform ist »nahezu konkurrenzlos«, schreiben die Autoren der Studie. Auf dem zweiten Platz steht WhatsApp mit 39 Prozent, gefolgt von Instagram mit 30 Prozent. Während Facebook 2017 immerhin noch von 15 Prozent der Jugendlichen genannt wurde, waren es 2018 nur sechs Prozent. Für die tägliche Kommunikation verwenden die Jugendlichen am meisten WhatsApp (95%), die App sei in »allen Altersgruppen von zentraler Wichtigkeit«, so die Studie. Auch Instagram (67%) und Snapchat (54%) werden oft genutzt.

### TikTok, ein neuer Star am Influencer-Himmel

Inzwischen gibt es einen neuen Star im Social Media Business, vor allem für Jugendliche: TikTok. TikTok ist eine chinesische Kurzvideo-App für Smartphones. Die Plattform gehört zum chinesischen Unternehmen ByteDance, einem der am höchsten bewerteten Start-ups der Welt (WSJ). TikTok hat eigenen Angaben zufolge weltweit 800 Millionen täglich aktive Nutzer. In Europa sind es angeblich mindestens 17 Millionen aktive Nutzer monatlich, davon 4 Millionen in Deutschland. TikTok lässt Nutzer Videos teilen, die sie entweder direkt in der App produzieren oder aber im Vorfeld erstellen und bei TikTok hochladen. Bei TikTok kann man auch kommentieren, liken und teilen. Auch hier spielen Influencer eine wichtige Rolle. Nutzer können bei TikTok auch live gehen – etwa um auf Fragen von Fans einzugehen. Die meisten User sind zwischen 16 und 24 Jahre alt. Besonders bemerkenswert: 52 Minuten verbringen die Nutzer laut einer Analyse im Schnitt innerhalb der App. Der durchschnittliche Facebook-Nutzer ist pro Tag hingegen nur 40 Minuten in dem Netzwerk. Ende vergangenen Jahres hat funk, das Content-Netzwerk von ARD und ZDF, mit #MOVE2 die erste deutsche Show auf TikTok gestartet.

### Instant Messenger gewinnen für die Meinungsbildung an Bedeutung

Neben sozialen Netzwerken gewinnen auch Instant Messenger wie WhatsApp für die politische Meinungsbildung schnell an Bedeutung. Online-Medien und Verlage verbreiten aktuelle Nachrichten per Messenger, Parteien informieren über ihre Standpunkte, Interessengruppen diskutieren hier ihre oft kruden Gedanken und Firmen bieten ihren Kundenservice über WhatsApp an. WhatsApp hat als einer der ersten typischen Smartphone-Messenger seit seinem Erscheinen 2009 eine unglaubliche Erfolgsgeschichte geschrieben. Es war der Smartphone-Messenger, der am einfachsten zu bedienen war, sich am schnellsten durchsetzt und darum bis heute weltweit der Marktführer bei den Nutzerzahlen ist, auch in Deutschland. WhatsApp ist bei Weitem kein privates Netzwerk mehr, in dem Freunde oder Verwandte alltägliche Nebensächlichkeiten oder Fotos austauschen. Es ist auch zu einem Umschlagplatz politischer Informationen geworden, den beispielsweise auch die AfD intensiv nutzt, um in WhatsApp-Chats rechtsextreme Botschaften auszutauschen. Neben WhatsApp sind Signal, Telegram, Threema und der Wire Messenger die wichtigsten Messenger-Apps.

WhatsApp gehört zum Mutterkonzern Facebook. Mit Facebook, dem Facebook Messenger, WhatsApp und Instagram beherrscht Facebook den westlichen Markt für soziale Netzwerke und Chat-Apps. Nun plant der Konzern, die Messenger-Dienste sowie Facebook zusammenzuführen: Die Nutzer sollen künftig plattformübergreifend Nachrichten austauschen können. Mit der Zusammenführung der Nachrichtenfunktion kann Facebook noch mehr über seine Nutzer erfahren. Der ohnehin schon reichlich gefüllte Datenschatz würde weiter anwachsen und die Gefahr einer Verbreitung von Fake News in der größeren »Facebook-Blase« steigt.

### Die Meinungsmacht verschiebt sich zunehmend ins Internet

Nutzer begegnen Social-Media-Angeboten nach wie vor mit Skepsis, das belegen mehrere aktuelle Studien. So ermittelte PwC, dass lediglich 18 Prozent der befragten Bundesbürger Facebook vertrauen. Damit liegt das weltgrößte Social Network sogar noch hinter Foren, die es auf ein Medienvertrauen von 21 Prozent bringen. Der Mikrobloggingdienst Twitter schneidet noch schlechter ab: Mit gerade einmal 14 Prozent ist Twitter nach Meinung der Bundesbürger das am wenigsten vertrauenswürdige Medium. Doch von diesen Zahlen sollte man sich nicht täuschen lassen. Zum einen ist das Vertrauen bei Jugendlichen größer und zum anderen kann eine Meinung auch beeinflusst werden, wenn nicht alles, das man liest oder sieht, volle Akzeptanz findet.

Die Meinungsmacht verschiebt sich weiter ins Internet. Dies geht aus der aktuellen Ausgabe des Medienvielfaltsmonitors der Landesmedienanstalten hervor. Die Relevanz des Fernsehens für die überregionale Meinungsbildung ist demnach in den vergangenen fünf Jahren von 36,9 auf 32,7 Prozent gesunken. Das Gewicht der Online-Medien für die Meinungsbildung, das sich aus der Nutzung und der Wichtigkeit des Netzes für die Meinungsbildung der Nutzer ergibt, stieg im gleichen Zeitraum dagegen von 17,9 auf 27,7 Prozent.

Dennoch sei es unmöglich, ein pauschales Urteil über die Meinungsmacht einer Plattform zu fällen, betont Christoph Neuberger vom Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München. »Es kommt auf das einzelne Video, auf den einzelnen Kanal an. Das unterscheidet YouTube erheblich von traditionellen Massenmedien: Im Fall von Presse und Rundfunk nimmt die Regulierung konstant eine hohe Reichweite und publizistische Bedeutung an. Es kommt aber nicht nur auf die Reichweite an, sondern auch auf andere Faktoren, wenn das Wirkungspotenzial eingeschätzt werden soll. Glaubwürdigkeit ist zentral, weil sie für Botschaften empfänglich macht. Leider beziehen sich die verfügbaren Glaubwürdigkeitsstudien nicht auf einzelne Kanäle, sondern auf gesamte Plattformen. Es dürfte aber ganz erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen YouTube-Kanälen geben. Auch die Gestaltung des Rezo-Videos dürfte die Wirksamkeit erhöht haben: Es verbindet eine authentische, jugendgerechte Ansprache mit substanzieller, vielfach belegter Kritik.«

### »Influencer aller Art sind strukturell wie punktuell zu relevanten Akteuren geworden«

Zahlreiche Akteure nutzen die neuen kommunikativen Möglichkeiten, die soziale Netzwerke bieten, immer stärker strategisch, um politische oder ökonomische Erfolge zu erzielen, um Macht auszuüben: Influencer aller Art sind strukturell wie punktuell zu relevanten Akteuren geworden. Die kommunikative Selektions- wie Deutungsmacht liegt nicht mehr allein bei den traditionellen Medien.

Zudem prallen bei der Diskussion über die Regulierung von Intermediären demokratische Grundprinzipien aufeinander: Die »Freedom of Speech«-Norm aus der US-amerikanischen Tradition, die den Social Media zugrunde liege, decke sich nicht mit den europäischen Regeln bezüglich der Grenzen dessen, was öffentlich gesagt werden darf, stellt der Kommunikationswissenschaftler Otfried Jarren fest. »Dass nun europäische Staaten erwarten, dass ihre Normen und Regeln – dies- wie jenseits des Strafrechts wie der Persönlichkeitsrechte – bezüglich der Individualkommunikation auf Plattformen einzuhalten sind, das ist richtig. Denn es geht um das europäische Verständnis von Gesellschaft wie Demokratie. Aber dieser Anspruch muss auf Basis gesetzlicher Regeln und mithilfe juristischer Instanzen durchgesetzt werden. Über die Leitbilder, die Normen wie den Zweck von Regeln aber muss – immer wieder – diskutiert werden«, erläutert der Wissenschaftler der Universität Zürich. Die sozialen Netzwerke würden eine breite Diskussion über Kommunikationsnormen erfordern. Denn viele kommunikative Möglichkeiten sind neu. Politisch-rechtliche Eingriffe wie Anforderungen bedürften, je mehr sie mit den individuellen Ansprüchen der sich plural verstehenden Gesellschaft kollidierten, einer allgemeinen Debatte und sodann der gesellschaftlichen Zustimmung.

Nicht nur eine gründliche Debatte, sondern eine genauere Bestimmung des rechtlichen Rahmens, in dem Intermediäre wirken können, auch um die Meinungsvielfalt zu sichern, fordert dagegen der Mainzer Medienrechtler Dieter Dörr: Auf potenziell erhebliche Meinungsmacht der Intermediäre, so Dörr, müssten die Länder reagieren, da sie nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, eine Medienordnung zu schaffen, die vorherrschende Meinungsmacht verhindere sowie die Vielfalt der bestehenden Meinungen vermittelt. Eine vielfältige und umfassende Information bilde die Grundlage des Kommunikationsprozesses der Bevölkerung und ist damit, wie die Meinungsfreiheit der YouTuber, ebenfalls Voraussetzung der freiheitlichen Demokratie. Dabei müssten die Regelungen bei denjenigen ansetzen, die das In-strumentarium zur Verfügung stellen und beherrschen, also den Intermediären. »Die vorgeschlagenen Regelungen in dem Entwurf eines Medienstaatsvertrags reichen dazu bei Weitem nicht aus«, betont Dörr, »auch wenn dieser eine teilweise Einbeziehung von ›Medienintermediären‹ in den Staatsvertrag vorsieht.«

**Helmut Hartung ist Chefredakteur des Blogs medienpolitik.net**

# Ein Recht auf Kultur

## Die Eckpfeiler der Kulturnation Frankreich

BARBARA HONRATH

Kultur ist ein wichtiger Eckpfeiler der französischen Identität, und der Schutz und die Förderung der französischen Sprache sowie der Kultur haben einen herausragenden politischen Stellenwert. Unter dem Schlagwort der kulturellen Ausnahme, der »exception culturelle«, wurde 1993 eine explizit protektionistische Kulturpolitik gesetzlich verankert. Das Gesetz besagt, dass Kulturprodukte und -dienstleistungen nicht wie normale Handelsgüter behandelt werden dürfen, sondern unter besonderem staatlichem Schutz stehen. So ist die öffentliche Filmförderung in Frankreich bis heute weltweit einzigartig.

Das 1959 von Charles de Gaulle etablierte Kulturministerium, dessen Hauptsitz sich im Palais-Royal in der Rue de Valois befindet, ist ein sehr prestigeträchtiges Ressort. Der erste Amtsinhaber, der Schriftsteller André Malraux, hebt im Gründungserlass vom 24. Juli 1959 hervor, eine zentrale Aufgabe des Ministeriums bestehe darin, einer möglichst großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. Dieses Prinzip des »Rechts auf Kultur« zieht sich wie ein roter Faden durch die französische Kulturpolitik und Kulturförderung und wurde am 24. Juli 2019 bei einem Festakt anlässlich des 60. Geburtstags des Ministeriums von Präsident Emmanuel Macron erneut bekräftigt. Das Kulturministerium hat bei der Umsetzung des Ziels der umfassenden kulturellen Teilhabe der Französinnen und Franzosen eine Schlüsselrolle. Zwar wurden nach den Dezentralisierungsgesetzen von 1982 auch im Kultursektor die Bemühungen um Kompetenzverlagerungen verstärkt, doch die »Rue de Valois«, so die gängige Bezeichnung des Ministeriums, stellt nach wie vor 53 Prozent der öffentlichen Kulturausgaben bereit. Auf die Kommunen entfallen 36 Prozent, und die übrigen 11 Prozent werden von den »départements« und Regionen zur Verfügung gestellt.

Die französischen Kulturminister sind Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die in den Medien große Beachtung finden. Es wird erwartet, dass sie sich sachkundig und geistreich in kulturelle Diskurse einbringen. Einer der bedeutendsten Minister, der charismatische Jacques Lang, der im Kabinett von François Mitterrand das Amt gleich zweimal von 1981 bis 1986 und von 1988 bis 1993 innehatte, ist bis heute in kulturellen Angelegenheiten ein gefragter Gesprächspartner.

Belesenheit und Kulturaffinität sind in Frankreich nicht nur für die Kulturminister relevant. Auch bei den Staatspräsidenten wirkt es sich positiv auf ihr Image aus, wenn sie fundierte Kulturkenntnisse vorweisen können. Und es hat Tradition, dass sich die Staatschefs direkt in die Kulturpolitik einmischen. Besonders augenfällig manifestiert sich dies darin, dass fast alle Präsidenten der Nachkriegszeit bedeutende Architekten beauftragt haben, neue Kulturbauten zu errichten. Markante Beispiele sind etwa der von François Mitterrand angestoßene Neubau der Bibliothèque nationale de France oder das von Jacques Chirac initiierte Musée du Quai Branly. Georges Pompidou hat nicht nur veranlasst, dass das berühmte, nach ihm benannte Kunstzentrum neue architektonische Maßstäbe setzte, sondern er gab auch die bis heute im Buchhandel erhältliche Lyrikanthologie »Anthologie de la poésie française« heraus und lud den avantgardistischen Designer Pierre Paulin ein, die Inneneinrichtung des Elysée-Palasts zeitgemäß zu modernisieren.

Emmanuel Macron setzt diese Tradition fort. Zwar kündigte er gleich zu Beginn seiner Amtszeit an, dass er keinen neuen Kulturbau errichten wolle, doch er brachte sich von Anfang an aktiv in die französische Kulturpolitik ein. Inspiriert durch ein ähnliches Projekt in Italien, führte er zum Beispiel einen Kulturpass, den »pass Culture«, ein, der jungen Erwachsenen den Zugang zur Kultur erleichtern soll. Jugendliche können, sobald sie 18 Jahre alt werden, über eine vom Kulturministerium verwaltete Internetplattform ein für ein Jahr gültiges Guthaben in Höhe von 500 Euro beantragen, das sie für unterschiedliche kulturelle Produkte und Veranstaltungen einsetzen können. Der Kulturpass wurde ab Februar 2019 zunächst in fünf »départements« erprobt. Zum 1. Juni 2019 wurden 14 weitere »départements« in die Erprobungsphase einbezogen. Nach Angaben des Kulturministeriums wurde der Kulturpass zwischen Februar und Ende Juni 2019 über 16.000 Mal genutzt, vor allem für den Kauf von Büchern (fast 6.000 Bestellungen), den Erwerb von Eintrittskarten für Konzerte und Musikfestivals (über 2.600 Buchungen) und das Herunterladen von kostenpflichtigen Internetangeboten in den Bereichen Musik (über 1.700 Buchungen) und Video (über 1.500 Buchungen). Der Kulturpass ist die vielleicht wichtigste kulturpolitische Neuerung der aktuellen Regierung und soll nun zügig auf alle »départements« ausgeweitet werden.

Ein zweites von Macron angestoßenes kulturpolitisches Projekt, das nicht nur in Frankreich großes Aufsehen erregte und intensive Diskussionen auslöste, betrifft den Umgang mit Kulturgütern aus den ehemaligen französischen Kolonien in Subsahara, Afrika. Der Staatspräsident beauftragte den senegalesischen Ökonomen Felwine Sarr und die französische Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy, einen Bericht über Möglichkeiten und Kriterien der Restitution afrikanischen Kulturguts zu erarbeiten. Der Bericht wurde im November 2018 vorgelegt; die deutsche Übersetzung erschien 2019 unter dem Titel »Zurückgeben: Über die Restitution afrikanischer Kulturgüter«. Sarr und Savoy empfehlen, alle unrechtmäßig erworbenen Artefakte unverzüglich und endgültig an die ehemaligen Kolonien in Afrika zurückzugeben. Diese Empfehlung wird von vielen begrüßt, stößt aber mitunter auch auf Kritik. Mittlerweile gibt es in Frankreich eine gewisse Stagnation in der Frage, welche konkreten Konsequenzen nun zu ziehen sind. So ist unklar, wann und in welcher Form Macrons Entscheidung, 26 Bronzen an Benin zu restituieren, in die Praxis umgesetzt wird. Gleichwohl hat die Initiative des französischen Staatspräsidenten bewirkt, dass das Thema der Rückführung von Kulturobjekten aus kolonialem Kontext heute nicht nur in Frankreich, sondern auch in vielen anderen europäischen Ländern auf der politischen Agenda ganz oben steht.

FOTO: COLOURBOX

**Das Centre Pompidou in Paris setzte neue architektonische Maßstäbe**

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der französischen Kulturpolitik ist die Vertiefung der kulturellen Zusammenarbeit in Europa. In einer richtungweisenden Rede über die Zukunft Europas, die er am 26. September 2017 an der Sorbonne hielt, hob Emmanuel Macron hervor: »Was Europa am stärksten zusammenhält, werden immer die Kultur und das Wissen sein.« Unter anderem schlug er vor, europäische Universitäten einzurichten und durch Austauschprogramme für Studierende und Auszubildende die Mehrsprachigkeit zu fördern. Im Rahmen der europäischen kulturellen Kooperation hat gerade der Austausch Frankreichs mit dem von Macron als »wichtigstem Partnerland« bezeichneten Deutschland einen hohen Stellenwert. Das wurde auch im »Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration« betont, den Emmanuel Macron und Angela Merkel am 22. Januar 2019 in Aachen unterzeichneten.

**Belesenheit und Kulturaffinität sind in Frankreich nicht nur für die Kulturminister relevant. Auch bei den Staatspräsidenten wirkt es sich positiv auf ihr Image aus, wenn sie fundierte Kulturkenntnisse vorweisen können. Und es hat Tradition, dass sich die Staatschefs direkt in die Kulturpolitik einmischen**

Aufgrund der großen Bedeutung des deutsch-französischen Kulturdialogs gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Arbeit des Goethe-Instituts, das in Frankreich an acht Standorten präsent ist: Bordeaux, Lille, Lyon, Marseille, Nancy, Paris, Straßburg und Toulouse. In enger Zusammenarbeit mit französischen Partnern sowie anderen Akteuren der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, etwa dem Deutsch-Französischen Jugendwerk oder den zwölf deutsch-französischen Kulturgesellschaften, initiiert und vertieft das Goethe-Institut den Austausch über Themen, die in beiden Ländern relevant sind. Abgesehen von globalen Herausforderungen wie Klimakrise oder digitalem Wandel zählen hierzu etwa die Weiterentwicklung Europas, Strukturveränderungen in westlichen Gesellschaften, urbane Transformationsprozesse oder der Umgang mit populistischen Strömungen. Gleichzeitig ermöglichen die Goethe-Institute in Frankreich vielfältige persönliche Begegnungen und Kooperationen zwischen kulturellen Akteuren aus Deutschland und Frankreich, die das lokale Kulturangebot bereichern und auf interessante Trends und Projekte aus Deutschland aufmerksam machen. In diesem Jahr realisieren sie zum Beispiel Ausstellungen, Filmvorführungen und Podiumsgespräche zu den Gedenkjahren »30 Jahre Mauerfall« und »100 Jahre Bauhaus«; 2020 vermitteln sie im Rahmen des multidisziplinär angelegten Projekts »Munich Unique!« Einblicke in die aktuelle Kulturszene der bayerischen Landeshauptstadt. Veranstaltungsreihen zu Leipzig, Hamburg, dem »neuen Rheinland« und Frankfurt am Main haben gezeigt, dass solche geografischen Fokusprogramme im nach wie vor zentralistisch ausgerichteten Frankreich eine sehr positive Resonanz finden und in besonderem Maße dauerhafte Kontakte und Kooperationen herbeiführen. Eine ähnlich nachhaltige Wirkung haben regelmäßig organisierte Residenzaufenthalte, wie etwa die Einladung bildender Künstlerinnen und Künstler durch die Fondation Camargo und das Goethe-Institut Marseille oder ein gemeinsames Writer-in-Residence-Programm von Sorbonne und Goethe-Institut Paris. Auch das neue deutsch-französische Kreativlabor »Oh my Goethe!« im Goethe-Institut Nancy ermöglicht jungen Akteuren aus Kultur- und Kreativwirtschaft eine grenzüberschreitende Vernetzung.

Ein wichtiger Partner, innerhalb und außerhalb Frankreichs, ist das französische Pendant des Goethe-Instituts, das Institut Français. Künftig soll die Kooperation zwischen den beiden Häusern noch weiter intensiviert werden. Im oben genannten Aachener Vertrag wurde auch das Ziel formuliert, dass Deutschland und Frankreich an verschiedenen Orten zusammen Kulturarbeit machen. Zunächst sollen Goethe-Institut und Institut Français in Bischkek in Kirgisistan, Erbil im Irak, Palermo in Italien und Rio de Janeiro in Brasilien gemeinsame Institute eröffnen, weitere Standorte werden folgen. Dieses ambitionierte Vorhaben eröffnet spannende neue Perspektiven für die Kulturpolitik der beiden Nachbarländer.

**Barbara Honrath ist Direktorin des Goethe-Instituts Frankreich**

**GOETHES WELT**

Die Beitragsreihe »Goethes Welt« entsteht in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut. In jeder Ausgabe berichtet eines der europäischen Goethe-Institute über aktuelle Kultur und Kulturpolitik im jeweiligen Gastland.

# Alternative Taktiken

## Die Zivilgesellschaft in der Türkei

CONSTANZE LETSCH

Nach fast zwei Jahren im Istanbuler Hochsicherheitsgefängnis von Silivri muss der bekannte Kulturmäzen und Geschäftsmann Osman Kavala auch weiterhin in Untersuchungshaft bleiben. Ein Istanbuler Gericht lehnte bei der dritten Anhörung im Prozess gegen ihn und 15 weitere Angeklagte am 8. Oktober 2019 erneut seine Freilassung ab.

Ihm und 15 weiteren prominenten Mitgliedern der türkischen Zivilgesellschaft wird vorgeworfen, die regierungskritischen Gezi-Proteste vom Sommer 2013 organisiert und damit einen Putschversuch unternommen zu haben. Kavala, so heißt es in der Anklageschrift, habe die Proteste mit ausländischer Hilfe finanziert. Ihm droht damit lebenslange Haft. Menschenrechtsorganisationen haben den Prozess scharf kritisiert. »Eine Farce«, urteilt Andrew Gardner, Türkei-Experte für Amnesty International.

Seit Jahren geht die türkische Regierung brutal gegen die Zivilgesellschaft vor. Doch in die Knie zwingen lässt sie sich nicht. Auch im Gefängnis arbeite Kavala eng mit seinen Mitarbeitern zusammen, nicht ein einziges der laufenden Projekte habe eingestellt werden müssen, so Asena Günal, Direktorin von Anadolu Kültür, der Stiftung von Osman Kavala, die sich seit Jahrzehnten für Kulturaustausch und interkulturellen Dialog einsetzt. Die Kulturstiftung ist auch Partner des Goethe-Instituts.

Auch sie war im November 2018 zusammen mit einem Dutzend anderen Akademikern und Kulturschaffenden bei einer frühmorgendlichen Razzia festgenommen worden. Sie alle arbeiteten mit Osman Kavala zusammen. Die Staatsanwaltschaft wirft auch ihr einen Regierungssturz vor. Günal darf die Türkei nicht verlassen. Auf ihre Festnahme folgten Hetzkampagnen in der regierungsnahen Presse. Günal sagt, dass die Verleumdungen an der Courage nagen, manchmal gar zum Aufgeben verleiten. »Man fragt sich, wofür man alles riskiert.« Manchmal wolle man einfach alles hinschmeißen. »Aber keiner von uns hat das getan«, fügt sie hinzu. Gerade die unermüdliche Arbeitswut ihres Chefs Osman Kavala noch aus einer Gefängniszelle heraus habe sie angespornt. »Sein Enthusiasmus und sein Engagement halten uns aufrecht.«

Doch hat die Repressionswelle der letzten Jahre große Löcher in die aufblühende Zivilgesellschaft der Türkei gerissen. Nach dem Ausruf des Notstands im Sommer 2016 wurden rund 1.400 Vereine und 139 Stiftungen per Dekret geschlossen. Laut eines Sonderberichts des Europäischen Rechnungshofs vom letzten Jahr hat sich die Mitgliederzahl türkischer Verbände, die sich für Rechte einsetzten, zwischen 2015 und 2016 um rund 75 Prozent reduziert. »Die Zivilgesellschaft in der Türkei ist geschwächt«, sagt die Mitarbeiterin einer in Istanbul ansässigen zivilgesellschaftlichen Organisation, die anonym bleiben will. »Die Leute sind ins Ausland gegangen, andere haben einfach aufgehört. Viele Menschen sitzen im Gefängnis.« Die Repressionen der letzten Jahre habe die ohnehin kleinen Organisationen in der Türkei weiter dezimiert.

Zahlreiche Organisationen treten jetzt leiser auf, um ihre Arbeit fortsetzen zu können. »Wir suchen nach alternativen Wegen und Taktiken«, sagt ihre Kollegin. »Niemand hat einfach aufgegeben. Wir machen weiter.«

Fingierte Anklagen und Verhaftungswellen gegen prominente Mitglieder der Zivilgesellschaft schüren die Angst. Akademiker, Lehrer und andere Staatsbeamte zogen sich aus Angst um ihre Existenz aus Projekten zurück. Kooperationen zwischen Universitäten und NGOs zerbrechen. Fördergelder versiegen. Schließungen wichtiger Geldgeber wie der Open Society Foundation, die sich im November 2018 aus der Türkei zurückzog, nachdem sie ins Visier der Regierung geraten war, haben empfindliche Lücken gerissen.

Im mehrheitlich kurdischen Südosten der Türkei wurden zudem Tausende Verwaltungsangestellte, darunter auch Theaterschauspieler, Musiker und andere in den städtischen Kulturbetrieben Beschäftigte, nach dem Einsatz staatlicher Zwangsverwalter in den von der prokurdischen HDP verwalteten Gemeinden 2016 entlassen. Auch der kurze Hoffnungsschimmer nach den Kommunalwahlen im März hielt nicht lange an: HDP-Bürgermeister mehrerer Gemeinden wurden erneut von der türkischen Regierung abgesetzt. Kulturmacher wurden von öffentlichen Veranstaltungsorten verbannt, finanzielle Mittel wurden zu großen Teilen einfach gestrichen. Trotzdem hat sich auch dort eine kleine, aber durchaus lebendige Kulturszene neu ausgerichtet. Theatermacher, Fotografen, Musiker und Künstler gründeten unabhängige Kulturorganisationen und setzen ihre Arbeit auf diese Weise fort.

Der Mut und der störrische Überlebenswille zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Türkei sollten zu mehr Solidarität im Ausland anregen, findet die anonyme Mitarbeiterin. Aufgrund der Politik des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogans gäbe es immer wieder Boykott-Aufrufe. Stark umstrittene politische Entscheidungen wie der Einmarsch in Nordostsyrien am 9. Oktober machen die Lage für die noch stets sehr aktive – und mutige – Opposition in der Türkei noch schwieriger. Doch die Kulturschaffende findet es falsch, sich von der Türkei abzuwenden.

»Gerade jetzt brauchen wir Unterstützung«, betont sie. Die Türkei sei schließlich nicht nur Erdogan und die Tendenz zu mehr Autokratie kein ausschließlich türkisches Phänomen. Auch in vielen anderen Ländern seien ähnliche Kräfte daran, Demokratie und Vielfalt anzugreifen. Zivilgesellschaften auf der ganzen Welt geraten zurzeit unter Druck. Gerade jetzt könne man auch voneinander lernen.

»Es ist wichtig, dass die Menschen von außerhalb diese – unsere – Seite der Türkei sehen und kennenlernen. Es ist gerade jetzt wichtig, den Dialog aufrechtzuerhalten.«

FOTO: DPA

**Absperrgitter der Polizei stehen im Gezi-Park. Vor fünf Jahren wollten Aktivisten in Istanbul ein Bauprojekt verhindern. Sie besetzten den Gezi-Park. Es war der Beginn von landesweiten Demonstrationen gegen Erdogan**

**Constanze Letsch ist Journalistin und Doktorandin**

# Münchner Gegengewicht

## Carola Lentz wird neue Präsidentin des Goethe-Instituts

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Goethe scheint passé, den »Faust« lesen müssen Schüler in Nordrhein-Westfalen auch nicht mehr, und von deutscher Kultur zu reden, ist schwierig geworden. Was heißt das eigentlich für das Institut, das Goethes Namen trägt und zu Deutschlands wichtigsten Kulturbotschaftern in der Welt gehört? Das Goethe-Institut hat sich jetzt eine Ethnologin an die Spitze gewählt und somit die Vertreterin eines Faches, das nach herkömmlichem Verständnis eher für die Kulturen außerhalb Europas zuständig ist. Die Berufung von Carola Lentz, einer international renommierten Afrikaforscherin, muss gleichwohl als Signal gewertet werden, wenn man nicht das abgegriffene Wort vom Paradigmenwechsel verwenden will. Ob man will oder nicht: Vita und Werk der Mainzer Professorin, die in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften rasch Karriere machte, bedeutet die Fokussierung der Auswärtigen Kulturpolitik auf einen Kontinent, dessen Zukunft immer mehr auch zur Schicksalsfrage Europas zu werden beginnt.

Wir können nicht mehr wegsehen, was dort geschieht, heißt das im Klartext und man kann den Verantwortlichen des Goethe-Instituts nur ein Kompliment machen für diese eindeutige Botschaft.

Endlich, so scheint es, begreifen wir auch in Deutschland, dass unser Verhältnis zu Afrika nicht mehr ein historisches oder karitatives ist, sondern längst ein politisches; und dass es dabei auch nicht um Entwicklungshilfe geht, sondern um kulturelles Verstehen. Der Zugang zur Gegenwart, hat der Historiker Wolf Schäfer einmal bemerkt, ist in unseren globalgeschichtlichen Zeiten inzwischen »für alle Menschen geöffnet«, weshalb man besser von Gleichzeitigkeit reden sollte – von der Gleichzeitigkeit des Gleichzeitigen.

Die Berufung von Carola Lentz erscheint daher wie ein Gegenakzent zu jener merkwürdig rückwärtsgewandten Diskussion um das Humboldt Forum in Berlin, wo einmal mehr die Schlachten der Vergangenheit geschlagen werden. Auch unter dem Mantel der Dekolonisierung kann sich der alte Exotismus verstecken.

Mit Carola Lentz kommt dagegen eine ausgewiesene Expertin, die in vielen dieser afrikanischen Länder gearbeitet hat. Sie weiß, worüber sie spricht, und man wird ihr die vielleicht mangelnde Nähe zum Kulturbetrieb nicht dadurch verzeihen müssen, dass sie im Kirchenchor singt und womöglich auch noch Akkordeon spielen kann. An der Spitze des Goethe-Instituts wird künftig jedenfalls eine Kulturwissenschaftlerin stehen und keine Kulturrepräsentantin. Ihr Kulturbegriff wird daher notwendig ein anderer sein.

Wer in ihren wissenschaftlichen Schriften aufmerksam liest, merkt schnell, wie wenig sie von der heute üblichen Kulturalisierung des Sozialen hält. Lentz sucht die Rückgewinnung des Kulturellen als soziale Praxis und Arena von »machtförmigen Aushandlungsprozessen«. In ihrem neuen Amt wird sie sich angewöhnen müssen, solche Dinge etwas weniger kompliziert auszudrücken. »Begriffliche Lockerungsübungen« nennt sie das selbst, und eine Kostprobe davon hat sie in einem Streitgespräch in der Berlin-Brandenburgischen Akademie bereits gegeben. Dort war Thilo Sarrazin ihr Ziel und sein fundamentalistisches Kulturverständnis,

aber gleichzeitig konnte sie sich den Seitenhieb auf die linksliberalen Verfechter eines fröhlichen Multikulturalismus auch nicht verkneifen. Ihr Verhältnis zur Kultur ist vergleichsweise abstrakt, was sie aber durch den augenzwinkernden Hinweis auf ihr Faible für schwarze Lederjacken wettzumachen versucht.

Wenn sie davon spricht, dass die Markierungen kultureller Grenzen neu ausgehandelt werden müssen, dann meint sie nicht nur »die anderen«. Kulturelle Außenpolitik hat im eigenen Land zu beginnen, was eine alte Erkenntnis aus den 1960er Jahren ist, aber in heutigen transkulturellen Zeiten neue Bedeutung bekommt. Die Antwort auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt lässt sich nicht mehr im kulturellen Alleingang gewinnen. Aber es bleibt doch die Ungewissheit, ob ein so granulares Verständnis von Kultur auf Dauer ausreicht, um die notwendige Festigkeit von Gesellschaften zu gewährleisten. Das »Verharren im strukturlos Mobilen«, hat ein kluger Beobachter kürzlich bemerkt, sei keine Basis für Wissenschaft, und – möchte man hinzufügen – auch keine Basis für Kulturpolitik.

In München könnte bei aller Kooperationsbereitschaft ein Gegengewicht entstehen zu jener von allen guten Geistern verlassenen Debatte in Berlin. Aber eine solche Arbeitsteilung wäre nicht hilfreich. Das Goethe-Institut scheint jedoch gut beraten zu sein, die Fehler des Humboldt Forums nicht wiederholen zu wollen. Es reicht, wenn man dort um die koloniale Vergangenheit kreist. Viel spannender erscheint aber die Frage, was von den Erkenntnissen aus Afrika übertragbar wäre für das heutige Verständnis von Kulturkonflikten weltweit.

Es ist keine billige Analogie, wenn auch die Länder Mittel- und Osteuropas sich einreihen in den postkolonialen Diskurs. Auch da wartet ein großes Feld auf die kommende Präsidentin. Was man von ihr erhoffen kann, ist nicht das übliche bildungsbürgerliche Repertoire. Aber sie wird begründete Antworten geben auf die höchst aktuelle Frage, warum es gerade die Kultur ist, an der sich die postmodernen Konflikte entzünden. Kultur sei kein Gefängnis, hat Carola Lentz einmal gesagt. Aber nur dann, wenn man weiß, wo der Schlüssel hängt.

**Johann Michael Möller ist freier Publizist und Herausgeber der Zeitung »Petersburger Dialog«**

# Israel: Entschieden nicht entschieden

## Das Land nach den Wahlen

NATAN SZNAIDER

Israel wählte am 17. September 2019. Einen Sieger gab es nicht. Ein entschiedenes Unentschieden. Die politische Karriere von Benjamin Netanjahu ist beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht beendet. Für ihn geht es jetzt um das Endspiel seiner politischen Karriere. Er kämpft nicht nur ums politische Überleben, sondern auch um sein politisches Erbe. Drei Qualitäten sind nach Max Weber maßgeblich für Politiker: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Die Verknüpfung dieser drei Eigenschaften macht demnach den idealen Politiker aus. Das hat sich Max Weber wenigstens 1919 so gewünscht. Und Netanjahu hat diese Eigenschaften für viele auch verkörpert. Seine Wähler fühlten sich und ihr Land gut bei ihm aufgehoben.

Israel ist ein noch nicht abgeschlossenes politisches Projekt. Ideologie und Bewegung spielen immer noch eine größere Rolle als der Staat. Der Zionismus ist eine Revolution der jüdischen Lebenswelten in der Diaspora. Es ging um nicht weniger als die Ausübung politischer Souveränität. Es war eine Revolution, die versuchte, Juden heimzuholen sowohl in die Geschichte als auch ins Land, aus geduldeten Gästen und Fremden Staatsbürger schaffen, die in Frieden mit sich und ihrer Umwelt leben können. Der Zionismus strebte »normale« Politik an und konnte dies nur mit dem Mittel der Revolution. Es sind damit viele Fragen aufgeworfen, vor allem ob »normale« Politik für Juden überhaupt möglich ist, ob die Souveränität in der Tat das »jüdische Problem« gelöst hat. Wahlen im Land sind daher immer mehr als nur die Wahl einer Partei oder eines Ministerpräsidenten. Jede Wahl gilt als Schicksalswahl.

In den ersten Jahrzehnten seiner Existenz war Israel auch ein Staat, in dem Bürger an bestimmte Formen der Solidarität glauben konnten. Auch war Gleichheit nicht nur eine leere Parole. Sozialistisch inspiriert, spartanisch mobilisiert, belagert und arm, war Israel eine zentralistische und kollektivistische Gesellschaft. Stichwort: Kibbuz. Das hat sich natürlich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert. Netanjahu ist das Symbol dieser Schübe. Mehr als 20 Jahre ist er integraler Teil der israelischen Politik. Von 1996 bis 1999 erstmals Premierminister, danach einige Male Außen- und Finanzminister, seit 2009 nun wieder Premierminister. Zu Beginn symbolisierte er Individualisierung, Globalisierung, freien Markt und noch freiere Kultur. Neue Situationen produzieren neue Eliten und Netanjahu brachte auch neue Eliten in die Politik, die seit Jahrzehnten auf Kriegsfuß mit den alten Eliten der Politik, Wirtschaft, Kultur und des Rechtswesens stehen. Unter Netanjahu und seiner Partei wurde Israel zunehmend dereguliert und privatisiert. Damit wurden liberale Grundgedanken wie der Individualismus inmitten eines von Feinden umzingelten Staatswesens freigesetzt.

Und das trotz der Religion, die in vielen Dingen noch starke Legitimationshoheit ausübt. Die jüdische Orthodoxie und der liberale Individualismus stehen sich heute in Israel in einer verstärkten Sprachlosigkeit gegenüber. Aber sie befeuern sich auch gegenseitig. Der Zionismus wollte sich von der Orthodoxie befreien, konnte es aber nie wirklich. Ein Dilemma, das bei jedem Wahlkampf an die Oberfläche kommt. Der Kampf gegen die Machtstellung der Orthodoxie ist aber trotzdem ein Schattenboxen; man steigt im wahrsten Sinne des Wortes gegen sich selbst in den Ring. Die Welten der orthodoxen und nicht orthodoxen Juden in Israel sind einerseits synchrone Welten; die Orthodoxen sind Teil der israelischen Gesellschaft und üben hier durchaus

**Orthodoxie und Individualismus stehen sich heute in einer sich verstärkenden Sprachlosigkeit gegenüber**

wirksamen Einfluss aus. Andererseits sind es auch diachrone Welten und ihr Leben in einer Art zeit- und raumloser Parallelgesellschaft erinnert viele Säkulare an ihre eigene Vergangenheit, an die Welt des Thorastudiums, der Familie, der Gottesfurcht.

Der Einfluss der Orthodoxen wurde bei diesen Wahlen ein großes Wahlkampfthema, da in den großen Fragen der israelischen Politik, wie Besatzung und die endgültigen Grenzen, kaum Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden großen Parteien bestehen. Nur noch eine verschwindende Minderheit der jüdischen israelischen Wähler glaubt noch an die Zweistaatenlösung.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / PHOTOSHOT

**Benjamin Netanjahu am Wahltag**

Anders verhält es sich mit den arabischen Bürgern Israels: 20 Prozent der Bevölkerung waren nie Teil der zionistischen Revolution. Wie historische Minderheitenblöcke haben sie sich zu einer gemeinsamen Liste durchgerungen und sind mit 13 Sitzen drittstärkste Kraft im Parlament. Die Spannung dabei liegt in der liberalen Forderung nach Gleichheit, während man gleichzeitig auf der multikulturellen Forderung der Differenz beharrt. Diese beiden Tendenzen zur Gleichheit und das Recht auf Differenz machten einen großen Teil der Forderungen arabischer Politiker und Bürger aus. Sie sind Teil des israelischen Demos geworden und sind aus den Machtkalküls um die Regierungsbildung nicht mehr wegzudenken. Das ist vielleicht die grundlegendste Veränderung, die diese Wahlen hervorbrachten.

Netanjahu ist wie viele andere Politiker unserer Zeit gleichzeitig geliebt und gehasst. Dabei geht es oft gar nicht um politische Grundeinstellungen, sondern darum, dass er es schaffte, seine eigene Person mit der Identität seiner Wähler zu verknüpfen. Netanjahu ist bei vielen nicht nur populär, sondern er wird geliebt. Und auch deshalb, weil der eigentlich moderne Netanjahu für viele seiner Wähler für traditionelle Werte steht. Das hat weder mit »links« noch mit »rechts« als politische Unterscheidungskategorien zu. Dies spielt keine Rolle mehr. Die politische Konkurrenz besteht eher zwischen einer global orientierten liberalen Elite und einer Bevölkerung, die sich an lokalen und traditionellen Werten orientieren will. Gerade die Letzteren erkennen sich in Netanjahu wieder. Und die Demokratisierung Israels hat wie anderorts auch dazu geführt, dass jede einzelne Perspektive den Anspruch auf alleingültige Wahrheit stellt. Das ist der Grund, wa-rum Netanjahu von vielen auch gehasst wird. Denn politischer Liebe kann man nur mit politischem Hass begegnen.

Dabei spielen die Korruptionsvorwürfe gegen ihn natürlich eine große Rolle. Viele Bürger wollen in ihren Politikern doch etwas außerhalb ihrer eigenen Lebenswelt entdecken. Ehrlichkeit und Unbestechlichkeit spielen dabei bestimmt eine große Rolle. Auf der anderen Seite erlaubt der moderne bürgerliche Lebensstil vielen Menschen nicht mehr, ehrlich und unbestechlich zu sein. Man zuckt die Achseln, lebt weiter und versucht, die Spannung zwischen dem demokratischen Anspruch, dass die Politiker so »wie wir« sind, und der Hoffnung, dass sie es nun wirklich nicht sein sollen, auszuhalten. Der israelischen Öffentlichkeit ist die politische Weisheit der Politik wichtiger als ihre öffentlich gemachten Ausflüge ins Halblegale. Man scheint aus langer historischer Erfahrung zu wissen, was die richtigen Prioritäten sein müssen. Doch langsam verliert Netanjahu bei vielen Bürgern das Vertrauen in seine Leidenschaft, sein Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Die Wähler beginnen das nun beim Herausforderer Benny Gantz zu suchen, der in vielen Dingen mit der Politik Netanjahus übereinstimmt.

Den Medien können die Korruptionsvorwürfe gegen Netanjahu natürlich nicht egal sein. Ihre Aufgabe ist es, den Skandal als solchen auszuleuchten. Des Weiteren ist Israel ein moderner Rechtsstaat; die Polizei hat die Korruptionsvorwürfe untersucht, die Staatsanwaltschaft ist im Moment dabei, die Vorwürfe zu prüfen und eventuell Anklage gegen den Staatschef zu erheben. Dass Netanjahu mit allen Mitteln dagegen kämpft, es als ein Komplott der alten Eliten gegen ihn sieht, sei als Fantasie oder Wahrheit dahingestellt. Man wird weder ihn noch seine Anhänger vom Gegenteil überzeugen können.

Trotz aller Ähnlichkeiten ist Israel aber nicht Teil der globalen und westlichen Moderne. Ein Land ohne feste Grenzen, offen von seinen Feinden bedroht. Eine Besatzungsmacht, ein Land im Krieg. In Israel ist die Nachkriegszeit noch nicht angebrochen. Dazu ist Israel auch ein Land, in dem die Heiligkeit Teil der öffentlichen Sprache ist und wo sowohl die Religion in ihrer politischen als auch die Politik in ihrer religiösen Formulierung ernst genommen werden, ja ernst genommen werden müssen. Die israelische Bevölkerung mag Netanjahu zwar seinen königlichen Lebensstil verzeihen, aber sie wird und kann nicht verzeihen, wenn er die Weisheit der politischen Virtuosität aufgäbe, die das Land und die Menschen durch die Gefahren manövriert, denen es täglich ausgesetzt ist. Es gibt so gut wie keinen Spielraum für politische Irrtümer. Gerade die prekäre geopolitische Lage Israels, die Israel auch alleine gegen den Iran stehen lässt, macht das jedem Beobachter klar. Und wenn es zu einem weiteren Wahlgang kommen wird – was durchaus möglich ist – dann werden viele der Wähler Netanjahus in Gantz den Garant der Kontinuität der von ihnen gewünschten Politik sehen. Das weiß Netanjahu auch.

**Natan Sznaider ist Soziologe in Tel Aviv und Autor von »Gesellschaften in Israel. Eine Einführung in zehn Bildern«, Suhrkamp, 2017**

*Der Redaktionsschluss dieses Beitrages war der 21.10.2019. Am 23. 10.2019 bekam Benny Gantz den Auftrag zur Regierungsbildung.*

FOTO: MIRKO LUX / © VATMH

**Die Villa Aurora war die Heimat des Schriftstellers Lion Feuchtwanger und seiner Frau Marta während ihres US-amerikanischen Exils. Sie steht im Westen von Los Angeles und dient seit 1995 als Künstlerresidenz und deutsches Kulturdenkmal des Exils**

# Berlin am Pazifik

## Die Villa Aurora und das Thomas Mann House in Los Angeles

Der Verein Villa Aurora & Thomas Mann House ist Koordinationsstelle zwischen Los Angeles und Berlin, er regelt unter anderem die Stipendienvergabe, die Verwaltung sowie Programme und Publikationen. Heike Catherina Mertens gibt Einblick in die vielfältige Arbeit, die in Tradition der beiden großen Exil-Schriftsteller, Lion Feuchtwanger und Thomas Mann, steht.

**Theresa Brüheim: Frau Mertens, was ist die Aufgabe des Vereins Villa Aurora und Thomas Mann House (VATMH)?**
Heike Catherina Mertens: Die Aufgabe ist der geistige und künstlerische Austausch und Dialog zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Konkret ermöglichen wir Künstlerinnen und Künstlern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Intellektuellen einen mehrmonatigen Aufenthalt in einem der beiden Residenzhäuser. Ferner ist das Gedenken an das geistig-kulturelle Erbe des deutschen und europäischen Exils ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Los Angeles war in den 1930er/40er Jahren der Hotspot für die geistige Avantgarde, die vor den Nazis aus Deutschland fliehen musste.

**Die Villa Aurora und das Thomas Mann House befinden sich in Los Angeles, wir sitzen heute aber in Ihrem Berliner Büro. Welche Rolle spielt dieses für den Verein?**
Von Berlin aus werden die Weichen für beide Häuser gestellt: Hier wird der Haushaltsplan erstellt, die Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Fellows durch Jurys ausgewählt, die inhaltlichen Schwerpunkte beider Häuser in Kooperation mit den Zuwendungsgebern und Partnern gesetzt und das Alumni-Programm gestaltet. Vor Ort in Los Angeles entwickeln die Kolleginnen und Kollegen die Programme mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten und setzen im Rahmen der Schwerpunkte eigene Akzente.

**Schaut man sich die Veranstaltungsliste des VATMH an, dann sieht man eine lange Liste mit zahlreichen Events in Deutschland. Wie stellen Sie bei den Aktivitäten im Inland den Bezug zu Villa Aurora und Thomas Mann House her?**
Unser Programm basiert auf der Zusammenarbeit mit unseren ehemaligen Villa Aurora Stipendiatinnen und Stipendiaten und Thomas Mann Fellows. Es richtet sich an ein breites kultur- und gesellschaftspolitisch interessiertes Publikum in Deutschland. Unsere Aktivitäten hier sind noch nicht so bekannt, wie ich es mir wünsche, da unsere beiden Häuser so stark mit Kalifornien verbunden sind.
Unser Anliegen ist es jedoch, ein nachhaltiges Residenzprogramm zu schaffen, von dem auch die Steuerzahler in Deutschland profitieren, mit deren Geld wir ja schließlich das Programm finanzieren. Ich betrachte es als unsere Aufgabe, das in Los Angeles Erforschte, Erdachte und Geschaffene in den gesellschaftlichen Diskurs bei uns einzubringen.
Konkret organisieren wir Ausstellungen, Lesungen, Konzerte und Filmpräsentationen mit unseren Villa Aurora Alumni sowie interdisziplinäre Diskursveranstaltungen mit den Thomas Mann Fellows und fördern Publikationen. Hierfür und für unsere aktuellen Themenschwerpunkte Stärkung der Demokratie, künstliche Intelligenz, Obdachlosigkeit sowie natürlich das Gedenken an das Erbe des Exils arbeiten wir mit Partnern zusammen wie den Literaturhäusern, Museen, dem German Marshall Fund und vielen anderen.

**Die Villa Aurora ist seit fast 25 Jahren Begegnungsort für deutsche und amerikanische Kultur in Los Angeles. Das Thomas Mann House ist erst letztes Jahr hinzugekommen. Wie bringen Sie beide Häuser unter einem Vereinsdach zusammen?**
Das ist noch eine kleine Herausforderung. Natürlich gibt es viele Synergien: Wir profitieren aus 24 Jahren Residenzprogramm in der Villa Aurora und können unsere Erfahrungen in der Stipendiatenbetreuung und Vernetzung vor Ort einbringen. Das betrifft auch die Verwaltung der Liegenschaften, was in Los Angeles keine einfache Aufgabe ist. Aber die Programme sind natürlich sehr unterschiedlich. Im Thomas Mann House sind wir noch in der Aufbauphase, es soll ein breites Netzwerk mit Wissenschaftseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Institutionen entstehen. Das Thomas Mann House arbeitet USA-weit, während sich die Villa Aurora stärker auf Los Angeles und Kalifornien bezieht. Dadurch ergeben sich andere Organisationsstrukturen.

**Gibt es auch etwas, von dem Sie sagen: »Das möchten wir beim Thomas Mann House besser machen als zu den Anfängen der Villa Aurora«?**
Da ich erst vor einem Jahr die Leitung von VATMH übernommen habe, kenne ich mögliche Schwächen der Anfangsjahre nicht. Eine große Herausforderung ist jedoch die Vernetzung unserer Fellows in Los Angeles geblieben, da die Stadt anders funktioniert als Berlin. Los Angeles ist eine Flächenstadt, die Distanzen sind riesig. Niemand kommt einfach kurz auf einen Kaffee vorbei. Vernetzung bedeutet also langfristige Planung und gutes Zeitmanagement. Anders als in den vergangenen Jahren bereiten wir nun die Aufenthalte der Fellows bereits in Deutschland vor, stellen Kontakte her und organisieren Begegnungen und Veranstaltungen. Dies gilt insbesondere für das Thomas Mann House, das wir als Debattenort für den transatlantischen Dialog etablieren möchten. Die Villa Aurora ist zwar noch immer eine Oase für konzentriertes, künstlerisches Arbeiten, aber im Laufe der Jahre ist es auch für die Künstlerinnen und Künstlern immer wichtiger geworden, sich zu vernetzen und Kontakte zur Kulturszene in L.A. aufzubauen.

**Gibt es auch eine Vernetzung zwischen den Stipendiaten des Thomas Mann House und der Villa Aurora?**
Ja, es gibt regelmäßig Austauschtreffen zwischen den Fellows – so nennen wir die Bewohner des Thomas Mann House – und den Stipendiatinnen und Stipendiaten der Villa Aurora. Beide Häuser sind interdisziplinär aufgestellt, was für alle Beteiligten sehr bereichernd ist.

**Worin unterscheiden sich die beiden Stipendienprogramme weiter?**
In der Villa Aurora schreiben wir dreimonatige Stipendien für bildende Künstler, Schriftsteller, Komponisten und Filmschaffende aus; zusätzlich gibt es Partnerstipendien, das Feuchtwanger Fellowship für verfolgte Schriftsteller und Journalisten sowie das Ballhaus Stipendium für Bildgestalter beim Film. Die Fellowships im Thomas Mann House richten sich an Vordenker, Intellektuelle unterschiedlicher Disziplinen, die zu den großen Fragen unserer Gesellschaft und Zeit Stellung beziehen. Die Fellowships dauern je nach Vorhaben drei bis zehn Monate.

**Wie werden sie vergeben?**
Die Stipendien und Fellowships werden öffentlich ausgeschrieben. Für jede Sparte gibt es eine Fachjury, die aus den eingereichten Bewerbungen eine Auswahl trifft. In der bildenden Kunst muss man von Expertinnen und Experten nominiert werden. Die Nominierten reichen dann ihre Bewerbungen ein und es entscheidet ebenfalls eine Jury. Die Thomas Mann Fellows werden von einem interdisziplinär besetzten neunköpfigen Beirat ausgewählt.

**Inwieweit sehen Sie sich als Verein in der Tradition von Feuchtwanger und Mann?**
Sehr stark. Beide sind in den 1930er Jahren in die USA gegangen, weil sie aus dem nationalsozialistischen Deutschland fliehen mussten. Das prägt den Geist der Häuser. Das Gedenken an das geistige kulturelle Erbe von Feuchtwanger und Mann ist ein wesentliches Ziel unseres Vereins. In der heutigen Zeit bedeutet dies, sich für eine wehrhafte Demokratie einzusetzen sowie die Meinungsfreiheit und Menschenrechte hochzuhalten.

Die Ausrichtung des Stipendiatenprogramms in der Villa Aurora ist daher auch für Schriftsteller gedacht. Auch das Feuchtwanger Fellowship für verfolgte und bedrohte Autoren nimmt Bezug auf die Exilgeschichte von Lion Feuchtwanger.
Thomas Mann hat sich in seinen amerikanischen Jahren sehr stark gesellschaftspolitisch engagiert und Stellung bezogen – in seinen Romanen und dezidiert vor allem in seinen berühmten 55 Radioansprachen, in denen er sich von 1940 bis 1945 über die BBC an deutsche Hörer wandte. In diesem Geiste gestalten wir unser Programm. Im Oktober ist eine Reihe gestartet, die – sich in Anlehnung an »Deutsche Hörer!« – »55 Voices for Democracy« nennt. Zu dieser laden wir 55 internationale Stimmen – von anderen Literaturnobelpreisträgern wie Orhan Pamuk über Politikwissenschaftler wie Francis Fukuyama bis hin zu Historikern wie Timothy Snyder – ein, die ihre Idee zur Erneuerung und Stärkung der Demokratie vorstellen.

**Als die Feuchtwangers in der Villa Aurora lebten, war diese ein beliebter Treffpunkt für Künstler im Exil, aber auch für Amerikaner. Inwieweit ist dieser Charakter des Hauses als Begegnungsort auch ein Aspekt, der weitergeführt wird?**
Beide Häuser waren Treffpunkte im »Weimar am Pazifik«, dem Ort der aus Deutschland geflohenen geistigen Elite. Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Bertolt Brecht, Bruno Walter und Max Reinhardt – sie alle lebten in Pacific Palisades, Tür an Tür mit den Feuchtwangers und Manns. Man traf sich zum intellektuellen und künstlerischen Austausch mit den amerikanischen Freunden. An diese Tradition knüpfen wir an und veranstalten zahlreiche öffentliche Konzerte, Vorträge und Symposien, bei denen im Anschluss diskutiert und der transatlantische Dialog gepflegt wird.

**Es gibt vergleichbare Einrichtungen, wie z. B. die Deutsche Akademie Rom Villa Massimo oder die Kulturakademie Tarabya in Istanbul. Inwiefern stehen Sie mit diesen Einrichtungen im Austausch? Gibt es Synergien?**
Wir sind Mitglied im Arbeitskreis »Internationale deutsche Residenzprogramme«, Tarabya und Villa Massimo ebenfalls, aber auch noch viele andere wie der DAAD und die Goethe-Institute. Wir treffen uns regelmäßig. Dabei wurden vier Handlungsthemen festgelegt, zu denen wir uns austauschen, um voneinander zu lernen.

**Vielen Dank.**

**Heike Catherina Mertens ist Geschäftsführerin des Vereins Villa Aurora & Thomas Mann House. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur**

## Zum überarbeiteten Diskussionsentwurf für einen »Medienstaatsvertrag«

### Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

*Berlin, den 23.10.2019*. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt grundsätzlich den überarbeiteten Entwurf der Länder für einen Medienstaatsvertrag. Mit dem Medienstaatsvertrag werden, angesichts der Konvergenz der Medien und einer durch die Digitalisierung noch stärker diversifizierten Medienwelt, die medienrechtlichen Regelungen aktuellen Anforderungen angepasst.

Der Deutsche Kulturrat hat sich in den letzten Jahren in diversen Stellungnahmen zur Medienregulierung auf der nationalen und europäischen Ebene sowie zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen und des privaten Rundfunks positioniert[1]. In diesem Zusammenhang verweist der Deutsche Kulturrat auf seiner Forderung nach zukunftssicherer Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, damit Urheber, ausübenden Künstler sowie die Produzenten, die audiovisuelle Inhalte erstellen, für ein »Mehr« an Nutzungsmöglichkeiten zusätzlich angemessen vergütet werden.

Seine Stellungnahmen spiegeln die gemeinsamen Haltungen und Positionen seiner Mitgliedschaft wider. Zu den Mitgliedern des Deutschen Kulturrates zählen Bundesverbände aus verschiedenen künstlerischen Sparten (Musik, darstellende Künste und Tanz, Literatur, bildende Kunst, Baukultur und Denkmalpflege, Design, Film, Rundfunk und audiovisuelle Medien sowie Soziokultur und kulturelle Bildung). Das Mitgliederspektrum umfasst dabei sowohl Verbände der Urheber und ausübenden Künstler als auch Verbände der Kultur- und Kreativwirtschaft, Zusammenschlüsse von Bildungs- und Kulturinstitutionen sowie Kulturvereine.
Angesichts der fortgeschrittenen Diskussion zum Medienstaatsvertrag und der anstehenden Entscheidungen geht der Deutsche Kulturrat nur auf wenige besonders wichtige Aspekte im überarbeiteten Entwurf zum Medienstaatsvertrag ein und verzichtet auf eine Positionierung zu einzelnen Vorschriften.

Aus Sicht des Deutschen Kulturrates ist zu folgendes zu begrüßen:

- **Grundsätzlich:** Ein starker, staatsferner und unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist ein bedeutendes Gut und trägt wesentlich zur demokratischen Meinungsbildung bei. Angebote des privaten Rundfunks leisten auch einen wichtigen Beitrag zu Meinungspluralismus und kultureller Vielfalt. Koexistenz und Fortbestand von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk sind essenziell für die Zukunft der Medienlandschaft und sichern die Demokratie.
- **Adressatenkreis:** Es ist positiv, dass im Medienstaatsvertrag technologieneutral nunmehr neben Medienplattformen auch Benutzeroberflächen, Medienintermediäre und Video-Sharing-Dienste reguliert werden und die Medienregulierung über den Rundfunk hinausgeht. Medienplattformen, Benutzeroberflächen und Medienintermediäre nehmen in der konvergenten Medienwelt zunehmend die Rolle von Gatekeepern ein. Der Medienstaatsvertrag ist ein erster Schritt hin zu einem Level Playing Field für Anbieter linearer und non-linearer Mediendienste. Dieses gilt u.a. auch mit Blick auf kulturelle Vielfalt, Medienpluralismus, Schutz der Menschenwürde und Jugendschutz. Zusammen mit der Umsetzung der DSM-Richtlinie (EU-Richtlinie über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt) kann der Medienstaatsvertrag einen Beitrag dazu leisten, dass Anbieter von Medienplattformen, Benutzeroberflächen und Video-Sharing-Dienste sowie Medienintermediäre Verantwortung für die Nutzung und Verbreitung urheberrechtlich geschützter Inhalte übernehmen müssen[2]. Dieses ist sowohl mit Blick auf das Urheberpersönlichkeitsrecht als auch hinsichtlich der Ertragsmöglichkeiten von Rechtsinhabern von zentraler Bedeutung. Positiv ist außerdem, dass künftig die postalische Erreichbarkeit von Medienintermediären gewährleistet werden soll. Dieser Umstand könnte zusätzlich eine Bedeutung bekommen, wenn sich die Künstlersozialabgabepflicht auch auf Medienintermediäre erstrecken sollte.
- **Privilegierte Auffindbarkeit:** Es ist unverzichtbar, dass die Angebote des öffentlich-rechtlichen und die des privaten Rundfunks, die in besonderem Maß einen Beitrag zur Meinungs- und Angebotsvielfalt im Bundesgebiet leisten, nicht nur verfügbar, sondern privilegiert und damit besonders leicht auffindbar sind. Der Funktions- und Entwicklungsauftrag sowie die Beitragsfinanzierung gebietet es, dass die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einfach gefunden werden. Die privilegierte Auffindbarkeit des öffentlich-rechtlichen und des privaten Rundfunks muss sich technologieneutral auf Benutzeroberflächen und Medienplattformen für alle Angebote – sowohl linear als auch Telemedienangebote - erstrecken. Dies ist bedeutsam zur Sicherung der Medien- und der Anbietervielfalt sowie der Qualität.
- **Signalintegrität:** Es ist zentral, dass die Signalintegrität gesichert wird, damit audiovisuelle Werke nicht durch anbieterfremde Überblendungen bzw. Umrahmungen gestört werden. Vor dem Hintergrund zunehmender Eingriffe in die Signalhoheit der Rundfunkveranstalter bedarf es einer umfassenden Sicherung des Sendesignals und der Medieninhalte vor illegaler Weiterverbreitung im Medienstaatsvertrag.
- **Jugendmedienschutz:** Kinder- und Jugendmedienschutz ist für den Deutschen Kulturrat unstreitig. Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass der Medienstaatsvertrag Jugendschutzbestimmungen für Video-Sharing-Dienste vorsieht. Auf diese Weise kann es gelingen, die gesellschaftliche Akzeptanz des Jugendmedienschutzes zu steigern und zugleich Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Allerdings sind aus Sicht des Deutschen Kulturrates nicht alle geplanten Änderungen (z.B. § 5 Abs. 6 JMStV-E) praxisorientiert formuliert und sollten daher überdacht werden. In diesem Zusammenhang sollte beispielsweise §5 Abs. 2 dahingehend ergänzt werden, dass die jugendschutzrechtlichen Erstbewertungen durch denen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in das dort geregelte Durchwirkungssystem mit einbezogen werden. Bund und Länder sollten sich schnellstmöglich auf einen zukunftsfesten und konvergenten Jugendmedienschutz verständigen.

1 Siehe hierzu: Stellungnahme »Zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks« vom 27.09.2018 bit.ly/32M2fMN
· sowie Stellungnahme zur Anpassung des Telemedienauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 14.12.2017 bit.ly/2pKoqUB
· sowie Stellungnahme zur Revision der AVMD-Richtlinie vom 7.11.2016 bit.ly/2BzNVL3
· sowie Stellungnahme zum Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz vom 31.03.2016 bit.ly/2qs90or

2 Siehe hierzu Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Umsetzung der DSM-Richtlinie und der Online-SatCab-Richtlinie vom 11.09.2019 bit.ly/2pGhHev

## Klimaschutz braucht kulturellen Wandel

### Resolution der Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates zum Klimapaket der Bundesregierung

*Berlin, den 26.09.2019*. Gestern hat das Bundeskabinett das Klimapaket beschlossen. Nun stehen die Beratungen im Deutschen Bundestag und bei den zustimmungspflichtigen Teilen auch im Bundesrat an. Mit dem Klimapaket wurde der Weg zur Verankerung der Klimapolitik in der Gesamtpolitik eingeschlagen.
Die Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates teilt die Einschätzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen bei Weitem nicht ausreichen werden, um das Ziel, die Erderwärmung bei maximal 1,5°C festzuschreiben, zu erreichen. Offenbar befürchtet die Politik, dass tiefgreifende Maßnahmen von den Bürgerinnen und Bürgern nicht mitgetragen würden. Die Bewältigung des Klimawandels ist eine Bewährungsprobe für die Demokratie. Notwendige Veränderungen im Umgang mit Ressourcen können in demokratischen Gesellschaften nicht verordnet werden. Vielmehr müssen die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden, deren Bereitschaft sich auf neue Zukunftskonzepte einzulassen, darf aber auch nicht unterschätzt werden.
Aus Sicht des Deutschen Kulturrates darf Klimaschutz nicht isoliert betrachtet werden. Klimaschutz ist ein wesentlicher Aspekt der Nachhaltigen Entwicklung. Die Weltgemeinschaft hat mit der »UN-Agenda für Nachhaltige Entwicklung« einen Weltzukunftsplan vereinbart. Darin lautet Ziel 13: »Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen zu ergreifen«. Es ist Zeit, diese und die weiteren Vereinbarungen mit Leben zu erfüllen und dem Raubbau an Ressourcen ein anderes Bild des guten Lebens entgegenzusetzen.
Nachhaltige Entwicklung ist eine kulturelle Herausforderung. Es gilt, alte Muster, Gewohnheiten und Gewissheiten zu hinterfragen und sich auf Neues und Unbekanntes einzulassen, dabei aber auch kulturelle Traditionen und Techniken wieder neu zu beleben, wenn diese nachhaltige Prozesse unterstützen.
Kunst und Kultur sind prädestiniert für die anstehenden Veränderungsprozesse. Auch hier geht es darum, Grenzen zu überschreiten und das Unbekannte zu erkunden. Kunst und Kultur verkörpern eine Haltung und eröffnen einen Raum, in dem Bilder und Symbole der Nachhaltigkeit entstehen können. Kultureller Wandel heißt, nicht nur den Verlust an Bestehendem in den Blick zu nehmen, sondern mit Mut und Zuversicht Neues zu wagen. Es bedarf Haltung und Verantwortung für unsere Zukunft. Es gilt, eine umfassende Aufbruchstimmung zu stiften, das betrifft sowohl das Erreichen der Klimaziele als auch die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsagenda. Der Kulturbereich sieht sich hier in der Verantwortung.
Nachhaltige Entwicklung fordert alle: Die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen genauso wie die Politik und die Verwaltungen, angefangen von der Kommunal-, über die Landes- und Bundespolitik bis hin zur europäischen und internationalen Ebene.
Um diesen kulturellen Wandel zu gestalten, fordert der Deutsche Kulturrat:
die Chancen von Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung in den Vordergrund zu stellen,
die wirtschaftlichen Potenziale von Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung zu heben, das gilt insbesondere auch für die Kultur- und Kreativwirtschaft, die ein Innovationstreiber ist und Beiträge zur Transformation von Produktions- und Konsummustern leistet,
die Förder- und Vergaberichtlinien so zu ändern, dass Nachhaltigkeit ein wichtiges Kriterium wird und damit Impulse gesetzt werden,
die kulturelle Bildung und Umweltbildung deutlich zu stärken,
die Kultureinrichtungen und -institutionen in die Lage zu versetzen, sich Nachhaltigkeitsziele setzen und diese verfolgen.
Der Deutsche Kulturrat hat sich zur Umsetzung der „UN-Agenda für nachhaltige ausführlich Entwicklung“ mit der Stellungnahme „Umsetzung der Agenda 2030 ist eine kulturelle Aufgabe“ vom 15. Januar 2019 positioniert und hat die Beschäftigung mit diesem Thema zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit erklärt.

## IMPRESSUM

**Politik & Kultur –**
**Zeitung des Deutschen Kulturrates**
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Taubenstraße 1
10117 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

**HERAUSGEBER**
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

**REDAKTION**
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst), Andreas Kolb, Maike Karnebogen

**ANZEIGENREDAKTION**
Martina Wagner
ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941.945-93-50
wagner@conbrio.de

**VERLAG**
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0
www.conbrio.de

**DRUCK**
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

**GESTALTUNGSKONZEPT**
Ilja Wanka und 4S Design

**LAYOUT UND SATZ**
Petra Pfaffenheuser
ConBrio Verlagsgesellschaft Regensburg

**Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.**

**ABONNEMENT**
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

**ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE**
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

**BESTELLMÖGLICHKEIT**
Politik & Kultur
Taubenstraße 1
10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280,
Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

**VERKAUFSSTELLEN**
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

**HAFTUNG**
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

**HINWEISE**
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

**FÖRDERUNG**
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

# Druckfrisch!

Wie so oft, ist auch bei der Kolonialismus-Debatte der Kulturbereich der Katalysator, der die Diskussion in Schwung bringt. Fragen des neu erschienenen Debattenbuches des Deutschen Kulturrates sind: Welche Verantwortung hat der deutsche Staat heute? Wie kann Wiedergutmachung aussehen? Welche Rolle haben die Missionen gespielt und wie ist das Verhältnis der Kirche zum globalen Süden heute? Welche Konzeption ist die Beste für das Humboldt Forum, das zukünftige nationale Museum der Weltkulturen in Berlin? Was ist eigentlich Kolonialismus, Postkolonialismus oder Dekolonisation?

Zu den Autorinnen & Autoren gehören unter anderem: Wiebke Ahrndt, Carsten Brosda, Johann Hinrich Claussen, Hartmut Dorgerloh, Monika Grütters, Markus Hilgert, Lars-Christian Koch, Viola König, Klaus Lederer, Neil MacGregor, Mnyaka Sururu Mboro, Henning Melber, Michelle Müntefering, Fidon Mwombeki, Hermann Parzinger, Ciraj Rassool, Paul Spies, Jürgen Zimmerer und Olaf Zimmermann.

**ISBN 978-3-947308-18-7**
**184 Seiten · 14,80 Euro**

**Jetzt bestellen**
**www.kulturrat-shop.de**